

Stenographischer Bericht

43. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 13. Mai 2003

Inhalt:

1. Zuweisungen, Bekanntgabe von Anträgen, Mitteilungen:

Dringliche Anfrage der SPÖ und der Grünen, betreffend unsoziale Pensionsreform und andere unsoziale Maßnahmen, an Frau Landeshauptmann Klasnic.

Begründung der Dringlichen Anfrage: Abg. Gennaro.

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmann Klasnic.

Redner: Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Gennaro, Abg. Mag. Drexler, Abg. Schrittwieser, Abg. Dietrich, Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves, Landesrat Dipl.-Ing. Paierl, Abg. Gross, Abg. Gödl, Abg. Zierler, Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa, Abg. Beutl, Abg. Halper, Abg. Gennaro, Abg. Prattes, Abg. Schrittwieser.

Zur Geschäftsordnung: Abg. Dietrich, Abg. Schrittwieser.

Beschlussfassung.

2. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 1101/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Hagenauer und Lechner-Sonnek, betreffend Ausweisung des Öderntals als Schutzgebiet.

Berichterstatterin: Abg. Mag. Zitz.

Redner: Abg. Mag. Zitz, Abg. Dipl.-Ing. Wöhry, Abg. Köberl.

Beschlussfassung.

3. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 1281/1, der Abgeordneten Dirnberger und Kasic, betreffend Markenrechtsangelegenheiten Lipizzaner.

Berichterstatter: Abg. Dirnberger.

Redner: Abg. List, Landeshauptmann Klasnic, Abg. Petinger, Abg. Dirnberger, Abg. Hagenauer.

Beschlussfassung.

4. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 855/3, betreffend den Bericht über kulturpolitische Leitlinien und Zielsetzungen zum Beschluss Nr. 603 des Steiermärkischen Landtages vom 11. Juni 2002 über den Antrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Hagenauer und Lechner-Sonnek, betreffend Förderung nachhaltiger und innovativer Kultur statt Events.

Berichterstatterin: Abg. Mag. Zitz.

Redner: Abg. Mag. Zitz, Abg. Dr. Rauch, Abg. Dr. Reinprecht, Landeshauptmann Klasnic.

Beschlussfassung.

5. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1049/2, zum Beschluss Nr. 761 des Steiermärkischen Landtages vom 24. September 2002 über den Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Bleckmann und Lafer, betreffend Zuschuss des Landes bei Mehrlingsgeburten, die Anspruch auf das Kinderbetreuungsgeld des Bundes haben – Zwischenbericht.

Berichterstatterin: Abg. Graf.

Rednerin: Abg. Graf.

Beschlussfassung.

6. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Antrag, Einl.-Zahl 1201/1, der Abgeordneten Graf, Wiedner, Zierler, Dietrich, Lafer und Ferstl, betreffend Überprüfung der Jugendgästehäuser.

Berichterstatter: Abg. Bacher.

Redner: Abg. Graf, Abg. Majcen.

Beschlussfassung.

7. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 1348/1, betreffend Prüfung der Gebarung, der Organisation und der Auslastung des Landeskrankenhauses Hartberg.

Berichterstatterin: Abg. Mag. Lackner.

Redner: Abg. Mag. Lackner, Abg. Riebenbauer, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Böhmer, Abg. Lafer, Abg. Ing. Ober, Landesrat Mag. Erlitz.

Beschlussfassung.

8. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 842/1, Beilage Nr. 111, Gesetz über die Patienten- und Pflegevertretung (Patienten- und Pflegeombudsmann/frau) und über die Änderung des Pflegeheimgesetzes.
Berichterstatlerin: Abg. Gross.
Redner: Abg. Hammerl, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Gross, Landesrat Dr. Flecker.
Beschlussfassung.
9. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1162/1, Beilage Nr. 150, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Gesetz über die fachlichen Anstellungserfordernisse für die vom Land Steiermark oder von den Gemeinden oder Gemeindeverbänden anzustellenden KindergärtnerInnen, ErzieherInnen an Horten und ErzieherInnen an Schülerheimen, die ausschließlich oder vorwiegend für Schüler von Pflichtschulen bestimmt sind, geändert wird.
Berichterstatlerin: Abg. Mag. Lackner.
Beschlussfassung.
10. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1085/3, zum Beschluss Nr. 811 des Steiermärkischen Landtages vom 22. Oktober 2002 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.
Berichterstatlerin: Abg. Mag. Zitz.
Redner: Abg. Mag. Zitz, Abg. Hamedl, Landesrat Dr. Flecker.
Beschlussfassung).
11. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration, des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft sowie des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 1279/1, der Abgeordneten Mag. Drexler und Majcen, betreffend Wahrung von Landesinteressen in Verhandlungen über internationale Handelsabkommen, den Antrag, Einl.-Zahl 1238/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Kröpfl, Mag. Lackner, Petinger, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder, Schleich und Stöhrmann, betreffend die gemeinwirtschaftliche Erfüllung von Aufgaben des Landes in den Bereichen der Daseinsvorsorge, den Antrag, Einl.-Zahl 1266/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend general agreement on trade in services (GATS) und den Antrag, Einl.-Zahl 1273/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Gennaro, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Mag. Erlitz, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Kröpfl, Mag. Lackner, Petinger, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder, Schleich und Stöhrmann, betreffend Wahrung von Bundesländerinteressen in Verhandlungen über internationale Handelsabkommen (insbesondere GATS).
Berichterstatler: Abg. Majcen.
Redner: Abg. Prattes, Abg. Dietrich, Abg. Majcen, Abg. Mag. Zitz, Abg. Majcen, Abg. Dr. Reinprecht, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Gennaro, Abg. Dipl.-Ing. Grabner, Landesrat Mag. Erlitz, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Mag. Zitz, Landesrat Mag. Erlitz, Landesrat Pörtl.
Beschlussfassung.
12. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft und des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 51/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Gennaro und Schleich, betreffend ein Investitionsprogramm für die steirische Bauwirtschaft, den Antrag, Einl.-Zahl 96/1, der Abgeordneten Wiedner und Ferstl, betreffend „Bauinitiative des Landes Steiermark“, den Antrag, Einl.-Zahl 754/1, der Abgeordneten Schrittwieser und Gennaro, betreffend Landesimmobilien-gesellschaft, BAU-Initiative NEU, den Antrag, Einl.-Zahl 1239/1, der Abgeordneten Gennaro, Prattes und Stöhrmann, betreffend Bericht über die Winterbauoffensive 2002/ 2003 und den Antrag, Einl.-Zahl 816/1, der Abgeordneten Gennaro, Schrittwieser, Schleich und Prattes, betreffend Nachdotierung der (Winter)Bauoffensive 2002.
Berichterstatler: Abg. Gennaro.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 14.
Beschlussfassung.
13. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 749/7, zum Beschluss Nr. 776 des Steiermärkischen Landtages vom 22. Oktober 2002 über den Antrag der Abgeordneten Gennaro, Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Mag. Erlitz, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Kollegger, Mag. Lackner, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder, Schleich und Stöhrmann, betreffend die Arbeitsmarkt-situation in der Steiermark.
Berichterstatler: Abg. Gennaro.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 14.
Beschlussfassung.
14. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 764/1, der Abgeordneten Lafer und Wiedner, betreffend Schaffung eines Lehrlingsausbildungsverbundes in der Steiermark und den Antrag, Einl.-Zahl 1105/1, der Abgeordneten Stöhrmann und Gennaro, betreffend Förderung von „Ausbildungsverbänden“ und von Firmen, die sich bei einem „Ausbildungsverbund“ beteiligen.
Berichterstatler: Abg. Wiedner.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 12 bis 14: Abg. Prattes (2646), Abg. Gennaro (2646), Abg. Straßberger, Abg. Schleich, Abg. Margarethe Gruber, Abg. Wiedner, Abg. Halper, Abg. Böhmer, Abg. Kasic, Landesrat Dipl.-Ing. Paierl.
Beschlussfassung.

15. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1312/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2003 (dritter Bericht für das Rechnungsjahr 2003).
Berichterstatterin: Abg. Mag. Koller.
Beschlussfassung.
16. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 1349/1, betreffend Überprüfung der AQUA.NET Wasser- und Freizeitanlagen Steiermark GmbH.
Berichterstatter: Abg. Hagenauer.
Beschlussfassung.
17. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1313/1, betreffend die Übernahme einer Ausfallhaftung für eine stille Beteiligung der Steirischen BeteiligungsfinanzierungsgesmbH., 8020 Graz, Nikolaiplatz 2 an der Firma BOOM Software AG., 8430 Leibnitz, Hasendorfer Straße 96 in Höhe von einer Million Euro.
Berichterstatter: Abg. Tschernko.
Beschlussfassung.
18. Wahlen in die Landtags-Ausschüsse.

Beginn der Sitzung: 10.05 Uhr.

Präsident Purr: Hohes Haus!

Heute findet die 43. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der XIV. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates mit ihrem Präsidenten Herwig Hösele.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Hohes Haus, verehrte Damen und Herren!

Herr Landtagsabgeordneter a. D. Willibald Schön, der für elf Jahre dem Hohen Haus angehörte, ist vor kurzem verstorben.

Willibald Schön wurde am 19. Juli 1917 in Kaltenbrunn bei Hohenfurt als Sohn des Stabsfeldwebels Florian Schön und dessen Gattin Katharine, geborene Woisetschläger, geboren. Bereits im Frühjahr 1924 übersiedelte die Familie nach Eisenerz, wo Schön die Volks- und Hauptschule besuchte und das Spenglerhandwerk erlernte. Nach eineinhalbjähriger Arbeitslosigkeit und anschließender Tätigkeit in der Österreichischen Alpine Montangesellschaft als Tagbauhauer, Rohrschlosser und Schweißer leistete Schön in den Jahren 1938 bis 1945 als Gebirgsjäger Kriegsdienst und geriet schließlich in amerikanische Kriegsgefangenschaft.

In der Zwischenzeit verheiratete Schön sich mit seiner Gattin Maria. Der Ehe entsprangen zwei Kinder.

Nach dem Krieg wurde Willibald Schön bei der VOEST zuerst als Schweißer, dann als Schweißwerkmeister in Eisenerz eingestellt.

Parallel dazu begann Schön seine politische Karriere: von 1955 bis 1960 Gemeinderat, von 1960 bis 1963 Bürgermeisterstellvertreter in Eisenerz.

In den Jahren 1966 bis 1977 gehörte Willibald Schön unserem Haus an, in welchem er wesentliche Arbeit vor allem in den Bereichen des verkehrswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Ausschusses des Wirtschafts- und Raumordnungsausschusses sowie des Landwirtschaftsausschusses leistete.

Hohes Haus!

Namens des Steiermärkischen Landtages und in eigenem Namen danke ich Willibald Schön für die erbrachte Lebensleistung im Interesse des Landes Steiermark.

Der Steiermärkische Landtag wird dem Verstorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ich danke für die Kundgebung der Trauer.

Ich begrüße die Damen und Herren des Seniorenbundes der Ortsgruppe Dienersdorf unter der Leitung von Herrn Obmann Alois Cividino. (Allgemeiner Beifall.)

Ich begrüße die Damen und Herren des Seniorenbundes der Ortsgruppe Bad Gams unter der Leitung von Herrn Obmann Josef Pasqualin. (Allgemeiner Beifall.)

Ich begrüße die Damen und Herren des Seniorenbundes der Ortsgruppe Scheifling unter der Leitung von Herrn Obmann Kurt Strohmaier. (Allgemeiner Beifall.)

Mit Schreiben vom 2. Mai 2003, eingelangt am selben Tag, teilte Herr Klubobmann Landtagsabgeordneter Mag. Christopher Drexler mit, dass Frau Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder Mitglied des Landtagsklubs der Steirischen Volkspartei ist.

Eine Liste der Zuweisungen ist in der heutigen Auflage enthalten.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Hinsichtlich der eingebrachten Anträge wird eine Liste im Laufe der Sitzung aufgelegt werden.

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass sechs schriftliche Anfragen und acht Anfragebeantwortungen gemäß Paragraf 66 GeoLT eingebracht wurden, die ebenfalls in der heutigen Auflage enthalten sind.

Eingebracht wurde am Freitag, dem 9. Mai 2003 eine Dringliche Anfrage von Abgeordneten der SPÖ und Grünen, betreffend unsoziale Pensionsreform und andere unsoziale Maßnahmen, an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic.

Diese Dringliche Anfrage hat die gemäß Paragraf 68 GeoLT erforderliche Unterstützung.

Gleichzeitig wurde die Abhaltung einer Wechselrede beantragt. Dieser Antrag hat die erforderliche Unterstützung gemäß Paragraf 68 GeoLT.

Nach Beantwortung der Dringlichen Anfrage findet gemäß Paragraf 68 Absatz 4 GeoLT die Wechselrede statt.

Die Behandlung dieser Dringlichen Anfrage werde ich im Sinne des Paragrafen 68 Absatz 2 GeoLT nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls um 16 Uhr beginnen.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des Paragrafen 39 Absatz 3 GeoLT über. Ich ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung gemäß Paragraf 55 GeoLT.

2. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 1101/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Hagenauer und Lechner-Sonnek, betreffend Ausweisung des Öderntals als Schutzgebiet.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (11.10 Uhr): Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz zum grünen Antrag, betreffend Ausweisung des Öderntals als Schutzgebiet.

Der Ausschuss hat in seinen Sitzungen am 14. Jänner und 6. Mai 2003 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor. Darin wird festgehalten, dass bei der Abgrenzung des Naturschutzgebietes, getrennt in Totes Gebirge Ost und West, grundsätzlich darauf geachtet wurde, dass im Sinne der Ursprünglichkeit des Gebietes keine Forststraßen im Schutzgebiet verlaufen. Der Nordteil des Öderntals ist frei von Forststraßen. Der Südteil ist von Forststraßen und Wirtschaftswaldungen geprägt. Die Aufnahme des südlichen Öderntals ist mit Ausnahme des naturkundlich interessanten Gebietes rund um das Fleckmoos in das Naturschutzgebiet Dachstein-Salzkammergut erfolgt. Der Nordteil des Öderntals, das Fleckmoos und der Talboden im Südteil des Öderntals befinden sich im Naturschutz- und vorgeschlagenen Natura-2000-Gebiet. Eine Ausweisung des restlichen südlichen Öderntals als Naturschutzgebiet oder Natura-2000-Schutzgebiet ist fachlich nicht gerechtfertigt, da die naturräumliche Qualität sowie die landschaftliche Ursprünglichkeit durch die forstwirtschaftliche Bewirtschaftung und Nutzung gemindert sind.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Ausschussbericht wird zur Kenntnis genommen. (10.13 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Erste Wortmeldung Frau Abgeordnete Zitz. Bitte, Sie sind am Wort.

Nächste Wortmeldung Odo Wöhry.

Abg. Mag. Zitz (10.13 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste!

Bei unserem Antrag haben wir den Vorschlag gemacht, dieses ökologisch sehr wertvolle Gebiet als Naturschutzgebiet oder Natura-2000-Gebiet auszuweisen.

Ich habe jetzt zwar die Regierungsstellungnahme referieren müssen, möchte aber einen entgegengesetzten Entschließungsantrag der Grünen einbringen, weil wir einfach davon ausgehen, dass Umweltschutz, Naturschutz sich mittelfristig sehr stark touristisch und wirtschaftspolitisch auf die Steiermark auswirkt.

Ich stelle deswegen den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, das Öderntal als Naturschutzgebiet oder Natura-2000-Schutzgebiet auszuweisen und dem Landtag darüber Bericht zu erstatten.

Ich ersuche um Annahme unseres Antrages. (Beifall bei den Grünen. – 10.14 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Wöhry. Herr Abgeordneter, bitte.

Danach Köberl.

Abg. Dipl.-Ing. Wöhry (10.14 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Sie haben die Ausführungen der Kollegin Zitz gehört und auch den eingebrachten Entschließungsantrag, der entgegen der Meinung des Ausschusses liegt, vernommen. Es wird darin gefordert, das gesamte Öderntal als Naturschutzgebiet auszuweisen.

Es gibt eine Stellungnahme der zuständigen Abteilung der Landesregierung hinsichtlich der Wertigkeit und Wertung dieses Gebietes. Festgestellt wird, dass dieses Gebiet zum Teil bereits Naturschutzgebiet ist beziehungsweise ein Teil als Natura-2000-Gebiet ausgewiesen werden soll.

Wir von der Steirischen Volkspartei werden das so wie in der Vergangenheit halten, dass wir speziell beim Naturschutz die qualitativen Voraussetzungen sehr klar prüfen, ob ein Gebiet auf Grund der Qualität, der besonderen Fauna und Flora das Prädikat Naturschutzgebiet erlangen kann. Es kann nicht sein, dass wir überall dort, wo wir vermeintliche Besonderheiten finden, auch tatsächlich besondere Qualitätskriterien beziehungsweise Prädikatisierungen festlegen.

Ich habe auch den Eindruck, dass von Seiten der Grünen immer nur dann Naturschutz Naturschutz ist, wenn man diesen Naturschutz institutionalisiert, das heißt per Verordnung und per Gesetz Naturschutz in die Landschaft überträgt. Ich glaube – und das ist auch unsere Position –, dass Naturschutz mehr ist als Paragraphen und Verordnungen, dass Naturschutz in besonderer Weise eine Geisteshaltung ist, die wir in der Bevölkerung transportieren müssen. (Beifall bei der ÖVP.)

Es ist letztendlich auch das Ergebnis der Geisteshaltung der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes, dass wir derart viele Schutzgebiete ausweisen konnten. Wenn Sie sich die Verteilung der Schutzgebiete in der Steiermark anschauen, so muss man doch festhalten, dass insbesondere im Bezirk Liezen rund zwei Drittel der Bezirksfläche bereits unter Schutz stehen. Das Unterschutzstellen hat ja auch unmittelbare Auswirkung auf die regionale Entwicklung. Es ist schon richtig, dass der Naturschutz insgesamt durchaus eine sehr positive Möglichkeit ist, sich touristisch und regional weiterzuentwickeln, er ist aber auch zum Teil eine Möglichkeit, wesentliche wirtschaftliche Aktivitäten zu behindern. Deshalb Naturschutz dort, wo er unbedingt notwendig ist, wo wir eine besondere Fauna und Flora haben, aber nicht dort, wo wir einfach vermeintlich derartige Schutzgüter finden.

Wesentlich ist für mich, dass wir weiter daran arbeiten, bei der Bevölkerung Überzeugungsarbeit zu leisten, damit man diese Geisteshaltung zum Naturschutz weiter stärkt. Ich glaube, dass sich insbesondere in den letzten Jahren und Jahrzehnten da Enormes getan hat.

Die Steiermark und der Bezirk Liezen sind auf einem guten Weg, was den Naturschutz betrifft, aber nicht nur deswegen, weil wir Naturschutzgebiete und Natura-2000-Gebiete oder auch einen Nationalpark ausgewiesen haben, sondern vor allem deshalb, weil die Bevölkerung diese Grundideen mit großem Respekt vor der Natur und großer Sensibilität vor Pflanzen und Tieren weiterträgt.

Deshalb werden wir diesen Entschließungsantrag ablehnen und die Vorlage beziehungsweise den Ausschussantrag beschließen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 10.18 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Köberl, bitte. Sie sind am Wort, Herr Abgeordneter.

Abg. Köberl (10.18 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, Kolleginnen und Kollegen!

Vielleicht kurz noch ein paar Worte ergänzend zum Kollegen Wöhry, aus Sicht der Region, der betroffenen Gemeinden und vor allem auch des Grundeigentümers, der Österreichischen Bundesforste.

Wer dieses Gebiet, das Öderntal, im Gemeindegebiet zwischen Tauplitz, Bad Mitterndorf und Grundlsee kennt, weiß, dass es sich vor allem im nördlichen Bereich um ein landschaftliches Juwel handelt, aufgenommen in das Naturschutzgebiet und in das Natura-2000-Gebiet vorgeschlagen. Auch im südlichen Teil sind Teile davon betroffen, besonders, wie schon erwähnt, das interessante Gebiet um das so genannte Flecklmoos und der Talboden im südlichen Teil.

Da dieses Gebiet nicht weit von meiner Heimat entfernt ist, kenne ich das auch vor Ort. Man kann hier eigentlich nur die Stellungnahme der Landesregierung unterstreichen. Es ist ein krasser Unterschied zwischen dem relativ unerschlossenen Nordteil dieses Öderntals und dem südlichen Bereich. Der südliche Bereich ist traditionell forstwirtschaftlich genutzt. Hier gibt es auch entsprechende Forststraßen. Aber das ist nicht nur eine Entwicklung der letzten 20 Jahre, sondern auch historisch gesehen war und ist es immer ein sehr intensiv forstwirtschaftlich genutztes Gebiet. Eine totale Ausweisung würde sicherlich hier zu Einschränkungen führen. Noch einmal, ich kann dem, was der Kollege Wöhry vorhin gesagt hat, nur beifügend anmerken, es sollte hier wirklich auf die Qualität geachtet werden.

Ich glaube, wir sind gut beraten, in Gebieten, die dafür ausgewiesen sind, das auch zu verfolgen und zu handhaben, dass es hier einen hoch qualitativen Naturschutz gibt. Es nur quantitativ zu sehen und auf eine Ausdehnung auf gewisse Fläche in unserem Bezirk oder in der Steiermark zu sehen, wäre hier der falsche Weg, denn wir wissen, wie groß diese Grauzonenbereiche sind.

Sowohl von den betroffenen Gemeinden als auch vom Grundbesitzer besteht hier keinerlei Veranlassung, an eine Ausweitung dieses Schutzgebietes zu denken. Ich glaube, es ist auch im Interesse der betroffenen Bevölkerung beziehungsweise der Forstwirtschaft, dass diese bestehende Regelung, wie sie hier vorliegt, so auch in Zukunft bestehen bleibt. Ich glaube, das unterstreicht nur die grundsätzliche Linie unseres Klubs, auch durch die Betroffenen vor Ort, die hier einer Meinung sind, der nördliche Teil, das Flecklmoos und der Talboden okay, der restliche Teil sollte aber weiterhin für eine Forstwirtschaft in diesem Umfang, wie sie jetzt besteht, auch nutzbar sein. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 10.21 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nicht vor. Ich komme damit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Ausweisung des Öderntals als Schutzgebiet, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist abgelehnt.

3. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 1281/1, der Abgeordneten Dirnberger und Kasic, betreffend Markenrechtsangelegenheiten Lipizzaner.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Erwin Dirnberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dirnberger (10.22 Uhr): Die LECON – Technische Konstruktions- & Design-GmbH. hat bekanntlich dem Tourismusverband Lipizzanerheimat, den Lipizzanern, dem Erzeuger der Lippizanertorte und dem LC Kohlenhant als Veranstalter des Lipizzanerlaufs mit Klage gedroht, sollten sie die Verwendung der von der Firma LECON geschützten Markenbezeichnung „Lipizzaner“ nicht unterlassen. Die Betroffenen sind jedoch bestrebt, Begriffe wie beispielsweise Lipizzanerlauf, Lipizzanerwirt, Lipizzanertorte et cetera weiterhin zu verwenden, zumal rein aus der Verwendung dieser Begriffe keine Erlöse erzielt und auf Grund der bereits langjährigen Tätigkeit wie zum Beispiel des Tourismusverbandes unter dem Namen „Lipizzanerheimat“ kein Anlass zur Vornahme beziehungsweise Unterlassung jeglicher Tätigkeiten besteht.

Gerade auch im Hinblick auf die Landesausstellung 2003 „Mythos Pferd“ ist es von großer Bedeutung für die gesamte Region, den Begriff „Lipizzaner“ weiterhin verwenden zu dürfen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um die Region Voitsberg bei ihrer Markenrechtsangelegenheit „Lipizzaner“ bestmöglich zu unterstützen. Ich ersuche um Annahme. (10.23 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Ich habe Wortmeldungen, Herr Abgeordneter List, Sie sind am Wort.

Abg. List (10.23 Uhr): Danke, Herr Präsident! Werte Landeshauptfrau, geschätzter Herr Landeshauptmannstellvertreter, werte Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung, Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages, geschätzte Damen und Herren im Zuhörer- und Zuseherraum!

Ich darf hier an dieser Stelle einen Beitrag auch im Sinne unseres ehemaligen Kollegen Manfred Porta liefern. „Streit um Lipizzaner friedlich beigelegt.“ Geschätzte Damen und Herren, das war eine erfreuliche Schlagzeile am 30. April dieses Jahres in der „Südweststeirer-Woche“. Der Berichterstattung zufolge soll die Firma LECON die Anschuldigungen, dass ihre geschützte Marke „Lipizzaner“ in der Region um Piber zu Unrecht verwendet wird, bereits zurückgezogen haben. Als Grund wird, nachdem die Klage angedroht wurde, das gemeinsame Auftreten aller Verantwortlichen vor Ort angeführt. Die Herren Kollegen Dirnberger und Petinger werden das sicher nachher in ihren Wortmeldungen bestätigen. Gleichzeitig wird auch im Artikel angemerkt, dass nach Überprüfung der Sachlage und der Gesetze ältere Rechte in der Region bestehen, die im möglichen Rechtsstreit dieser Region gute Chancen einräumen, die Marke „Lipizzaner“ weiterhin verwenden zu dürfen. Das wurde ebenfalls von einem für Patentangelegenheiten zuständigen Anwalt bestätigt. Das sind Zeilen aus diesem Artikel in dieser Zeitung. Nach einem auf rechtskundlicher Ebene geführten Schriftverkehr teilte der Anwalt der Firma LECON mit, dass für sie die Angelegenheit im Wesentlichen erledigt sei. Trotz dieses gewünschten Erfolges für die Betroffenen, den Namen „Lipizzaner“ weiterhin bei der Vermarktung ihrer Produkte verwenden zu dürfen, müssen wir hier heute als Abgeordnete für die bestmögliche Nachhaltigkeit sorgen. Daher, geschätzte Damen und Herren, unterstützen wir Freiheitlichen diesen Antrag der ÖVP, der die Markenrechtsangelegenheit „Lipizzaner“ zum Inhalt hat. Der Begriff „Lipizzaner“, die weißen Pferde in Piber, ist mit der weststeirischen Region untrennbar verbunden. Rechtlich muss gesichert werden, dass dort, wo die Lipizzaner beheimatet sind, ihr Name „Lipizzaner“ auch künftig verwendet werden darf. Das war der erste Teil meines Beitrages zu diesem Tagesordnungspunkt.

Geschätzte Damen und Herren, dieser Tagesordnungspunkt eignet sich selbstverständlich auch für die Analyse und Betrachtung der ersten 14 Tage der diesjährigen steirischen Landesausstellung „Mythos Pferd – Zauber der Lipizzaner“. Zur Eröffnung der Landesausstellung 2003 hat Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic am Mittwoch, dem 30. April um 18 Uhr in das Festzelt vor dem Schloss Piber recht herzlich eingeladen. Sie alle kennen diese Einladung! Bereits um 17.30 Uhr drängten sich die geladene Bevölkerung der Region sowie die Ehrengäste im Festzelt und warteten gespannt auf den offiziellen Startschuss der Eröffnungsfeierlichkeiten zu „Mythos Pferd“. Nach der Programmfolge sollte dieser Startschuss mit der Blasmusikkapelle vom Gestüt Piber um 18 Uhr fallen. Doch dieser Startschuss fiel nicht! Wörtlich steht in einer steirischen Tageszeitung unter „Politik intern“ zu lesen: „Die Landeshauptfrau glänzte durch Abwesenheit. Mit jeder Minute, die ereignislos verstrich, wurde das Murmeln lauter. Vereinzelt hörte man Pfiffe!“ Niemand der Verantwortlichen konnte die

leidige Situation ihrer Verspätung erklären. Ihr seid ja alle dort gewesen! Wir sind alle dort gestanden, keiner hat gewusst, was passiert war. Hört mir weiter zu. Es herrschte Ratlosigkeit, auch bei den ÖVP-Kolleginnen und Kollegen, die dort anwesend waren. Oder haben Sie gewusst, dass es später werden wird? Ich war zufällig im Festzelt, als sich der Moderator nach 19 Uhr erstmalig beim Publikum für den verspäteten Beginn entschuldigen musste. Erstmals nach 19 Uhr musste sich der Moderator beim Publikum entschuldigen! Ich kann aber sehr wohl von dieser Stelle aus bestätigen, dass viele der Gäste über diese Peinlichkeit ungehalten waren und ihren Unmut weit lautstärker, als hier in der Tageszeitung dargestellt wurde, ausdrückten. (Abg. Wiedner: „Die Leute haben sich aufgeregt!“)

Wörtlich steht in der Zeitung weiter: „Gegen 19.30 Uhr trudelte Klasnic schließlich samt Tross ein!“ So steht es in der Zeitung! „Ringsum fragende Gesichter, aber keine erklärenden Worte. Die Frau Landeshauptfrau hat von ihrer Verspätung nichts gewusst und wählte sich pünktlich!“ Ich mag ihr das glauben. Ich weiß aber nicht, wer Ihnen, Frau Landeshauptmann, kurz nach Ostern dieses faule Ei ins Nest gelegt hat. Angeblich sollen Sie bereits um 17.30 Uhr mit Ihrer Begleitung in einer Kutsche von Bärnbach nach Piber geführt worden sein. Anschließend soll eine Führung mit Direktor Pohl durch die Landesausstellung in aller Ruhe erfolgt sein. Unverständlich für uns, traurig und peinlich – ich will mir andere Worte ersparen –, dass niemand von den verantwortlichen Organisatoren bereit war, Sie, Frau Landeshauptmann, auf die Beginnzeit 18 Uhr im Festzelt aufmerksam zu machen! Es war niemand da, der das machte. Sind es gute oder schlechte Berater, die es zulassen, dass unsere Landeshauptfrau im Gestüt durch die Ausstellung geführt wird, während gleichzeitig in unmittelbarer Nähe ein volles Zelt ohne Entschuldigung stundenlang auf den Beginn der Ausstellungseröffnung warten muss? Geschätzte Damen und Herren, ich glaube nicht, dass es ein Kniefall war, ein Kniefall vor den amerikanischen und spanischen Botschaftern, die diese Eröffnungsfeier durch ihre Anwesenheit aufwerteten. Diese ausländischen Persönlichkeiten hätten sicherlich Verständnis für ein Abbrechen der Führung gehabt, weil zur gleichen Zeit bereits das Eröffnungsprogramm im Festzelt laufen sollte. Fehler gehören unverzüglich abgestellt! Ist das richtig? (Abg. Bittmann: „Herr Lehrer, ich weiß was!“) Fehler gehören unverzüglich abgestellt, auch bei der Eröffnung der Landesausstellung. Jetzt kommt aber der entscheidende Punkt! Die Entschuldigung der Frau Landeshauptmann wäre dort bereits in ihrer Begrüßung und Eröffnung angebracht und notwendig gewesen. Dort wäre der richtige Platz dafür gewesen! Dort hätten es alle anwesenden Gäste sicherlich verstanden und auch gebilligt. So bleibt der Nachgeschmack bei vielen, die dort anwesend waren, dass diese Eröffnung der Landesausstellung „Mythos Pferd“ schlecht organisiert war. (Abg. Majcen: „Kurt, freust du dich darüber?“) Frau Landeshauptmann, dieses Inserat als Entschuldigung wäre überflüssig gewesen. Diese Gelder hätte man sich ersparen können. Die Beschwerden – die Leute vor Ort wissen es –, vor allem die Beschwerden telefonischer Natur über den verspäteten Beginn wären nicht vorhanden gewesen.

Übrig geblieben wäre lediglich – (Abg. Bittmann: „Hast du keine anderen Sorgen?“) Hörst ein bisschen zu, vielleicht noch fünf Minuten.

Übrig geblieben wäre lediglich die Kritik, dass ein Mangel an Sanitär- und Toilettenanlagen vorhanden war. Für diese Großveranstaltung mit über 5000 Besuchern, die „Lipizzanergala“, wurden nur zwei transportable Toilettenanlagen aufgestellt. Geschätzte Damen und Herren, nur zu logisch, dass es hier vor allem bei Kleinkindern und Frauen zu Problemen kam, wenn sie diese Anlagen unbedingt benötigten. Kurzfristig musste sogar die Trennung der Geschlechter aufgehoben werden.

Wen trifft die Schuld für diese Probleme anlässlich der Eröffnungsfeierlichkeiten „Mythos Pferd“? Liegen die Ursachen beim Manager für Großevents, Herrn Straka? Liegen die Ursachen bei diesem Manager, an den die Durchführung der Gala verkauft wurde? Oder liegen sie in der Kulturabteilung?

Geschätzte Damen und Herren, aus unserer Sicht, aus Sicht der Freiheitlichen, wird die Übernahme der Verantwortung von Ihnen, Frau Landeshauptmann, auch als neue Ressortverantwortliche und -zuständige grundsätzlich begrüßt. Das ist in Ordnung! Das zeigt Profil und Rückgrat! Offen aber bleibt für uns die Frage, ob es weitere Konsequenzen, auch interne, geben wird oder geben kann.

Ich stelle hier von diesem Platz fest und sage, uns Freiheitlichen liegt es fern, die heurige Landesausstellung „Mythos Pferd“ schlecht und madig zu machen. Aber als Landtag – und das sind wir alle – und als der Hauptgeldgeber haben wir für die Bürger die Verpflichtung, ein Mindestmaß an Kontrolle auch hier bei dieser Landesausstellung anzuwenden. Dieses Mindestmaß der Kontrolle ist notwendig!

Abschließend kurz zusammengefasst, das auch für die Kollegen aus der Region und den einen oder anderen der Damen und Herrn Abgeordneten, die sich jetzt ein wenig brüskiert fühlen, weil ich hier nur Fakten berichtet und niemanden direkt angegriffen habe. (Abg. Bittmann: „Der GAK hat gewonnen!“)

Freut mich, wenn du etwa sagst, dass der GAK gewonnen hat.

Geschätzte Damen und Herrn dieses Hauses und vor allem auch für Sie, die Sie im Zuhörer- und Zuseheraum sitzen oder anwesend sind. Abschließend zusammengefasst: insgesamt überwiegt in den ersten zwei Wochen bei dieser Landesausstellung „Mythos Pferd – Zauber der Lipizzaner“ um Piber bei weitem das Positive! Ich betone nochmals, das Positive. Die Besucherzahlen zur Landesausstellung in Piber übertrafen schon am Premierentag weitaus die Erwartungen. Die in diese Ausstellung gesetzten Erwartungen wurden in den ersten 14 Tagen bei weitem übertroffen! Die weißen Pferde und stimmkräftigen Wiener Sängerknaben begeistern und haben das Publikum bereits eindrucksvoll begeistert. Auch die vielen Sonderausstellungen und Veranstaltungen im Rahmenprogramm sind so genannte Zugpferde, so genannte Zugpferde für einen weiteren Aufschwung, für einen weiteren touristischen Aufschwung in dieser Region. Die steirische Landesausstellung „Mythos Pferd – Zauber der Lipizzaner“ hat mit ihrer regionalen Verbundenheit ausgezeichnete Chancen, eine erfolgreiche Geschichte zu werden.

Zuletzt wünschen wir Freiheitlichen dieser Landesausstellung einen guten Verlauf und als Schluss nach dem 26. Oktober dieses Jahres eine erfolgreiche Bilanz für die gesamte Region. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ. – 10.36 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic. Frau Landeshauptmann, bitte.

Landeshauptmann Klasnic (10.36 Uhr): Herr Präsident, Hoher Landtag!

Lieber Herr Kollege List, ich möchte mich bei Ihnen außerordentlich bedanken, dass gerade dieser Tagesordnungspunkt, der mir so wichtig ist, und die Landesausstellung „Mythos Pferd – Zauber der Lipizzaner“ jetzt schon einen Besucherstrom von über 30.000 Leuten verbuchen konnte. Es ist mir viel lieber, es wird hier angesprochen, weil das ist der Platz dafür, es ist das Gremium Landtag und man kann einige der Fragen beantworten und sie brauchen auch nicht gestellt werden – Sie haben sie nicht gestellt. Ich sage gleich, dieses Inserat der Entschuldigung ist nicht aus Steuermitteln bezahlt, ist nicht aus Landesausstellungsmitteln oder Kulturmitteln bezahlt. Das hat mit dem Landtag nichts zu tun. Das habe ich anderweitig gelöst. Das möchte ich an die Spitze stellen. (Beifall bei der ÖVP.)

Zum Zweiten: Ich bin auch sehr dankbar, dass Sie ansprechen, dass es eine Einladung für 18 Uhr gegeben hat. Ich kann jetzt dazusagen und wollte mit einer Erklärung der Entschuldigung jetzt nicht dann erklären, warum es ein genaues, ein minutiöses Programm ab 19.20 Uhr gegeben hat, das mir in Händen war, und dass es diese Führung gegeben hat. Nie bin ich in einer Kutsche gesessen in diesem Zusammenhang beim vorher Bringen – das haben Sie auch gesagt. Aber ich lege Wert darauf, dass ich versucht habe, mich öffentlich zu entschuldigen, weil ich beim Einzug ins Zelt, Gott sei Dank, sage ich ehrlich, keine Pfiffe gehört habe – es hat sie vorher gegeben, das weiß ich inzwischen – und ich nicht gewusst habe, dass Menschen, sehr, sehr viele Menschen in gutem Glauben, dass wir kommen und dass es pünktlich beginnt, nicht wissend, dass der offizielle Teil erst um 19.20 Uhr beginnt, stundenlang warten mussten.

Ich nehme für alles, ob es jetzt die Toilettenanlage oder der Beginn und so weiter ist, gerne die Verantwortung auf mich, entschuldige mich bei Ihnen und bei allen, die draußen gewartet haben, werde alles tun, gemeinsam mit denen, die mithelfen, ob jetzt in Form der Abteilung, ob in Form der Agentur, ob in Form meiner eigenen Mitarbeiter, dass solche Fehler in Zukunft nicht mehr passieren.

Sie haben zum Schluss auch etwas sehr deutlich gesagt und darüber bin ich auch sehr froh, Sie haben gemeint, die Ausstellung ist ein Erfolg. Ich glaube, dass wir uns gerade als Steiermärkischer Landtag – und die Regierung gehört zum Landtag –, dass wir uns sehr, sehr freuen dürfen, dass diese Ausstellung nicht nur angenommen wird, sondern dass sie auch Begeisterung zeigt.

Ich habe am Sonntagnachmittag – Muttertag muss man nicht unbedingt politisch unterwegs sein – auch die Gelegenheit genutzt, mir diese ORF-Sendung anzusehen, „Mythos Pferd“, 16.15 Uhr. Ich möchte mich an dieser Stelle auch für diese Botschaft bedanken, weil es nicht nur eine großartig geschnittene und eine großartig vorbereitete Sendung war, sondern weil sie viele Besucher wieder zu uns bringen wird.

Zusammenfassend darf ich nur sagen, Kritik ist wichtig, Kritik ist richtig, ich halte sie aus. Und ich wünsche niemandem in der Politik, aus welchem Bundesland, auf welcher Ebene, ganz gleich, ob Gemeinderätin, Gemeinderat, Bürgermeisterin, Bürgermeister, Abgeordnete, Abgeordneter, dass er je in eine Situation kommt, wissend, vor ein paar 1000 Leuten zu stehen, die auf ihn viel zu lange gewartet haben und sich dafür nicht zu entschuldigen. Ich hole das vielfach gerne nach. In der Zeitung konnte ich es tun, auf andere Kosten. Sie haben mir heute das Gremium geboten, herzlichen Dank. Und noch einmal bitte um Verzeihung! (Beifall bei der ÖVP. – 10.39 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Petinger. Herr Abgeordneter, bitte.

Danach Dirnberger.

Abg. Petinger (10.40 Uhr): Verehrter Herr Präsident, sehr verehrte Frau Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, wertere Regierungsmitglieder, meine Damen und Herren!

Vor nunmehr fast genau zwei Wochen wurde die diesjährige Landesausstellung „Mythos Pferd“ in Köflach eröffnet. Trotz der angebrachten Kritik meine ich, dass diese Landesausstellung zweifellos für den Bezirk Voitsberg, für die Stadtgemeinde Köflach und wohl auch für das Bundesgestüt Piber eine Auszeichnung ist, aber auch einen Impuls für die Region darstellt, die sicherlich nachhaltig davon profitieren wird. Es besteht bereits jetzt kein Zweifel, dass diese Landesausstellung (Präsident: „Ich bitte um mehr Aufmerksamkeit, meine Damen und Herren!“) ein voller Erfolg wird. Ich darf Sie einladen, sich diese Ausstellung anzuschauen und Sie werden erkennen, dass hier ein Thema gewählt wurde, welches eine ganz besonders enge Verbindung mit der Region und eine hohe Identifikation in der Bevölkerung findet.

Im Vorfeld dieser Landesausstellung haben sich jedoch kuriose Streitigkeiten um den Markenbegriff „Lipizzaner“ abgespielt. Zwischenzeitig konnte dieses leidige Thema ausgeräumt werden und der vermeintliche Besitzer der Bezeichnung „Lipizzaner“ hat seine Klageandrohung zurückgezogen. Ich glaube, das ist nur darauf zurückzuführen, dass die gesamte Region Geschlossenheit gezeigt hat und Herr Lehner von der Firma LECON erkannt hatte und erkennen musste, dass er sich nicht mit einzelnen Betroffenen anlegt, sondern mit einer gesamten Region.

Ich stehe hier nicht an auch klar zu sagen, dass mein Kollege Erwin Dirnberger sich an vorderster Front erfolgreich gemeinsam mit uns allen hier betätigt hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Trotzdem möchte ich einige Bemerkungen dazu machen. Diverse Institutionen im Bezirk Voitsberg, wie die Lipizzanerwirte und der Tourismusverband Lipizzanerheimat und weitere private Unternehmer und Veranstalter wurden von der Firma LECON aufgefordert, Waren oder Dienstleistungen unter der Bezeichnung „Lipizzaner“ weder anzukündigen noch zu vermarkten.

Gleichzeitig wurden diese Unternehmen und Veranstalter unter Klagsandrohung aufgefordert, über die bisherigen Entgelte fakturierte Rechnungsbelege vorzulegen. Diese Firma LECON – Technische Konstruktions- & Design-GmbH. hat sich die Marke Lipizzaner am 5. Oktober 1999 in bis zu 28 Waren- und Dienstleistungsklassen schützen lassen. Kurios, meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang ist auch, dass Herr Wolfgang Lehner, Geschäftsführer der Firma LECON, gegenüber dem Patentamt angeblich erklärt hat, als Vertreter des Landwirtschaftsministeriums aufzutreten. Anscheinend kann jeder Name in Österreich patentrechtlich geschützt werden, obwohl gemäß dem Patentrecht ein vorheriges Prüfungsverfahren erforderlich ist. Es ist erstaunlich, wie man mit dem Begriff Lipizzaner in Verbindung mit Waren oder Dienstleistungen diesen problemlos schützen konnte, zumal es sich um einen Zuchtnamen und nicht um eine Waren- oder Dienstleistungsbezeichnung handelt. Zu kritisieren in diesem Zusammenhang ist in jedem Fall das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft. Die Spanische Hofreitschule steht in untrennbarer Verbindung mit dem Namensbegriff Lipizzaner. Dieses Ministerium war zum Zeitpunkt der Markenregistrierung Besitzer dieser Hofreitschule. Es wäre wohl Aufgabe des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft gewesen, diese Namen rechtzeitig in jeder Beziehung zu schützen, da mit diesem Namen österreichisches Kulturgut verbunden ist.

Meine Damen und Herren, die Lipizzaner sind das Wahrzeichen der Region Weststeiermark. Es ist ein unhaltbarer Zustand, dass ein privates Unternehmen dieses österreichische Kulturgut, welches untrennbar mit der Weststeiermark und somit mit der Heimat der weißen Pferde verbunden ist, für seine Machenschaften patentieren konnte. Wünschenswert wäre es, wenn das Gestüt Piber gemeinsam mit der Hofreitschule und der Region Weststeiermark den entsprechenden Lösungsantrag für die von der Firma LECON geschützte Markenbezeichnung stellen würde. Sollten sich nach der Zurücknahme der Klagsandrohung weitere Komplikationen mit Herrn Lehner ergeben, wird, dem Antrag entsprechend, die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, die Region Voitsberg vorbehaltlos in der Markenrechtsangelegenheit zu unterstützen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 10.45 Uhr.)

Präsident: Herr Abgeordneter Dirnberger bitte, danach Herr Abgeordneter Hagenauer.

Abg. Dirnberger (10.45 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, werte Regierungsglieder, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren!

Als Abgeordneter der Region nehme ich selbstverständlich auch zum Thema Lipizzaner Stellung. Wir alle wissen, welche Bedeutung die Lipizzaner für uns in der Region, für die Steiermark, für Österreich haben, aber natürlich für Voitsberg, den Bezirk Voitsberg und um Piber herum bewegt sich einiges. Und natürlich, da wir die Heimat der weißen Pferde, die Heimat der Lipizzaner sind, verwenden wir auch diesen Namen. So wurde schon vor über zehn Jahren eine Torte kreiert, ein Konditormeister aus Köflach erzeugt Lipizzanertrüffel, der Tourismusverband in Voitsberg nennt sich Lipizzanerheimat, eine Laufveranstaltung wird seit zwei Jahren durchgeführt unter dem Titel Lipizzanerlauf, die Wirte in der Umgebung von Köflach und in Köflach nennen sich Lipizzanerwirte. Das ist ein Markenbegriff. Diese Marken wurden auch patentrechtlich geschützt. „Lipizzanerlauf“ und „Lipizzanerwirte“ im Jahre 2001. Im heurigen Jahr im Jänner kam dann die Überraschung. Eine Firma in Wien, Firma LECON behauptet, dass sie eigentlich alle Begriffe um die Lipizzaner geschützt hat, außer die Wortbildmarke des Bundesgestütes, wo alles um Pferde und Dressur herum patentrechtlich und markenrechtlich geschützt ist. Mit diesem Schreiben wurde auch gleich eine Klage angedroht, wie es Kollege Petinger schon ausgeführt hat, unmissverständlich wurden die Beteiligten aufgefordert, alle Leistungen und Inverkehrbringung von Waren einzustellen, sämtliche Firmenwortlaute oder ähnliche Begriffe in Institutionen zu streichen, alles, was mit Lipizzanern zu tun hat, sämtliche Werbeaktivitäten einzustellen, alle Homepages zu löschen und gleichzeitig die Umsätze, die aus diesen Tätigkeiten erfolgt sind, zu melden, damit diese Firma ihre Schadenersatzforderungen geltend machen kann.

Der erste Schock ist tief gesessen und dann haben wir eigentlich vereinbart, dass wir uns das nicht gefallen lassen können. Herr Kollege Petinger hat es erwähnt, wir, alle Betroffenen, haben uns zusammengefunden, über Gemeindegrenzen und politische Parteien hinweg und haben darüber beraten, was machen wir. Wir sind dann einmal in die Recherche gegangen und haben festgestellt, es stimmt, 1999 hat diese Firma LECON die Markenrechtseintragung beim Patentamt beantragt und 2000 auch zugesprochen bekommen. Es war eine ganz billige Wortmarke mit verschiedenen Waren- und Dienstleistungsklassen, die alles das abgedeckt hat, was nicht mit Pferden und Dressur zu tun hatte. In weiterer Folge gelang es mir über das Büro Hirschmann einen Kontakt zu einem Markenrechtler an der Uni Graz, Herrn Prof. Gunter Nitsche, herzustellen. So haben wir uns mehrmals bei mir im Gemeindeamt getroffen, Kollege Petinger war dabei und haben darüber beraten. Und als der Markenrechtler, Herr Universitätsprofessor Gunter Nitsche, dabei war, ist natürlich wesentliche Entspannung hineingekommen, weil er gemeint hat, wir können einer Klage sehr gelassen entgegensehen, weil wir das Naheverhältnis zu den Lipizzanern haben. Wir sind die Region der weißen Pferde und bei einer Klage kommt es darauf an, wer hat das Naheverhältnis. So sind wir schon ein bisschen zufriedener außer Haus gegangen. Aber trotzdem

haben wir einen Anwalt einer Grazer Anwaltskanzlei, der auf Markenrecht spezialisiert ist, beauftragt, der sich dieser Sache gemeinsam mit uns und dem Universitätsprofessor angenommen hat. Wir haben dann auf Empfehlung dieser zwei Rechtsexperten bei den beiden Lipizzanerlauf und Lipizzanerwirte eine Namensänderung durchgeführt und haben das Wort „Heimat“ dazu gegeben, also die heißen jetzt Lipizzanerheimatwirte und der Lauf heißt Lipizzanerheimatlauf, um noch näher zu dokumentieren, dass wir hier die Heimat der weißen Pferde sind.

Unabhängig davon ist dann ein Antwortschreiben an die Firma LECON, an Herrn Lehner, ergangen, in dem wir unmissverständlich erklärt haben, dass wir seine Forderungen in keinster Weise erfüllen werden, weiterhin unsere Werbeaktivitäten durchführen werden, weiterhin unsere Veranstaltungen durchführen werden, geschweige denn überhaupt irgendwelche Schadenersatzforderungen leisten werden und lediglich diese zwei Wortänderungen durchgeführt haben. Es ist dann umgehend ein Antwortschreiben der Firma LECON gekommen, wo zwar wieder die gleichen Anschuldigungen drinnen waren, aber schlussendlich dann drinnen gestanden ist, dass sie eigentlich die ganze Aufregung in der Region nicht verstehen und die Angelegenheit sei im Wesentlichen erledigt. Das war für uns an sich schon beruhigend, aber die Wortmarke Lipizzaner für die Firma LECON gibt es nach wie vor und das, glaube ich, können wir in der Region, das können wir als Land und als Bund eigentlich nicht so stehen lassen, weil es einfach eine billige Geschäftemacherei dieser Firma ist. Wenn man sich die Homepage dieser Firma anschaut, dann tritt sie sehr elegant und großzügig auf, versteht sich in allen Bereichen, unter anderem technische Konstruktionen und so weiter, aber auch bei Lipizzaner bietet sie zum Beispiel an Bier, Confiserie, Kaffee, Tee, Porzellan, auch ein Lipizzanermagazin. Also wenn man die Startseite sieht, toll! Man denkt, hier handelt es sich um ein Weltunternehmen. Wenn man dann tiefer hineinschaut, dann kommt man drauf, das all das nichts ist, es gibt einfach nichts.

Kein Produkt gibt es zu kaufen. Alles ist in Ausarbeitung. Das anscheinend schon monatelang, ja jahrelang. Wenn man anklickt, als einziges Produkt, was wirklich ernsthaft angeboten wird, mit Bestellschein, ist die Lipizzanertorte. Und wenn man das dann bestellen möchte, gibt es ein Bestellformular. Schaut man sich das genauer an, dann war es im März noch in Schilling angeführt, obwohl wir schon vor sehr, sehr langer Zeit die Euroeinführung hatten. Und wenn da eine rege Geschäftstätigkeit vorhanden wäre, dann würde ich meinen, dass das auch auf Euro umgestellt worden wäre. In der Zwischenzeit, anscheinend verfolgt auch diese Firma unsere Presseartikel, weil die Presse war ja sehr rege und hat das auch aufgegriffen – war an sich auch eine Werbung für die Region – hat er auch mitbekommen, hoppla, das könnte schlussendlich auch ein Bumerang werden, weil da könnte man ja feststellen, der hat ja keine Geschäftstätigkeit. Jetzt, siehe da, gibt es ein neues Bestellformular, das auch in Euro ausgeführt ist. Aber wenn man bestellen möchte, gelingt es noch immer nicht. Also man kann kein Produkt in irgendeiner Art und Weise bestellen.

Umgekehrt bei uns, wie ich schon erwähnt habe, unser Konditormeister Kurt Singer erzeugt diese Lipizzanertorte über zehn Jahre, die Trüffel ebenso, der Tourismusverband Lipizzanerheimat nennt sich schon einige Jahre so und bei den anderen beiden – Lipizzanerlauf und Lipizzanerwirte – haben wir dieses Wort hineingegeben und damit sind unsere Tätigkeiten weiterhin voll aufrecht.

Es wäre aber doch ratsam aus Sicht der Region – und der Kollege Petinger hat es auch erwähnt –, dass wir einen Antrag auf Löschung beim Patentamt beantragen. Und hier hätte natürlich das stärkste Naheverhältnis selbstverständlich Piber und die Spanische, also die Hofreitschule und das Bundesgestüt. Hier würde ich bitten, dass das Land und die Landesregierung uns unterstützen bei der Überzeugungsarbeit Richtung Piber, dass Piber auch diesen Antrag stellt. Ich bin mit Herrn Dr. Pohl ständig in Verbindung. Natürlich, aus ihrer Sicht besteht keine Notwendigkeit, weil sie haben keine Probleme. Aber längerfristig könnte es auch bei ihnen zu Problemen führen. Ich glaube, so einer billigen Geschäftemacherei muss man einfach das Handwerk legen. Deswegen bitte ich auch um Unterstützung für den Antrag.

Ein weiterer Schritt wäre natürlich ernsthaft zu überlegen, eine Klage beim Wiener Handelsgericht einzubringen, ebenfalls auf Unterlassung. Das ist natürlich mit mehr Kostenaufwand verbunden und da brauchen wir auch noch rechtliche Recherchen, ob das wirklich von Erfolg gekrönt wäre. Die ersten Stellungnahmen sagen das aus, dass wir sehr erfolgreich sein könnten. Hier haben wir allerdings das Risiko, dass wir zwar alles gewinnen, aber schlussendlich die Firma möglicherweise nicht zahlungsfähig ist, dann haben wir die Anwalts- und Gerichtskosten selbst zu tragen. Und das muss man natürlich abwägen, ob man dieses Risiko eingeht.

Wie gesagt, die Marke „Lipizzaner“ ist für unsere Region bedeutungsvoll, für das Land Steiermark, aber auch für den Bund. Ich habe mit Herrn Dr. Pohl schon sehr intensive Gespräche geführt und sollte die Löschung der Wortmarke der Firma LECON gelingen, dann werden wir ernsthaft darüber nachdenken, dass wir eine Wortbildmarke für die Region kreieren gemeinsam mit dem Bundesgestüt und diese dann registrieren und schützen lassen. Dann müsste man aber auch einen Vergabeausschuss installieren, der dann berät und sagt, wer bekommt diese. Es soll ja nicht eine Inflation mit dem Begriff „Lipizzaner“, der ja doch ein sehr edler Ausdruck ist, oder wenn man die Pferde sieht, welche edel Geschöpfe das sind, eintreten, dass sich jeder mit dem Fähnchen „Lipizzaner“ schützen darf.

Jetzt noch kurz zur Landesausstellung und zu dieser Eröffnung. Ja, das ist ein bedauerlicher Irrtum gewesen, dass das nicht koordiniert war. Aber ich glaube, unsere Frau Landeshauptmann ist wie kein anderer draußen bei der Bevölkerung und ihr selbst ist es ein Herzensanliegen gewesen, dass sie sich entschuldigt. Und sie hat es auch in aller Form mit diesen Inseraten getan. Ich glaube, in Zukunft wird das auch nicht mehr vorkommen.

Zu den anderen Vorwürfen, bezüglich dass die WCs nicht geöffnet waren und dergleichen, das ist ein organisatorisches Problem, ganz gleich wie diese Koordination der Termine. Ich habe die Eröffnungsveranstaltung besucht, war dann zwischendurch oben und war am Sonntag auch bei der letzten Galaveranstaltung. Und von Tag zu Tag ist das besser gelaufen. Das ist halt leider ein Koordinationsproblem.

Wenn man schon so Irrtümer aufführt, dann kann ich berichten, dass das Personal beim Catering drinnen verzweifelt nach Bieröffnern gesucht hat und dergleichen. Das sind so kleine Dinge, die dann halt im entscheidenden Moment natürlich die Welt wesentlich beeinflussen können. Aber im Großen und Ganzen muss ich sagen, wenn wir keine größeren Sorgen als die haben, dann sind wir wirklich in einer sehr heilen und glücklichen Welt.

Und wir sind, glaube ich, in einer glücklichen Welt, wenn ich diese Gala angeschaut habe, dass sie tagtäglich ausverkauft war, dass 22.000 Leute hier die Gala besucht haben, dass ein Großteil davon auch die Landesausstellung besucht hat, dass in zehn Tagen, in elf Tagen jetzt genau, 34.000 Besucher dort waren. Das ist ein ganz toller Erfolg. Das Programm ist wunderbar. Ich darf bei dieser Gelegenheit auch – und das sage ich immer wieder – unserem Herrn Prof. Ernst Lasnik danken, der dieses Konzept entworfen hat, zuerst ohne Auftrag, völlig ohne Auftrag und das wurde aufgegriffen, dankenswerterweise auch in der Landesregierung beschlossen und umgesetzt und unterstützt. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir die 200.000-Besucher-Grenze überschreiten werden.

Ich lade Sie auch ein – wie der Kollege Petinger gesagt hat –, besuchen Sie diese Landesausstellung und Sie werden von der Landesausstellung beeindruckt sein, aber auch von unserer Region.

In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit und ersuche um Zustimmung des Antrages. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 10.58 Uhr.)

Präsident Purr: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Abgeordneten Hagenauer. Herr Abgeordneter, Moment bitte, ich möchte die Damen und Herren der Frauenbewegung Trofaiach, Hafning und Gai unter der Leitung von Frau Obfrau Weithaler und Herrn Gemeinderat Sagadin begrüßen. (Allgemeiner Beifall.)

Herr Abgeordneter Hagenauer, Sie sind nun am Wort, bitte.

Abg. Hagenauer (10.59 Uhr): Danke. Herr Präsident, geschätzte Zuseher/Zuseherinnen, Zuhörer, Kolleginnen/Kollegen im Landtag, Regierungsmitglieder!

Ich möchte gleich da anschließen, wo der Herr Kollege Dirnberger geendet hat, glückliches Land, das keine anderen Sorgen hat. Keine Frage, aber ich möchte doch zwei Punkte konkret anschnitten, nämlich erstens dieses Inserat.

Frau Landeshauptfrau, wir haben in unserer Anfrage nicht nur die Frage gestellt, wer hat das Inserat bezahlt, sondern wie kommt es dazu, dass dieses Inserat im offiziellen Design des Landes gehalten ist? (Landeshauptmann Klasnic: „Ich habe Ihre Anfrage noch nicht!“)

Dann wiederhole ich sie jetzt, das steht drinnen: Dieses Inserat ist gestaltet so wie jedes offizielle Inserat der Landesregierung. Daher auch unsere bescheidene Frage, was hat das gekostet? Das bringt mich nämlich genau zu dem Punkt, den der Herr Kollege Dirnberger aufgeworfen hat, nämlich die Frage der Patentierung, die Frage, wer darf denn welches Design verwenden, und zwar nicht nur jenes der Lipizzaner, sondern auch jenes Symbol, jenes Design, jene Marke Steiermark. (Abg. Riebenbauer: „Wir sind alle Steirer!“) Kollege Riebenbauer sagt und nimmt mir das Wort dankenswerterweise aus dem Mund, wir sind alle Steirer. Wir sind aber nicht alle ÖVP-Mitglieder, Herr Kollege, ist Ihnen das schon einmal aufgefallen? (Beifall bei den Grünen.)

Ich habe den grausamen Verdacht, Sie verwechseln hier etwas. Und ich habe den grausamen Verdacht, dass hier etwas gemacht wird, was der Herr Kollege Dirnberger mit Geschäftemacherei bezeichnet hat, mit Geschäftemacherei, die es zu verhindern gilt und wo man sich auf etwas draufsetzt, nämlich jetzt als Partei, wo man etwas nimmt, das einem nicht gehört, schlicht und ergreifend. Und der ÖVP gehört die Steiermark nicht, sie ist nur ein Teil davon. (Abg. Mag. Drexler: „Danke für den selbstverständlichen Hinweis!“) Sie ist nur ein Teil davon. Und schön wäre es, Herr Kollege Klubobmann Drexler, wenn das wirklich selbstverständlich wäre. Nur, es ist es augenscheinlich nicht.

Das Patentamt für derartige Angelegenheiten nach meiner Überzeugung sind übrigens wir. Es ist der Steiermärkische Landtag, der diese Frage zu klären hat, ob die Frau Landeshauptfrau beziehungsweise die ÖVP als Landesregierung gleichzeitig auftreten darf, ob die Partei und Land dasselbe sind.

Der zweite Punkt, auch in dem Zusammenhang nicht uninteressant, nämlich die Geschichte mit der Verspätung. Wissen Sie, ich habe das auch gelesen, ich habe mir genau das gedacht, haben wir sonst keine Sorgen? Dann ist mir mit zunehmendem Interesse etwas aufgefallen. Da sind zwei Stunden lang viele Leute anwesend. Kleine Besucher, aber sicherlich auch offensichtlich Landtagsabgeordnete, Bürgermeister, andere wichtige Mitglieder der steirischen Gesellschaft. Und wissen Sie, was mir dabei aufgefallen ist? Da sitzen die zwei Stunden und keiner schafft es, die Frau Landeshauptfrau anzurufen oder wenigstens ihre Sekretärin, ihren Sekretär, irgendjemand anzurufen und zu sagen, bitteschön, da ist etwas passiert. Letzteres ist nämlich normal. Das weiß ich aus eigener Anschauung, jeder, der einmal derartige Dinge veranstaltet hat, organisiert hat, weiß, so etwas ist unvermeidlich, keine Frage, das kommt. Mein Mitempfinden für die arme Haut, der das passiert ist. Mir ist das auch schon passiert und solche Sachen bügelt man aus, so gut es geht, indem man einfach anruft und fragt, wo bleibt denn jetzt die Frau Landeshauptfrau? Da ist etwas passiert, das ist ganz normal. Für mich ist das Phänomen

das, dass da zwei Stunden nicht angerufen wird. Wissen Sie, beim Dschingis Khan hätte ich es ja verstanden, weil wenn da jemand gewagt hätte, an die Fehlbarkeit des ersten Mannes im Staate eine unangenehme Frage zu richten, daran zu zweifeln, wäre ihm der Kopf abgeschlagen worden, aber heute in der Steiermark.

Ich möchte an der Stelle wieder einmal in der gebotenen Bescheidenheit darauf hinweisen, dass in meinem Verein zur Abschaffung des Mittelalters in der Steiermark noch Plätze frei sind, zum Ersten. Ich möchte zum Zweiten anregen, dass eine der nächsten Landesausstellungen zum Thema „Mythos Landeshauptmann“ veranstaltet wird und von meinem Verein zur Abschaffung des Mittelalters kuratiert wird. In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen, der SPÖ und ÖVP. – 11.04 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt mir nicht vor. Wenn Sie, meine Damen und Herren, diesem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest. Danke!

4. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 855/3, betreffend den Bericht über kulturpolitische Leitlinien und Zielsetzungen zum Beschluss Nr. 603 des Steiermärkischen Landtages vom 11. Juni 2002 über den Antrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Hagenauer und Lechner-Sonnek, betreffend Förderung nachhaltiger und innovativer Kultur statt Events.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (11.05 Uhr): Regierungsvorlage zum grünen Antrag, betreffend Förderung nachhaltiger und innovativer Kultur statt Events.

Der Steiermärkische Landtag hat die Landesregierung aufgefordert, einen Bericht über die kulturpolitischen Leitlinien und Zielsetzungen vorzulegen.

Im gegenständlichen Bericht wird dargestellt, dass die freie Kulturszene das Profil der Steiermark prägt, als Grundlage für sämtliche Entscheidungen des Kulturförderungsgesetzes herangezogen wird, mit der freien Szene oder Teilen davon dreijährige Fördervereinbarungen abgeschlossen werden auf Grund der Ergebnisse einer Evaluierungskommission und dass Förderungsrichtlinien für die Bereiche Volkskultur, Museen und Sammlungen und öffentliche Bibliotheken bereits bestehen.

Ich stelle den Antrag auf Annahme dieser Vorlage. (11.06 Uhr.)

Präsident: Frau Abgeordnete, Sie haben sich zu Wort gemeldet, Sie sind bereits am Wort.

Abg. Mag. Zitz (11.06 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Gäste, sehr geehrte Mitglieder der Regierung!

Frau Landeshauptfrau, Sie sind heute anwesend in Ihrer Funktion als Kulturreferentin des Landes Steiermark und ich erlaube mir, die Situation dazu zu verwenden, Ihnen eine Rückmeldung zu geben aus mehrjährigen kulturpolitischen Erfahrungen, die ich als Grüne in der Steiermark habe. Ich möchte mir auch erlauben, da einige Themen einzubringen, die von Leuten, die kulturpolitisch aktiv sind, die in der Steiermark kreativ sind, die diesen Leuten unter den Nägeln brennen und die nicht die Möglichkeit haben, hier in diesem Forum zu reden.

Punkt eins, die Regierungsvorlage, die ich als Berichterstatterin referieren musste, ist für mich absolut unzumutbar. Diese Regierungsvorlage geht nämlich überhaupt nicht auf die Absicht unseres Antrages ein, der gelautet hat „Grundsatzentscheidung des Landes, Förderung von innovativer und nachhaltiger Kunst- und Kulturpolitik oder Weiterführung von durchaus mehrheitsfähigen Events, die sich aber durchaus am freien Markt mit Sponsoren bewähren könnten. Die Regierungsvorlage ist nicht bereit, zu grünen Positionen ja oder nein zu sagen, sondern schlängelt sich in der Mitte durch. Ich halte das für einen Stil, der längerfristig für die steirische Kulturpolitik sehr, sehr wenig bringen wird.

Das Zweite, der Herr, der bis vor kurzem da auf der Regierungsbank gesessen ist, Herr Landesrat Hirschmann, war teilweise auch ein sehr zäher Knochen, schwer im Umgang, aber in einigen Bereichen war es möglich, dass er Entscheidungen getroffen hat. Und bei aller Unterschiedlichkeit wie er und die Grünen die kulturpolitische Welt gesehen haben, hat er doch einige Grundsatzentscheidungen getroffen, wo er sich nicht nur populär gemacht hat. Frau Landeshauptfrau, ich möchte jetzt an dieser Stelle zu Ihnen sagen, Ihre erste Aussage in Ihrer neuen Funktion war, dass Sie ein kreatives Publikum sind. Vom Gefühl her, glaube ich, hat das viele Leute in der Kulturpolitik gefreut, weil ich auch glaube, dass es eine Qualität ist, wenn Kulturpolitiker und Kulturpolitikerinnen zu Veranstaltungen gehen und sich sehen lassen. Als politische Aussage war das für mich eine absolute Nullansage, und zwar deswegen, weil Sie in der Ressortverantwortung im Jahr 2003 mit einer völligen Unklarheit, wie es in den nächsten Jahren in Graz und in der Steiermark und im ländlichen Raum im regionalen Bereich kulturpolitisch weitergeht, einfach einen politischen Auftrag zu erfüllen haben. Da reicht es einfach nicht, sich auf das Zuhören und Zuschauen und das Entgegennehmen zu verlassen. Es gibt einige Politikfelder, wo Sie sehr wohl bereit waren, Akzente zu setzen, also diese Passivität ist für mich absolut unverstehlich.

Ein nächster Punkt, wo ich sozusagen konträr zu Herrn Ex-Landesrat Hirschmann immer war, ich glaube, dass der Landtag in einer gediegenen Kooperation mit Fachleuten von außen aus dem Kunst- und Kulturbereich sehr hohe parlamentarische Qualität anbieten kann. Ich möchte darauf aufmerksam machen, wir haben im Landtag unzählige Unterausschüsse. Im Verfassungsbereich sind es sechs, im Bildungsbereich sind es sechs, in der Landwirtschaft sind es fünf, im Kulturwesen gibt es einen einzigen Unterausschuss, nämlich zur freien Theaterszene in der Steiermark. Dieser Unterausschuss ist auf Grund eines grünen Antrages eingerichtet worden. Ich wünsche mir da wesentlich mehr Forderungen vom Landtag an die Landesregierung und auch Forderungen beziehungsweise Grundsatzentscheidungen und Angebote dazu von der Regierung an den Landtag. Ich glaube, das wäre eine sehr schöne Belebung der kulturpolitischen Debatte und auch des Parlamentarismus in der Steiermark.

Ich möchte jetzt konkret auf die Regierungsvorlage eingehen, nachdem sie die mehrjährigen Förderungen anspricht. Es ist bekannt, dass das Kulturbudget in der Steiermark höchst wankelmütig ist. Im Jahr 2000 waren es knapp 68 Millionen Euro, im Jahr 2001 75 Millionen Euro, im Jahr 2002 362 Millionen Euro. Bei den mehrjährigen Förderungen, die mit Kultureinrichtungen vor kurzem in diesem Landtag abgeschlossen wurden, da haben wir nicht mitgestimmt, und zwar einfach deswegen, weil die Förderungshöhen teilweise nicht indexangepasst wurden, das Bestehende einfach weitergeführt wurde, zweitens, weil das Prinzip der Gießkanne damit institutionalisiert worden ist und festgeschrieben wurde auf drei Jahre. Und der dritte Punkt, man ist überhaupt nicht hergegangen und hat sich die Qualität und den Professionalisierungsgrad von diesen vielen, vielen Initiativen, die in der Steiermark tätig sind, angeschaut.

Diese Förderungsvereinbarungen, bei aller Wertschätzung der Evaluierungskommission, in der politischen Umsetzung sind eine Pragmatisierung des Prinzips der Gießkanne.

Weiterer Punkt: Stärkung der freien Szene. Ich glaube, dass man Kulturpolitik insofern machen soll, als es Grundsatzentscheidungen politischer Natur gibt, nicht programmatische Entscheidungen, aber Grundsatzentscheidungen, etwa ob man sehr gut marktfähige Events von der öffentlichen Hand noch einmal weiterführt und sicherstellt, dass dann die jeweilige KulturpolitikerIn dort auch einen tollen Auftritt hat. Das geht den Gästen bei solchen Veranstaltungen teilweise unwahrscheinlich auf die Nerven. Ich glaube sogar, dass der ehemalige Landeshauptfraustellvertreter Schachner und Kulturreferent Schachner damit viele Leute sogar verloren hat, indem er bei jedem dieser Events am Programm gestanden ist, sein Foto war überall, egal ob bei der Landesausstellung oder bei grazbezogenen Events. Das hat Leute sehr oft gestört, weil sie das als kulturpolitisches Reinregieren empfunden haben.

Ich glaube deswegen, dass in der Steiermark ein Konzept für eine strukturelle Kulturförderung vonnöten ist, wo es schlichtweg auch darum geht, dass man Künstlern und Künstlerinnen und speziell auch jungen Leuten faire Entwicklungschancen zur Verfügung stellt. In der Steiermark wandern viele etablierte und sehr attraktive Vereine und Initiativen ab, Einzelpersonen wandern ab nach Wien, nach Linz, nach Berlin, weil sie sagen, in der Steiermark – bei aller Wertschätzung für 2003 – ist das Klima eines, das uns nur rudimentäre Entwicklungschancen gibt.

Zu dieser strukturellen Kulturförderung, die aus meiner Sicht eines Konzeptes bedarf, damit das nicht ad hoc je nach kulturpolitischer Konjunktur entschieden wird, gehören zum Beispiel Proberäume, Mietenunterstützungen, Förderungen bei regionalisierten Auftritten, Zugang zu Schneideräumen, zu Ateliers. Das sind Förderungen, die nicht besonders teuer sind, aber die trotzdem das Entwicklungspotenzial von Leuten in der Steiermark stark erhöhen würden. Kleine Seitenbemerkung: Wir haben immer wieder eingebracht als Finanzierungsanschlag eine höhere Zweckbindung des Fernseh- und Rundfunkschillings für den Bereich der Kulturpolitik, keine höhere Abgabe, aber eine höhere Zweckbindung, was mit Verlaub heißt, weniger Mittel, die aus dieser Abgabe irgendwie in das Landesbudget laufen, sondern eine klare Zweckbindung.

Ein Punkt, den ich noch anziehen möchte, nachdem er in dieser ziemlich provozierenden Regierungsvorlage vorkommt, wo, wie gesagt, auf unsere Punkte überhaupt nicht eingegangen wurde, nicht einmal abschlägig eingegangen wurde: Von Seiten der kunst- und kulturpolitisch aktiven Leuten, von Beiratsmitgliedern, von Mitgliedern der Evaluierungskommission wird immer wieder ein neues Kunst- und Kulturförderungsgesetz eingefordert. Das jetzige in der Steiermark stammt, sehr geehrte Frau Landeshauptfrau, sehr geehrte Kultursprecher und -sprecherinnen der anderen Fraktionen, aus dem Jahr 1985. Es ist gerade volljährig geworden. Sie können sich vorstellen, in einem Gesetz, das Anfang der achtziger Jahre entwickelt wurde, kommt der Bereich Neue Medien prinzipiell nicht vor, da kommen freie Radios nicht vor, eine Teilhabe von Emigranten und Emigrantinnen, von Frauen im Kunst- und Kulturbetrieb, diese Bereiche sind ausgespart worden. Große Teile der Jugendkultur haben damals ganz anders ausgesehen, waren damals noch mehr verbandlich organisiert als heutzutage. Dieses Kulturförderungsgesetz gehört dringend novelliert, aus meiner Sicht in ein ganz neues Gesetz gegossen.

Und ich möchte dazusagen, es hat im Mai 2000 – vor genau drei Jahren – dazu in diesem Raum eine Landtagsenquete gegeben. Die war gut besucht. Da haben uns Leute von außen guten Input gegeben, wie man so ein Gesetz strukturieren und organisieren kann. Diese Enquete ist sehr gut vorbereitet worden und ist, wahrscheinlich auch auf Grund der Landtagswahl, politisch überhaupt nicht nachbereitet worden. Es wäre dringend notwendig, dieses Know-how hereinzubringen, zu aktualisieren und Schritte zu setzen, dass ein neues Kulturförderungsgesetz in dieser Legislaturperiode noch auf die Reihe kommt.

Ich möchte abschließend noch einmal zusammenfassend sagen, bei aller Wertschätzung der Kreativität des Publikums, Frau Landeshauptfrau, das darf es nicht sein. Punkt eins.

Punkt zwei: Heute im „Standard“ ein Artikel, wo angeführt wird, dass die Initiative „Kultur in Graz“, die es geschafft hat, den Bereich Kunst- und Kulturpolitik, jugendliche Ausdrucksformen und Arbeitsmarkt zu verbinden, de facto vor dem finanziellen Aus steht. Diese Initiative ist über Jahre sehr gut gewachsen, war sehr etabliert, war sehr anerkannt, auch bei den strikten Förderungsgebern und -geberinnen des AMS, und wird aber höchstwahrscheinlich nicht weitergeführt werden können – und das im Jahr 2003. Solche Initiativen stehen deswegen vor dem Aus, weil es in der Steiermark keine qualifizierte kunst- und kulturpolitische Debatte gibt. Es gibt ausgewählt gute Foren an einzelnen Leuten, die debattieren, aber die Durchdringung mit der Politik findet nicht statt und wenn, dann absolut parteipolitisch eingefärbt, was gerade Leuten aus diesem Bereich sehr zuwider ist, und dann ist ziemlich Wurst, sage ich auch dazu, in welche Richtung parteipolitisch eingefärbt.

Dritte Wahrnehmung jetzt von unserer Seite: Förderpolitik, mehr Jahresförderungen ja, aber nicht im Sinne dieser pragmatisierten Gießkanne, wie es in diesem Landtag leider vor kurzem beschlossen worden ist.

Der nächste Punkt: Strukturelle Kulturförderung, was einfach bedeutet Zurverfügungstellung von Infrastruktur und ein genaues Hinschauen, welche kunst- und kulturpolitisch sehr aktiven Leute aus der Steiermark weggehen und abwandern. Und ob die wiederkommen, ist derzeit nicht zu sagen.

Ein Element möchte ich jetzt noch abschließend einbringen – ich hoffe, ich habe jetzt hier ausreichend erklärt, warum wir diese Regierungsstellungnahme aus unserer Sicht nicht annehmen können –, diese Stellungnahme ist schlichtweg Debattenverweigerung mit der Fraktion der Grünen, was kulturpolitische Leitlinien und Zielsetzungen betrifft. Es ist ganz klar, dass alle Akzente, die aus dem kreativen oder auch aus dem widerständischen oder rebellischen Bereich kommen, aus einem systemkritischen Bereich kommen, kurz- und auch mittelfristig Auswirkungen haben auf die Art, wie Innovation in der Steiermark stattfindet, auf die Art, wie man Kommunikation betreibt, auf die Art, wie man mit Randgruppen umgeht und letztendlich auch auf die Art, wie man den Wirtschaftsstandort Steiermark sichert. Ich glaube, dass da die Kulturpolitik in der Steiermark einen verdammt großen Auftrag hat, Frau Landeshauptfrau, und als Grüne haben wir an Sie einiges an Erwartungen, speziell auch was eine ausgewogene und gemeinschaftliche Kooperation mit dem Landtag und auch mit der Opposition betrifft.

Ich denke, dass ich jetzt ausreichend dargelegt habe, was unsere Schwerpunkte für die nächsten Jahre sind. Einige Themen habe ich nicht angeführt, die für uns auch wichtig sind, aber die einfach in anderen Foren diskutiert werden sollten.

Ich möchte jetzt zuletzt noch einen Entschließungsantrag der Grünen einbringen:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, eine kulturpolitische Grundsatzentscheidung zugunsten nachhaltiger und regional verankerter Kunst- und Kulturschaffender zu treffen und zu diesem Zweck die für Events vorgesehenen Fördermittel in die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Professionalisierung und Qualifizierung der freien Szene zu investieren.

Ein letztes Wort noch: Ich habe mit sehr großem Interesse vernommen, dass der Kulturstadtrat von Graz, Herr Mag. Buchmann, genau in die gleiche Richtung ins Horn stößt. Gerade was Graz 2003 betrifft, glaube ich, hat er relativ realistische Einschätzungen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 11.21 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Rauch. Bitte.

Abg. Dr. Rauch (11.21 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, Hohes Haus, liebe zahlreich erschienene Gäste!

Seit Beginn des Jahres 2003 war Kunst und Kultur in fast jeder Sitzung des Steiermärkischen Landtags ein Thema, und das ist gut so. Wir führen, Frau Kollegin Zitz, die kulturpolitische Debatte – und ich freue mich darüber –, wir führen sie nicht nur, weil wir in diesem Jahr Kulturhauptstadt Europas sind, wir führen sie generell.

Der Steiermärkische Landtag soll und muss Ideen, Beobachtungen aus dem Bereich Kunst und Kultur sammeln, mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren und hier in diesem Hohen Haus diskutieren und ständig aufs Neue aufs Tapet bringen.

Wir Landtagsabgeordneten haben in allen Bereichen eine ganz wichtige Kommunikationsfunktion wahrzunehmen. Wir müssen zuhören, was die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land denken und sprechen und das hinunterkommunizieren in die Politik. Und wir müssen das, was in der Politik in Graz, in Brüssel, in Wien überlegt wird, hinaufkommunizieren zu den Bürgerinnen und Bürgern. Und dieser Kommunikationsprozess hat sehr, sehr viel mit Kunst und Kultur zu tun. Ich will ein Beispiel geben, das fast vorbeigegangen ist an der öffentlichen Debatte, das war GATS, jene generelle Regelung, bei der man sich bemüht hat, auch kulturelle Themen in Wirtschaftsbeziehungen einzubeziehen. Manche Menschen glauben, dass Kunst und Kultur etwas für den Sonntagnachmittag sind. Wenn nach getaner Arbeit noch eine halbe Stunde Zeit ist, dann kann man ins Theater gehen, Musik hören, ein Buch lesen. Wenn das so wäre, dann gehört Kunst und Kultur tatsächlich in den Bereich Dienstleistungen und Unterhaltung, dann können wir komplett den Markt öffnen. Diese Vorstellung ist aber zutiefst falsch. Kunst und Kultur sind eine eminent politische Aufgabe. Das hat mit unserem heutigen Tagesordnungspunkt und seiner Reaktion darauf sehr viel zu tun.

Ich möchte zwei Beispiele geben, die direkt daran anschließen. Zum Ersten, Kultur ist die Basis unserer nationalen und regionalen Identität, zumindest in Europa ist das so und wird das so gesehen. Wir müssen uns daher bemühen, unsere regionale Kultur zu begreifen, weiterzuentwickeln, zu fördern und wir müssen alle

anderen gesetzlichen Maßnahmen, nicht nur die im Kunst- und Kulturbereich, auf unsere regionale steirische Identität hin prüfen. Deswegen, meine Damen und Herren, ist es sehr gut und sehr zu begrüßen, dass Kunst und Kultur ab jetzt direkt bei unserer Frau Landeshauptmann angesiedelt sind. (Beifall bei der ÖVP.)

Das ist ein spezifisch europäischer Ansatz, das ist ein Ansatz, der uns ganz deutlich, wie auch die GATS-Verhandlungen gezeigt haben, von anderen Ansätzen, etwa dem Gegenkonzept des Melting Pot unterscheidet, das hat etwas mit regionaler Identität zu tun und das kann ich nur beschränkt einer Globalisierung unterwerfen.

Zweitens – und das ist mir ebenso wichtig –, Kultur ist eine wesentliche Voraussetzung für Demokratie. Sie ist auch, Frau Kollegin Zitz hat das zu Recht betont, eine Form von Kommunikation. Sie macht Gesellschaft erst artikulationsfähig, daher sind Kunst und Kultur in der Demokratie nicht Luxus, sondern sie sind Grundlage für Vielfalt, genauso wie für Heimatverbundenheit und für Werte. Deswegen kann man Kultur nur teilweise Marktmechanismen unterwerfen. Das ist aus meiner Sicht ein wichtiger Hintergrund des Antrages, wenn er fordert, dass nachhaltige und innovative Kultur stärker betont werden soll. Kultur ist auch ein Instrument zur Emanzipation und Emanzipation kann man nicht kaufen. Aber – und da unterscheide ich mich, glaube ich, sehr deutlich von Frau Kollegin Zitz – im Bereich von Kunst und Kultur sollen Politikerinnen und Politiker Rahmenbedingungen schaffen, aber nicht inhaltlich Stellung beziehen. Wir haben nämlich im Bereich der Vermittlung von Politik zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und dem Staat im Bereich von Kunst und Kultur einen dritten Partner und das sind die Künstlerinnen und Künstler selbst. Unser großer Kollege Hanns Koren hat das vor 35 Jahren schon wie folgt formuliert, ich zitiere: „(Der Künstler) ist heute der Mitwissende, der Mitleidende und der Mitschuldige geworden an dieser Zeit, an ihren Zuständen und seine Werke sind die Urkunden, mit denen er sich diese Zugehörigkeit ausweist und mit denen er sich auch verpflichtet, einen neuen Weg in eine neue Welt zu suchen.“ Genau das ist der Punkt. Wir müssen neue Wege in die neuen Herausforderungen suchen und uns nicht darauf beschränken, Geldmittel, die wir nicht haben, von einem Bereich zum anderen hin- und herzuschaukeln oder das zu beantragen.

Wie können wir konkret die Kulturschaffenden in der Steiermark unterstützen? Und darauf gibt die Stellungnahme der Landesregierung sehr wohl Antwort. Antwort, die die Rahmenbedingungen betrifft, und nicht inhaltliche Positionen. Die Antwort ist, mehr Planungssicherheit. Es war ein ganz entscheidender Durchbruch, der auf Antrag dieses Hauses erfolgt ist, dreijährige Fördervereinbarungen zu erzielen. In die gleiche Richtung, nämlich mehr Planungssicherheit und Autonomie, zielt die Ausgliederung von großen Kulturträgern, Joanneum und die Theater.

Zweiter wichtiger Bereich, Aufbau eines kulturellen, erlauben Sie mir das Wort, Mittelstandes. Es ist ein neues Problem. Wir haben eine Reihe von Initiativen im Amateurbereich, die größer geworden sind, die allmählich in einen professionellen Bereich hineinwachsen und die jetzt dort unterstützt werden wollen. Das ist eigentlich ein positiver Effekt unserer kulturellen Arbeit, dass sich im Amateurbereich so viel entwickeln konnte. Wir werden uns sehr gut überlegen müssen, wie wir für diese Gruppierungen sehr wohl auch Möglichkeit schaffen, in der Steiermark zu bleiben. Allerdings müssen wir uns bewusst sein, das ist ein neuer Bereich, den wir aufbauen. Ich glaube, dass wir natürlich auch Mittel dafür brauchen, aber vor allem brauchen wir Strukturen, die darauf reagieren. Wir haben einen Unterausschuss zu genau diesem Punkt eingerichtet auf Antrag der Grünen, und zwar konkret am Beispiel der Theater, der professionellen Theater, in dem wir diese Frage diskutieren werden. Noch sind wir nicht zu einem Ergebnis gekommen.

Dritter Punkt, die Stärkung der freien Szene. Auch hier stellt die Stellungnahme der Landesregierung ganz klar fest, dass das auch von der Landesregierung als Priorität gesehen wird und es werden auch die Instrumente genannt: eine Evaluierungskommission, wobei ich durchaus einräume, diese Evaluierungskommission hat noch Entwicklungspotenzial, da könnte sich noch das eine oder andere an konkreten Aussagen schärfen. All das sind Initiativen, meine Damen und Herren, die die Steiermärkische Landesregierung gemeinsam mit dem Steiermärkischen Landtag gesetzt hat, die dazu führen, dass die nachhaltige und innovative Kultur sehr wohl verstärkt berücksichtigt wird. Allerdings, und das führt jetzt zu einer gewissen Einschränkung gegenüber dem Entschließungsantrag der grünen Fraktion, allerdings ohne von einem Extrem ins andere zu verfallen, ohne Einzelereignisse herauszugreifen und an den Pranger zu stellen. Gerade im Kulturbereich ist es notwendig, dass wir Kontinuität, Berechenbarkeit und Nachhaltigkeit haben, keine Hektik, keinen kulturpolitischen Aktionismus. Wir brauchen auch keine einseitigen Festlegungen. Es sollte also nicht heißen, nachhaltige Kultur statt Events, nicht ja oder nein. Wir brauchen beides, vielleicht in einer anderen Gewichtung, aber nicht entweder – oder. Kultur ist ein Biotop und keine Maschine. Auch darauf verweist die Landesregierung in ihrer Stellungnahme, wenn sie in ihrem Bericht auf die gesetzlichen Grundlagen und vor allem auf die Synergieeffekte mit Bildung und Wirtschaft hinweist. Wir begrüßen daher den Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über kulturpolitische Leitlinien und Zielsetzungen, er geht auf die Anliegen des Landtages ein, er zeigt die Bereitschaft zur Weiterentwicklung des Fördersystems und er gibt konkrete Modelle und Instrumente, die teilweise bereits im Einsatz stehen. Die Abgeordneten der ÖVP werden den Bericht daher mit großer Zustimmung zur Kenntnis nehmen. Vielen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 11.32 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Reinprecht. Frau Abgeordnete, Sie sind schon am Wort.

Abg. Dr. Reinprecht (11.32 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Kollegen und Kolleginnen!

In einer Sache haben die Grünen natürlich Recht. Die Vorlage, die die Beantwortung des Antrages sein soll, ist natürlich, ich möchte nicht den moralisierenden Ausdruck unzumutbar verwenden, aber doch unzureichend, weil die Kernfrage, die zentrale Frage in diesem Antrag nicht beantwortet wurde.

Dazu ist zu sagen, diese Frage hätte vielleicht beantwortet werden können, wenn wir über einen Kulturbericht verfügen würden. Ich möchte darauf hinweisen, dass laut Kulturförderungsgesetz jährlich ein Kulturbericht vorgelegt werden müsste – der letzte wurde für die Jahre 1999 und 2000 vorgelegt. Anhand dieses Kulturberichtes, wenn wir einen hätten, könnten wir vielleicht entscheiden, was war tatsächlich nachhaltig, was war tatsächlich nur reiner Eventcharakter, wo häufig nur künstliche Bedürfnisse auf dem Kultursektor befriedigt werden.

Der zweite Punkt ist die Evaluierungskommission, die immerhin von der Landesregierung eingesetzt wurde. Diese Kommission soll Vorschläge erbringen zur Verbesserung der bisherigen Praxis der Kulturförderung. Damit, mit dieser Aufgabe, ist noch nicht wirklich begonnen worden. Die letzte Sitzung war am 27. März. Das scheint noch nicht so lange her zu sein, aber man muss wissen, dass die Sitzungen davor alle zwei bis drei Wochen stattgefunden haben und man sich hauptsächlich beschäftigt hat mit den mittelfristigen Förderungen, aber nicht mit der Aufgabe, der diese Evaluierungskommission tatsächlich nachkommen sollte.

Ein weiterer Punkt in der Vorlage sind die Dreijahresverträge. Das ist natürlich grundsätzlich zu begrüßen und dafür sind wir von Anfang an eingetreten, auch, wie der Herr Abgeordnete Rauch gesagt hat, um eine Planungssicherheit im Kulturbereich und bei den Initiativen zu gewährleisten.

Aber die Sache hat zwei Schönheitsfehler. Der eine Schönheitsfehler ist, dass die Förderungsmittel nicht erhöht wurden und werden und sie sind, ich glaube, das kann ich guten Gewissens sagen, ohne das jetzt wirklich direkt überprüft zu haben, in den letzten zehn Jahren für die Initiativen und Gruppen nicht erhöht worden.

Und der zweite Punkt ist: Wenn ich mich recht erinnere, steht auch im Förderungsvertrag, dass die Mittel nach Maßgabe des Budgets gekürzt werden können. Da frage ich mich, wozu habe ich einen Vertrag, wenn das, was drinnen steht, unter Umständen nicht hält? Das wird auch von den Förderungswerbern sehr bekrittelt und das muss betont werden. Ich finde, dass das nicht in Ordnung ist.

Wenn wir einen Kulturbericht hätten, würde sich die Frage nach den Events vielleicht von selbst beantworten, nämlich es handelt sich immer dann um ein Event, wenn die Förderungsmittel ganz besonders hoch sind. Ich nehme hier jetzt die Vereinigten Bühnen oder die Styriarte teilweise aus. Aber noch einmal zu betonen, wenn die Förderungsmittel besonders hoch sind, können wir davon ausgehen, dass es sich um einen Event handelt und nicht unbedingt um langfristige oder längerfristige Kulturförderung.

Der Begriff Event ist natürlich ein schillernder Begriff, wo man oft nicht so ganz genau weiß, was versteht man darunter.

Da möchte ich hinzufügen, man würde auch die Landesausstellungen als Events bezeichnen, aber niemand wird bestreiten, dass zum Beispiel die Landesausstellungen tatsächlich von Nachhaltigkeit geprägt sind. Zumindest wurden in jenen Orten und Regionen, wo diese stattfinden, die Ortsbilder verschönert, hat es zusätzliche Arbeitsplätze gegeben, sind diese Regionen bekannter geworden. Also infrastrukturell sind die Landesausstellungen sicher nachhaltig gewesen.

Aber auch hier möchte ich etwas bekritteln. In der Vorlage steht, dass die Kulturveranstaltungen immer mit Synergieeffekten zu rechnen hätten. Besonders erwähnt werden Synergieeffekte mit der Bildung, mit dem Tourismus, mit der Wirtschaft. Dann frage ich mich, wenn das so ist, und das stimmt ja, dass das so ist, warum die Mittel für diese Veranstaltungen, diese Events fast ausschließlich aus dem Kulturbereich rekrutiert werden.

Nun zu einem Punkt, den die Grünen in ihrem Antrag angesprochen haben, zu den Jazzveranstaltungen am Mariahilferplatz. Ich persönlich bin eine große Anhängerin von Kultur im öffentlichen Raum, aus verschiedensten Gründen, das werde ich am Schluss noch ein bisschen ausführen. Aber ich denke, wenn wir ein ernsthaftes Verhältnis zu diesen Veranstaltungen entwickeln sollten, müsste es möglich sein, dass die Besucher und Besucherinnen dort einen Obolus entrichten. Wenn man sich ansieht – ich war öfters dort –, was dort die Menschen konsumieren an Essen und Trinken und andererseits die Menschen bereit sind, was mir sehr viel vor kommt, nämlich 10 Euro für die Ausstellungen im Rahmen des Kulturjahres 2003 zu bezahlen, wäre zum Beispiel ein Obolus von 5 Euro, denke ich, nicht zu hoch. Wir haben hier Besucher von 500 bis 800 Personen, 18 Veranstaltungen. Wenn wir nur rechnen, 500 würden jeweils bezahlen, kann sich jeder ausrechnen, welch ein hübsches Sümmchen hier zustande käme. Und wenn wir das Geld haben für den Jazz-Sommer, dann kann man auch davon ausgehen, dass man dieses Geld vielleicht für andere Dinge verwendet (Beifall bei den Grünen.), zum Beispiel für die Ausstaffierung einer Halle oder für soziale Zwecke. Ich denke, das ließe sich mit entsprechend medialer Begleitung sehr, sehr gut vermitteln und man könnte auch dazu kommen, dass diese Sache so attraktiv ist, dass die Menschen stolz darauf sind, dass sie hier ein paar Euro bezahlen, damit sie diesen Veranstaltungen beiwohnen können.

Nun einer der Gründe, warum ich eine große Anhängerin für die Kultur im öffentlichen Raum bin. Die deutsche Schriftstellerin Isolde Kurz hat im 19. Jahrhundert einmal darüber recherchiert, warum es so ist, dass in Italien so sehr das Gefühl für das Schöne entwickelt ist, und zwar bei allen Bevölkerungsschichten. Sie führt es darauf zurück, dass ein großer Teil der Kunst in Italien im öffentlichen Raum stattfindet und vor allem Kunst, die man sehen kann und Kunst, die man hören kann. Sie berichtet im 19. Jahrhundert, dass fast alle Bauarbeiter zum

Beispiel perfekt Opernarien während der Arbeit singen – etwas Unvorstellbares in Mitteleuropa – und das hängt sicherlich damit zusammen, an der Architektur, die für alle zugänglich ist, an den schönen Plätzen, die für alle zugänglich sind, an der Musik, die dort sehr viel mehr im öffentlichen Raum stattfindet als bei uns, die auch für alle zugänglich ist. Ich meine jetzt Musik auf einem gehobenen Niveau. Also, Kunst im öffentlichen Raum schafft keine Barrieren, ist niederschwellig, ist für alle zugänglich, während, wie sie sagt, in Mitteleuropa der Schwerpunkt vor allem in der Literatur liegt, faktisch naturgemäß nicht für alle Bevölkerungsschichten zugänglich und die Musik in geschlossenen Räumen stattfindet, in geschlossenen Räumen, wo für breiteste Schichten die Schwelle relativ hoch gesetzt ist, wenn ich an Opernhäuser und ähnliche Einrichtungen denke.

Also ich glaube, dass diese deutsche Dichterin sicher Recht hat und ich glaube, dass man das Kunst- und Kulturverständnis auch für nicht übliche, wo man gewöhnt ist, das zu hören oder zu sehen, sondern für innovative Kunst, für moderne Kunst wecken kann, wenn das möglichst oft im öffentlichen Raum zu hören ist.

Deshalb bin ich auch der Meinung, dass solche Events durchaus fortgesetzt werden sollen, aber vielleicht unter anderen Rahmenbedingungen. Danke! (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und den Grünen. – 11.41 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, zu Wort gemeldet hat sich Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic. Bitte.

Landeshauptmann Klasnic (11.41 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zuerst einmal zur Frau Kollegin Zitz eine Antwort, weil Sie Sorge haben, dass sich meine Passivität durchsetzen könnte. Ich darf Sie beruhigen, das würden sich manche Mitbewerber wünschen, ich darf Ihnen versprechen, ich werde dieses Ressort mit Begeisterung führen. Und von der Passivität der Waltraud Klasnic habe ich bisher nichts gespürt und ich hoffe, es wird auch in den nächsten Jahren nichts zu spüren sein. (Beifall bei der ÖVP.)

Das heißt aber, dass ich es nicht allein kann und dass ich schon zu Beginn alle Damen und Herren, die mit uns gemeinsam die Verantwortung tragen, dass ich sie auch um ihre Unterstützung, um ihren Einsatz, um ihre Kritik, aber auch um ihre Vorschläge bitte.

Gleichzeitig sage ich dazu, ich habe versucht – seit dem 8. April bin ich nun zuständige Kulturreferentin –, mich mit diesem Ressort intensiv zu beschäftigen. Ich komme dann gleich zu einzelnen Themen, wo ich Frau Kollegin Reinprecht sehr danken möchte für manches, was sie anspricht und auch das Wort des Kulturförderungsberichtes werden wir ernst nehmen. Sie haben Recht, das ist lange geschehen, das wird bearbeitet. Die Evaluierungskommission hat zum Teil hier im Haus beraten und auch manches ist entschieden worden, das wissen wir. Ich sage aber bewusst dazu, das Wort nach Maßgabe der Mittel ist in der Regierung jetzt in allen Sitzungsanträgen enthalten, aus welchem Ressort immer, weil wir sagen, die Beschlüsse sind gefasst, es geht aber um dieses so genannte berühmte sechste Sechstel und darum heißt es nach Maßgabe der Mittel, das ist nicht nur im Kulturressort, das muss leider für alle Ressorts gelten.

Beim Kollegen Rauch darf ich mich bedanken, er hat es sehr klar formuliert, er hat gemeint, wir brauchen reichhaltige Kultur und Events. Das heißt, wir brauchen kein Entweder-oder, in dieser Steiermark hat alles Platz. Er hat aber auch gleichzeitig ausgesprochen, dass es eine neue Herausforderung ist, der professionellen Szene auf der einen Seite und auf der anderen Seite, die natürlich auch von Amateuren und von so genannten, die ausschließlich in diesem Bereich tätig sind, dass diese auch zum Ausdruck gebracht werden kann, dass aber auch notwendige Mittel dafür da sein müssen. Die Maßnahmen sind eingeleitet. Der Steiermärkische Landtag hat eine dreijährige Fördervereinbarung anhand des Kataloges der Evaluierungskommission beschlossen, die Landesausstellungen sind vorgegeben, die anderen großen Bereiche auch. Sie können es mir glauben, die Größe des Spielraums wird eine nicht allzu große sein und wir werden versuchen, dort, wo es möglich ist, etwas einzubringen. Weil Sie gemeint haben, mit der Kreativität des Publikums, die ich angesprochen habe, ist von Frau Kollegin Zitz in Frage gestellt worden. (Abg. Mag. Zitz: „Das kann nicht alles sein!“) Das kann nicht alles sein! Ist nicht alles, keine Sorge, bin auch noch nicht fertig. Aber ich sage bewusst dazu, Kultur muss und wird von Künstlerinnen und Künstlern angeboten, mit dem Ziel, auch ein Publikum zu gewinnen, weil keiner macht es nur für sich allein, sondern er möchte eigentlich auch, dass das Publikum es annimmt. Und so sehe ich mich. (Beifall bei der ÖVP.) Ich bin weder Künstlerin noch Künstler, aber ich bin sicherlich auch interessiertes Publikum. Sie haben absolut Recht, wenn Sie über die neuen Medien, das heißt über neue Wege reden. Ich darf Ihnen sagen, ich habe gestern mit einigen Kulturverantwortlichen im Amt und anderen Bereichen Gespräche geführt und habe unter anderem einen, nämlich Herrn Hofrat Kriesche, gebeten, dass er sich speziell dieses neuen Mediennetzwerkes annehmen soll, weil er das ganz besonders kann und dass er hier einen großen Schritt gehen kann. Das Wort Digitalisierung wird vom Bund, auf Land, auf Gemeinde angesprochen, ist ein Ziel, mit dem wir uns auseinander und zusammensetzen müssen. Die offene Kulturszene – wir haben uns getroffen bei einer Ausstellung, ich habe dort die Stimmung schon gespürt, das geht an mir nicht spurlos vorüber – das heißt, weil Sie vom Gesetz reden, Gesetz ist das eine, aber wir haben in so vielen Bereichen Gesetze und die Tat und die Wirklichkeit sind etwas anderes. Das bedeutet, wir sollten uns um gesetzliche Maßnahmen kümmern, auch darüber nachdenken, ob es eine neue Form geben muss. Das Wirkliche muss aber sein, dass wir das, was uns zur Verfügung steht, richtig ausnützen, das heißt, insbesondere auch im Bereich der Infrastruktur.

Weil Sie den Regierungsbericht angesprochen haben, er wurde am 10. Februar 2003 in der Regierung beschlossen. In dem Regierungsbericht ist angesprochen das Kulturland Steiermark mit der freien Kulturszene, mit den regionalen und überregionalen Kultur- und Bildungseinrichtungen, dass die Rahmenbedingungen ver-

bessert werden sollen und das Kulturförderungsgesetz war die Grundlage mit den allgemeinen Grundsätzen. Dass es immer neue Anforderungen und damit auch eine steigende Zahl von Kulturträgern bei uns im Lande gibt, das wissen wir. Gefordert ist da natürlich auch das Eingehen auf Bedürfnisse der Förderungswerber, die Berücksichtigung der Regionalität und der Attraktivität. Ich lege Wert darauf, Regionalität! Es ist Kultur nicht nur in der Landeshauptstadt und im Großraum Graz zu sehen, wir müssen und wir haben die ganze Steiermark zu sehen und haben auch ein großartiges Angebot im Land. Die Arbeit der Evaluierungskommission und diese dreijährigen Fördervereinbarungen für bessere Planungshorizonte liegen als Ergebnis vor, die Kommission hat ihre Leitlinien eingehalten und hat gemeint, es geht um eine Vereinbarung für eine verlässliche Partnerschaft und Planungssicherheit und Effizienz und auch um die Rückkoppelung durch Kritik und Publikum, das heißt, der Mitteleinsatz muss angemessen sein, braucht aber auch einen innovativen Wert.

Die Kriterien, die sich diese Kommission vorgenommen hat, waren acht Grundkriterien, eines davon war diese dreijährige Möglichkeit und es gab 16 weitere Kriterien, die gelautet haben, kreativ, innovativ, experimentell, identitätsstiftend, vermittelnd, vernetzend, unverwechselbar und impulsgebend. Das ist zum großen Teil so eingebracht worden, es hat 170 Projekte gegeben, die evaluiert wurden, 68 sind als sehr empfohlen und 44 für empfohlene Projekte in diese dreijährige Vereinbarung abgeschlossen eingebracht worden und sie entsprechen einem Gesamtförderbetrag von mehr als 1,9 Millionen Euro. Die anderen Projekte, die nicht empfohlen wurden beziehungsweise nicht unter sehr empfohlen gefallen sind, werden weiterhin jährlich geprüft und auch entsprechend der Maßgabe der Budgetmittel gefördert.

Ich darf nun in der Zusammenfassung zum Thema Kulturpolitik schon auch noch einige Grundsätze ansprechen. Wenn ich gesagt habe, das Kulturland Steiermark ist nicht nur die Landeshauptstadt Graz und der Großraum, dann müssen wir das Angebot kennen in der Literatur, im Musikbereich, im Theater, in der Malerei, in der Skulptur, in den Ausstellungen, die möglich sind im ganzen Land. Wir müssen uns auch entscheiden, wo die Kulturpolitik von morgen mit uns gemeinsam den Schwerpunkt setzt. Ich denke daran, dass wir in der Zeit der Erweiterung leben, dass wir mit unseren Nachbarn sehr viele Kontakte haben und nehme zwei Beispiele. Es ist zum Beispiel im „Angerer Frühling“ momentan eine Ausstellung von Victor Vasarely, einer der größten, der aus Pécs kommt, eine Ausstellung, die vorher in New York, in Turku und in Berlin gewesen ist, jetzt ist sie in Anger bei Weiz. Das heißt, gerade diese Zukunftsregion, diese Nachbarn haben bei uns auch einen ganz guten und einen sehr sicheren Platz. Wir haben aber auch die Möglichkeit und müssen sie nutzen, in dieser Zeit der Erweiterung auch wie bisher uns auf der Bundesebene zu vernetzen, aber auch die Erweiterung Richtung Brüssel zu festigen, weil dies auch für die Möglichkeit, ich sage, fordern und fördern ist ja auch in einem, es geht ja auch immer um einen finanziellen Einsatz, weil dies die Fülle des Schaffens verstärken könnte.

Den Freiraum und die Entwicklung für Künstlerinnen und Künstler zu erhalten, für Autorinnen und Autoren ist mir das Wichtigste. Der Freiraum – und wir haben in der vorigen Woche das Literaturhaus in der Grazer Elisabethstraße eröffnet, es waren 50 Damen und Herren Literaten dort, man hat dort gespürt, dass sie mit ihrer Einstellung, mit dem, was sie eingebracht haben, wirklich auch in diesem Land frei wirken können. Das ist das Allerwichtigste, weil ein Künstler kann nicht kreativ sein, wenn er diesen Entwicklungsfreiraum nicht spürt. Dialog und Diskurs gehören vermehrt, da haben Sie Recht, da bin ich absolut dafür. Das Gespräch muss geführt werden. Ich sehe aber immer bei all diesen Gesprächen ein so genanntes Dreieck. Das Dreieck heißt Künstler, Publikum und Veranstalter. Der Politiker soll sich in die Kunst und die Kultur im Allgemeinen, in das, was wirklich geschieht, nicht einmischen. Das muss man diesem Dreieck überlassen, aber wir können begleitende Maßnahmen, sprich auch im Rahmen der Infrastruktur, schaffen, da trennt uns nichts, da gehen wir sicher einen gemeinsamen Weg.

Dass die Vernetzung verstärkt werden kann, dabei möchte ich gerne mithelfen. Dass Verlässlichkeit und Sicherheit erhalten bleiben, das werden wir gemeinsam schaffen. Dass die Zugänge offen sind für Künstlerinnen und Künstler ist ein Auftrag. Offen jeder Weg! Es muss möglich sein, es muss Anreize geben und es muss auch den Mut geben. Kunst und Kultur sind als Ganzheit für das Leben zu sehen, sind in allen Bereichen zu begreifen und ich sage bewusst, Künstlerin und Künstler sollen nicht das Gefühl haben, dass sie vereinnahmt sind, sondern dass sie hereingenommen sind und dass wir in der Steiermark sie begleiten wollen und dass wir sie brauchen und auch stolz auf ihre Leistungen sind.

In diesem Sinne kann ich nur sagen, ich lade ein, dass es gerade diese Einmaligkeit und Einzigkeit, die wir bei uns im Lande haben, mit Menschen, die kreativ, die aus ihrem Inneren heraus, die mit ihren Herzen und mit ihrer Seele und mit ihren Händen etwas schaffen, dass wir diese Einmaligkeit und Einzigkeit nutzen. Ich möchte Sie noch einmal ersuchen mitzuhelfen, dass wir in der Vielfalt unseres Landes einige Schritte gemeinsam gehen können. Vielfalt heißt nicht immer, dass ich sage, es sind grenzenlos finanzielle Mittel da, aber wir müssen auch wissen, was es heißt, in einer Kulturzeit und in einer Kulturszene zu arbeiten, die die Grundbegeisterung hat, die Gestaltungsmöglichkeit, die in Freiheit und Frieden stattfindet und die damit einen guten Blick ins 21. Jahrhundert bildet. In diesem Sinne bitte ich Sie um Unterstützung. (Beifall bei der ÖVP. – 11.53 Uhr.)

Präsident: Ich begrüße die Schülerinnen und Schüler der 4. Klasse der Volksschule Gasen unter der Leitung von Frau Volksschullehrerin Maria Lang und Frau Fachlehrerin Maria Schweighofer. (Allgemeiner Beifall.)

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Förderung nachhaltiger Kunst und Kultur statt Förderung von Events, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist abgelehnt.

5. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1049/2, zum Beschluss Nr. 761 des Steiermärkischen Landtages vom 24. September 2002 über den Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Bleckmann und Lafer, betreffend Zuschuss des Landes bei Mehrlingsgeburten, die Anspruch auf das Kinderbetreuungsgeld des Bundes haben – Zwischenbericht.

Berichterstatteerin ist Frau Landtagsabgeordnete Verena Graf. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (11.54 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Diesem Antrag des Ausschusses liegt ein Antrag der Abgeordneten Bleckmann und Lafer ursprünglich vor, der für Mehrlingsgeburten eine finanzielle Abgeltung gefordert hat.

Es wird in der Stellungnahme berichtet, dass die Österreichische Bundesregierung bis dato keine Antwort übermittelt hat. Die Fachabteilung 6B führt aus, dass es Förderungsarten des Landes gibt, die sich unmittelbar darstellen, nämlich durch Kinderbetreuungseinrichtungen und den Bau von Kinderbetreuungseinrichtungen, und mittelbare Förderungen, wie Landeskinderbetreuungshilfe. Es wird auch angeführt, dass hinsichtlich eines geforderten Zuschusses zur Abgeltung des erhöhten Betreuungsaufwandes keine weitere Stellungnahme abgegeben werden kann.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 761 des Steiermärkischen Landtages vom 24. September 2002 über den Unselbstständigen Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Bleckmann und Lafer, betreffend Zuschuss des Landes bei Mehrlingsgeburten, die Anspruch auf das Kinderbetreuungsgeld des Bundes haben, wird als Zwischenbericht zur Kenntnis genommen. (11.55 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Frau Abgeordnete Graf, Sie sind am Wort. Die erste Wortmeldung kommt von Ihnen.

Abg. Graf (11.56 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, werte Landesräte!

Ich finde es sehr schön, dass ich hier die Möglichkeit und die Gelegenheit habe zu berichten, wie es mit dem Kinderbetreuungsgeld läuft und auch zu berichten, dass es eine Ausweitung auf Mehrlingsgeburten geben wird.

Für das Kinderbetreuungsgeld gab es eine Evaluierung und einen Zwischenbericht, der sehr erfreuliche Daten aussagt, nämlich dass ein Geburtenplus von 3,6 Prozent im Jahr 2002 vorlag, dass es 80.000 Bezieher gibt und dass 220.000 Euro bereits ausbezahlt wurden, dass 49 Prozent der Frauen einen Berufseinstieg bis zum zweiten Lebensjahr des Kindes planen und 93 Prozent bis zum sechsten Lebensjahr, das heißt ein Plus gegenüber den vorherigen Daten von 14 Prozent. Sie können sich selbst entscheiden, sie können unabhängig von finanziellen Einschränkungen bestimmen, ob sie zu Hause bleiben möchten oder ob sie arbeiten gehen wollen. Das heißt auch, die Frauen nutzen diese Wahlfreiheit, die sie durch das Kindergeld haben. Und das, denke ich, haben wir zu akzeptieren und auch zu unterstützen, wie wir auch zu akzeptieren und zu unterstützen haben, dass immer mehr Väter das Kindergeld nutzen, nämlich 1999 waren es noch 1353 und jetzt im Jahr 2002 waren es bereits 2286, die die Möglichkeit genutzt haben, sich in dieser Zeit, wo die Kinder noch relativ klein sind, intensiv mit ihnen auseinander zu setzen.

Nun wird es auch für Mehrlingsgeburten Zuschüsse geben. Ab 2004 wird die Situation von Familien mit mehreren Kindern, mit Zwillings-, Drillings- oder Mehrlingskindern wesentlich verbessert. Wir wissen auch, Kinder bringen sehr viel Freude, aber sie bringen auch sehr viel Arbeit und Zeitaufwand und auch finanzielle Mehraufwendungen für die Ausstattung, beispielsweise bei Drillings- oder Mehrlingskindern. Und hier wird es zusätzlich zu den 436 Euro Kindergeld, das es für das erste Kind gibt, weitere 218 Euro monatlich für jedes weitere Kind geben, für jedes weitere Zwillings-, Drillings- oder Mehrlingskind und das wird rückwirkend gelten ab 2002 für jene Eltern, die 2004 dieses Kindergeld beziehen, und zwar für die Dauer der noch verbleibenden Bezugszeit.

Wir können also sagen, durch diese Ausweitung des Kinderbetreuungsgeldes wird es hier finanzielle Gerechtigkeit geben für die Eltern von mehreren Kindern, sowohl als auch wir einen wertvollen Beitrag zur Armutsbekämpfung leisten, denn Familien mit sehr vielen Kindern, mit mehreren Kindern stehen oft finanziell nicht so besonders gut da. Wie gesagt, das ist ein weiterer wesentlicher Meilenstein in der Familienpolitik. Es ist ein weiterer Meilenstein für mich in der Erfolgsgeschichte des Kindergeldes. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 11.58 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung für diesen Tagesordnungspunkt liegt nicht vor.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatteerin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

6. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Antrag, Einl.-Zahl 1201/1, der Abgeordneten Graf, Wiedner, Zierler, Dietrich, Lafer und Ferstl, betreffend Überprüfung der Jugendgästehäuser.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Johann Bacher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Bacher (12.00 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seinen Sitzungen am 1. April und 6. Mai 2003 über den obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Mit Schreiben vom 25. April 2003 teilte der Landesrechnungshof mit, dass auf Grund der von der Abteilung 15 – Wohnbauförderung und der Fachabteilung 6C übermittelten Stellungnahmen und einer zur Verfügung gestellten Unterlage davon ausgegangen werden muss, dass kein Kontrollvorbehalt besteht. Somit kommt die Bestimmung des Paragraphen 6 Landesrechnungshof-Verfassungsgesetz nicht zum Tragen, wonach der Landesrechnungshof befugt ist, die Gebarung aller physischen Personen, Personengesellschaften des Handelsrechts und aller juristischen Personen des privaten und des öffentlichen Rechts zu prüfen, sofern das Land diesen finanzielle Zuwendungen gewährt oder für die das Land eine Ausfallhaftung übernommen hat, wenn sich das Land vertraglich eine solche Kontrolle vorbehalten hat. Eine Prüfungskompetenz des Landesrechnungshofes hinsichtlich der zur Verfügung gestellten Landesmittel bestehe daher nicht.

Die gesetzlichen Regelungen für den vertraglichen Vorbehalt zur Kontrolle durch den Landesrechnungshof finden sich in den Paragraphen 6, 7, 8 und 11 des Landesrechnungshof-Verfassungsgesetzes.

Es ist daher in allen Verträgen des Landes dafür vorzusehen, dass die Kontrolle durch den Landesrechnungshof ermöglicht wird.

Es sollte daher sichergestellt werden, dass die mit der Vergabe von Förderung betrauten Abteilungen des Landes sich in Hinkunft an den Erlass Nr. 9/2002 Fachabteilung 3A halten und somit eine Kontrolle seitens des Landesrechnungshofes ermöglichen.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens sich an den Erlass der Fachabteilung 3A, 9/2002, der den Abschluss von Verpflichtungserklärungen seitens der Förderungsempfänger, in der sich diese bereit erklären, sich nach Förderungserhalt der Kontrolle durch den Landesrechnungshof im Sinne des Paragraphen 6 Landesrechnungshof-Verfassungsgesetz zu unterziehen, vorsieht, zu halten und insbesondere zweitens bei der nächsten Vergabe von Förderungen an den Österreichischen Jugendherbergsverband eine derartige Verpflichtungserklärung abzuschließen und damit eine Kontrolle durch den Landesrechnungshof zu ermöglichen. Ich ersuche um Annahme des Berichtes. (12.03 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Meine Damen und Herren, ich ersuche Sie, den Lärmpegel ein bisschen abzusenken. Ich weiß, dass es notwendige Gespräche untereinander gibt. Der Lärmpegel ist derart hoch, dass ich beinahe die Berichterstattung nicht hören kann. Ich bitte um Rücksichtnahme auf viele, die ganz intensiv zuhören wollen.

Frau Abgeordnete Graf hat sich zu Wort gemeldet. Frau Abgeordnete, bitte.

Abg. Graf (12.03 Uhr): Herr Präsident, Frau Landesrat, sehr geehrte Herren Landesräte, werte Damen und Herren Abgeordnete!

Über einen Fall wie diesen diskutieren wir hier anscheinend nicht zum ersten Mal, denn ich habe auch einen Antrag vor mir liegen vom Jahre 1998 der Abgeordneten Dr. Flecker, Huber und List, der besagt, dass die Landesregierung aufgefordert wird, von der im Landesrechnungshof-Verfassungsgesetz in der derzeit geltenden Fassung vorgesehenen Möglichkeit des vertraglichen Vorbehalts zur Gebarungskontrolle gemäß Paragraph 6 weitestgehend Gebrauch zu machen. In der Begründung steht dort auch „dass aus gegebenem Anlass sinnvoll erscheint, wie auch schon bereits im Jahre 1993 die Regierung aufzufordern“. Also das heißt, nicht erst mit dem Antrag 1998, sondern bereits schon 1993 wurde hier die Landesregierung aufgefordert, von diesem vertraglichen Prüfungsvorbehalt vermehrt Gebrauch zu machen. In dem einstimmig angenommenen Antrag des Ausschusses für Kontrolle wird zu diesem Fall festgehalten, dass eben der Landesrechnungshof keinen Kontrollvorbehalt vereinbart hat, dass Paragraph 6 somit nicht zum Tragen kommt und eine Prüfungskompetenz nicht gegeben ist. Das heißt, der Beschluss vom Jahre 1998 und auch der daraufhin verfasste Erlass, der den Abschluss von Verpflichtungserklärungen, Förderungsverträgen beinhaltet, wurde nicht berücksichtigt. Im Ausschussantrag wurde hier dies nun wieder festgehalten, dass es zu berücksichtigen ist.

Es gibt noch zwei Dinge, die ich dazu sagen möchte. Im ersten Antrag, der ursprünglich vorlag, in dem diese Kontrolle gefordert wurde, gab es auch noch einen zweiten Punkt, der zum Inhalt hatte auch darüber nachzudenken, ob Förderungen in einem so großen Ausmaß gerechtfertigt sind und ob es nicht möglicherweise Probleme aufwirft für private Jugendgästehausbetreiber. Über diesen Punkt wurde leider überhaupt nicht mehr diskutiert oder wird nicht mehr diskutiert.

Der zweite Punkt, den ich hier noch anmerken möchte, ist, dass Prüfungen auch etwas Positives sein können. Es wird immer, wenn eine Prüfung verlangt wird, sofort in die ablehnende Haltung gegangen, nein, was steckt da dahinter, was wollt ihr damit erreichen, was habt ihr vor damit. Aber das ist es nicht und das soll es auch nicht sein. Es kann ja auch sein, dass uns Prüfungen in manchen Bereichen bestätigen, dass es der richtige Weg war und dass es der richtige Weg ist, in einen bestimmten Bereich zu investieren, mehr zu investieren als in

andere, weil diese Förderungen dann auch sparsam, zweckmäßig und so weiter verwendet werden und weil zum Zweiten für die Menschen etwas Positives getan wurde, weil mit diesen Förderungen etwas Positives erreicht wurde. In diesem Fall war dieser vielleicht positive Bericht nicht möglich. Für mich bleibt zu hoffen, dass dieser Beschluss, den wir auch im Ausschuss gefasst haben, in Zukunft umgesetzt wird und auf Beschlüsse und Erlässe in Zukunft geachtet wird. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 12.06 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Majcen. Herr Abgeordneter, bitte, Sie sind am Wort.

Abg. Majcen (12.07 Uhr): Sehr geehrte Frau Landesrat, meine Herren Landesräte, Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich bin dankbar für diese Anregung der Freiheitlichen Partei, die Jugendgästehäuser zu überprüfen, und zwar deswegen dankbar, weil es vielleicht eine Möglichkeit bietet, die Intentionen des Jugendtourismus öffentlich darzulegen. Ich möchte gleich am Anfang sagen, ich bin nicht der Vertreter der Jugendgästehäuser hier, aber es besteht dort völlige Zustimmung zu jeder Überprüfung, weil, das wissen die Damen und Herren von der Freiheitlichen Partei nicht, dieser Verein sowieso von Buchprüfern öffentlich geprüft wird und weil darüber hinaus für jede einzelne Subvention beziehungsweise für jedes einzelne Darlehen, das vom Land gewährt wurde, ausdrücklich die zuständigen Abteilungen prüfungsberechtigt sind. Das heißt, es muss immer alles mit Rechnungen belegt werden und diese Abteilung hat selbstverständlich das Recht zu prüfen. Darüber hinaus gibt es überhaupt keinen Einwand gegen eine Prüfung. Das wurde auch von dem Verein „Jugendgästehäuser Steiermark“ öffentlich festgestellt und es ist daher der Vorwurf bis zu einem gewissen Grad ungerechtfertigt.

Aber ich nehme die Gelegenheit wahr, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein paar Dinge zu sagen. Der Jugendtourismus in der Steiermark hat eine Entwicklung seit 1945 in zwei Vereinen gehabt, die dann 1998 in einen Verein zusammengeführt wurden und es hat sich das Land Steiermark entschlossen, den Jugendtourismus verstärkt zu fördern. Bis 1998 war nämlich im Bundesländervergleich die Steiermark Schlusslicht im Jugendtourismus. Zur längerfristigen Aufrechterhaltung dieser Idee der Jugendherbergsbewegung ist es notwendig gewesen, das Angebot der fünfziger Jahre – zum Teil waren also die Herbergen auf diesem Stand – auf eine zeitgemäße, im Sinne von heute akzeptierbare Form zu bringen. Die Jugendherbergen wurden mit einem zeitgemäßen Standard als Abgrenzung zur überlieferten Acht-bis-zwölf-Betten-Schlafsaalherberge in Jugendgästehäuser umbenannt. Ich kann mich erinnern, meine Damen und Herren, ich war 1960 auf Schikurs in Wald am Schoberpaß in einer privaten Jugendherberge, wir waren 40 in einem Schlafsaal. Heute gehen keine 40 Schüler mehr in einen Schlafsaal, dann verzichten sie auf diese Unterbringung. Auch die behindertengerechte Ausstattung wurde dabei in Kooperation mit den Behindertenselbsthilfegruppen immer wieder berücksichtigt.

Jetzt bitte hören Sie zu oder auch nicht, ich sage es nur, seitdem, also seit 1998, haben die Jugendgästehäuser Steiermark einen in der europäischen Jugendherbergsbewegung anerkannten Aufwärtstrend geschafft, der sich in stetig steigenden Nächtigungszahlen manifestiert. Ich sage Ihnen nur, dass im heurigen Jahr mehr als 260.000 Nächtigungen von Jugendlichen und Begleitpersonen in diesen Jugendgästehäusern stattfinden. Wir sind also im internationalen Vergleich gut positioniert und ich danke der Steiermärkischen Landesregierung für das ausdrückliche Bemühen zur Erreichung dieses Zustandes und ich danke dem Verein Jugendgästehäuser, dass er sich diesen Bemühungen in so hervorragender Form angeschlossen hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren, Frau Graf, Sie wissen das natürlich alles, was ich Ihnen sage, nach den Statuten und nach dem tatsächlichen Geschäftsablauf sind die Jugendgästehäuser ein gemeinnütziger Verein. Im Falle der Auflösung des Vereines fällt das ganze Vermögen dem Land Steiermark zu. Das heißt also, wir haben zwar Institutionen, die wir subventionieren, aber wenn irgendetwas passiert, fällt das Vermögen dem Land Steiermark oder anderen gemeinnützigen Vereinen mit demselben Ziel zu. Der Gästeanteil der Kinder und Jugendlichen nach der Bundesabgabenordnung Paragraf 35 in Verbindung mit dem Paragrafen 10 des Umsatzsteuergesetzes beträgt 87 Prozent, also 87 Prozent, vom Finanzamt anerkannt, sind Jugendliche mit Begleitern.

Und die Zimmer, die ihnen zur Verfügung gestellt werden, sind zielgruppenorientiert großteils mit Stockbetten ausgestattet. Die Häuser müssen für mindestens zwei Schulklassen Platz bieten, sonst kann man keine ordnungsgemäße und rationelle Abwicklung erzielen. Und alle Verpflegungsvarianten, inklusive Lunchpakete, müssen zur Auswahl stehen.

Die Jugendgästehäuser, um das weiter zu sagen, sind ein anerkannter Träger der Jugendwohlfahrt und Mitglieder des Steirischen Jugendbeirates. Sie legen weit über das Maß, das sie in der Unterbringung liefern müssten, besonderen Wert auf umwelterzieherische Maßnahmen für junge Menschen. So sind die Natur- und Umweltschutztage dieses Vereins mehrfach mit dem Umweltpreis des Landes Steiermark ausgezeichnet worden und sind Träger der Österreichischen Auszeichnung des Umweltzeichens für Tourismusbetriebe. Für das umfassende Konzept „mit und für behinderte Menschen sowie für Integrationsprogramme“ wurde der Verein mit dem Job-Oscar 2002 ausgezeichnet. In Kooperation mit Schulpartnern unterstützen sie andere Vereine in der karitativen Jugendarbeit, wie die Rote Nasen Clowndoktor oder die Starken Herzen. Die Spielanlagen bei den Häusern stehen, ebenso wie die Internet-Cafés, kostenlos beziehungsweise zu stark ermäßigten Tarifen örtlichen Kindern und Jugendlichen zur Verfügung. Es stehen auch permanent Ausstellungsflächen für Schulen und junge Künstler durch die Jugendgästehäuser zur Verfügung.

Über die Mitgliederorganisationen, Österreichischer Jugendherbergsverband, Landesgruppe Steiermark und Steirisches Jugendherbergswerk, sind die Jugendgästehäuser seit über 40 Jahren ein wesentlicher Bestandteil der Österreichischen Jugendherbergsbewegung und Mitglied in der International Youth Hostelling Federation, die weltweit internationale Jugendherbergsorganisation, der über 4500 Jugendherbergen angehören.

Meine Damen und Herren, nur ein Zwischensatz. Alle Länder bemühen sich um Jugendtourismus und Jugendtourismus ist nicht ohne öffentliche Gelder und Zurverfügungstellung zu erreichen. Es ist notwendig, wenn ich dieses Segment im Tourismus fördern möchte, Darlehen zu geben. Und ich sage es noch einmal, es spricht selbstverständlich überhaupt nichts dagegen, dass diese Darlehen überprüft werden. Es ist unfair hier zu sagen, es ist furchtbar, dass die nicht überprüft werden können, wenn eine gesetzliche Bestimmung dem entgegensteht, weil das impliziert, dass sozusagen etwas zu verbergen ist. Die Frau Graf hat das so genannt, es schaut so aus, als wäre etwas zu verbergen.

Die Institution Jugendgästehaus hat keinen Einwand gegen jegliche Prüfung und wenn in dem Antrag eine falsche Wortwahl oder andere falsche Vorgangsweisen gewählt wurden, dann ist das von dem in der Steiermark tätigen Landesrechnungshof so zu beurteilen wie jeder andere. Und ich stelle noch einmal fest, niemand hat einen Einwand gegen eine Prüfung, herzlich willkommen, gerne willkommen zur zweiten Prüfung. Ich sage immer, das ist eine gewisse Verwaltungsvereinfachung, wenn das Land einmal über die Abteilung und dann über den Rechnungshof prüft. Ich möchte nicht immer hören, was da auch oft kommt, die Deregulierung, die Verwaltungsvereinfachung und so weiter.

Langer Rede kurzer Sinn, ich möchte noch die Regeln aufzählen, die in diesen Jugendherbergsinstitutionen angewendet werden.

Erstens: Mitgliedsausweis ist für die Gäste der Jugendgästehäuser verbindlich. Der Mitgliedsausweis ist daher in jedem Haus erhältlich. Jedes Jugendgästehaus ist verpflichtet, einen Gast mit einem gültigen Ausweis auch ohne Voranmeldung unterzubringen, wenn nicht anders möglich in Notbetten. Jugendgästehäuser müssen für Schulklassen und andere Kinder- und Jugendgruppen Aufenthaltsräume zur Verfügung stellen. Es darf kein Konsumzwang ausgeübt werden. Es muss in jedem Jugendgästehaus über die 45.000 anderen Jugendherbergen auf der ganzen Welt informiert werden. Es liegen dort immer Informationen auf, dass die Jugendlichen weiter kommen.

Der Grundsatz der Jugendgästehäuser Steiermark ist der internationale Grundsatz der weltweiten Jugendherbergsbewegung. Sie fördern den Wunsch junger Menschen nach größerem Wissen, ihre Wertschätzung gegenüber Kulturschätzen und stellen als Hilfsmittel dazu Unterkünfte zur Verfügung, in denen keine Unterschiede nach Rassen, Nation, Hautfarbe, Religion, sozialer Klasse oder politischer Herkunft gemacht werden und durch welche das bessere Verständnis zwischen Menschen sowohl im Heimatland als auch im Ausland erreicht wird. Internationale Austauschprogramme mit Deutschland, mit Israel, mit Frankreich und spezielle Programme, wie der europäische Freiwilligendienst, aus dem Mitarbeiter aus aller Welt zum Verein kommen, oder das Jugendkulturprogramm „Werkstatt Graz Doorway“ gehören zu den internationalen Leitlinien des Vereines.

Einzelne Häuser sind in den Katastrophenschutzplänen der Gemeinden als Zivilschutzeinrichtungen vorgesehen und so sind sie alle eingebunden. Und ich sage noch etwas dazu: Diejenigen Herbergen, die bestehen, sollen über Wunsch von vielen Gemeinden, in erster Linie Gemeinden, noch um einige erweitert werden, um ein Netz von Jugendgästehäusern in der Steiermark zu haben. Es wird ganz ausdrücklich vorher überprüft, ob ein Standort ein Standort ist, der ertragfähig ist, ob er lebensfähig ist.

Daher nehme ich gerne diese Anregung auch seitens meiner Fraktion entgegen und ich lade die Jugendgästehäuser ein, noch einmal das zu tun, was sie schon gemacht haben, ein Überprüfungsangebot zu legen und es wird unserer Beschlussfassung bedürfen, dass die gesetzliche Bestimmung, die derzeit dem entgegensteht, aufgehoben wird. Kein Einwand. Ich wehre mich nur dagegen, wenn versteckt von verbergen oder sozusagen nicht darlegen zu wollen geredet wird. In diesem Sinn danke ich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 12.19 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Nachdem keine weitere Wortmeldung vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

7. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 1348/1, betreffend Prüfung der Gebarung, der Organisation und der Auslastung des Landeskrankenhauses Hartberg.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Ursula Lackner. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Lackner (12.20 Uhr): Hohes Haus!

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 6. Mai 2003 über den Bericht des Landesrechnungshofes, laufende Nummer 76, betreffend Prüfung der Gebarung, der Organisation und der Auslastung des Landeskrankenhauses Hartberg, Einl.-Zahl 1348/1, beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend Prüfung der Gebarung, der Organisation und der Auslastung des Landeskrankenhauses Hartberg, wird zur Kenntnis genommen. (12.20 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Frau Abgeordnete, bitte auch ums Wort.

Abg. Mag. Lackner (12.21 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich werde einige Bereiche dieser soeben berichteten einbegleitenden Prüfung des Landesrechnungshofes skizzieren.

Was wurde anlässlich dieser Prüfung alles genauer betrachtet? Die Aufwands- und Abgangsentwicklung, die medizinischen Einrichtungen, sowohl die Betten führenden als auch die nicht Betten führenden Abteilungen, die Medikamentenversorgung, Physiotherapie, Hygiene, die Verpflegswirtschaft bis hin zur Reinigung, zum Brand-, Katastrophen- und Arbeitnehmer-/Arbeitnehmerinnenschutz.

Vorausschicken darf ich, dass die Prüfung grundsätzlich ein sehr positives Ergebnis gebracht hat.

Hauptaugenmerk wurde bei den Feststellungen des Landesrechnungshofes auf die geburtshilflich-gynäkologische Abteilung gelegt. Diese nahm im September 1999 nach der erfolgten Umsiedlung in das neu errichtete LKH Hartberg ihren Betrieb auf.

Im Versorgungsbereich Feldbach-Hartberg, um den es heute geht, und Oberwart/Burgenland besteht ein Bettenüberhang in diesen Abteilungen, was sich auf die durchschnittliche Auslastung auswirkt. 2001 gab es am Standort Hartberg eine Auslastung von 77 Prozent, am Standort Feldbach 65 und am Standort Oberwart 58 Prozent. Der Rechnungshof regt an, Synergien in medizinischer und auch betriebswirtschaftlich-ökonomischer Richtung zu nutzen, auch bundesländerübergreifend Steiermark – Burgenland, wie gesagt, zu kooperieren, um die interne Konkurrenzsituation, die ja seit dieser neu errichteten Abteilung besteht, zu reduzieren. Zur internen Konkurrenzsituation, die angeführt wird, möchte ich aber auch noch Folgendes sagen und das wird auch vom Landesrechnungshof klargelegt. Im Zuge der Datenauswertung seitens der KAGES – und diese Datenauswertung basiert auf der Inanspruchnahme der Abteilung im LKH Hartberg und auf der Änderung der Patienten- und Patientinnenströme – stellte sich heraus, dass es eine sehr hohe Akzeptanz der Bevölkerung und eine sehr hohe Akzeptanz der zuweisenden Ärzte und Ärztinnen für diesen Standort LKH Hartberg, Abteilung Geb.-Gyn. gibt. Diese Datenauswertung belegt auch, dass mehr als zwei Drittel der Patientinnen aus der eigenen, das heißt aus der regionalen Bevölkerung stammen. Zum Anderen hat sich mit dieser Entwicklung auch ein erwünschter Ausgleich der Inanspruchnahme zwischen den Standorten Feldbach und Hartberg eingestellt. Drittens möchte ich noch anführen oder etwas ergänzen aus den Erreichbarkeitsvorgaben des ÖKAP: Die für den stationären geburtshilflich-gynäkologischen Bereich festgelegte Erreichbarkeit beläuft sich auf 30 Minuten. Unter der Berücksichtigung der insgesamt mehr als 2000 Geburten pro Jahr an den beiden Standorten ist mit der Inbetriebnahme der Geb.-Gyn.-Abteilung des LKH Hartberg eine sehr vernünftige Aufteilung des Einzugsbereiches zwischen Feldbach und Hartberg erreicht worden.

Zusammenfassend halte ich fest, dass die Prüfung des Landesrechnungshofes wie gesagt ein sehr positives Ergebnis erbracht hat, manche Prüfbereiche werden sehr positiv, sehr kompetent, sehr effizient beurteilt. Die wenigen Mängel oder Beanstandungen wurden im Wesentlichen bereits während des Prüfvorganges oder kurz danach aufgehoben, beseitigt beziehungsweise in Angriff genommen.

Dem Entschließungsantrag der Grünen, der uns heute vorliegt, zur Erreichbarkeit dieser beiden steirischen LKH-Standorte Feldbach und Hartberg mit öffentlichen Verkehrsmitteln, den werden wir unterstützen, inhaltlich ist dem gar nichts hinzuzufügen. Ich möchte mich für den Landtag bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen des Rechnungshofes bedanken, aber auch beim Personal des Landeskrankenhauses Hartberg. (Beifall bei der SPÖ. – 12.26 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Riebenbauer.

Abg. Riebenbauer (12.26 Uhr): Frau Präsidentin, meine geschätzten Damen und Herren!

Ein uns allen bekanntes Sprichwort lautet: „Tue Gutes und rede darüber!“ Mit der Neuerrichtung des LKH Hartberg haben wir Gutes getan und der Rechnungshofbericht bestätigt uns, dass wir darüber reden dürfen. Wir in unserer Region und insbesondere im Bezirk Hartberg sind stolz, dass dieses neue LKH errichtet wurde. Es hat jahrelang Diskussionen gegeben über die Sinnhaftigkeit, über die örtliche Gegebenheit, über die Notwendigkeit Schwerpunktkrankenhauses Oberwart, Feldbach ist da, Hartberg – muss das sein? Wer das alte LKH Hartberg gekannt hat, wer die Säle gekannt hat, in denen bis zu 24 Betten gestanden sind, die räumlichen Gegebenheiten, die Arbeitsbedingungen für die Bediensteten dort, der hat nur immer sagen können: „Ja, bitte, wir müssen hier ein neues Spital errichten. Ich bedanke mich bei allen, die dazu beigetragen haben, dass wir das neue LKH bekommen haben und vor allem auch bei Frau Landeshauptmann, die es mit der Unterstützung aller Regierungsmitglieder zusammengebracht hat, sie hat im März 1996 – und ich werde das nie vergessen – bei der Grabner Hausmesse vor 2000 Leuten kurz nach ihrer Angelobung gesagt: „Das LKH Hartberg wird gebaut!“ Manche haben damals noch gezweifelt daran, ob das nicht wieder ein leeres Versprechen ist, aber alle gemeinsam haben dazu beigetragen, dass dieses Versprechen eingehalten wurde.

Der Rechnungshofbericht bestätigt eigentlich, dass es notwendig war, dass dort gut gearbeitet wird, dass wir eine tolle Auslastung haben und dass vor allen Dingen jene Menschen, die dort in das Spital kommen, sich dort auch wohl fühlen. Weg von den großen Sälen, hin zu den normalen komfortablen Krankenzimmern, so wie es

sich Menschen, die krank sind, einfach wünschen. Ich möchte mich bei Primarius Resch und seinem gesamten Team, von den Ärzten, Ärztinnen bis zu den Krankenschwestern/-pflegern, aber auch beim Pflegepersonal recht herzlich bedanken für die Arbeit, die dort geleistet wird im Interesse unserer Patientinnen und Patienten.

Noch ein Wort zur Gyn. – Kollege Bacher hat mich ermutigt, dass ich auch zur Gyn. etwas sage. Meine geschätzten Damen und Herren, es wird Ihnen ja bekannt sein, dass der Bezirk Hartberg und darauf sind wir besonders stolz, der jüngste Bezirk in der Steiermark ist und dass die Errichtung der Gyn. für uns eigentlich eine Notwendigkeit war. Auch hier wird es bestätigt durch die Auslastung, dass die Gyn. in Hartberg eigentlich die beste Auslastung hat. Ich bedanke mich an dieser Stelle – ich sage das ganz offen und ehrlich – bei jener Region in Weiz, die eben näher zum LKH Hartberg hat, die die Errichtung der Gyn. unterstützt hat.

Insgesamt ein positiver Bericht. Auf eines möchte ich besonders hinweisen, es ist eine Besonderheit in unserem Landeskrankenhaus. Es gibt ein neues Modell, im LKH Hartberg betreibt ein niedergelassener Radiologe seine Praxis und dort besteht die Möglichkeit, dass die Patienten des Krankenhauses zu ihm gehen können, aber genauso die Patienten aus den Dörfern, Märkten und Städten. Das ist ein neuer Synergieeffekt, der hier erreicht werden könnte und – wir sind überzeugt davon – positiv auch für andere Spitäler sein kann. Ich glaube, Herr Landesrat, es wird notwendig sein, dass wir das einfach untersuchen, dass wir das beobachten, dass wir schauen, was kommt da heraus, ist das kostengünstig, ist das positiv und vor allen Dingen wird damit auch die Qualität verbessert? Denn es muss ja sinnvoll sein, wenn ich mich nicht über meinen Hausarzt röntgen lassen muss und dann im Spital noch einmal, sondern wenn das einfach dort im LKH gleich gemacht wird. Ich glaube aber auch, dass dadurch eine Qualitätsverbesserung stattfindet.

Auf eines möchte ich auch noch hinweisen, meine geschätzten Damen und Herren, der Landtag hat ja das ehemalige LKH dem Roten Kreuz zur Verfügung gestellt. Das Rote Kreuz hat dank der Initiative des Bezirkshauptmannes Kogler sehr viel daraus gemacht. Es ist ein Bezirkssozialzentrum geworden, es ist das Bezirksfeuerwehrkommando drinnen, man denkt daran, auch die Gendarmeriezentrale dort zu machen. Es ist vor allem eines möglich geworden, dass auch das Finanzamt Hartberg in diesem alten LKH untergebracht werden konnte und die Bediensteten des Finanzamtes Hartberg auch endlich einmal zeitgerechte Büros haben, die sie sich schon lange gewünscht haben. Auch hier war das gemeinsame Bemühen und Bestreben von Erfolg gekrönt.

Auch dafür einen herzlichen Dank. Zum Entschließungsantrag der Grünen möchte ich Folgendes feststellen. Selbstverständlich werden wir ihn unterstützen, aber ich möchte klar und deutlich sagen, in manchen Bereichen der Region ist natürlich die Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln selbstverständlich schon gegeben, aber über jede Verbesserung freuen wir uns, möchte aber auch klarstellen, überall wird es nicht möglich sein, dass öffentliche Verkehrsmittel hinfahren, zu den einzelnen Seitentälern, Ortschaften oder Bauernhöfen, die entlegen sind. Aber wenn wir eine Verbesserung zusammenbringen, dann freuen wir uns und deshalb werden wir auch diesen Antrag unterstützen. Es ist kein Wunsch an das Christkind, sondern es ist einfach eine Verbesserung, die auch unsere Unterstützung findet. Nochmals; ich bin stolz, dass wir den positiven Bericht haben, bin stolz auf unser LKH und auf die Menschen, die dort arbeiten und auch auf jene bin ich stolz, die sich bemüht haben, dass wir das erreicht haben. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 12.32 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek. Bitte.

Abg. Lechner-Sonnek (12.32 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Wie schon angekündigt, möchte ich einen Entschließungsantrag der Grünen einbringen, betreffend die Erreichbarkeit der Landeskrankenhäuser Hartberg und Feldbach mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Bevor ich ihn einbringe, möchte ich noch auf den Herrn Kollegen Riebenbauer antworten. Natürlich niemand, also auch von uns nicht, würde erwarten, dass zu jedem Bauernhaus ein Bus fährt. Das war früher auch nicht so. Nur, dass Verbindungen mittlerweile abgebaut worden sind, da sind wir uns, denke ich, einig.

Ich bin vor einem Jahr angesprochen worden von einer Frau, die mir erzählt hat, dass sie in Radkersburg lebt und nicht in der Lage ist, innerhalb eines Tages mit öffentlichen Verkehrsmitteln ihre Schwiegertochter zu besuchen, die im LKH Feldbach entbunden hat. Mit dem Auto geht es natürlich. Aber das ist ja auch genau der Grund, warum wir diesen Antrag stellen, es gibt Menschen, die kein Auto haben oder nicht fahren wollen. Wir müssen über jede Person froh sein, die darauf verzichtet, mit Individualverkehr ihre Wege zurückzulegen. Wir müssen einfach Anstrengungen machen, dass zumindest die Erreichbarkeit von Städten untereinander gegeben ist. Also wir denken nicht an einzelne Bauernhäuser, da haben Sie Recht. Das hat im Übrigen nicht bei den Bauernhäusern, aber bei den vielen neuen Siedlungen, die aus dem Boden sprießen, durchaus auch den Anteil der Raumplanung, wo ich mir sehr viel mehr wünschen würde, dass man genau diese Dinge der Erreichbarkeit und der Verkehrsinfrastruktur vorher überlegt, bevor man hier in der grünen Wiese bauen lässt.

Nun zu unserem Antrag betreffend Erreichbarkeit. (Abg. Riebenbauer: „Die dezentralen Regionen werden entvölkert, wenn man das berücksichtigt!“)

Ja, aber es ist noch ein Unterschied, ob man einen Dorfkern verdichtet zum Beispiel oder ob man da außerhalb in die grüne Wiese etwas setzt, nur weil halt jemand ein paar Baugründe verkaufen will oder aus welchen Gründen auch immer. Also, da ist die Raumplanung in der Steiermark sicher nicht ganz so, wie wir uns das wünschen würden, und zwar sowohl die der Gemeinden als auch die des Landes.

Nun zu unserem Entschließungsantrag, betreffend Erreichbarkeit der LKHs Hartberg und Feldbach.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert sicherzustellen, dass die Landeskrankenhäuser in Hartberg und Feldbach mit öffentlichem Verkehr erreicht werden können. Ich bitte um Annahme. (Beifall bei den Grünen. – 12.35 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstes am Wort ist Herr Abgeordneter Böhmer. Ich erteile es dir.

Abg. Böhmer (12.35 Uhr): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen des Landtages!

Es ist schon viel gesagt worden über das LKH Hartberg beziehungsweise die Gesundheitsvorsorge in unserem Bezirk. Ich möchte hier eine kleine Anmerkung machen und möchte es wirklich auch hier in dieser Runde sagen, lieber Kollege Riebenbauer Franz, es wird heute und es wurde heute von dir von der so genannten Kooperation unter den Parteien gesprochen. Wenn du in Hartberg unterwegs bist und die letzte Bezirksversammlung des Roten Kreuzes am vergangenen Samstag hat es wieder gezeigt: Man hat in Hartberg das Gefühl, gebaut haben das Krankenhaus – aufgebaut das Sozial- und Gesundheitsnetz im Bezirk Hartberg – die Frau Landeshauptmann und, wenn ich an einige Bilder der Power-Point-Präsentation des Roten Kreuzes denke, auch der Herr Bundeskanzler. (Abg. Bittmann: „Übertreibe nicht!“)

Man vergisst leider gerne – auch der Herr Bezirkshauptmann –, wer die Väter für diese Bauten waren oder wer erste Schritte geleistet hat. Und wenn man im Bezirk das Gemeinsame auch bei den Reden so hervorheben würde, dann würden wir uns vielleicht leichter tun und vielleicht hätten wir dann in unserem Bezirk schon einiges mehr erreicht.

Zum Zweiten: Es ist im Rechnungshofbericht für das LKH Hartberg festgehalten worden, dass eine Zusammenarbeit, eine Kooperation mit den Krankenhäusern in Vorau und in Oberwart anzustreben ist. Für mich ist das nahezu eine Grotteske, wenn immer von gewissen Leuten von Globalisierung, von über den Tellerrand schauen, weg vom Kirchturmdenken gesprochen wird, aber gerade dann, wenn es darum geht, dann auf einmal reicht der Blick nicht nur bis zum Tellerrand, sondern er bleibt am Tellerboden haften.

Was meine ich damit? Wir haben voriges Jahr einen Antrag eingebracht – wir, damit meine ich die SPÖ, meine Damen und Herren –, dass wir eine regionale Verkehrskooperation zwischen den Bezirken Hartberg und Oberwart anstreben.

Ich muss der Kollegin Lechner-Sonnek vollends Recht geben und hier dem Kollegen Riebenbauer ein bisschen widersprechen. Es gibt im Bezirk Hartberg, meine Damen und Herren, Gegenden, aus denen du an Nachmittagen nicht mehr in die Bezirkshauptstadt kommen kannst. Wenn ich als Zweites dazurechne, dass unser Bezirk ein Pendlerbezirk, wenn nicht überhaupt der Pendlerbezirk der Steiermark schlechthin ist, wo viele Männer, viele Väter, viele Söhne in Wien sind, wo eben zu Hause nicht unbedingt ein zweites oder manchmal ein drittes Auto steht, dann sind eben viele Leute trotz einer scheinbar regionalen Nähe zum LKH Hartberg nicht in der Lage, den Onkel, die Tante oder Vater und Bruder zu besuchen. Es müssen immer wieder gewisse Fahrgemeinschaften organisiert werden und das bringt für diese Leute einen großen Aufwand, ja ich möchte fast sagen, für die heutige Zeit nahezu etwas für mich Undenkbares. Und ich appelliere wirklich an alle hier im Landtag.

Die ÖVP hat voriges Jahr ein Verkehrskonzept auf regionaler Ebene gefordert. Ich weiß nicht, in welchem Bezirk begonnen worden ist. Gesagt wurde einmal in Leibnitz. Aber wir stecken, glaube ich, irgendwo.

Nehmen wir uns das Beispiel aus Oberösterreich zum Vorbild, wo wirklich in mehreren Bezirken schon regionale Verkehrsverbände zum Wohle der Bevölkerung geschaffen wurden. Ob das die gewöhnlichen Buslinien sind, ob das Sammeltaxis sind, ob das Ruftaxis sind, all das koordiniert, um den Leuten eine größere Mobilität angedeihen zu lassen.

Warum erwähne ich das? Auch ich danke Primarius Resch und seinem ganzen Team, den Ärztinnen/Ärzten, bis zu den Pflegerinnen und Pflegern, ich danke diesem Team, möchte aber sagen, dass der Aufenthalt in einem Krankenhaus auch wesentlich verkürzt und dass der Genesungsprozess wesentlich rascher angeht, wenn auch die verletzte Psyche schön langsam wieder gesund ist. Man muss nicht immer unbedingt krank sein um zu wissen, wie es einem Kranken geht. Roda Roda hat mit seiner spitzen Zunge einmal gesagt: „Es ist ganz gesund, einmal krank zu sein!“ Wir brauchen das nicht! Alle von uns haben schon einmal irgendeinen kranken Bekannten oder Verwandten besucht. Ich kann mir vorstellen, dass jeden, der in ein Krankenhaus als Kranker hineingeht, auf einmal ein anderes Gefühl begleitet, ja manche fallen sogar in ein kleines seelisches Loch. Und da sind es gerade diese Besuche von Verwandten, von Bekannten, die dann diesem Menschen auf dem Weg zur Genesung helfen.

Ich appelliere wirklich zum Schluss, schauen wir, dass wir gerade in unseren Randregionen, schauen wir, dass wir in diesen Regionen, meine Damen und Herren des Landtages, Verkehrsverbände schaffen, die über die Bezirksgrenzen hinausgehen. Und schauen wir genauso auch, dass in diesen Regionen unsere Gesundheitsnetze mit kleinen Lichtsäulen – damit meine ich die Krankenhäuser –, dass unser Gesundheitsnetz funktioniert, dass wir wirklich Kooperation nicht nur am Papier vorfinden, sondern sie auch angedeihen lassen. Es kann nicht sein, dass sich Krankenhäuser um Blinddarmoperationen streiten, wer hat wie viele Blinddarmoperationen beziehungsweise Knieoperationen streiten. Es kann nur einfach so sein, dass wir schauen, dass durch Zusammenarbeit unseren kranken Leuten die beste medizinische Hilfe gewährleistet wird. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 12.42 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist Herr Abgeordneter Lafer bitte.

Abg. Lafer (12.42 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Herren Landesräte, geschätzte Damen und Herren!

Zum vorliegenden Bericht des Rechnungshofes gibt es hier einmal ausdrücklich nicht sehr viel zu sagen, da bei dieser Überprüfung wirklich alles hoch in Ordnung befunden worden ist. Jedoch möchte ich zu einem Punkt kurz Stellung nehmen, und zwar zu dem Entschließungsantrag der Grünen. Es ist natürlich klar, wenn man heute hergeht und fordert, dass der öffentliche Verkehr in allen Bereichen so ausgebaut werden sollte, damit jeder alles erreichen kann. Nur, geschätzte Damen und Herren, das wird es in Zukunft nicht spielen. Wir können nicht bei jedem Haus ein öffentliches Verkehrsmittel vorbeischicken, damit derjenige, der gerade vielleicht einen Verwandten im Krankenhaus hat, auch zu seinem Verwandten ins Krankenhaus kommt. Das kann es nicht sein. (Abg. Gennaro: „Hartberg ist kein Bauernhof. Das ist eine Bezirksstadt!“)

Ich möchte aber hier vor allem auf eine Initiative hinweisen und vor allem an die Adresse der Grünen und an den Kollegen Böhmer. Es finden bereits auf Initiative unseres Landeshauptmannstellvertreters Leopold Schögl regionale Verkehrsplanungskonferenzen in einigen Bezirken in der Steiermark statt. In diesen Planungskonferenzen werden alle – alle! – öffentlichen Verkehrsmittel neu überdacht, überarbeitet und auf eine neue Spur gebracht, damit die regionalen Bedürfnisse in den einzelnen Bezirken abgedeckt werden können. Aber nicht nur das, sondern dass sie auch bei den Überlegungen gemeinsam mit den Nachbarbezirken in einem vernünftigen Netzwerk untergebracht werden. Genau hier sind wir auf dem richtigen Weg. In einigen Bezirken wurde dieses Konzept schon umgesetzt, der Bezirk Feldbach ist in der Umsetzungsphase, das heißt, wir werden in den nächsten zwei, drei Monaten zu einem Beschluss kommen, wobei hier auch – und das möchte ich hier untermauert wissen – auf die Probleme der angrenzenden oder umliegenden Bezirke Bedacht genommen wird. Hier sind wir schon einen sehr großen Schritt voraus, weil hier in diesem Gremium alle Abgeordneten der Region eingeladen worden sind mitzuarbeiten und das zu unterstützen, vorwiegend auch die wichtigsten regionalen Vertreter aus der Wirtschaft, damit hier ein vernünftiges Konzept auch für die nächsten Jahre entsteht. Ich glaube, das ist besonders wichtig und deshalb werden wir zwar den grünen Antrag unterstützen, aber in dieser Form ist er, finde ich, etwas überzogen. Ich danke! (Beifall bei der FPÖ. – 12.45 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Ober.

Abg. Ing. Ober (12.45 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, werte Damen und Herren!

Ich bin für die Anregung von Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek sehr dankbar, weil wir gerade im Bezirk Feldbach – von meinem Kollegen angesprochen – dieses Verkehrsleitbild heftig diskutieren und auch den öffentlichen Verkehr eingebunden haben. Man hat im LKH Feldbach eine sehr großzügige Garagenanlage beziehungsweise Tiefgarage errichtet, wo man sich sehr viele Sorgen über die Kontrolle der aus- und einfahrenden Bediensteten gemacht hat. Es tut mir eigentlich Leid, dass der Blick auf den wirklichen Besucher, der nicht mit dem Auto kommt, nicht geworfen wurde, weil bei diesem Umbau auch nicht eine besondere Bushaltestelle errichtet worden ist. (Beifall bei den Grünen.) Danke!

Ich nehme diese Anregung gerne mit und ich glaube, dass man auch im Landtag nicht zu sehr polemisieren sollte, sondern wenn wir nicht selbst draufkommen, kommt ein anderer drauf und ich nehme das wirklich gerne mit. Ich möchte noch etwas dazu sagen, ich glaube, dass man überhaupt in Zukunft viel breiter und auch vernetzter im Umfeld denken sollte und vielleicht lässt sich das Problem bis zu einer der nächsten Sitzungen schon lösen. Einen herzlichen Dank, alles Gute! (Beifall bei der ÖVP und den Grünen. – 12.46 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Mag. Erlitz.

Landesrat Mag. Erlitz (12.47 Uhr): Die erste Wortmeldung von dieser Position hier lasse ich mir nicht nehmen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Erstens darf ich festhalten, dass ich diesem Gremium respektvoll begegne und nicht im LKH Weiz war oder nicht beim Spatenstich war, sondern selbstverständlich weiß ich, wem ich verantwortlich bin, nämlich hier diesem Landtag, deshalb bin ich auch hier geblieben. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Zweitens darf ich festhalten, wenn auch die Frau Landeshauptmann – wie Herr Kollege Riebenbauer gemeint hat – wesentlichen Anteil an diesem Neubau Hartberg hat, so möchte ich mich von dieser Stelle aus trotzdem nachträglich bei Landesrat Günter Dörflinger bedanken, der, glaube ich, der eigentliche Initiator dieses Neubaus war.

Drittens würde ich meinen, dass das Spitalsressort ja das beste und meistgeprüfte Ressort durch den Landesrechnungshof ist. Der Landesrechnungshof wird schon wissen, warum er das tut. Ich bin jedenfalls dankbar und ich kann auch gut schlafen damit, wenn man solche Prüfberichte vorgelegt bekommt, denn meistens sind diese Berichte verknüpft mit einer positiven Beurteilung. Das freut mich als Lehrer ganz besonders. Dazu kann ich nur sagen, dass diese freien Kapazitäten der Geb.-Gyn.-Abteilung im LKH Hartberg und Feldbach natürlich Anlass und Motiv sind, über Kooperationsmöglichkeiten beziehungsweise über Nutzung von Synergien nachzudenken. Wenn man auch noch das Krankenhaus Oberwart mit hineinbringen könnte, dann wäre dies optimal. Ich meine, es müsste uns doch gelingen, wenn ich denke, im Rahmen einer EU-Erweiterung, wenn wir jetzt von 15 auf 25

kommen, vielleicht könnte man auch das LKH Oberwart in diese EU-Erweiterungsüberlegungen mit einbinden und wirklich zu einer Kooperation mit Feldbach, Hartberg und Oberwart kommen. Die KAGES hat auch den Auftrag sich damit zu beschäftigen und ich werde mich bemühen, dass auch weitere Initiativen im Sinne einer Kooperationsmöglichkeit hier auch gesetzt werden können.

Grundsätzlich kann ich übereinstimmend mit allen Rednern festhalten, dass der Neubau des LKH Hartberg gerechtfertigt ist, sich ausgezahlt hat, sowohl für eine optimale Patientenbetreuung als auch natürlich eine regionalpolitische Entwicklung hier damit verknüpft ist. Ein Krankenhaus ist ja klarerweise auch ein Wirtschaftsfaktor, ein entsprechender Dienstgeber und Arbeitgeber.

Der Ausbau des öffentlichen Verkehrs in völliger Übereinstimmung, ich glaube auch zur leichteren Erreichbarkeit dieser beiden Spitäler Hartberg und Feldbach ist sinnvoll, ist wünschenswert und verstärkt geradezu diese regionalpolitische Bedeutung und die regionalpolitische Relevanz dieser Spitäler. Ich glaube, Herr Prof. Forenbacher war es letztes Mal, der es angeregt hat und heute hat es Herr Kollege Riebenbauer noch einmal hier vorgebracht, diese beispielhafte Kooperation zwischen dem niedergelassenen Radiologen im LKH und dem LKH. Ich glaube, dass es eine sinnvolle Kooperation ist, patientenfreundlich ist und dort für eine optimale Versorgung der stationären und nicht stationären Patienten sorgt. Ich glaube auch, dass das beispielgebend sein könnte und hier auf alle Fälle eine Evaluierung erfolgen wird.

In diesem Sinne bedanke ich mich noch einmal für alle Beiträge. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 12.50 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Ich komme nun zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Erreichbarkeit der Landeskrankenhäuser Hartberg und Feldbach, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

8. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 842/1, Beilage Nr. 111, Gesetz über die Patienten- und Pflegevertretung (Patienten- und Pflegeombudsmann/-frau) und über die Änderung des Pflegeheimgesetzes.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (12.51 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Ich werde den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler etwas ausführlicher bringen, vielleicht erspare ich damit meine Wortmeldung.

Der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler hat in seiner Sitzung am 7. Mai 2002 den Beschluss gefasst, die Regierungsvorlage zum Gesetz über die Patienten- und Pflegevertretung und über die Änderung des Pflegeheimgesetzes durch den bereits eingerichteten Unterausschuss zum Pflegeheimgesetz, Pflegeeinrichtungen und Heimverträge zu behandeln.

Die Beratungen des Unterausschusses in der Sitzung am 23. April 2003 haben Einvernehmen über die vorliegende Regierungsvorlage erzielt. Folgende Änderungen wurden besprochen und fanden die Zustimmung:

Erstens: Die Formulierungen sind geschlechtsneutral zu halten.

Zweitens: Auf Wunsch der Patientenombudsfrau des Landes Steiermark soll eine Änderung in der Bezeichnung „Patienten- und Pflegevertretung“ in „Patienten- und Pflegeombudsschaft“ erfolgen. Die Fachabteilung 8A hat dazu eine schriftliche Stellungnahme abgegeben, die den Klubs übermittelt wurde. Vorgeschlagen wird auf Grund dieser Stellungnahme eine Änderung des Klammersausdrucks in „Patientinnen/Patienten- und Pflegeombudsschaft.“

Drittens: Im Paragraphen 5 der Vorlage ist unter Absatz 4 eine Verfassungsbestimmung über das Außer-Kraft-Treten von Paragraph 1 Absatz 4 des Gesetzes vom 10. November 1992 über die Patientenvertretung (Patientenombudsmann/-frau) einzufügen.

Viertens: In den Erläuterungen zur Regierungsvorlage wird unter Punkt I. Allgemeines angeführt, dass für den zusätzlichen Aufgabenbereich eine Personalaufstockung in Form von fünf weiteren Dienstposten notwendig wäre. Es erscheint sinnvoll, die notwendige Personalausstattung in quantitativer und qualitativer Hinsicht nach der Aufgabenentwicklung zuzuweisen. Im Unterausschuss wurde zu Protokoll gegeben, dass mit In-Kraft-Treten des Gesetzes weitere dreieinhalb Dienstposten vom Personallandesrat an die Patienten- und Pflegevertretung zuzuweisen sind.

Namens des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler stelle ich daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Das beiliegende Gesetz über die Patientinnen-/Patienten- und Pflegevertretung (Patientinnen-/Patienten- und Pflegeombudsschaft) und die Änderung des Pflegeheimgesetzes wird zum Beschluss erhoben. (12.53 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Erstes am Wort ist Herr Abgeordneter Hammerl.

Abg. Hammerl (12.53 Uhr): Sehr geehrter Herr Landesrat, liebe Frau Präsident, geschätzte Damen und Herren, Hoher Landtag!

In letzter Zeit ist ein Vaterschaftsstreit in Bezug auf die Einrichtung der Pflegeanwaltschaft ausgebrochen. Offenbar hat das Kind Pflegeanwalt Eigenschaften, die von verschiedenen Seiten erwünscht sind. Also ist es ein Kind, wie man es sich wünscht. Das, meine Damen und Herren, finde ich großartig. Und von diesen Gemeinsamkeiten sollen wir ausgehen. Ich will den Werdegang und die Idee nicht weit und breit schildern, ich kann nur angesichts des Vaterschaftsstreites nicht umhin, einige Anmerkungen zu machen.

Bereits am 4. Februar 1997 brachten die Abgeordneten Wicher, Lopatka, Tschernko und Beutl den Antrag auf Erstreckung des Aufgabenbereiches der Patientenvertretung ein. In diesem Antrag heißt es unter anderem: „Die Einrichtung der/des Patientenombudsfrau/-mannes hat sich sehr bewährt. Daher wird der Aufgabenkreis mit der Gesetzesnovelle vom 10. Dezember 1996 über die Landeskrankenanstalten hinaus auf alle Krankenanstalten in der Steiermark erstreckt. Darüber hinaus ist es zur umfassenden Wahrnehmung der Patienteninteressen sinnvoll und notwendig, den Aufgabenbereich der/des Patientenombudsfrau/-mannes auch auf den Bereich der Sozialversicherungen und auf die Alten- und Pflegeheime zu erstrecken.“

Weil diesem Antrag keine Taten folgten, brachten am 19. Dezember 2000 die Abgeordneten Lopatka, Forenbacher, Bacher, Tschernko und Wicher noch einmal den Antrag auf Erweiterung des Aufgabenbereiches der Patientenvertretung ein. Da im Bereich der Alten- und Pflegeheime, der Hauskrankenpflege und der Behindertenbetreuung Pflegebedürftige keinen Ansprechpartner bei Beschwerden haben, ist es wichtig, gerade auch für diese Bereiche eine solche Möglichkeit einzurichten. Im Antrag heißt es, „durch die Umsetzung der Landtagsbeschlüsse könnte eine einheitliche, zentrale Beratungs- und Beschwerde- und Koordinationsstelle für den gesamten gesundheitlichen Bereich in der Steiermark geschaffen werden.“

Wieder folgten keine Taten. Es wurden vielmehr von der Landesregierung Gründe geltend gemacht, warum eine Erstreckung des Aufgabenbereiches der Patientenvertretung nicht zielführend sei, unter anderem, als hier grundsätzlich andere inhaltlich fachliche, aber vor allem auch gänzlich andere rechtliche Rahmenbedingungen, wie beispielsweise das Steiermärkische Sozialhilfegesetz mit der dazu ergangenen Preisobergrenzenverordnung, das Steiermärkische Pflegeheimgesetz mit der dazu ergangenen Personalschlüsselverordnung sowie das Bundes- und Landespflegegesetz, Beachtung finden müssten.

Mit der Neufassung des Pflegeheimgesetzes etwa können nun aber neue Möglichkeiten in Bezug auf diese Erstreckung geschaffen werden. Außerdem gilt es die Frage zu stellen, ob die inhaltlich fachlichen Gesichtspunkte nicht in der Wahrnehmung der Interessen der zu Pflegenden ihren gemeinsamen Mittelpunkt finden sollten. Und hier, meine Damen und Herren, müssen wir ansetzen.

Es ist egal, ob die Patienten- und Pflegeanwaltschaft ein rotes, ein schwarzes, ein blaues, ein grünes oder ein andersfarbiges Mascherl trägt, wichtig ist es, dass diese Menschen eine Vertretung ihrer Interessen finden können. Geht es doch, meine Damen und Herren, um Menschen, die oft selbst nicht in der Lage sind, ihre Interessen zu artikulieren, geschweige denn durchzusetzen, sind doch diese Menschen oft in einer durch ihre Situation gegebenen Abhängigkeit, die die Menschlichkeit nur zu leicht absinken lassen kann. In den Alten- und Pflegeheimen sowie in der Hauskrankenpflege müssen dieselben Servicemöglichkeiten vorhanden sein wie etwa in den Krankenanstalten, geht es doch um die Würde derselben Menschen.

Die Pflegeanwaltschaft ist in Zukunft auch für die Belange der Mobilien Dienste zuständig. Wir kennen die neue Badelt-Studie, die die Frau Landeshauptmann in Auftrag gegeben hat. Wir können stolz sein, dass in unserem Land die Hauskrankenpflege flächendeckend abgedeckt ist. Wir sind hier, glaube ich, das einzige Land in Österreich – ich habe auch in anderen Bundesländern nachgeschaut –, wo das bereits passiert. Auch hier, meine Damen und Herren, ist ein Ansprechpartner, der korrigierend eingreifen kann, wenn keine Abhängigkeiten das nicht gestatten, notwendig, in der Mobilien Hauskrankenpflege, die mehr denn je in unserem Land auch Zukunft haben wird.

Wie die Dienstpostenbeschreibung von Regierungsrat Mag. Franz Zingl zeigt, wären auch schon 1997 die erforderlichen Ressourcen vorhanden gewesen. In diese Richtung geht nun unsere Stoßrichtung, das heißt in Bezug auf Verhandlungen des neuen Pflegeheimgesetzes.

Besondere Sorgfalt ist bei der Verhandlung des Gesetzes zum einen deswegen gefordert, weil in der Vergangenheit auf Grund mangelnder Kontrolle und leichtfertiger Handhabung von Bewilligungen einige Pflegekandale aufgedeckt worden sind. Das neue Gesetz – das müssen wir und das werden wir auch so machen – muss mehr Schutz für die Pflegebedürftigen bieten. Dazu kann eine Pflegeombudsschaft wesentlich beitragen.

Zum Anderen belegt die demographische Entwicklung, dass in Zukunft viel mehr Menschen die Pflegeeinrichtungen in Anspruch nehmen werden müssen. In Zusammenhang mit dem gleichzeitigen Rückgang der familiären Pflege lässt sich ein starker Anstieg der Nutzung der Pflegeeinrichtungen erwarten. Und dafür, meine Damen und Herren, müssen wir Vorsorge treffen.

Mit der vermehrten Nachfrage ist natürlich auch die Gefahr der Absenkung der Standards auf Kosten der Ärmsten gegeben. Das haben auch schon die letzten Skandale gezeigt. Wenn die Nachfrage groß ist, ist auch die Gefahr, dass Anbieter, die diese Pflege als ein gutes Geschäft sehen und nicht den Menschen in den Mittelpunkt stellen, auf den Markt kommen, viel größer. Zugleich steigt auch die Abhängigkeit.

So ist es für die ÖVP ein großes Anliegen, das neue Pflegeheimgesetz wenn möglich noch vor der Sommerpause im Landtag beschließen zu können, um damit auch neue Kontrollmöglichkeiten im Interesse der Pflegeheimbewohner durchsetzen zu können.

Natürlich, meine Damen und Herren, und das ist auch wichtig für dieses Haus, muss vorher noch eine realistische Kostenschätzung durchgeführt werden, um die finanzielle Bedeckbarkeit in Zukunft zu gewährleisten. Dies ist auch im Interesse der Städte, des Städte- und Gemeindebundes, die bisher im Sozialbereich schon große Belastungen haben und die das auch bei uns im Pflegeausschuss kundgetan haben.

Dass wir das Gesetz verzögern wollen, meine Damen und Herren, wie das auch in den Medien immer ausgesagt wurde von den anderen Fraktionen, stimmt auf keinen Fall und bedarf hier, glaube ich, einmal festzuhalten, das ist die Unwahrheit. Wir von der ÖVP wollen nur die besten Voraussetzungen für diesen positiven Gesetzesentwurf.

Zusätzlich fordert die ÖVP im Sinne der Gewaltentrennung und -teilung, dass eine Pflegeombudsschaft von einer unabhängigen Stelle übernommen wird. Die dazu erforderlichen Ressourcen sind bereits vorhanden.

Nicht nachvollziehbar ist deswegen die Forderung von unserem Landesrat Flecker, zusätzlich Personal für die Pflegeombudsschaft freizugeben. Es wurde eigens eine Servicestelle in der damaligen Fachabteilung für Sozialwesen, der Abteilung 11B, eingerichtet. Leiter dieser Abteilung ist Mag. Franz Zingl, dem zehn Mitarbeiter zur Bearbeitung von Beschwerden im Rahmen der Pflege- und Behindertenombudsschaft zur Seite stehen. Aufzeichnungen, meine Damen und Herren, über angefallene Beschwerdefälle gibt es in dieser Servicestelle leider nicht.

Und noch etwas muss zur Pflegeombudsschaft gesagt werden. Es geht nicht in erster Linie – und das möchten wir festhalten, auch vom ÖVP-Landtagsklub – um die Aufdeckung von Skandalen und schon gar nicht um die Knebelung von Pflegeplatzbetreibern, es geht vielmehr im neuen Gesetz um eine gesicherte Zusammenarbeit aller Seiten zur Optimierung der Leistungen für die Pflege. Mit dieser Stelle ist auch den Betreibern die Sicherheit gegeben, bei guter Führung der Plätze vor einer Skandalisierung, wie es jetzt in letzter Zeit vorgekommen ist, sicher zu sein. Dies kann nur in enger Zusammenarbeit geschehen. Und dies gilt für den gesamten Sozialbereich.

Dass diese Zusammenarbeit, meine Damen und Herren, funktioniert, dafür gibt es Hinweise. In einem Gespräch zwischen den Landesräten Hermann Schützenhöfer, Dr. Kurt Flecker und dem damaligen Landesrat Günter Dörflinger wurden folgende Personalmaßnahmen vereinbart: Für die Zusammenlegung der Pflegeanwaltschaft und der Heimbewohneranwaltschaft wurden zusätzlich 3,5 Dienstposten im Bereich der Fachabteilung 8A zugesagt. Für Kontrollaufgaben im Pflegebereich sollten vier der bereits ausgebildeten Amtspflegekräfte aufgenommen werden. Die organisatorische Einbindung dieser Bediensteten ist noch offen. Landesrat Flecker will sie in der Fachabteilung für Sozialwesen verankert wissen. Es wäre auch eine regionale Verteilung denkbar. Dies ist aber keine Fahnenfrage. Dieses Personal, meine Damen und Herren, kann voraussichtlich nicht aus dem vorhandenen Dienststand rekrutiert werden. Es wurde auch vereinbart, dass allfällige Vermehrungen durch Personaleinsparungen im Sozial- und Gesundheitsbereich mittelfristig kompensiert werden. Ich möchte heute auch namens des ÖVP-Landtagsklubs den drei Landesräten ein herzliches Danke sagen für diese Zusammenarbeit und auch für diese Regelung. Man sieht auch noch, meine Damen und Herren, dass man, wenn man zusammenarbeitet, auch hier in diesem Haus in schwierigen Punkten etwas erreichen kann. Wenn wir dieses neue Pflegeheimgesetz noch vor der Sommerpause im Landtag beschließen können, wird damit ein wichtiger Schritt in Richtung Erweiterung von Menschlichkeit für die, die der Pflege bedürfen, erreicht werden können. Es geht nicht um unsere Sache hier im Haus, es geht um die Sache der Ärmsten. Mit diesem Gesetz werden wir uns noch ohne weiteres mit anderen Bundesländern, keine Frage, messen können. Dies kann durch die Erstreckung des Aufgabenbereiches der Patientenvertretung geschehen. Die Änderung der Bezeichnung, die von der Ombudsfrau des Landes Steiermark gewünscht wird, und zwar von Patienten- und Pflegevertretung in Patienten- und Pflegeombudsschaft ist dazu angetan, das Element der Kontrolle besser herauszustreichen. Das ist sicherlich ein guter Ansatz. Zur Wahrung und Sicherung der Rechte und Interessen der Patientinnen und Patienten von Krankenanstalten, der Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen und Benutzer mobiler Dienste ist diese Kontrolleinrichtung, keine Frage, notwendig.

Jetzt kommt auch ein wichtiger Punkt, meine Damen und Herren, mit einer Erstellung eines steirischen Bedarfs- und Entwicklungsplanes für pflegebedürftige Menschen – der letzte stammt aus dem Jahre 1987 und gibt die Situation leider nicht mehr richtig wieder – soll ein weiterer Punkt zur Verankerung dieses Gesetzes erreicht werden. Wir im Hause müssen zusammenarbeiten, damit das Beste für die Menschen, die krank oder pflegebedürftig sind, erreicht wird. Das ist die Aufgabe hier im Hohen Haus. Ich möchte auch heute unserer Landtagsabgeordneten, der Vorsitzenden Frau Barbara Gross, ein großes Danke sagen und allen Mitarbeitern im Pflegeausschuss. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 13.05 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek bitte.

Abg. Lechner-Sonnek (13.05 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Herr Kollege Hammerl, Entschuldigung, wenn Sie die Vaterschaft gerne klären wollen in Bezug auf die Pflegeombudsschaft, müssen wir leider Martin Wabl auch zum Test bitten. Aber ich denke, es ist ja nicht so wichtig, wer den ersten Impuls gegeben hat, viele haben zusammengewirkt. Und ich bin auch sehr froh, dass wir heute die Pflegeombudsschaft beschließen können. Wie das manchmal bei Kindern so ist, es ist fast wichtiger, wer kümmert sich dann all die Jahre, wer unterstützt, wer gibt die Ressourcen, die dafür nötig sind, dass diese Pflegeombudsschaft gut arbeiten kann und wer beschäftigt sich damit, was diese Pflegeombudsschaft an Wissen über die tatsächlichen Umstände und Zustände in unseren Pflegeheimen, auf den Pflegeplätzen und bei den

mobilen Diensten hier einbringt. Darauf wird es ankommen und wir werden die Qualität der Arbeit der Pflegeombudsschaft damit auch mitgestalten und mitbestimmen, nämlich dadurch, was wir daraus machen und was wir ihr an Unterstützung geben.

Ich bin zuversichtlich, dass das eine gute Arbeit sein wird, die wir von der Pflegeombudsschaft bekommen werden. In diesem Zusammenhang möchte ich auch erwähnen, dass wir ja auch von der Ombudsschaft, von der Patientinnenombudsschaft bisher immer gute Zuarbeit bekommen haben, gute Vertretungsarbeit gesehen haben und das, was mir sehr am Herzen liegt, auch jährliche Berichte bekommen haben, dass wir, die wir hier herinnen sitzen und vielleicht nicht durch persönliche Umstände damit vertraut sind, wie es in den Pflegeheimen derzeit läuft, uns ein Bild machen können und auch müssen und dass wir daraus etwas ableiten können, das sowohl die Arbeit der Pflegeombudsschaft unterstützt als auch die Situation insgesamt in der Steiermark verbessert.

Für besonders gut halte ich, dass die Ombudsschaft eben für alle Bereiche der Pflege zuständig ist, dass sich hier nicht ein Segmentdenken durchgesetzt hat, dass es eben auch um die mobile und die stationäre Pflege gehen wird. In diesem Zusammenhang möchte ich mich bei jenen bedanken, die für die Entstehung dieses Gesetzes einen Beitrag geleistet haben, im Speziellen dem Verein der Sachwalter und Sachwalterinnen, die in ihren Stellungnahmen und auch sonst wichtige Beiträge in diesem Bereich geliefert haben. Wichtig ist mir eines zu erwähnen, dass die Pflegeombudsschaft, so wie wir sie heute beschließen, ein wichtiger Teil der Qualitätssicherung im Pflegebereich ist, aber natürlich auch nicht der einzige. Wir werden bei unseren Beratungen zum Pflegeheimgesetz, die ja schon weit fortgeschritten sind, noch diesen einen Teil zu leisten haben, wo wir noch kein klares Bild darüber erzeugen konnten, wie Pflegequalität gesichert werden kann, auch von der Struktur und von den Abläufen her, wer dafür zuständig ist. In Wirklichkeit muss man sich bewusst machen, dass viele Stellen dazu beitragen, ob Pflege in der Steiermark gut oder schlecht funktioniert. Das ist die Bezirkshauptmannschaft, die für die Bewilligungsabwicklung beziehungsweise für die Kontrolle zuständig ist. Das ist das Land Steiermark, das zumindest bewilligt, wenn nicht auch kontrolliert. Das ist die Patientenombudsschaft, die uns meldet, wie es den Bewohnerinnen und Bewohnern, also den Kunden dieses Angebotes gehen wird und das sind auch die Leute vor Ort, die Heimleiter und Heimleiterinnen, die, bin ich besonders froh vermelden zu können, im neuen Pflegeheimgesetz festgehalten, festgeschrieben sind, wie auch die Pflegedienstleitungen. Es muss also ein gutes Zusammenspiel sein, das fordert uns alle auch sehr heraus. Es ist wesentlich komplexer und komplizierter, wenn mehrere Stellen gut zusammenarbeiten müssen, als wenn eine alles verantwortet und alles bestimmt. Die Qualität liegt allerdings auch darin, dass verschiedene Stellen aus ihrem Blickwinkel und aus ihrer Kompetenz heraus ihre Arbeit machen.

Zum Abschluss ein Wermutstropfen. Ich kann es nicht verstehen, dass ich im November 2001 hier gestanden bin und den Herrn Landesrat Flecker damals gefragt habe, was ist mit den ausgebildeten Amtspflegefachkräften? Die sind jetzt fertig mit ihrer Ausbildung, wann werden sie eingesetzt? Meine Damen und Herren, wir haben Mai 2003, keine dieser Amtspflegefachkräfte hat bis heute ihren Dienst aufgenommen. Ich weiß – ich habe selbst recherchiert –, dass mittlerweile Landesrat Flecker beziehungsweise seine Abteilung den Bedarf bekannt gegeben hat, es liegt bei der Personalabteilung. Es ist nichts dafür getan worden, es ist kein Schritt gesetzt worden. Mir sagte man, man will das neue Pflegeheimgesetz abwarten. Ich kann diese Begründung absolut nicht nachvollziehen und auch nicht akzeptieren, denn, meine Damen und Herren, für Kontrolle ist auch heute schon das Land Steiermark mit den Bezirkshauptmannschaften zuständig. Es erfolgt Kontrolle, nur, sie erfolgt vielleicht oft nicht so, wie wir uns das vorstellen, nämlich mit der Hilfe und Unterstützung von fachkundigen Pflegepersonen, die auf diesen speziellen Zweck hin geschult sind. Dass wir uns das leisten, 20 Personen auszubilden, aber sie dann nicht einzusetzen, ist nicht nur ein kleiner betriebswirtschaftlicher Nachteil, hier ist das Ausmaß des Schadens vermutlich nicht so groß, aber von der Qualität der Betreuung her, von der Qualität der Pflege her kann ich das absolut nicht verstehen und ich möchte hier abschließend all die Zuständigen für den Personaleinsatz der Amtspflegefachkräfte dringend auffordern, diesen Missstand zu beenden. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 13.11 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist die Frau Abgeordnete Gross. Ich erteile es dir.

Abg. Gross (13.12 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Ich hätte mir wirklich eine Wortmeldung erspart, aber der Kollege Hammerl lässt dies allem Anschein nach nicht zu. Uns geht es hier nicht um Vaterschaftsstreite, da bin ich ganz der Meinung von Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek, weil die Mutterschaft ist meist genau zuordenbar. Was aber noch wichtiger ist, ist gerade im Falle von Unterausschussverhandlungen die Partnerschaft.

Und partnerschaftlich wurde im Unterausschuss – und dafür danke ich allen Fraktionen und danke vor allem auch allen Frauen und Männern, die gut zugearbeitet haben, dass wir dieses Gesetz heute beschließen können – das nun vorliegende Gesetz über die Patienten- und Patientinnenombudsschaft am 23. April im Ausschuss beschlossen.

Wenn du, Kollege Hammerl, am 24. April mit einer Presseaussendung „Die VP setzt die Pflegeanwaltschaft durch“ hinausgehst, dann soll sich eigentlich ein jeder in diesem Raume und in diesem Saale seine eigene Meinung über deine Wortmeldung bilden.

Ich möchte aber drei Worte zur Gesetzesvorlage noch einbringen.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, die Rechtsposition pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen muss im Verhältnis zu den Anbietern von Dienstleistungen im extramuralen und vor allem auch im stationären Bereich, die ja eine gut funktionierende Lobby haben, die Dienstleister, da muss die Rechtspersönlichkeit für die Angehörigen gestärkt werden. Heimbewohner und Heimbewohnerinnen brauchen eine eigene Vertretung, eine Anwaltschaft. Wir haben uns im Unterausschuss auf eine Patientinnen-/Patienten- und Pflegeombudsschaft geeinigt, eine Pflegeombudsschaft, die mit entsprechendem Fachpersonal ausgestattet ist. Nachdem für diese zusätzliche Aufgabe der Patientinnen- und Pflegeombudsfrau nunmehr auch dreieinhalb Dienstposten und vier Amtspflegefachkräfte für die Beratung der Heimbewohner und Heimbewohnerinnen und vor allem auch ihrer Angehörigen zur Verfügung gestellt wurden, ist dies auch möglich geworden. Dies war seit Beginn der Unterausschussverhandlungen zum neuen steirischen Pflegeheimgesetz eine Forderung zur Umsetzung dieses neuen Pflegeheimgesetzes. Und ich freue mich, dass wir diese Forderung nunmehr heute beschließen werden.

Meine Damen und Herren, Pflegebedürftigkeit darf nicht zur Ausgrenzung und Vereinsamung führen. Wir werden – ich hoffe – demnächst im Landtag mit dem neuen Pflegeheimgesetz einen weiteren Schritt in die richtige Richtung setzen. Die Menschenrechte Pflegebedürftiger benötigen den besonderen Schutz unserer Gesellschaft. Und mit der heutigen Beschlussfassung über das Gesetz über die Patientinnen-/Patienten- und Pflegevertretung ist ein weiterer Schritt zur Verwirklichung dieses neuen steirischen Pflegeheimgesetzes getan und damit auch eine Möglichkeit für die betroffenen Menschen in Pflegeheimen, auf den Pflegeplätzen und auch bei den Mobilien Diensten durch dieses Gesetz einen fairen Zugang zur Qualitätssicherung in Pflegeheimen und auf Pflegeplätzen gewährleisten zu können.

Gut Ding braucht manchmal Weile, aber wenn das Ding gut wird, dann sollten wir uns diese Weile nehmen dürfen, wobei ich aber auch heute im Landtag wiederholen möchte, was ich im Ausschuss schon gesagt habe. Ich bin der Meinung, dass vier Amtspflegefachkräfte für rund 178 Pflegeheime in der Steiermark, für etwa 300 Pflegeplätze in der Steiermark und für 8000 bis 10.000 durch Mobile Dienste betreute Menschen noch nicht ausreichend sind. Darüber werden wir uns in diesem Haus sicher noch einmal unterhalten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 13.16 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Abschließend ist Herr Landesrat Flecker am Wort. Ich erteile es dir.

Landesrat Dr. Flecker (13.17 Uhr): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Mit zunehmender Ruhe und Gelassenheit führt man auch diese Form des Vaterschaftsstreits, Herr Hammerl. Tatsache ist jedenfalls, dass die Schwangerschaft relativ lang gedauert hat, nämlich vom 18. März 2002 bis heute. Und nachdem es sich hier um ein Kind handelt, bei dem man die Dauer der Schwangerschaft durchaus beeinflussen kann, danke ich all jenen, die diese Schwangerschaft nicht noch weiter hinausgezögert haben. Ich bin sehr froh, dass das Kind jetzt da ist und bin froh, dass wir diesen Gesetzesbeschluss offensichtlich haben werden.

Ich hoffe auch, dass wir das Pflegeheimgesetz, das mit einer ähnlichen Schwangerschaft behaftet ist, bald beschließen werden. Es scheint ja oft so zu sein, dass, je länger die Schwangerschaft dauert, der Vaterschaftsstreit umso heftiger geführt wird. Wenn das noch vor dem Sommer kommen sollte, wäre ich ebenso sehr glücklich.

Was die Amtspflegefachkräfte anlangt, so bin ich zufrieden mit dem, was ich mit Kollegen Schützenhöfer vereinbaren konnte. Ob jetzt noch bis zum Sommer gewartet wird, dass wir die Amtspflegefachkräfte bekommen oder ob das heute, morgen oder schon vor einiger Zeit war, spielt jetzt keine Rolle mehr. Ich gebe Ihnen allerdings zu, dass es viel sinnvoller gewesen wäre, wenn man unmittelbar nach der Ausbildung bereits einige Damen oder Herren – ich glaube, es ist ein Herr dabei – eingesetzt hätte, im Sinne dieser Ausbildung. Tatsache ist, dass wir sie bekommen und das ist für uns wichtig.

Ich halte dieses Gesetz im Interesse der Menschen, die uns am Herzen liegen, für von besonderer Bedeutung, weil es für Menschen in stationären Einrichtungen und deren Verwandte doch wesentlich einfacher und ohne Bürokratie ist, wenn sie sich an eine weisungsungebundene Stelle wenden können, weil sie dann doch nicht mit einer so genannten Aufsichtsbehörde reden, wo man dann immer so das Gefühl hat, die halten ja alle zusammen und da hat das was mit Politik zu tun, da hat man eine Scheu. Ich bin sehr froh, dass das bei der Spitalsombudsstelle, bei der Frau Mag. Skledar, angesiedelt ist. Diese Stelle hat sich in dieser Führung bewährt. Ich hoffe, dass sich die Pflegeombudsstelle ebenso bewährt. Ich hoffe, dass sie uns und vor allem mir als zuständigem Referenten eine Reihe von Anregungen gibt, die Aufsichtstätigkeit noch effizienter zu machen, zu verbessern und auch vor Ort entsprechende Beratungen durchzuführen.

In diesem Sinn danke ich Ihnen für diesen Gesetzesbeschluss und wünsche uns allen damit alles Gute. Danke! (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und den Grünen. – 13.20 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Wir kommen nun zur Abstimmung.

Gemäß Paragraph 58 Absatz 2 GeoLT kann ein Landesverfassungsgesetz nur bei Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder des Landtages und mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen beschlossen werden. Im vorliegenden Gesetzesentwurf ist eine Verfassungsbestimmung enthalten.

Ich stelle fest, dass das erforderliche Anwesenheitsquorum gegeben ist.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

9. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1162/1, Beilage Nr. 150, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Gesetz über die fachlichen Anstellungserfordernisse für die vom Land Steiermark oder von den Gemeinden oder Gemeindeverbänden anzustellenden KindergärtnerInnen, ErzieherInnen an Horten und ErzieherInnen an Schülerheimen, die ausschließlich oder vorwiegend für Schüler von Pflichtschulen bestimmt sind, geändert wird.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Ursula Lackner. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Lackner (13.21 Uhr): Frau Präsidentin, Hohes Haus!

Ich berichte über den bereits eingeleiteten Antrag des Ausschusses für Generationen und Bildung.

Dieser Ausschuss hat in seiner Sitzung am 4. Februar 2003 und am 6. Mai 2003 über die obgenannte Regierungsvorlage die Beratungen durchgeführt.

Ganz kurz zusammengefasst die Erläuterungen dazu. Das Schwergewicht der vorliegenden Änderungen im Steiermärkischen Gesetz über die fachlichen Anstellungserfordernisse, ich wiederhole das jetzt nicht noch einmal, ergeben sich durch die Novellierung der EU-Richtlinie 92/51/EWG über die zweite allgemeine Regelung zur Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise in Ergänzung zu einer weiteren Richtlinie vom Juni 1992 zur Änderung der oben angeführten Richtlinie über die allgemeine Regelung zur Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise.

Auf Grund dieser Novellierung wird die in einem der EU-Staaten erworbene Berufserfahrung besonders stark betont. Es wird daher gefordert, dass diese Berufserfahrung sehr genau zu prüfen ist und mit den wesentlichen Anforderungen, die die Richtlinie 92/51/EWG verlangt, für die Ausübung der erwähnten Berufe verglichen wird. Nur wenn diese wesentlichen Grundvoraussetzungen nicht erfüllt sind, kann von der antragstellenden Person ein Anpassungslehrgang oder die Ablegung einer Eignungsprüfung verlangt werden.

Die übrigen Bestimmungen stellen nur geringfügige Änderungen gegenüber der bisherigen Rechtslage dar. Insbesondere werden mit der Novellierung auch sämtliche Zitate der EU-Richtlinie aktualisiert.

Zu den Kosten: Mit dieser Novelle sind keine zusätzlichen Kosten verbunden. Durch die von der Europäischen Union geforderte eingehende Berücksichtigung der Berufserfahrung wird vielmehr ein Rückgang in der Durchführung von Anpassungslehrgängen sowie Eignungsprüfungen erwartet.

Der Ausschuss für Generationen und Bildung stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Das beiliegende Gesetz, mit dem das Steiermärkische Gesetz über die fachlichen Anstellungserfordernisse für die vom Land Steiermark oder von den Gemeinden oder Gemeindeverbänden anzustellenden Kindergärtnerinnen, Erzieherinnen an Horten und Erzieherinnen an Schülerheimen, die ausschließlich oder vorwiegend für Schüler und Schülerinnen von Pflichtschulen bestimmt sind, geändert wird, wird zum Beschluss erhoben. (13.24 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Nachdem keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir bereits zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben wollen, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

10. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1085/3, zum Beschluss Nr. 811 des Steiermärkischen Landtages vom 22. Oktober 2002 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.

Berichterstatterin ist Frau Landtagabgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (13.25 Uhr): In diesem Bericht wird die aktuelle Situation der Betreuung und Begleitung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen dargestellt inklusive den Projekten und es wird auch von Seiten des Referates Jugendwohlfahrt der Fachabteilung 11A eine Stellungnahme abgegeben. Ich beantrage die Annahme dieses Berichtes. (13.26 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Frau Abgeordnete, Sie haben sich auch zu Wort gemeldet. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Mag. Zitz (13.26 Uhr): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Landesrat, sehr geehrte Gäste!

Zuerst möchte ich einmal sagen, dass die Betreuungssituation für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sich in den letzten Monaten in der Steiermark tatsächlich verbessert hat und dass wir die Ausführungen in der Regierungsvorlage grundsätzlich begrüßen, mit Ausnahme der darin enthaltenen Stellungnahme des Jugendwohlfahrtsreferates, weil da nämlich festgestellt wird, dass die Jugendlichen, die meistens zwischen 16 und

18 Jahre sind, lediglich Maßnahmen zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes brauchen. Und das stimmt einfach insofern nicht, das bestätigt auch der Verein Zebra, der eine Stellungnahme zu dieser Regierungsvorlage an alle Landtagsklubs geschickt hat, als es eine Reihe von Faktoren gibt, die geflüchtete junge Leute sehr stark betreffen und die über die Sicherung dieser Grundversorgung hinausgehen. Es sind Leute, die Gewalterfahrung, Traumatisierungen, sehr schwierige Fluchtsituationen erlebt haben oder auch sehr bedrohliche Situationen, politisch, wirtschaftlich, sozial in der Heimat erlebt haben und deswegen kann das Alter nicht das alleinige Kriterium zur Beurteilung des Betreuungsbedarfes sein. Das ist das eine Argument und das zweite ist einfach, dass man heute keine so starre Einteilung bei Jugendlichen mehr hat, sondern einfach mehr mit der Überlegung von jungen Erwachsenen arbeitet und diese Altersgrenze verschiebt sich teilweise nach oben. Weiters weist der Verein Zebra darauf hin, dass es regional Unterversorgung bei der Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen gibt und deswegen ist es notwendig, dass die durch die Jugendwohlfahrt zur Verfügung stehenden Maßnahmen bedarfsgerecht nach den individuellen Bedürfnissen eingesetzt werden, um die Situation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen zu verbessern.

Ich stelle deswegen im Namen der Grünen einen Entschließungsantrag. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert, erstens im Rahmen der laufenden Verhandlungen zur Artikel-15 a-Vereinbarung sicherzustellen, dass eine regionale Unterversorgung bei der Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen beseitigt wird und zweitens, die der Jugendwohlfahrt zur Verfügung stehenden Maßnahmen bedarfsgerecht je nach den individuellen Bedürfnissen einzusetzen, um die Lebenssituation von besagten jungen Flüchtlingen entscheidend zu verbessern. Ich ersuche um Annahme dieses Antrages. (13.29 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist Herr Abgeordneter Hamedl.

Abg. Hamedl (13.29 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Herr Landesrat, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Wir haben ja bereits in der Landtagssitzung am 22. Oktober 2002 über die Asylpolitik und auch über die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge gesprochen, deswegen werde ich mich auch kurz halten. Ich möchte noch einmal betonen, dass unsere Frau Landeshauptmann damals klar und eindeutig festgestellt hat, dass wir in Österreich ein Asylland sind und auch immer ein Asylland bleiben werden. Menschen, die in Not sind, müssen bei uns eine Aufnahme finden. Wenn wir aber heute von den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen reden, dann möchte ich auch darauf hinweisen, dass wir nicht vergessen dürfen, dass hinter diesem eigentlich sehr abstrakten Wort Menschen stehen. Menschen, die aus ihrer Heimat geflüchtet sind, hinter sich vielleicht verbrannte Häuser und zerstörte Familien.

Diese minderjährigen Flüchtlinge – und das ist ja im Bericht auch angeführt – brauchen natürlich eine rechtliche Begleitung, sie brauchen eine adäquate Unterbringung und Zugang zu Deutschkursen, eine Weiterbetreuung und natürlich auch eine Abklärung ihrer Zukunftsperspektiven. Wenn notwendig, dann gibt es für sie auch eine psychologische Betreuung. Diese Forderungen waren ja auch ein wesentlicher Bestandteil dieser 15 a-Vereinbarung, die zwischen Bund und Ländern geführt worden ist, wo eigentlich die Grundversorgung im Vordergrund gestanden ist. In der Hauptleutekonferenz wurde auch eindeutig dieser Vorschlag begrüßt, leider ist er noch nicht zustande gekommen. Ich hoffe aber, das wird bald nachgeholt.

Zum Schluss darf ich aber noch anführen, dass wir im Vergleich zu anderen Ländern in Bezug auf unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ein sehr wohl ausgewogenes Konzept haben, wo aber auch immer wieder nachjustiert werden muss. Deswegen werden wir auch dem Entschließungsantrag der grünen Fraktion zustimmen. Die zentrale Frage in der Flüchtlingspolitik ist nicht, wie viele Flüchtlinge wir aufnehmen oder wie viele wir vertragen, sondern wie viele wir tatsächlich aufnehmen wollen. Es muss aber einen eindeutigen Unterschied zwischen Wirtschaftsflüchtlingen und Asylanten geben. Daher, meine Damen und Herren, ist die rasche Erledigung von Asylanträgen eine Verfahrensvereinfachung. Auch die Frage nach den sicheren Drittstaaten und vor allem die Vereinheitlichung im Asylverfahren für Familien und Familienangehörige muss geklärt werden, so wie für mich auch die Koppelung Aufenthaltsbewilligung mit Arbeitsbewilligung wichtig ist.

Es muss, wie ich schon am Anfang gesagt habe, einen eindeutigen Platz geben für Menschen, die aus ihrer Heimat vertrieben und aus politischen oder religiösen Gründen flüchten müssen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 13.32 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Abschließend am Wort ist Herr Landesrat Flecker. Bitte.

Landesrat Dr. Flecker (13.32 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Frau Abgeordnete Zitz, es ist doch so, dass die von Ihnen monierte Betreuung der Jugendlichen zwar nicht über die Jugendämter im Rahmen der klassischen Jugendwohlfahrt erfolgt, aber tatsächlich durch Spezialisten je nach Bedarf. Also in Wirklichkeit findet diese Betreuung statt und ich glaube, dass die Qualität sehr gut ist. Wir brauchen uns als Bundesland Steiermark bei Gott nicht genieren, wir sind sogar Vorreiter.

Ich bin auch glücklich, dass es in bestimmten Bereichen durchaus Konsens gibt, zum Beispiel als die Frau Landeshauptmann gesagt hat, wir werden von den aus der Bundesbetreuung Entlassenen, überfallsartig Entlassenen, niemanden auf der Straße stehen lassen. Ich hätte mir allerdings doch gewünscht, weil es ja doch ein

Zeichen von Zivilcourage und Einigkeit gewesen wäre, wenn die Frau Landeshauptmann dann doch da und dort der Asylpolitik des Herrn Strasser etwas entgegengesetzt hätte und zumindest annähernd dort hingekommen wäre, wo Franz Küberl damals gestanden ist. Diese Unterstützung ist halt von anderen gekommen.

Ich meine, dass Verfahrensvereinfachungen und Verfahrensbeschleunigungen sicher sinnvoll sind, sie dürfen aber nicht zynischer Vorwand für Abschiebungstendenzen sein. Der rechtsstaatliche Weg ist zu sichern. Und es ist auch meines Erachtens unzumutbar, eine Abschiebung vor Entscheidungen zweiter Instanz durchführen zu lassen.

Ich halte auch die Frage der Unmöglichkeit der Antragstellung, wenn jemand über Drittstaaten einreist, für äußerst problematisch. Sie werden auch alle internationalen Organisationen dort finden, die das nicht besonders gescheit finden. Ich halte es auch für äußerst problematisch, dass man ein gänzlich Nova-Verbot im Asylverfahren zweiter Instanz plant, weil man ja wissen muss, mit welchen Leuten man es dort zu tun hat, dass das nicht irgendein eloquenter und mit unseren Gesetzen sehr vertrauter Mensch ist.

Dort, wo ich bei Ihnen bin und was ich glaube, was man so bald als möglich umsetzen soll, ist, dass diesen Menschen auch die Möglichkeit des Erwerbs gegeben sein muss, weil ein wirkliches Problem ist, dass die Menschen vom Erwerb ferngehalten werden und sie dadurch außer den gegebenen noch die sozialen Probleme der Unmöglichkeit des eigenen Erwerbs haben.

Ich hoffe, dass wir das Problem jener, der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge, die ja wirklich eine besonders, wenn Sie so wollen, arme Zielgruppe sind, in der Steiermark halbwegs bewältigen. Ich glaube, wir bewältigen es gut und ich hoffe, dass wir auch im Sinne eures Entschließungsantrages da zur Perfektion gelangen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 13.36 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Jugendwohlfahrt bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

11. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration, des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft sowie des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 1279/1, der Abgeordneten Mag. Drexler und Majcen, betreffend Wahrung von Landesinteressen in Verhandlungen über internationale Handelsabkommen, den Antrag, Einl.-Zahl 1238/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Mag. Erlitz, Gennaro, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Kröpfl, Mag. Lackner, Petinger, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder, Schleich und Stöhrmann, betreffend die gemeinwirtschaftliche Erfüllung von Aufgaben des Landes in den Bereichen der Daseinsvorsorge, den Antrag, Einl.-Zahl 1266/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend general agreement on trade in services (GATS) und den Antrag, Einl.-Zahl 1273/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Gennaro, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Mag. Erlitz, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Kröpfl, Mag. Lackner, Petinger, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder, Schleich und Stöhrmann, betreffend Wahrung von Bundesländerinteressen in Verhandlungen über internationale Handelsabkommen (insbesondere GATS).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Majcen. Ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Majcen (13.38 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich berichte über den Ausschuss für Europäische Integration sowie auch über einen Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft sowie des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über den Antrag, Einl.-Zahl 1279/1, der Abgeordneten Mag. Drexler und Majcen, betreffend Wahrung von Landesinteressen in Verhandlungen über internationale Handelsabkommen, über den Antrag, Einl.-Zahl 1238/2, der Abgeordneten Schrittwieser und des gesamten Klubs, betreffend die gemeinwirtschaftliche Erfüllung von Aufgaben des Landes in den Bereichen der Daseinsvorsorge, über den Antrag, Einl.-Zahl 1266/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Lechner-Sonnek und Hagenauer, betreffend general agreement on trade in services, also GATS, und den Antrag, Einl.-Zahl 1273/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Gennaro und des ganzen Klubs, betreffend Wahrung von Bundesländerinteressen in Verhandlungen über internationale Handelsabkommen.

Die Steiermärkische Landesregierung wird mittels eines Vierparteiantrages aufgefordert, erstens mit der Bundesregierung unverzüglich in Verhandlungen zum Abschluss einer rechtlich verbindlichen Vereinbarung über die Wahrung der Rechte und Interessen der Länder beim Abschluss internationaler Handelsübereinkommen im Rahmen der WTO einzutreten. In einer solchen Vereinbarung ist der in den WTO-Verhandlungsprozess eingebundene Bund zur rechtzeitigen, umfassenden und qualifizierten Information der Länder über alle Verhandlungen und Entscheidungen zu verpflichten, und zwar in Bereichen, in denen die öffentliche Hand als Anbieterin öffentlicher Dienstleistungen selbst oder als Eigentümerin auftritt oder die sonst von relevanter Bedeutung für die Länder und Kommunen sind. Des Weiteren ist in dieser Vereinbarung ein am Artikel 23 d

Absatz 2 B-VG orientiertes Verfahren weiterzuentwickeln, das den Ländern in den genannten Bereichen eine effiziente Beteiligung an der innerstaatlichen Willensbildung und die Berücksichtigung ihrer Anliegen in den von Österreich vertretenen Positionen sichert.

Zweitens die Bundesregierung aufzufordern – ebenfalls mittels dieses Vierparteiantrages –, sich im Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion über eine Liberalisierung des internationalen Handels mit Dienstleistungen dafür einzusetzen, dass die sensiblen und bedeutenden Bereiche der öffentlichen Dienstleistungen (wie beispielsweise die Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung, den öffentlichen Personennahverkehr, insbesondere die Auftragserteilung, Bildungsleistungen, sozialen Leistungen oder Gesundheitsdienste) nicht den Marktöffnungsmechanismen der Liberalisierung und Privatisierung ausgesetzt sowie damit jedenfalls aus dem Angebot der EU und ihrer Mitgliedsstaaten ausgegrenzt werden.

Ich bitte um Beratung und Beschlussfassung. (13.42 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Erster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Prattes.

Abg. Prattes (13.42 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landesrat, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Durchgängig bei diesen Anträgen ist ein Wort zu finden, nämlich das Wort Daseinsvorsorge. Dieses Wort Daseinsvorsorge steht für eine Leistungserbringung durch öffentliche Leistungsträger an den Bürger. Ich möchte im Rahmen der Debatte vor allem jene Daseinsvorsorge ansprechen, die ganz, ganz wichtig für den Bürger ist, die die Gemeinden erbringen. Ich meine nämlich jene drei Säulen, die besonders wichtig sind, das Wasser, der Kanal, die Müllabfuhr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Gemeinden bringen in diesem Zusammenhang Leistungen, deren Qualität, Sicherheit und Preiswürdigkeit nicht nur Lebensqualität für die Gemeindebürger sind, sondern auch eine wesentliche Standortsicherung darstellen. Wir wissen alle, wenn es darum geht, Betriebe anzusiedeln, Wohnungen zu bauen, dann schaut man einmal auf die Infrastruktur, ob sie funktioniert. Gerade diese Form der Daseinsvorsorge ist in dieser Art und Weise besonders wichtig. Der Bürger kann derzeit – ich sage bewusst derzeit – darauf vertrauen, dass die öffentlichen Dienstleister eine qualitätvolle Grundversorgung und dies flächendeckend, ohne Absicht einer Gewinnmaximierung, bieten. Ich habe es bereits angesprochen, gerade im Bereich der Wasserversorgung, beim Kanal und der Müllabfuhr haben die Gemeinden eine Kernkompetenz. Die erhobenen Gebühren sind – und das wissen alle, die Gemeindehaushalte führen, in der Gebührenordnung vorgesehen – kostendeckend zu führen und lediglich mit einer Erneuerungs- und Instandhaltungsreserve versehen. Das heißt für den Bürger, günstige Tarife, höchste Qualität und Leistungssicherheit nach dem Stand der Technik. Diese öffentlichen Dienstleistungen, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen unbedingt bei den Gemeinden bleiben und dürfen keinesfalls zur Spielwiese des Neoliberalismus werden und damit rein privaten Interessen ausgeliefert werden. Jetzt bekommt der Bürger diese Leistungen zu einem fairen Preis. Hier ist es besonders wichtig wachsam zu sein. Wasser, meine sehr verehrten Damen und Herren, darf kein Spekulationsobjekt sein. Dieses im wahrsten Sinne des Wortes „Lebensmittel“ muss verantwortungsvoll geschützt und verwendet werden. Die negativen Auswüchse im Ausland sind ja hinlänglich bekannt. Ich möchte nur das Beispiel aus Großbritannien zitieren, wo die Privatisierung der Trinkwasserversorgung fast zur Verdoppelung der Preise innerhalb von nur vier Jahren geführt hat. Dafür aber wurde in die Erhaltung der Wasserleitung kaum oder gar nichts investiert. Was war dann das Ergebnis? Wasserverluste von bis zu 25 Prozent durch undichte Rohre waren die Folge und was noch viel bedenklicher ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, es nahmen außerdem die Hepatitis-A-Erkrankungen auf Grund schlechter Wasserqualität um 200 Prozent zu. Weltweit engagieren sich die Menschen in ihren Gemeinden und Städten heute dafür, dass ihre Wasserversorgung in öffentlicher Hand bleibt oder wieder unter öffentliche Kontrolle zurückgeführt wird.

Ich möchte auch eines gerne hier anführen. Unbestritten ist, dass es viele Bereiche gibt, die Private besser erledigen als die Gebietskörperschaften. Der Bereich der Daseinsvorsorge aber muss jedoch ausschließlich durch Bund, Länder oder Gemeinden in den jeweiligen Sparten besorgt werden. Hier müssen wir die Bürger schützen und dürfen sie nicht der Liberalisierung und Privatisierung ausliefern! Ich danke Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ. – 13.48 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächste am Wort ist Frau Klubobfrau Dietrich.

Abg. Dietrich (13.48 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Der Kollege Prattes hat schon einiges vorweggenommen. Aber man darf nicht zu schwarz sehen im Bereich von GATS, weil GATS darf weder Zwang noch Einfluss darauf ausüben, ob Dienstleistungen im öffentlichen oder im privaten Bereich vergeben werden. Es bleibt der nationale Handlungsspielraum erhalten und auch bei vollständiger Marktöffnung müssen noch immer nationale Gesetze eingehalten werden. Der Kollege hat auch negative Beispiele genannt von Großbritannien. Ich gebe ihm Recht, das gibt es auch in Bolivien und Argentinien, wo sich der Wasserpreis um 100 Prozent verdoppelt hat. Auch bei den britischen Eisenbahnen gibt es negative Beispiele. Man denkt zum Beispiel, dass Linien, die nichts mehr gebracht haben, stillgelegt worden sind, die Züge viel unpünktlicher fahren, es statistisch gesehen zu viel mehr Unfällen kommt und auch das Vermögen der britischen Bahnen wurde leider Gottes verspekuliert.

Was das Wasser betrifft, so bezieht sich GATS nur auf die Verteilung und auf die Wasserleitung, nicht aber auf das Verfügungsrecht und auf den Transport. Hier gibt es keinen Zugriff. Auch bei der Verteilung des Wassers gibt es unterschiedliche Möglichkeiten, die länderweit geregelt werden können. Zum Beispiel hat ein Land die Möglichkeit, die Wasserverteilung entweder öffentlich oder privat zu regeln oder als zweite Möglichkeit für den Wettbewerb zu öffnen, aber der Wettbewerb begrenzt national, also dass es zu keiner internationalen Ausschreibung kommt. Als dritte Möglichkeit könnte ein Land einen Wettbewerb ausschreiben, national und international. Und als vierte Möglichkeit sogar eine volle oder eine eingeschränkte Öffnung für ausländische Bewerber. Man sieht also, mit GATS wurden Rahmenbedingungen geschaffen, inwieweit die jeweiligen Regierungen das ausnutzen, das liegt wiederum in der Verantwortung der politischen Parteien. Im Regierungsprogramm hat man sehr wohl Stellung zu GATS bezogen und es wurde eindeutig artikuliert, dass in den Bereichen Gesundheits- und Bildungswesen sowie bei Wasserversorgung, Kunst und Kultur nicht weiter liberalisiert werden darf. Also ich glaube, eine Panikmache ist nicht angebracht.

Wir bringen einen Entschließungsantrag der Abgeordneten Dietrich und Graf ein, betreffend Wahrung wichtiger Aufgaben durch die öffentliche Hand.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert, erstens in ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich dafür zu sorgen, dass wesentliche öffentliche Dienstleistungen der Grundversorgung, wie zum Beispiel Wasserversorgung, Abwasserentsorgung und Stromversorgung, unter staatlichem Einfluss bleiben und zweitens sicherzustellen, dass Liberalisierungen in derartigen Bereichen, die von der Bundesregierung durchgeführt werden, nur unter Wahrung der Interessen der Länder sowie mit deren Zustimmung erfolgen können. Ich ersuche um Annahme. (Beifall bei der FPÖ. – 13.52 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist Herr Abgeordneter Majcen.

Abg. Majcen (13.52 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Präsident, Herr Präsident – weiß man noch nicht, wer da zuständig ist, beide in gemeinsamer Verantwortung – meine Herren Landesräte!

Ich möchte mich ganz am Anfang sehr bedanken für die sehr sachliche Diskussion zu diesem Thema, weil es eine Zeit lang so etwas Ähnliches gegeben hat wie eine Weltuntergangsstimmung in dem Moment, wo das Wort GATS gefallen ist und weil ich noch vor ungefähr eineinhalb Monaten als Teilnehmer an einer Bezirksversammlung der Gewerkschaft dort das Hauptthema und das Hauptreferat zum Thema GATS gehört habe, wobei das Referat an sich ein sehr fundiertes und sehr sachliches war, aber natürlich eine gewisse Angst damit verbunden war. Darum danke ich auch heute.

Der Abgeordnete Prattes hat nicht umhin können, das Wort Neoliberalismus – das ist ja das Drohwort sämtlicher Debatten, die heute stattfinden – zu verwenden. So könntest du es sehen, so kann man es sehen.

Die Frau Abgeordnete Dietrich hat dann gesagt, man soll nicht so schwarz sehen. Ich sage, das ist richtig. Man soll aber auch nicht rot sehen in dieser Sache, sondern man soll es sachlich sehen. (Abg. Gennaro: „Man soll nicht blauäugig sein!“)

Es ist richtig, dass inzwischen die Situation sich beruhigt hat. Für die Sozialdemokratie ist ein neues Thema aufs Tapet gekommen, es ist die Pensionsreform. Jetzt kann man sich dort ordentlich aufregen, jetzt ist das ursprüngliche Aufregerthema GATS in den Hintergrund gerückt.

Langer Rede kurzer Sinn: Österreich hat seine Position eingebracht und Bundesminister Bartenstein hat ganz eindeutig zu dieser GATS-Problematik gesagt, GATS ist keine Zwangsbeglückung. Jeder Staat kann selbst entscheiden, welche Dienstleistungen für den internationalen Wettbewerb geöffnet werden. Hinzu kommt, dass Österreich aus seinem GATS-Angebot die Verfügungsgewalt über die Wasserressourcen, über die öffentlichen Gesundheitssysteme und Bildungsdienstleistungen ausgeklammert hat.

Damit ist ein großer Teil der Befürchtungen zumindest vorerst einmal beseitigt. Die Frage wird sein, wie die weiteren Verhandlungen stattfinden und was sie ergeben, weil das Ganze ist jetzt ein EU-Angebot an die WTO. Und die Frage wird sein, wie wird die WTO mit diesem Angebot der EU, das wiederum eine Sammlung der Angebote aus den einzelnen Nationalstaaten ist, umgehen?

Es ist richtig, dass wir diese Sache sehr zurückhaltend und sehr vorsichtig betrachten müssen. Und deswegen bedanke ich mich für den gemeinsamen Antrag heute hier im Hause, weil es jetzt heißt, aufmerksam zu verfolgen, was kommt zurück und was wird dann möglicherweise im Abtausch wieder neu aufgeschnürt werden.

In dem Sinne lade ich alle zu dem ein, was wir gesagt haben in diesem Antrag, was wir tun wollen, aufpassen und schauen, dass dem Landtag in der Steiermark und den Verantwortlichen rechtzeitig die Informationen zukommen, um sagen zu können, das gefällt uns nicht, das wollen wir anders. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 13.56 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Zitz.

Abg. Mag. Zitz (13.56 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste und sehr geehrte Herren Landesräte!

Es ist interessant, dass wir es jetzt geschafft haben einen Allparteiantrag zustande zu bringen aus einer Reihe von Ausschüssen, und dass man trotzdem bei den Wortmeldungen hier im Plenum merkt, wie unterschiedlich die Zugänge zur Frage demokratischer Umgang mit sensiblen Gütern ist.

Vom Inhalt her möchte ich mich sehr bei dem anschließen, was der Herr Kollege Prattes gesagt hat. Ich denke, wir sind jetzt in einer Situation, wo die so genannte Zivilgesellschaft in Österreich – das ist ein hochtrabendes Wort, hinter dem sich aber Teile der Kirche verbergen, katholische Frauenbewegung, katholische Männerbewegung, katholische ArbeitnehmerInnenbewegung, Gewerkschaft der Eisenbahner, ADAK, Greenpeace, diverse Lehrer- und Lehrerinnenorganisationen und Jugendorganisationen –, diese Organisationen haben sich in der Steiermark in den letzten Monaten sehr bemüht, offenbar auch mit dem Effekt, dass wir im Landtag jetzt an diesem 13. Mai uns mit dem Thema GATS auseinandersetzen. Wenn diese Teile, die außerhalb der Parlamente agieren, aber sehr politisch mit Zielsetzungen agieren, sozialpolitischen, frauenpolitischen, umweltpolitischen, die ich über weite Strecken teile, wenn die nicht aktiv gewesen wären, dann hätte nämlich der Wirtschaftsminister in Wien mit seinem Ressort und seinen Parteikollegen und -kolleginnen die Bereiche, in denen Österreich sehr großzügig die Liberalisierung stattfinden hätte lassen, ungeschauter an die EU weitergemeldet und die hätte es natürlich ungeschauter an die WTO weitergemeldet.

Dass jetzt wenigstens die einzelnen Parteien sich mit diesen Themen auseinander setzen und dass dieses seltsame GATS, das ja ziemlich sperrig ist, auch konkretisiert worden ist, hängt genau mit den aktiven Leuten in den NGOs und mit den Fachleuten zusammen. Von Regierungsseite selber hat es da nicht rasend viel Kommunikationsbereitschaft gegeben.

Zweitens, eine Erfahrung von mir als Oppositionspolitikerin: Die Regierung geht immer dann schnell vor und immer dann unter Ausschluss der Öffentlichkeit hinter dick gepolsterten Türen, wenn es um das Eingemachte geht, bei den Fragen, wer strukturiert unsere Wasserversorgung, wer von uns hat wann und in welcher Qualität Zugang zur Gesundheitsversorgung, wie wird Bildung angeboten für alle Altersschichten? Das sind einfach Kernfragen. Und die große Befürchtung hat bestanden und ist bei weitem noch nicht ausgeräumt, dass man diese Bereiche von Seiten der Österreichischen Bundesregierung sehr großzügig auf den internationalen Markt wirft. Und die, die sich dort als Erste anstellen und sich die marktfähigen Gustostückerln herauszupfen, das werden große Wirtschaftskartelle sein.

Aus dem Grund war es auch ziemlich selbstverständlich, dass es von kommunaler Ebene etliche Aktivitäten und Statements gegeben hat, erfreulicherweise von etlichen ÖVP-Bürgermeistern, besonders im Bundesland Oberösterreich. Ich glaube, die GATS-Plattform in der Steiermark, die mit diversen öffentlichen Aktionen das Thema sozusagen auch in der Öffentlichkeit verankert hat, hat einen guten Beitrag geleistet, dass wir überhaupt auf einer nachvollziehbaren, öffentlichkeitswirksamen und halbwegs bürgernahen Basis eine Auseinandersetzung mit dem Thema GATS in der Steiermark derzeit haben.

Zweites Thema: Bei der Frage Liberalisierung und Veräußerung von strategischen Themen, die uns aber in unserem Leben und eigentlich in der Körperlichkeit, so wie wir uns ausbilden lassen, wie wir Nahrung genießen, welches Wasser uns zur Verfügung steht, diese Bereiche sind strategisch so wichtig, dass es natürlich globaler Akteure bedarf, die bereit sind da einzugreifen. Und eine starke Befürchtung, auch von den Medien, die sich mit dem Thema auseinander setzen, ist, dass auch bedingt durch den bereits erfolgten Irak-Krieg die Spaltung zwischen Erster Welt, Zweiter Welt, Dritter, Vierter Welt, also zwischen Arm und Reich, auf der globalen Ebene und den jeweiligen Eliten in diesen Bereichen sich noch einmal verschärfen wird und dass bei den kommenden GATS-Verhandlungen diese internationale, globale verteilungspolitische Dimension noch einmal stärker drinnen sein wird als das zuvor der Fall gewesen ist und die USA und die europäischen Verbündeten da leider Gottes sich noch einmal um ihre strategische Stellung stark bemühen werden. Da muss man einfach strukturiert und sehr konsequent von allen Ebenen her Widerstand leisten.

Ein letzter Punkt noch: Es ist bekannt, das GATS wird 2005 ausverhandelt werden. Also in zwei Jahren wird dieses globale Abkommen, das sich speziell auf Dienstleistungen ausrichtet, auf der Reihe sein müssen, ausverhandelt zwischen derzeit 145 Staaten. Ich gehe fix davon aus, dass unsere Vision von einer gerechten Grundversorgung für alle Teile der Bevölkerung, auch Teile der Bevölkerung, die am Rand stehen, die ausgegrenzt werden, die sich nicht artikulieren können, die man in der Politik gar nicht mehr wahrnimmt, weil sie teilweise nicht einmal ihr Wahlrecht mehr gebrauchen wollen, weil sie mit der herrschenden Politik da entsprechend auf Distanz gehen, dass wir gerade diesen Bevölkerungsteilen gegenüber hoch verantwortlich sind.

Aus dieser Sicht möchte ich einen Antrag der Grünen einbringen betreffend Information der Bevölkerung über die Auswirkungen des GATS.

Wie gesagt, die derzeitige Kommunikation ist unter Garantie nicht von den politisch Zuständigen getragen worden, sondern von NGOs, von Fachleuten aus dem Sozial-, aus dem Umwelt-, aus dem Frauen- und aus dem Bildungsbereich.

Wir stellen daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert an die Bundesregierung heranzutreten und von dieser einzufordern, dass erstens keine völkerrechtlich verbindlichen Vereinbarungen zum GATS eingegangen werden, bis eine breite öffentliche Diskussion und demokratische Willensbildung stattgefunden hat, zweitens jene Bereiche offen gelegt werden, die vom Wirtschafts- und Arbeitsministerium zur Liberalisierung im Rahmen des GATS ausgeschrieben wurden – die Homepage des Ministeriums zum GATS ist erst seit sehr kurzer Zeit halbwegs annehmbar bestückt, also da war man nicht besonders der Idee der Bürgergesellschaft, die die ÖVP sonst propagiert, aufgetan – und drittens öffentliche Diskussionen unter Einbeziehung von Interessenvertretungen und NGOs über die Auswirkungen des GATS geführt werden.

Ein Allerletztes noch. Es liegt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Entschließungsantrag von den Freiheitlichen vor und der, den ich gerade vorgestellt habe, von den Grünen. Den freiheitlichen Entschließungsantrag, Waltraud Dietrich, werden wir nicht unterstützen, weil er für uns einfach an der zentralen Frage, nämlich eines klaren Bekenntnisses und einer verfassungsrechtlichen Garantie auf eine Grundversorgung mit besonders sensiblen Gütern für alle Menschen, vorbeigeht. Deine Argumentationen sind ja auch genau in die Richtung gegangen zu sagen, GATS ja bitte, aber mit minimalen Einschränkungen genau in den Bereichen, die man nämlich zum Glück beim besten Willen nicht auf den internationalen Markt werfen kann. Ich bitte Sie deshalb um Unterstützung für unseren grünen Antrag und wie gesagt halte ich den freiheitlichen Antrag von der strategischen Auslegung her für sehr ÖVP- und Schlüssel-nahe und aus dem Grund werden wir ihn nicht unterstützen. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 14.04 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Majcen.

Abg. Majcen (14.04 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich möchte es ganz kurz machen. Es ist ein Entschließungsantrag der Grünen da, der in Einzelteilen durchaus akzeptabel ist. Ich darf den Antrag stellen um eine punktuelle Abstimmung. (14.04 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Reinprecht (14.05 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich denke, nachdem ich jetzt die vorigen Wortmeldungen gehört habe, werde ich sicher der Schwarzmalerei bezichtigt werden, weil ich diesen Thesen „es wird nicht alles so heiß gegessen, wie es gekocht wird“ überhaupt nicht folgen kann. Waren beziehungsweise der Warenverkehr werden im Allgemeinen, wenn man sie schützen will, normalerweise durch Zölle geschützt. Dagegen sind Dienstleistungen in weitaus stärkerem Ausmaß durch innerstaatliche Gesetze und Verordnungen reguliert und Basisdienstleistungen also jene, die allen zugute kommen sollen, wie Gesundheit, Bildung, Wasser und anderes mehr, sind in Europa vorwiegend durch öffentlich-rechtliche oder staatliche Einrichtungen garantiert. Durch GATS erfolgt ein direkter Eingriff in die staatliche regionale und kommunale Souveränität. Wir wissen ganz genau, auch hier sollte man ehrlich sein, dass die Entscheidung der WTO über nationalen Entscheidungen steht. Unberücksichtigt bleibt bei GATS das Solidarprinzip. Dieses Prinzip sorgt für einen Ausgleich zwischen unterschiedlich rentablen Bereichen, zum Beispiel die teure Postzustellung oder Stromversorgung in ländlichen Gebieten einfach durch lange Entfernungen wird durch Gewinne in den Städten ausgeglichen und mitfinanziert. Auch die Bildung für alle oder der gleiche Anspruch auf Gesundheit folgt diesem Prinzip, was bedeutet, dass Leistungen für die Daseinsfürsorge nicht der Profitmaximierung unterliegen sollen. Dürfte ich bitten, etwas ruhiger zu sein, Herr Präsident?

Die sozialen Aspekte der Daseinsvorsorge werden von GATS jedoch ignoriert oder kann mir jemand sagen, wo das besonders berücksichtigt würde, jedenfalls nach dem, was bis jetzt bekannt ist? Zwar von GATS ausgeschlossen sollen die Dienstleistungen sein, die in Ausübung hoheitlicher Gewalt erbracht werden. Aber welche Dienstleistungen sind das bitte? Denn der größte Teil dieser Dienstleistungen ist zum Teil schon privatisiert oder wird von staatlichen und privaten Einrichtungen gleichzeitig angeboten, also zum Beispiel im Pflegebereich, wo wir eine öffentliche wie auch eine private Versorgung haben. Der Druck auf das Vorantreiben von GATS ist kein Zufall. Manchmal ist die Welt wirklich so, wie der kleine Max es sich vorstellt. Hier einiges sehr anschauliches Zahlenmaterial. Der Dienstleistungssektor hat die höchsten Wachstumsraten und erwirtschaftet etwa 6 Prozent des globalen Bruttosozialproduktes. Bei Ländern mit niedrigem Einkommen sind es nur 38 Prozent, bei den OECD-Ländern 65 Prozent. Andererseits machen Dienstleistungen nur 20 Prozent des Welthandels aus. Also man vergleiche: um die 60 Prozent des Bruttosozialproduktes werden über Dienstleistungen erwirtschaftet, nur 20 Prozent werden davon gehandelt. Man kann sich vorstellen, welches Potenzial hier Anbieter und internationale Konzerne sehen. Kühlschränke und Autos bringen offenbar nicht mehr genug Geld, das kann man von mir aus liberalisieren bis zum Gehtrichtmehrer, also greift man auch hier zu.

Jährlich werden weltweit zirka eine Billion Dollar für Wasserversorgung, zirka 2 Billionen Dollar für Gesundheitsversorgung und zirka 3,5 Billionen für Bildung ausgegeben. Hier sind besonders die USA die treibende Kraft, da sie mit ihren weitgehend privatisierten, organisierten Bildungs- und Gesundheitskonzernen über Wettbewerbsvorteile verfügen. Aber auch in Brüssel gibt es ein großes Interesse zum Beispiel an der Privatisierung von Wasser, denn Unternehmen wie Vivendi und Suez Lionez haben hier eine starke Wettbewerbsposition. Wenn wir zu den allgemeinen Folgen von GATS kommen und auch hier glaube ich nicht, dass das Schwarzmalerei ist, denn wenn es wirklich um das große Geld geht, werden kaum mehr Rücksichten genommen, da geht es um die Auslieferung von öffentlicher Daseinsvorsorge an den Wettbewerb und das heißt Gewinnorientierung, das heißt Zerstörung von Solidarsystemen, Senkung von Qualitäts- und Umweltstandards. Und es ist kein Zufall, dass hier immer wieder England, aber auch gewisse Länder der Dritten Welt genannt werden. Ich meine, das sind nur die Vorreiter. Irgendwann, wenn wir diese Entwicklung nicht stoppen, wird diese Entwicklung auch uns erreichen.

Es bedeutet auch Verunmöglichung von öffentlichen Kontrollen. Vor allem Frauen, die ja hauptsächlich im Dienstleistungssektor beschäftigt sind, schlecht bezahlte und ungelernete Arbeitskräfte werden wohl auch unter dem weitaus sinkenden Schutz von Arbeits- und Sozialgesetzen leiden müssen. Besonders betroffen sind die südlichen Länder, denn die haben wenig zu handeln, müssen aber ihre Märkte für die großen Konzerne von Dienstleistungen öffnen.

Nur noch kurz, welche Folgen wird GATS für die Kommunen haben, wenn das so durchgezogen wird, wie das geplant ist? Durch den Verkauf von öffentlichem Eigentum findet ein Enteignungsprozess von Gemeinkommen statt, die Kommunalverfassungen werden ausgehöhlt und Kontrollrechte der Bürger gehen verloren. Eine Quersubventionierung wird nicht mehr möglich sein, ist ja heute auch kaum mehr möglich, wenn alle Bereiche gewinnorientiert arbeiten müssen, bedeutet das Preissteigerungen und Senkung von Qualitätsstandards. Das bedeutet aber auch – und auch diese Erfahrungen macht man schon, nicht nur bei uns, auch in anderen Ländern, in weitaus größerem Ausmaß – Rationalisierung und Massenentlassung. Nicht zuletzt aber werden auch örtliche Bezüge und Zusammenhänge aufgelöst, ortsnahe mittelständische Unternehmen sind nicht mehr konkurrenzfähig, wenn sie mit ausländischen Großkonzernen in diesen Bereichen konkurrieren müssen. Längerfristig gehen durch die Privatisierungen den Kommunen auch Gebühren verloren, was das Finanzdesaster, das jetzt schon immer beschworen wird, noch zementieren wird. Ich halte das für keinen Zufall, dass über GATS keine öffentliche Debatte stattfindet. Hier wird so getan, als hätte man das vergessen oder die Menschen interessieren sich nicht dafür. Das stimmt nicht. Ich glaube, dass hier ganz bewusst den Menschen Informationen vorenthalten werden.

Ich denke, es ist auch unsere Aufgabe als Politiker und Politikerinnen, die Öffentlichkeit für diese Vorhaben zu interessieren und tatsächlich eine öffentliche Debatte anzuheizen und zu führen.

Was öffentliche Debatten anbelangt: Die letzte wirklich öffentliche Debatte habe ich 1976 im Zusammenhang mit der Fristenlösung erlebt. Heute unterhalten wir uns darüber, ob der Herr Schröder gefärbte Haare hat oder wie oft er geheiratet hat. Oder wir unterhalten uns darüber, welche Designerklamotten der Herr Grasser trägt oder welche Porsches der Herr Haider fährt. Das ist das, womit wir unterhalten werden.

Ich glaube, die Öffentlichkeit darf mit diesen Dingen nicht unterhalten werden, sondern sie muss mit diesen Dingen beschäftigt werden. (Beifall bei der SPÖ. – 14.13 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (14.13 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es gibt einen zweiten Entschließungsantrag, den ich Ihnen gerne vorstellen möchte, betreffend keine Liberalisierung des Gesundheitswesens. Kurz zum Inhalt.

Wie Sie sich sicher vorstellen können, hat die Liberalisierung im Gesundheitswesen zahlreiche Folgen, über die man sich im Klaren sein muss, bevor man Schritte in diese Richtung macht. Einer, der vor allem uns hier zu interessieren hat, ist, dass es mit der demokratischen Kontrolle weitgehend vorbei ist. Ein zweiter, dass die Personen leicht rausfallen aus dem Gesundheitswesen, die Mehrleistungen brauchen und auch jene, die weniger Einkommen haben. Das ist ganz klar erwiesen, das ist nicht eine Behauptung des heutigen Tages, das liegt auf der Hand, denn privatisierte Gesundheitseinrichtungen gehorchen anderen Gesetzen als öffentliche, ihnen werden andere Kriterien angelegt als eine sozial gerechte Gesundheitsversorgung durch die öffentliche Hand.

Ich bin mir sicher, wenn es um Ihre eigene Gesundheit geht, würden Sie mir sofort Recht geben, dass Entscheidungen nach medizinischen Gesichtspunkten erfolgen sollen und nicht nur nach ökonomischen. Was für uns selbst gilt in unserer persönlichen Betroffenheit, muss erst recht für uns gelten als Politikerinnen und Politiker, die Grundlagen für die nächsten Jahrzehnte schaffen in diesem Land, unter anderem auch Grundlagen für die Gesundheitsversorgung.

Und nun zur aktuellen Entwicklung in der Steiermark. Wir wissen, dass daran gedacht wird, der KAGES ein privates Management zur Seite zu stellen, und zwar von der Firma SANA. Die Firma SANA arbeitet schon seit mehr als einem Jahrzehnt in Deutschland. Sie betreut – unter Anführungszeichen – mehrere Krankenanstalten.

Es gibt Erfahrungen, die aus Deutschland vorliegen, und die will ich Ihnen kurz zitieren: 1991 wurden die ersten Verträge verschiedener öffentlicher Körperschaften mit SANA geschlossen.

Darf ich um Ihre Aufmerksamkeit bitten? Es ist sehr unangenehm, wenn man das Gefühl hat, man muss anschreien gegen andere Unterhaltungen. Ich kann auch lauter reden. Ich weiß nicht, ob das der Qualität zuträglich ist.

Die Erfahrungen mit SANA seit 1991. Das gerühmte Modell Stuttgart – dort hat man begonnen – zeigt, dass man sofort mit Personaleinsparungen begonnen hat, was ganz kurzfristig auch zu finanziellen Einsparungen geführt hat. Mittelfristig jedoch ist es nicht gelungen, das existierende Defizit wirklich zu reduzieren. Das ist gleich geblieben. Auch die Qualität des Angebotes konnte nicht gehalten werden. Und Bedarfsplanung wurde überhaupt grundsätzlich abgelehnt mit der Behauptung, das regle ohnehin der Markt.

Das Uni-Klinikum Rostock ist für uns auch besonders interessant, denn bei uns ist in der KAGES auch das Universitäts-Klinikum enthalten, und das ist noch einmal eine andere Sache, denn da geht es auch um so sensible Bereiche wie Forschung.

Es war ausgemacht, dass, wenn die Erfahrungen gut sind im Uni-Klinikum Rostock, man die Verträge verlängern wird und dieses Projekt auch in anderen Universitätskliniken durchführen wird. Es ist Tatbestand, dass die Verträge nicht nur nicht verlängert worden sind, sondern dass auch keine neuen Verträge geschlossen wurden.

Der Verwaltungsdirektor ist in der letzten Phase dadurch aufgefallen – ich zitiere wörtlich – „durch blinden Aktionismus, im Versuch noch zu schnellen Einsparungen zu kommen“.

Laut Gabriele Welsch, einer Krankenschwester und der Vorsitzenden des Personalrats im Uni-Klinikum Rostock, war eben an diese Übernahme des Modells in den Dauerbetrieb durchaus gedacht und ist eindeutig erwiesen, dass das Modell gescheitert ist. Und Frau Bachmann – die Vorsitzende des Personalrats – hat aufgezählt, die erwarteten Einsparungen sind nicht erfolgt. Konzepte hat es nur in der Form gegeben, dass man über Ideen hat reden können. Also Konzepte im Ideenstadium, nicht ausgereift, oft sogar ohne betriebswirtschaftliche Untermauerung. Das muss man sich einmal vorstellen, was das heißt. Dass bauliche Planungsprobleme entstanden sind, weil die Projekte nicht wirklich von Anfang bis zum Ende konsequent durchbetreut wurden und dass eine medizinische Planung, meine Damen und Herren, nie vorgelegt worden ist. Stellen Sie sich das bitte vor, denken Sie daran, wenn es um die Sicherung der Qualität unserer Krankenanstalten geht.

SANA hat im schwäbischen Bad Wildbad eine chirurgische Akutstation geschlossen, obwohl diese sehr gut ausgelastet war, von den Leuten vor Ort der Bedarf durchaus immer wieder bestätigt wurde, sie dem Management von SANA aber wahrscheinlich offensichtlich zu wenig rentabel war.

Zu Landesrat Erlitz möchte ich sagen, Sie haben gesagt, Herr Landesrat, bei Angebots- und Standortentscheidungen muss der Eigentümer das letzte Wort haben. Zu diesem Thema möchte ich Ihnen mitteilen, wie das ausschauen wird, wenn der Ex-Vorstandsvorsitzende Ulrich Bosch wieder in die Steiermark ziehen wird. Er hat gesagt, der Kaufmann hat das letzte Wort und hat uns auch erklärt, dass das Grundprinzip von SANA genauso lautet.

Ich möchte Sie alle hier in diesem Raum, alle handelnden Personen, den Soziallandesrat, den Wirtschaftslandesrat, den Landtag, auffordern, sich diesen Schritt noch einmal gut zu überlegen und ganz dezidiert, diesen Schritt nicht zu tun. Ich denke, auch die öffentliche Hand muss gut und betriebswirtschaftlich vertretbar und zeitgemäß arbeiten. Wir alle haben die Möglichkeit, diesen Beweis anzutreten und sollten das auch tun. Dazu möchte ich Sie auffordern.

Und nun der Antrag betreffend keine Liberalisierung des Gesundheitswesens.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, von Maßnahmen in Richtung Liberalisierung und Privatisierung im Bereich der KAGES Abstand zu nehmen. Ich ersuche um Annahme. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 14.20 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (14.20 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wenn von der Kollegin Dietrich gesprochen wurde, keine Panikmache, dann halte ich es mit meinem Kollegen Majcen, der sehr sachlich darauf hingewiesen hat, auf Grund eines gemeinsamen Erlebnisses, das wir gehabt haben, wie bereits schon angeschnitten, bei dieser Konferenz. Ich glaube, dass wir auf diese Linie einsteigen müssen. Es muss eine rechtzeitige Diskussion stärker in der Öffentlichkeit in Gang gesetzt werden, denn ich glaube, der Zug fährt bereits mit Volldampf. Und es wird sicherlich nicht möglich sein etwas zu verhindern, sondern wir müssen nur schauen, dass wir auch Länderinteressen in dieser Frage, in dieser Auseinandersetzung stärker diskutieren und Möglichkeiten haben eventuell einzuwirken, um das eine oder andere noch zu verändern. Weil in Wahrheit muss dort gefeilscht werden wie auf einem Basar, was kriegst du von mir, was kann ich abgeben, was müssen wir abtauschen.

Es sind schon einige Beispiele angeschnitten worden, zum Beispiel das Wasser. Es ist nachgewiesen, dass in Großbritannien nach der Liberalisierung das Wasser um 50 Prozent gestiegen ist, man höre und staune, in Bolivien um 100 Prozent. Meine Damen und Herren, in England sind bereits schon über 19.000 Haushalte, denen vorübergehend das Wasser abgedreht wurde, der Wasserhahn. Man kann sich jetzt anhalten, das kann jeder von uns überprüfen. Es gibt die Möglichkeit in Wien, am Graben, bei der Firma Meinl, ich will keine Reklame machen, dort können Sie bereits Wasser aus Alaska kaufen, kostet 1,90 Euro. Bei uns kostet ein Kubikmeter Wasser, sprich 1000 Liter, noch in Schilling 13, also rund einen Euro. Da kann man sich einmal die Dimensionen ausrechnen.

Lass mich auf ein anderes Beispiel hingehen, Waltraud, weil du gesagt hast, keine Panikmache.

Wenn ein Rumäne in Österreich anbietet, dass er mit seinem zerlemperten Lkw, um das salopp zu sagen, dass er als Frächter einsteigen will, so gelten bitte – das kannst du nachprüfen – die Bestimmungen des Landes, von dem der Frächter kommt, beginnend von Arbeitsrecht, die Arbeitszeiten und alles, erster Punkt. Zweiter Punkt, Naturschutz, Raumordnung. Es gibt die Möglichkeit, wenn zum Beispiel ein englischer Hotelier sagt, er möchte in Österreich in ein ausgewiesenes Naturschutzgebiet ein Hotel hineinstellen, dann kann sich der

Bürgermeister, der das dort ablehnt, nach Brüssel begeben und dort die Verhandlungen führen, warum das abgelehnt wird. Das kann man alles nachvollziehen, daher meine ich, dass wir sehr wohl auf der Hut sein sollten, denn die Auswirkungen dieser Liberalisierung speziell im öffentlichen Bereich sind fatal. Das kann man nicht wegdiskutieren.

Daher bin ich auch froh, dass wir einen gemeinsamen Antrag dahin gehend zustande gebracht haben, weil ich glaube, dass die Problematik uns allen bewusst ist. Beim Strommarkt ist das dasselbe. Wir kennen alle das Beispiel Kaliforniens, wo durch die Liberalisierung dann die Stromabschaltungen begonnen haben. Meine Damen und Herren, in den USA sind 16 Prozent der Bevölkerung nicht krankenversichert, weil sie es sich nicht leisten können. In zahlreichen Entwicklungsländern – das ist eine Studie, die kommt nicht von der Gewerkschaft, wir haben die Aktion mit unterstützt „Stopp GATS“ – müssen Kinder nach der Einführung von Schulgebühren aus der Schule genommen werden, weil sich die Leute das nicht leisten können. Im Krankenversicherungsbereich wird es eine Zweiklassengesellschaft geben, da buhlen sich in den guten Ländern für junge, gut verdienende gesunde Kinderlose und für die männlichen Vollzeitwerbsarbeitnehmer, weil die gibt es auch nicht überall, beziehungsweise konkurrieren sich die kommerziellen Kranken- und Pensionsversicherungen. Die Grund- und Armutsvorsorge bleibt dann dem Staat. Es gibt Verlierer. Die Interessenslagen sind für mich sicherlich klar und daher heißt es hier, aufmerksam zu machen und stärker in der Öffentlichkeit zu informieren. Denn wenn man draußen fragt, nicht einmal bei den Politikern und Funktionären können die mit den Dingen etwas anfangen. Wir haben eine Aktion gestartet, eine überparteiliche in Graz auf der Murbrücke, da haben die Leute gefragt, was das eigentlich ist, weil niemand einen Zugang zu Informationen hat und weil es von der Bundesregierung so schön still abgehandelt wird. Hie und da hast du erzählt, Kollege Majcen, gibt es einmal einen Rülpsper von irgend jemand aus der Bundesregierung. Es ist ja ganz klar, wenn man auf den Dienstleistungssektor schaut und man muss da schon über den Tellerrand hinausschauen, wenn in den USA 70 Prozent der Wirtschaftsleistung im Dienstleistungssektor liegen und zum Vergleich in Kambodscha 34 Prozent, dann wird ja keiner annehmen, dass die Kambodschaner nach Amerika drängen, sondern umgekehrt wollen die mit ihrem überhöhten Dienstleistungssektor dort hinein. Man soll die Dinge nüchtern betrachten und ich glaube, deshalb sollten wir weiterhin stark auf dieser Linie bleiben und einfordern, dass wir das, was bereits abgehandelt unter dem Strich – ich bin nicht in der Lage, das aufzuzählen, wo man sich vielleicht schon geeinigt hat oder wo nicht –, sondern dass wir eine Transparenz verlangen, dass die Bundesregierung auch einmal den Ländern Informationsmaterial zur Verfügung stellt, was ist bis dato besprochen worden, wo gibt es Änderungen, wo muss etwas abgetauscht werden? Es geht nicht um Panikmache, sondern letztendlich wenn der Zug einmal am Bahnhof einfährt, können wir nichts mehr verändern, weil dann ist er da. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 14.26 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dipl.-Ing. Grabner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (14.26 Uhr): Herr Präsident, meine Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses!

Weil das Wort gefallen ist, man möge das nicht dramatisieren, bei aller gemeinsamen Sicht, dass man aufpassen müsse und man möge das doch oder man könne das doch, wie Franz Majcen gemeint hat, durchaus den Bundesministern, die damit befasst sind, überlassen, sich um unsere Angelegenheiten zu kümmern. Da habe ich so meine Sorgen. Erstens einmal dramatisieren. Wenn man das liest und sich erzählen lässt, wie es in einem der reichsten Länder der Welt, in Kalifornien, voriges Jahr zugegangen ist, dann liest sich das zuerst wie ein Horrorszenerario. Die Bevölkerung hat stundenlang pro Tag keinen Strom, der Fernseher bleibt finster, es gibt kein Licht, es gibt keinen Kühlschrank, die Firmen in Silicon Valley haben die größten Probleme, weil sie nicht laufend produzieren können, sondern immer wieder Produktionsstopps erleiden müssen, Millionen Liter Milch mussten den Gully hinunter, weil sie nicht mehr gekühlt werden konnten. Wenn man das alles hört, dann kommt es einem zuerst vor wie ein Horrorszenerario in einem Science-Fiction-Film, aber den Gouverneur von Kalifornien, keinen halbblustigen Sozialdemokraten oder keinen Gewerkschafter, hat es dazu veranlasst, den Notstand in seinem gelobten Land Kalifornien auszurufen. Und Allen Greenspan, auch kein Halbblustiger, hat für gesamt Amerika empfohlen, sich der Angelegenheit durch öffentliche Investitionen wiederum anzunehmen, damit dieses Szenario sich nicht von Kalifornien aus über ganz Amerika verbreiten möge. Was hat man richtigerweise getan? Die öffentlichen Hände haben selbstverständlich wiederum die Investition übernommen, die die privaten Investoren nicht getätigt hatten, das dazu geführt hat, dass im Jahre 1996 die Stromliberalisierung gegriffen hat und seit damals nichts mehr investiert worden war. Wir kennen das gleiche Szenario von den Eisenbahnen in England und wir kennen vieles andere, was heute schon hier gesagt wurde.

Es bedarf also nicht einer Dramatisierung von unserer Seite, es bedarf lediglich des Hinweises, dass sich hinter diesen Worthülsen GATS, aber auch Liberalisierung nicht irgend etwas Lustiges oder Halbblustiges verbirgt, sondern dass das ganz eminent wichtige Angelegenheiten sind, die sich für jeden Einzelnen von uns für das ganz persönliche Leben dramatisch auswirken können, wenn man nicht aufpasst.

Jetzt haben wir zwar noch Frist, wir wissen im Jahre 2006 wird sich die Europäische Kommission zu einem Bericht über die Ergebnisse der Stromliberalisierung finden. 2007 wird die Europäische Kommission sich zu einem Bericht über die Ergebnisse der Eisenbahnprivatisierung finden und jeweils hat dieser Bericht dann am Schluss auch einen Passus, wo es heißt, wo soll nachjustiert, wo soll nachgebessert werden und wo soll man die so genannte Liberalisierung zurücknehmen. Das heißt, es gibt auch seitens der Mitgliedstaaten, also auch von Seiten Österreichs, die Möglichkeit, die eigenen Positionen darzulegen, denn erst im Jahre 2008 sollen dann

seitens der Europäischen Kommission die Mitgliedsstaaten eingeladen werden, ihre eigenen Positionen endgültig festzuschreiben und einzunehmen. Das heißt, wir haben noch die Chance dazu, wir sollten nur nicht so tun, als ob sich da irgend jemand schon darum kümmere, uns braucht das eigentlich nicht weiß Gott wie kümmern, weil die in Wien machen es ohnedies. Ich habe deshalb auch meine Bedenken, als unser Herr Bundeskanzler im Jahre 1983, als er in das Parlament eingezogen ist, im selben Jahr sein Buch veröffentlicht hat, das ganz offensichtlich bis heute noch das Credo für sein Handeln ist, „Mehr Privat und weniger Staat“. Wenn Sie in dem Buch nachlesen, werden Sie auf den Seiten 33 bis 37 alles das aufgelistet finden, was er dem staatlichen Einfluss entziehen und dem reinrassigen privaten Denken überantwortet wissen möchte. Wenn ich das lese, dann weiß ich, dort sind wir nicht in besten Händen. Deshalb unterstützen wir auch alle heute eingebrachten Anträge, weil sie durchwegs in die Richtung gehen, dass wir uns selbst darum kümmern mögen und dass wir seitens dieses Hauses an den Bund herantreten, das ja nicht irgend jemandem zu überantworten, sondern gefälligst aufzupassen, dass uns hier nicht etwas Übles widerfährt. (Beifall bei der SPÖ. – 14.31 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Mag. Erlitz.

Landesrat Mag. Erlitz (14.32 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte eine Antwort geben auf das, was die Frau Kollegin Lechner-Sonnek gesagt hat beziehungsweise eine Antwort auf den Entschließungsantrag. In völliger Übereinstimmung sind auch wir der Meinung – darum unterschreiben wir auch diesen Entschließungsantrag –, dass es zu keiner Liberalisierung, keiner Privatisierung der steirischen Spitäler kommen darf. Das sage nicht nur ich hier, sondern es hat auch ein Gespräch mit dem Herrn Landesrat Schützenhöfer gegeben. Da gibt es also auch keine Meinungsverschiedenheit.

Aber es steht etwas ganz anderes an. Es geht um etwas ganz anderes. Die KAGES steht – immerhin das größte Unternehmen in diesem Lande mit 15.000 Mitarbeitern, mit einem Umsatz von 15 Milliarden Schilling – vor einer Reorganisation, vor einer Erneuerung ihrer Organisationsstruktur. Sie wissen, es gibt eben im Auftrag des Landesrechnungshofes diese IRO-Studie, Köck-Studie beziehungsweise auch das Universitätsgesetz 2002, das sieht eine Verselbstständigung der Universität vor. Das heißt, die KAGES steht vor einer Reorganisation. Und um diese Reorganisation optimal durchzuführen, wollen wir uns eines Managements mit internationaler Erfahrung bedienen, das heißt, dieser KAGES an die Seite geben, damit es zu optimalen Arbeitsabläufen kommt. Und um nichts anderes geht es. Einfach dass diese Gelder, die Steuergelder, optimal eingesetzt werden.

Das hat mit einer Privatisierung nichts zu tun. Das heißt, in strategisch wichtigen Bereichen ist weiterhin die Zustimmung des Eigentümers notwendig, wenn es um Standorte geht, wenn es um Leistungsinhalte geht, wenn es um Qualitätsstandards geht und dergleichen mehr. Ich kann ja Verantwortung nicht privatisieren, das geht ja gar nicht, wollen wir auch nicht, haben wir auch nicht vor. Wir wollen aber zu einer optimalen, vielleicht kostengünstigeren Betriebsführung kommen.

Und Sie wissen ja selbst, Frau Kollegin, in den letzten sechs Jahren ist der Landeszuschuss um 43 Prozent gestiegen. Auch das darf nicht ganz übersehen werden. Ich bin auch Ihrer Meinung, dass der medizinische Auftrag der Eigentliche sein muss, aber die 43 Prozent Kostensteigerung sind halt Realität. Und auch dafür bin ich zuständig, dass diese Gelder halt sparsamst und wirtschaftlich eingesetzt werden. Und darum geht es, um nichts anderes. Es geht nur um eine optimale Betriebsführung der KAGES-Spitäler, um das geht es, der KAGES einen strategischen Partner an die Seite zu stellen, nicht mit Geld, sondern mit Know-how, mit internationaler Erfahrung. Das wollen wir, und nichts anderes. Ich spreche mich auch gegen jede Privatisierung aus. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 14.35 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich noch einmal die Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek.

Abg. Lechner-Sonnek (14.35 Uhr): Herr Landesrat Erlitz, das klingt ja ganz hübsch, wir stellen der KAGES ein privates Management zur Seite. Ich habe nur das Gefühl, Sie sind nicht ganz offen mit uns. (Landesrat Mag. Erlitz: „Das ist jetzt eine Unterstellung!“)

Ja, ich habe das Gefühl.

Ich habe das Gefühl, Sie sind nicht ganz offen mit uns, denn ich würde einfach gerne hören, was der eigentliche Grund ist. Wenn das Management bisher nicht gut gearbeitet hat, dann denke ich, haben wir ein Recht auf diese Information, und zwar auf eine detaillierte. Mir geht es nicht darum, Bewertung, die sind schlecht, die haben schlecht gearbeitet, sondern was ist nicht gelungen, was wurde nicht erzielt, welche Probleme sind aufgetreten? Darüber höre ich aber nichts.

Wenn ich dann auf der anderen Seite die Berichte aus Deutschland höre, wo SANA, das ist ja, wie wir schon gehört haben, ein Unternehmen, das nicht nur einen Namen hat, sondern wo es auch Erfahrungen gibt, das Verträge gemacht hat mit zahlreichen Anstalten. Und ich habe einige dieser Erfahrungen Ihnen heute vorgestellt.

Wenn wir hören, dass SANA üblicherweise interessiert daran ist, in eine Beteiligung zu gehen und dass manche Kliniken – das habe ich auch noch recherchiert, habe ich jetzt nicht in meiner Rede gehabt – vom Rechtsstatus her in eine Ges.m.b.H. umgewandelt wurden, damit SANA Teilhaber werden kann, und ich mir denke, aha, die KAGES ist schon eine Gesellschaft, da braucht es diese Umwandlung gar nicht mehr, dann kommt natürlich das zum Zug, dass ich zu wenig Informationen habe, was passt nicht in der KAGES und gibt es vielleicht auch andere Möglichkeiten, gibt es vielleicht auch ein Know-how in Österreich, das man anzapfen kann und kann man nicht unseren Managements, bitte, Reformvorschläge abfordern? Das verstehe ich einfach nicht.

Und deswegen habe ich nicht das Gefühl, dass Sie ganz offen sind mit uns und deswegen verahre ich mich auch dagegen, dass ich hier angeblich Dinge in den Raum stelle. Ich kann Ihnen die Erfahrungen aus Deutschland nur anbieten, das habe ich jetzt auszugsweise getan, und Sie werden sich einfach nicht wundern – hoffe ich –, wenn auf Grund dieser Erfahrungen und auf Grund der mangelnden Information, was genau wirklich nicht passt in unserer KAGES, bei mir ein Eindruck entsteht, dass das nicht ganz mit rechten Dingen zugeht und dass da vielleicht auch eine Teilhaberschaft eines privaten Anbieters, der dann nach völlig anderen Kriterien Gesundheitspolitik macht oder Gesundheitsversorgung macht, ins Haus steht. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 14.37 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Jetzt hat sich zu Wort gemeldet die Frau Abgeordnete Zitz.

Abg. Mag. Zitz (14.38 Uhr): (Abg. Tasch: „Das ist aber nicht gerecht, dass der Erlitz nicht ganz offen wäe!“) Lieber Kurti Tasch, dass du dir wegen der Frauenkooperation bei den Grünen graue Haare wachsen lässt, das kann ich mir gut vorstellen.

Ich möchte jetzt zu dem Tagesordnungspunkt drei Themen auch ansprechen.

Ein Punkt, der mir bei dieser GATS-Debatte einfach sehr schwer aufgefallen ist, bei der SPÖ Steiermark kann ich keine Linie erkennen.

Was Prattes und Gennaro gesagt haben, ist für mich über weite Strecken sehr gut nachvollziehbar. Herr Landesrat Erlitz, so wie Sie argumentiert haben, nämlich im konkreten Fall Ihrer Ressortzuständigkeit, höre ich Ihnen zu und kenne mich nicht mehr genau aus und schätze das deswegen gleich ein wie die Ingrid Lechner argumentiert hat.

Ein zweiter Punkt: Bezüglich der strategischen Partner gibt es ein paar konkrete Vorschläge. Wie wäre es, wenn man in die Nähe der Krankenanstalten und deren strategischer Planung zum Beispiel Sozialmediziner und Mediziner lassen würde, die sehr viel Erfahrung haben, wie sich in der Steiermark Armut auf Gesundheit auswirkt. Die haben keinen Zugang zu den Chefetagen von der Struktur. Wie wäre es, wenn man endlich, was ja spät genug passiert ist, eigene Frauenförderungspläne in den Krankenanstalten durchsetzen würde? Die gibt es erst seit ganz, ganz kurzer Zeit. Und wie wäre es – das ist ein dritter Punkt –, wenn man den ganzen Komplex der Krankenanstalten kinder- und familienverträglich gestalten würde?

Das wären drei ganz konkrete Bereiche, die strategisch nachhaltige Auswirkungen hätten, wo es in der Steiermark unter den NGOs und unter den Fachleuten ausreichend Experten und Expertinnen gäbe. Und ich bin sogar ziemlich sicher, dass unter Einbeziehung von sozialmedizinischen, frauenpolitischen und jugendpolitischen Aspekten, dass diese sogar betriebswirtschaftlich positive Effekte auf die Struktur der KAGES hätten.

Ein letzter Punkt noch, der mich besonders beunruhigt. Ich bin auch Suchtsprecherin der Grünen. Ich frage mich, wie Sie sich vorstellen oder wie sich die ÖVP vorstellt, eine Krankenanstaltenpolitik zu machen, die rein betriebswirtschaftlich ausgerichtet wird, wenn es um ganz, ganz schwierige Personengruppen geht mit einer sehr schwierigen Geschichte, die spezifische Betreuungsformen brauchen und wo in der Steiermark der Markt der Krankenanstalten, der mobilen und der ambulanten Betreuung, ohnehin nicht sehr toll ist. Meine Befürchtung ist einfach, dass im Bereich der Prävention und des Umgangs mit Personen mit Abhängigkeitserkrankungen und mit psychischen Erkrankungen, dass die im Rahmen dieser geplanten Ausgliederung absolut unter die Räder kommen würden.

Ich bin sehr gespannt, wie Sie in den nächsten Monaten, in Kooperation mit ÖVP, mit Schützenhöfer oder Schilcher, da eine Struktur anbieten wollen. Aber im Moment nehme ich Sie speziell für die Bereiche, die ich genannt habe – Sozialpolitik, Frauenpolitik und Umgang mit auch innerhalb der Krankenszene marginalisierten Gruppen – beim besten Willen nicht wahr. (Beifall bei den Grünen. – 14.41 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Mag. Erlitz.

Landesrat Mag. Erlitz (14.41 Uhr): Ich muss mich noch einmal zu Wort melden.

Das sind einfach hypothetische Annahmen, die Sie da von sich geben.

Noch einmal, die Verantwortlichkeit kann das Land – ich habe ja schon gehört, jetzt werden dann, wenn die Spitäler privatisiert werden, nur mehr jene Patienten aufgenommen, die lukrativ sind, die eine Zusatzversicherung haben oder, was weiß ich, deren Behandlung halt entsprechend Gewinn bringend ist. Das ist doch ein Blödsinn. Die Gemeinnützigkeit, der allgemeine Versorgungsauftrag, der bleibt ja vorhanden, der ist im KALG verankert, da ändert sich überhaupt nichts, im Kernbereich. Da geht es, noch einmal, um die wirtschaftliche Führung eines Spitals, und nicht um den Kernbereich Patientenbetreuung. Ganz im Gegenteil, wir wollen es wirtschaftlicher führen, damit es für die Patienten qualitätvoller und besser wird, und nicht schlechter wird.

Und das ist meine Eigentümerverantwortlichkeit, die ich auch nicht herausrücken und herausgeben kann, Punkt eins. Punkt zwei, das Ganze ist erst im Entstehen. Es ist ja nicht einmal noch ausgeschrieben. Geschweige denn, ich getraue mich auch nicht zu sagen, so wie Sie, Frau Kollegin Lechner-Sonnek, von der SANA reden. Da wird europaweit ausgeschrieben und wir werden sehen, welche Anbieter es gibt. Ich getraue mich das nicht zu sagen, die SANA macht das Rennen, so wie Sie das sagen. Ich sage das hier nicht. Eine europaweite Ausschreibung von entsprechenden potenziellen möglichen Partnern für die KAGES, Partner für die KAGES, nicht Ersatz der KAGES, werden der KAGES an die Seite gestellt. Wir reden da noch genug, wenn es um den Management-

vertrag geht, wenn es um die Inhalte geht. Da werden wir dann intensiv diskutieren – da können Sie mich dann testen – ob wir das hineingebracht haben, was ich hier sage, keine Auslagerung der Verantwortlichkeit oder nicht. Dann können Sie mich testen! Es gibt ja noch nichts, es liegt ja noch gar nichts vor. Es könnte ohne weiteres so sein, dass diese Anbieter sagen, bitte unter diesen Voraussetzungen mache ich es ja gar nicht. Ich habe ja gar keine Möglichkeit, einen Standort zu sperren, ich habe gar keine Möglichkeit über Strukturen nachzudenken oder Inhalte zu ändern, da mache ich es vielleicht gar nicht. Das könnte ja auch sein. Nur, das geben wir sicherlich nicht aus den Händen, diese Verantwortung. Es geht nur um optimalere Betriebsabläufe, um das umzusetzen, was die IRO-Studie da festhält. Holding, Regionalisierung, Verbände schaffen, mehr Eigenverantwortlichkeit den Spitälern geben mit einer internationalen Erfahrung, das kann ja kein Verbrechen sein, bitte. Nur darum geht es mir. Und ich verheimliche Ihnen überhaupt nichts, das ist mein ehrlicher Zugang zu diesem Thema. Wenn gewisse Inhalte nicht übertragbar sind, nicht übersetzbar sind, was ich jetzt gemeint habe, gewisse Forderungen, dann gibt es auch keine Zustimmung von hier und von mir. (Beifall bei der SPÖ. – 14.44 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Pörtl.

Landesrat Pörtl (14.44 Uhr): Herr Kollege Erlitz ist momentan sicherlich der Zweitfleißigste. Er ist sehr gefordert gewesen, weil sich die ganze Diskussion um die Frage der Gesundheit abgespielt hat. Ich bin wirklich kein internationaler Experte, aber wenn man sich mit GATS ein bisschen beschäftigt, dann ist das ja international in der globalen Wirtschaft gesehen ein Schutz für die Schwachen, damit sie die Möglichkeit haben, den Markt in jenen Regionen zu erreichen, die gewissermaßen sich ganz brutal monopolisiert haben, die Amis und so fort.

Ich will nicht provozieren. Die Schweizer müssen Käse importieren, weil sie selbst genug Käse haben, das heißt, ein gewisser Handelsweg ist an und für sich nach den jetzigen Zeiten da.

Wir haben das bitter mitgemacht im Bereich der Landwirtschaft. Das sind sehr harte Bandagen, die wir in solchen Bereichen haben. Wir können uns alle massiv sozusagen einigeln. Nur, wir im Bereich der Wasserversorgung, der Abwasserentsorgung haben sehr wohl – und da bin ich mit dem Kollegen Prattes eins – in dieser Verantwortung, natürlich werde ich da oft kritisiert, die Privatisierung auf eine andere Art durchzuführen mit einer tollen Betriebsführung. Fast alle diese Verbände sind Gesellschaften mit beschränkter Haftung oder Aktiengesellschaften, die vor allem im Wettbewerb und zum Teil in einer steiermarkweiten Kooperation sich vernetzen und verbinden und damit überhaupt nicht bedroht werden können auf der Ebene des Marktes. Ich glaube, dass der gewisse Selbstschutz für die lebenswichtigen Dinge eine sehr wichtige und notwendige Grundhaltung darstellt. Ich glaube, dass wir gerade in einer solchen Diskussion und wir sehen sie gerade momentan in der Wasserfrage sehr entschieden und sehr klar bei uns in der Steiermark in dieser Eigenverantwortung der Gemeinden und der Gemeinnützigkeit dies selbst in die Hand nehmen müssen. Ich glaube, nur dann, wenn eine solche Bereitschaft vor allem auch gegeben ist, ist dies möglich. Wir haben auch Fördermittel vom Land Steiermark in die Hand genommen, um solche Voraussetzungen zu schaffen. Wenn ich an die Wasserversorgungsleitungen der Obersteiermark denke, was sich da abgespielt hat. Da haben wir jetzt eine Notwasserleitung machen können. Wenn wir diese Investitionen vorher nicht gehabt hätten, hätten wir keine Chance mit dem Süden, Südost und Westen zu kooperieren.

Ich glaube, dass diese Diskussion, dass uns irgendwer das Wasser aus der Hand nimmt – ich weiß schon, wo ich jetzt rede –, der Herrgott aus der Hand genommen hat. Also Wasser international zu handeln, da wünsche ich jedem viel Glück. Redet mit dem Bürgermeister von Wildalpen, seinen Reichtum kann man leicht überschauen, weil das ein ganz beinhartes Geschäft ist. (Beifall bei der ÖVP. – 14.47 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung zum Tagesordnungspunkt 11 liegt nicht vor. Ich komme daher zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ich ersuche nunmehr die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Wahrnehmung wichtiger Aufgaben durch die öffentliche Hand, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Zu dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Information der Bevölkerung über die Auswirkungen der GATS, ist eine punktuelle Abstimmung beantragt worden. Ich ersuche um erhöhte Aufmerksamkeit. Dieser Entschließungsantrag hat drei Punkte.

Ich komme zum Punkt eins. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und von dieser einzufordern, dass keine völkerrechtlich verbindlichen Vereinbarungen zum „general agreement on trade in services“ eingegangen werden, bis eine breite öffentliche Diskussion und demokratische Willensbildung stattgefunden hat. Wer diesem Punkt eins seine Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Punkt eins hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Punkt zwei heißt: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und von dieser einzufordern, dass jene Bereiche offengelegt werden, die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit zur Liberalisierung im Rahmen des GATS ausgeschrieben wurden. Wer diesem Punkt zwei seine Zustimmung gibt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Punkt zwei hat eine einstimmige Annahme.

Punkt drei lautet: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten und von dieser einzufordern, dass öffentliche Diskussionen unter Einbeziehung von Interessenvertretungen und NGOs über die Auswirkungen des GATS geführt werden. Wer diesem Punkt drei seine Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Auch dieser Punkt drei hat eine einstimmige Annahme erhalten.

Ich ersuche nunmehr die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend keine Liberalisierung des Gesundheitswesens, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit bekommen.

Meine Damen und Herren, ich komme damit zu den Tagesordnungspunkten 12 bis 14.

Bei den Tagesordnungspunkten 12 bis 14 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese drei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

12. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft und des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 51/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Gennaro und Schleich, betreffend ein Investitionsprogramm für die steirische Bauwirtschaft, den Antrag, Einl.-Zahl 96/1, der Abgeordneten Wiedner und Ferstl, betreffend „Bauinitiative des Landes Steiermark“, den Antrag, Einl.-Zahl 754/1, der Abgeordneten Schrittwieser und Gennaro, betreffend Landesimmobiliengesellschaft, BAU-Initiative NEU, den Antrag, Einl.-Zahl 1239/1, der Abgeordneten Gennaro, Prattes und Stöhrmann, betreffend Bericht über die Winterbauoffensive 2002/2003 und den Antrag, Einl.-Zahl 816/1, der Abgeordneten Gennaro, Schrittwieser, Schleich und Prattes, betreffend Nachdotierung der (Winter)Bauoffensive 2002.

Berichterstatte ist Herr Landtagsabgeordneter Kurt Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (14.52 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich darf den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft und des Ausschusses für Infrastruktur bringen.

Der vom Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft eingesetzte Unterausschuss hat in zwei Sitzungen über die bereits erwähnten Anträge beraten. Darüber hinaus liegt zu diesen Stücken eine Stellungnahme der Landesregierung vor, die Folgendes zum Inhalt hat:

„Für Maßnahmen zur Erzielung von Beschäftigungseffekten im Baugewerbe in den Wintermonaten wurden die so genannten Bauinitiativen Steiermark ins Leben gerufen. Die erste wurde im Zuge des Sonderinvestitionsprogramms in den Jahren 1996 bis 1998 mit einem Volumen von 130 Millionen Schilling finanziert.

Eine weitere Initiative wurde für das Jahr 2002 durch Bereitstellung von 2.180.185,03 Euro mit Regierungsbeschluss vom 17. Dezember 2001 ermöglicht.

Da aber nach wie vor strukturelle Probleme am Bauarbeitsmarkt bestehen und insbesondere minder qualifizierte Arbeitskräfte von der Arbeitslosigkeit betroffen sind, muss man heute schon und in der Zukunft mehr bemüht sein, von kurzfristigen, nicht nachhaltigen Förderungsmaßnahmen wegzukommen und sie durch langfristige Maßnahmen zu ersetzen. Das Bau- und Strukturverbesserungsprogramm 2003 sieht als nachhaltige Maßnahme vor: die Qualifizierungsoffensive für den Bau; kurzfristige Maßnahmen: Bauarbeiten im Landeshochbaubereich, Privatprojektförderungen 2003.

Die Ausschüsse für Finanzen und Wirtschaft und Infrastruktur stellen den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu den Anträgen, Einl.-Zahl 51/1, der Abgeordneten Schrittwieser, Gennaro und Schleich, betreffend ein Investitionsprogramm für die steirische Bauwirtschaft, Einl.-Zahl 96/1, der Abgeordneten Wiedner und Ferstl, betreffend „Bauinitiative des Landes Steiermark“, Einl.-Zahl 754/1, der Abgeordneten Schrittwieser und Gennaro, betreffend Landesimmobiliengesellschaft, Bau-Initiative NEU, und die Einl.-Zahl 1239/1, der Abgeordneten Gennaro, Prattes und Stöhrmann, betreffend den Bericht über die Winterbauoffensive 2002/2003 und der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 816/1, der Abgeordneten Gennaro, Schrittwieser, Schleich und Prattes, betreffend Nachdotierung der (Winter)Bauoffensive 2002, werden zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (14.45 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatte. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

13. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 749/7, zum Beschluss Nr. 776 des Steiermärkischen Landtages vom 22. Oktober 2002 über den Antrag der Abgeordneten Gennaro, Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa, Böhmer, Mag. Erlitz, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Halper, Kaufmann, Kollegger, Mag. Lackner, Prattes, Dr. Reinprecht, Dr. Rieder, Schleich und Stöhrmann, betreffend die Arbeitsmarktsituation in der Steiermark.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kurt Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (14.54 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Nachdem es sich hier um eine Vorlage handelt, die jeder schon vor dem Ausschuss bekommen und durchgelesen hat, wie ich annehme, darf ich mich auf den Antrag beziehen.

Der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Die Einrichtung eines erweiterten – und jetzt sage ich es dazu, ich ersuche nächstes Mal, vielleicht kann man doch deutsche Wörter finden – Private Equity beziehungsweise Venture-Capital-Systems mit einem geplanten Beteiligungskapitalvolumen von 5 Millionen Euro und einem Ausfallhaftungsvolumen von 10 Millionen Euro im Land Steiermark wird zur Kenntnis genommen.

Zweitens: Im Zusammenwirken mit der Steirischen Teilnehmungsfinanzierungs-GesmbH. hat die FA14C – Wirtschaftspolitik bis spätestens 30. Juni 2003 dem Land Steiermark einen Vorschlag zu unterbreiten, in welchen konkreten Bereichen und mit welchen organisatorischen und gesellschaftsrechtlichen Maßnahmen, vor allem aber mit welchen marktrelevanten Grundsätzen ein Private Equity- beziehungsweise Venture-Capital-System für das Land Steiermark als strategisches Instrument der steirischen Wirtschaftspolitik zum Einsatz gelangen soll. Hierzu ist dem Landtag nachträglich zu berichten. Ich ersuche um Kenntnisnahme. (14.56 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

14. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 764/1, der Abgeordneten Lafer und Wiedner, betreffend Schaffung eines Lehrlingsausbildungsverbundes in der Steiermark und den Antrag, Einl.-Zahl 1105/1, der Abgeordneten Stöhrmann und Gennaro, betreffend Förderung von „Ausbildungsverbänden“ und von Firmen, die sich bei einem „Ausbildungsverbund“ beteiligen.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (14.56 Uhr): Herr Präsident! Herr Landesrat! Sehr verehrte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich berichte zum Antrag, Einl.-Zahl 1105/2 und 764/2. Es geht hierbei um den Lehrlingsverbund in der Steiermark und um Anträge der FPÖ und der SPÖ. Hierzu wurde uns folgender Bericht von der Landesregierung, und zwar von der Fachabteilung 14B Ausbildungs- und Beschäftigungspolitik erstattet. In dem ist angeführt, dass Ausbildungsverbände sinnvoll sind, dass sie sowohl die Qualität der Lehrlingsausbildung fördern als auch für hoch spezialisierte Betriebe erst die Möglichkeit schaffen, Lehrlinge auszubilden. Es wird weiter angeführt, dass Betriebe diese Möglichkeit, die gegeben ist, leider eingeschränkt nur wahrnehmen und hierbei handelt es sich speziell um Klein- und Mittelbetriebe, da sie häufig nicht die Zeit finden, sich über die gesetzlichen Möglichkeiten ausreichend zu informieren, über ausreichende Ressourcen verfügen, die Kooperationen aufzubauen und Schwellenängste hinsichtlich der potenziellen Abwerbung guter Arbeitskräfte an andere Betriebe haben. Ich ersuche um Annahme dieses Geschäftsstückes. (14.57 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Danke dem Herrn Berichterstatter. Als Erster hat sich zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Prattes. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prattes (14.58 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat!

Ich darf zum Tagesordnungspunkt 12 einen Unselbstständigen Entschließungsantrag einbringen:

Die Stellungnahme des zuständigen Mitgliedes der Landesregierung zu diesem Thema, die in dem vorliegenden gemeinsamen Ausschussantrag verarbeitet worden ist, stellt eindeutig fest, dass „nach wie vor strukturelle Probleme am Bauarbeitsmarkt bestehen und insbesondere minder qualifizierte Arbeitskräfte von der Arbeitslosigkeit betroffen sind“. Demnach sieht das Bau- und Strukturverbesserungsprogramm 2003 nachhaltige Maßnahmen vor.

Daraus ergeben sich für die Antragsteller die zwei folgenden wichtigen Aspekte: Einerseits muss die Landesregierung im Winter 2003/2004 bei gleichbleibenden strukturellen Problemen am Bauarbeitsmarkt wiederum eine „Winterbauoffensive“ starten, andererseits ist nunmehr die bereits im SPÖ-Antrag, Einl.-Zahl 1239/1, gestellte und unbeantwortet gebliebene Frage zu beantworten, inwieweit das Bau- und Strukturverbesserungsprogramm 2003 tatsächlich kurz- beziehungsweise mittelfristige Verbesserungen dieses Arbeitsmarktes mit sich gebracht hat.

Ich darf daher den Antrag stellen, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens rechtzeitig für den Winter 2003/2004 bei gleichbleibenden strukturellen Problemen am Bauarbeitsmarkt wiederum eine „Winterbauoffensive“ zu starten sowie zweitens zu prüfen, inwieweit das Bau- und Strukturverbesserungsprogramm 2003 tatsächlich kurzbeziehungsweise mittelfristige Verbesserungen des Bauarbeitsmarktes mit sich gebracht hat sowie drittens dem Landtag darüber zu berichten. Ich bitte um Annahme. (15.00 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (15.00 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich darf zum Tagesordnungspunkt 14 einen Unselbstständigen Entschließungsantrag meiner Fraktion einbringen.

Trotz aller steuerlichen und sonstigen Förderungsmaßnahmen der Bundesregierung sinkt die Anzahl der ausbildungswilligen Betriebe in der Steiermark stetig. Waren es mit 31. Dezember 1998 noch 5953 steirische Betriebe, die die arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Verantwortung, Lehrlinge auszubilden, ernst genommen haben, waren es Ende 2002 nur mehr 5.550 und damit um 6,83 Prozent weniger als vier Jahre zuvor.

Das Bekenntnis der steirischen Wirtschaft zur Umsetzung des Lastenausgleichs ist gegeben. Konkret halten laut einer Befragung der Arbeiterkammer 66 Prozent jener befragten Betriebe, die derzeit keine Lehrlinge ausbilden, einen Lastenausgleich zwischen Ausbilderbetrieben und nicht ausbildenden Betrieben für „sehr notwendig“ beziehungsweise „notwendig“. In einigen Bundesländern gibt es solche Modelle bereits.

Auch die ÖAAB-ÖVP-Fraktion in der Kammer für Arbeiter und Angestellte spricht sich für die Schaffung eines Lastenausgleichsfonds aus. So wurde in einem an die Vollversammlung am 27. März 2003 gerichteten und beschlossenen Antrag argumentiert: „Ein derartiger Lastenausgleich ist unbedingt erforderlich, da nur eine forcierte, in allen Bereichen der Wirtschaft vorhandene Lehrlingsausbildung den künftigen Bedarf an Fachkräften in unserem Land gewährleisten kann.“ Sogar der steirische Landesobmann des ÖAAB und Landesrat argumentiert für einen Lastenausgleich und titulierte in der Öffentlichkeit die Betriebe, die dies verweigern, als „Trittbrettfahrer“, nachzulesen in der „Kleinen Online“ vom 3. Februar 2002.

Die bisherige Beschlusslage des Steiermärkischen Landtages ist eindeutig. Unter anderem wurde mit Beschluss Nr. 666 am 23. Juli 2002 einstimmig und schon lange davor am 30. Juni 1999, Beschluss Nr. 1325 mit Mehrheit beschlossen, dass ein Lastenausgleichsfonds eingerichtet werden soll. Der letzte vom SPÖ-Landtagsklub eingebrachte Antrag, betreffend eine Förderung von Ausbildungsverbänden und von Firmen, die sich daran beteiligen, wurde von der Steiermärkischen Landesregierung zur Abgabe einer Stellungnahme zugewiesen.

Die politische Realität der Umsetzung dieser Beschlüsse durch die in der steirischen Landespolitik Verantwortlichen ist eine andere.

Auf Grund der aktuellen Arbeitsmarktsituation, der Tendenz der immer mehr sinkenden Anzahl der ausbildungswilligen Lehrbetriebe, der Tatsache, dass Steuererleichterungen anscheinend auch ihr wirtschafts- und arbeitsmarktpolitisches Ziel, mehr Lehrlinge auszubilden, verfehlen, ist es notwendig, diese Forderung immer wieder zu erneuern.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens an die Bundesregierung mit dem dringenden Ersuchen heranzutreten, nunmehr endlich Regelungen zu treffen, dass Betriebe, die keine oder zu wenige Lehrlinge ausbilden, Mittel zugunsten ausbildender Betriebe bereitzustellen haben, zweitens für den Fall, dass sich die ÖVP/FPÖ-geführte Bundesregierung auch in dieser Frage uneinsichtig zeigt, einen landespolitisch eigenständigen Weg der Schaffung eines Lastenausgleichsfonds, zum Beispiel nach dem Vorarlberger Modell, zu schaffen, drittens Ausbildungsverbände bei ihren Investitionen und administrativen Aufwendungen zu fördern sowie viertens Firmen zu fördern, die einem Ausbildungsverband beitreten und dafür entsprechende Richtlinien zu beschließen. Ich bitte um Annahme. (15.04 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (15.04 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Herr Landesrat, geschätzte Damen und Herren Abgeordnete, Hohes Haus!

Ich darf zum Tagesordnungspunkt 12 Stellung nehmen und darf mich einmal vorweg recht herzlich bedanken für den gemeinsamen und damit einstimmigen Ausschussantrag betreffend die Winterbauoffensive. Ich bedanke mich bei allen, die im Ausschuss mitgewirkt haben, aber auch bei der Beamtenschaft, die letztendlich immer wieder hervorragende Unterlagen geliefert hat. In diesem Ausschussantrag ist auch festgehalten, dass in den letzten Jahren 160 Millionen Schilling – ich darf das in Schilling sagen, weil es hier so angeführt ist – für diese Maßnahmen bereitgestellt wurden. Im November des letzten Jahres hat Herr Landesrat Dipl.-Ing. Herbert Paierl gemeint, man soll eine Million Euro für Qualifizierungsmaßnahmen in der Bauwirtschaft bereitstellen und das hat er auch getan. Herr Kollege Prattes hat das sehr ausführlich dargestellt, dass natürlich auch in der Qualifizierung gewisse Defizite bestehen. Bei diesem Baugipfel, der immer wieder eingerichtet wird, wenn es notwendig ist, hat

sich im vergangenen Herbst gezeigt, dass die Arbeitslosenrate in der Bauwirtschaft gerade in diesem Zeitraum, ich will nicht sagen erfreulich, aber erträglich ist. Das hat auch der Leiter des AMS, Herr Dr. Helfried Faschingbauer, sehr deutlich gesagt.

Lieber Kurt Gennaro, du bist so ein ehrlicher Bursche, wenn wir zwei etwas ausmachen und was du sagst, das gilt auch, das weiß ich. Du hast hier einen Ausschussantrag gebracht und deine Berichterstattung ist immer sehr ausführlich. Ich bin schon lange genug hier, dass ich das weiß, aber du hast natürlich bewusst einen wesentlichen Absatz übersprungen, wo genau die Arbeitslosenrate drinnen ist, du hast alles andere vorgetragen. Jetzt weiß ich, dass das kein Zufall oder ein Missverständnis war. Ich möchte das hier nur ausführen, es ist natürlich auch sehr deutlich gesagt worden, dass im Oktober die Arbeitslosenquote fast ein Prozent unter der Gesamtarbeitslosenrate liegt. Das muss man natürlich schon dazusagen. Verehrte Damen und Herren, gerade in der Bauwirtschaft ist im öffentlichen Bereich in den letzten Jahren, darf ich das so sagen, Herr Präsident, irrsinnig viel passiert. Wenn Sie in das Land hinausschauen, die ganzen Ortserneuerungsmaßnahmen, fast jede Gemeinde hat sich hier ins Zeug gelegt. Die Gemeindeämter sind überwiegend neu der adaptiert, die Schulen, die Feuerwehnhäuser. Man muss sich das alles aufschreiben, so vieles könnte man sagen, es ist alles neu. Letztendlich bin ich aber etwas kritisch dem Baugewerbe gegenüber, ich habe das auch im Ausschuss einige Male gesagt. Auch im Baugewerbe muss ein Strukturwandel stattfinden. Verehrte Damen und Herren, die Großbauunternehmen können sich nicht nur auf die Maßnahmen oder auf die Aufträge der öffentlichen Hand verlassen, das muss man auch deutlich sagen. Hier hat es eine Strategie gegeben. Wir wissen genau, gerade im Hochbau, zuerst waren es 2400 Wohneinheiten, dann ist man heruntergefahren auf 1700 Wohneinheiten, jetzt vielleicht noch weiter herunter. Und auf der anderen Seite wird dann aufgeschrien, um Gottes willen, die öffentliche Hand tut nichts. Ich glaube, dass auch die Bauwirtschaft hier den Auftrag hat und irgend jemand hat das hier gesagt, ein Buch ist hier zitiert worden, mehr Privat und weniger Staat. Die Bauwirtschaft muss mehr in private Nischen hineingehen und sich doch weniger auf die öffentlichen Aufträge generell verlassen.

Wir haben seinerzeit auch eine gute Einrichtung gehabt, das war die Althausanierung. Hier haben auch die privaten Menschen viel Geld in die Hand genommen und haben die Bauwirtschaft dementsprechend beschäftigt und das waren große Impulse. Es hat hier hervorragende Gepflogenheit im Steuerrecht gegeben. Ich sage das deshalb, weil ich von dort komme und mich ein bisschen auskenne. Hier hat es für den Privaten Möglichkeiten gegeben, dass man dort einfach gewisse Baumaßnahmen im Sanierungsbereich auch steuerlich berücksichtigt bekommen hat. Da sage ich ganz offen, jeder Mensch will vom Staat etwas haben. Aber das waren letztlich Motivationsschübe, aber nur bis 1999, denn dann sind jene Finanzminister, die für diese Zeit zuständig waren, mit diesen Möglichkeiten abgefahren und man hat genau gesehen, dass in diesem Bereich bei den Sanierungsmaßnahmen im privaten Bereich Einbrüche stattgefunden haben. Ich glaube auch, wenn sich die Privatwirtschaft vermehrt wieder in die private Sphäre hineinbewegt, wird auch die Pflusertätigkeit etwas zurückgehen. In einigen Ländern gibt es ja schon Beispiele, wo man eventuell Mehrwertsteuerrückersätze und anderes erhält, denn der Pflusch ist nicht mehr das Beste, das wissen wir genau. Die Preise sind hier auch dementsprechend und auf der zweiten Seite habe ich dort keine Garantie. Ich meine, dass wir auch vielleicht vom Gesetzgeber her oder wie auch immer nachdenken sollen, dass wir hier dementsprechende Maßnahmen setzen sollen, um gerade im privaten Bereich die offizielle und professionelle Bauwirtschaft etwas zu verstärken, wenn ich das so sagen darf.

Zu diesem Antrag, der hier vorgetragen wurde, zum Punkt zwölf, möchte ich schon sagen. Das ist eigentlich kontraproduktiv, wenn im Punkt eins drinnen steht, rechtzeitig für den Winter 2003 und 2004 bei gleichbleibenden strukturellen Problemen. Verehrte Damen und Herren, das kann ja nicht sein, dass sich eine Branche überhaupt nicht bewegt und weil sie sich nicht bewegt, müssen wir einen Beschluss fassen, dass wir dort wieder Mittel hingeben müssen. Ich glaube, das ist nicht das Richtige. Man sollte hier einmal auf etwas anderes schauen, man sollte die Bauwirtschaft herausfordern, dass sie sich diesbezüglich auch verändert. Ich weiß, das geht nicht von heute auf morgen. Aber man sollte nicht von Haus aus Beschlüsse fassen und wenn es dann wieder so ist, dann muss die öffentliche Hand wieder Mittel zur Verfügung stellen. Es war auch in der Vergangenheit immer so, wenn es wirklich eng wurde, dann gab es Baugipfel, die mit der Bauwirtschaft und mit der Regierung, sprich mit Wirtschafts- und Finanzlandesrat Dipl.-Ing. Herbert Paierl, stattgefunden haben. Es wurde hier immer rechtzeitig ein Signal gesetzt und das soll auch in der Zukunft so sein. Natürlich spielen auch die Witterungsverhältnisse eine große Rolle. Man hat ja gerade gesehen, im heurigen Winter kaum Schnee, letztendlich die Temperaturen haben es auch zugelassen, dass fast durchgehend gearbeitet worden ist und das ist für die Bauwirtschaft natürlich auch eine tolle Geschichte. Wir haben auch in der Steiermark im Tiefbau die Situation, dass im Moment nicht so große Probleme bestehen wie im Hochbau. Aber wir hoffen, dass hier die Bauwirtschaft auch einen Schritt in die Zukunft macht und einen Strukturwandel zumindest andenkt. Ich weiß schon, von heute auf morgen geht das nicht, aber letztendlich in vielen anderen Bereichen ist es auch gegangen. Und es ist heute schon gesagt worden, der Herr Landesrat Pörtl hat das angesprochen, welcher große Strukturwandel war gerade in der Landwirtschaft notwendig. Da hat man auch geglaubt, es geht überhaupt nicht und alles bricht zusammen. Nein – man hat sich hier bemüht und ich glaube, dass das auch in der Bauwirtschaft möglich ist. In diesem Sinne bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit und bitte Sie sehr höflich, dem Ausschussantrag zum Punkt 12 zuzustimmen. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 15.13 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schleich. Ich erteile es ihm.

Abg. Schleich (15.13 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter! Herr Landesrat! Meine sehr geehrten Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

An und für sich wollte ich nur zum Tagesordnungspunkt 13 reden, aber nachdem der Kollege Straßberger hier alles so rosig dargestellt hat, glaube ich, muss man schon eines wirklich berichtigen. Natürlich hat sich früher ganz vieles getan, Winterbauoffensive am Bausektor. Die Summe wurde ja genannt, 150 Millionen. Wenn man es vergleicht mit dem letzten Jahr, ich glaube, dann sind wir uns alle einig, dass die Nachdotierung und auch die Dotierung in Wirklichkeit in einer Höhe passiert sind, dass natürlich die Bauwirtschaft und damit die Arbeitsplätze enorm darunter gelitten haben. Und wenn man von hier aus sagt, die Bauwirtschaft muss sich umstellen, es muss alles über die Privatwirtschaft funktionieren, so glaube ich schon einmal sagen zu müssen, wenn man Gemeinden, Land und Bund hernimmt, ist das ein wahnsinniger Faktor und eine wahnsinnige Verantwortung der Politik, dass man schon dort auch schaut, dass etwas weitergeht. Ich hoffe nur, dass das bei euch nicht so ist.

Ich möchte mich auch in diesem Sinne – weil es dort sehr, sehr wichtig war und vor allem die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus der Bauwirtschaft uns wirklich fast vor die Tür gestellt haben und auf die Probleme aufmerksam gemacht haben – ganz besonders bei unserem Gemeindereferenten und Landeshauptmannstellvertreter Franz Voves bedanken. Denn er hat die sozialdemokratischen Gemeinden dazu bewogen sofort zu investieren, eben weil das Wetter so schön ist, dass die Leute, die bei Schönwetter daheim sitzen und nicht arbeiten können am Bau, dass sofort etwas weitergeht. Es ist uns in vielen, vielen Gemeinden gelungen. Herzliches Danke dafür! (Beifall bei der SPÖ.)

Ich glaube, man soll viele Dinge auch so sehen wie sie sind. Und, Kollege Straßberger, ich hätte bald gesagt „Straßenberger“, aber für alles bist du ja nicht zuständig, auch in der Bauwirtschaft und vor allem auch wie du gesagt hast, der Hochbau, dem geht es schlecht und dem Tiefbau geht es besser. Man sieht trotzdem jetzt bei Ausschreibungen, wo früher fünf bis zehn abgegeben haben, hast du heute 30. Also man sieht, dass hier der Hut brennt und dass natürlich die Bauwirtschaft Arbeit braucht, aber das wissen wir alle.

Ich darf zu einem Unselbstständigen Entschließungsantrag kommen und damit bin ich beim Tagesordnungspunkt 13, der sich mit der Wirtschaft beschäftigt, und zwar betreffend die Arbeitsmarktsituation in der Steiermark (Private-Equity- beziehungsweise Venture-Capital-Systems) der Abgeordneten Schleich, Gennaro, Schrittwieser und Prattes.

Die zu behandelnde Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 749/7, folgt grundsätzlich den Intentionen des behandelnden Punktes des SPÖ-Antrages vom 22. Jänner 2002, Einl.-Zahl 749/1, betreffend die Gründung einer „Landes-GBI“, der auch im betreffenden Landtagsbeschluss beinhaltet war.

In dieser Regierungsvorlage bedarf nur ein Teil einer weitergehenden Ausführung, nämlich der Punkt III. bei den Empfehlungen. Dieser betrifft den Defensivbereich, wo folgende im Beschlusstext wiedergegebene Ergänzungen notwendig erscheinen:

Weiters sollte der Landtag mit dieser Entschließung bekräftigen, dass die beiden zur Einl.-Zahl 749/7 im Beschlusstext angeführten Punkte vollinhaltlich im Sinne der in der Landtagsvorlage voranstehenden Begründung umzusetzen sind.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens zur Einrichtung eines erweiterten Private-Equity- beziehungsweise Venture-Capital-Systems im Defensivbereich eine eigene, neue Gesellschaft zu gründen, weil bei der Betrauung einer der vorhandenen, für die Wirtschaftsförderung zuständigen Gesellschaften wettbewerbsrechtliche Probleme auftauchen könnten, sowie diese mit Eigenmitteln auszustatten, da sie wie ein Privater agieren können muss; wobei diese Gesellschaft nur für Klein- und Mittelbetriebe zuständig sein soll und ihr ein Veranlagungsbeirat oder ein Aufsichtsrat, der mit Experten besetzt ist, beizuordnen ist; der Offensivbereich kann mit den bestehenden Strukturen und mit einigen Adaptierungen (Eigenkapital, Ausstattung, eigenes Beratungsgremium) erfüllt werden, sowie zweitens den Landtagsbeschluss zur Regierungsvorlage mit der Einl.-Zahl 749/7 vollinhaltlich im Sinne der in dieser Vorlage weitaus länger gefassten Begründung umzusetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gerade dieser Antrag ist sehr, sehr wichtig, nachdem wir ja alle wissen, dass die Wirtschaft sich in einem Strukturwandel bewegt, die internationale Konkurrenz immer größer wird, vor allem auch aus dem Osten, weil sie natürlich die Chance der Erweiterung nützen wollen, die Technik nicht stehen bleibt, das Lohngefälle gerade an den österreichischen Grenzen sehr stark vorhanden ist. Das sieht man ja auch an der Praxis, dass jene, die in Konkurs gehen, immer mehr werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, dass es gerade in diesem Bereich sehr, sehr wichtig ist, dass man für Leute, die neue Ideen haben und um diese auch umsetzen zu können im Technologiesektor, aber auch im anderen Bereich, als Selbstständige einfach Geld braucht oder Risikokapital braucht oder Eigenmittel einzubringen sind. Und nachdem das sehr schwierig ist in der Europäischen Union, wissen wir, dass es hier solcher Förderungsmöglichkeiten bedarf, dass man die im Wirtschaftssektor dort genehmigten Gesellschaften damit ausstattet. Das beweist uns ja auch das Nachbarburgenland, weil dort sieht man, dass es viele, viele Gründungen gibt, weil sie eben den Vorteil des Ziel-1-Gebietes haben und wir wissen, dass in Zukunft Slowenien ganz Ziel-1-Gebiet sein wird. Und hier wird uns einiges erwarten. So ist es – glaube ich – sehr, sehr entscheidend, dass wir hier vorsorgen und wirklich jenen Leuten, die hier die Möglichkeit haben, unter die Arme greifen. Ich kann das an einem Beispiel in meiner Gemeinde beurteilen. Vor über zehn Jahren, damals ein junger Mann mit einer guten Idee, Techniker bei einer Elektrofirma, hat ein Unternehmen gegründet. Wenn ich mir das heute anschau, jetzt war das Zehn-Jahres-Jubiläum, ich konnte dort dabei sein, mit Stolz über 50 Beschäftigte, liefert

Elektroteile in die ganze Welt, aus zwölf Ländern bis nach Australien waren dort die Leute anwesend, ist heute eines der Zukunftsunternehmen. Es war damals nur möglich, weil wir als Gemeinde uns eingesetzt haben, weil wir Förderungen lukriert haben, die es damals in anderer Form gegeben hat wie heute. Und wenn man schaut, was daraus geworden ist, sind es hauptsächlich Frauenarbeitsplätze. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Das Land hat mitgewirkt!“) Das Land hat mitgewirkt. Heute gibt es viele dieser Möglichkeiten nicht mehr, die es damals in der Form gegeben hat. Ich glaube, das soll nur ein Beispiel sein, was manchmal mit einer kleinen Hilfe, wenn man gerade Klein- und Mittelbetriebe unterstützt, möglich ist. Und dies möchte ich deshalb zum Schluss als Beispiel bringen, da ich hoffe und glaube, dass Sie unserem Antrag folgen werden, um weitere Chancen jenen Menschen zu geben, die sich wagen und jenen Menschen, die Arbeit suchen, denn davon haben wir genug. Danke schön für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 15.22 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Gruber. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Margarethe Gruber (15.22 Uhr): Ich glaube, wir können Einstimmigkeit erzielen, jeder/jedem von uns liegt die Jugend, liegen unsere Jugendlichen am Herzen, weil sie unsere Zukunft sind, weil ihre Ausbildung, ihre Weiterbildung die Ressourcen für die Zukunft sind, für dieses so genannte Wirtschaftsland Steiermark. Wir wissen aber auch, dass mit jedem Anstieg an Arbeitslosen auch jene der Jugendlichen steigt und hier gilt es Maßnahmen zu treffen, dass wir diese Arbeitslosigkeit, um ein neuzeitliches Wort zu gebrauchen, etwas abfedern können.

Wir brauchen zukunfts- und erfolgsorientierte Ausbildungsmodelle, die so genannten Ausbildungsverbünde. Wir haben die gesetzlichen Rahmenbedingungen bereits, es geht nur um die Umsetzung derjenigen. Es gilt vor allem, Klein- und Mittelbetriebe zu fördern, weil es diejenigen sind, die teilweise noch Angst davor haben. Es gilt Informationen zu geben über die Möglichkeit dieser Ausbildungsverbünde, es gilt aber auch die Beratung und die Begleitung dieser Angelegenheiten. Vor allem, denke ich mir, könnte man mit Erstellen von Ausbildungsplänen jenen Betrieben helfen, die sich scheuen Lehrlinge aufzunehmen. Es hat sich auch das Berufsbild der Lehrlinge in diesen Jahren sehr geändert, es gibt sehr spezifische Ausbildungsmöglichkeiten. So werden zum Beispiel – und wir hatten es im Landtag – die Lehrlinge des Flughafens Zeltweg bei der ÖBB ausgebildet und wir haben auch die Partner in unseren Schulungszentren. Im Buch „Der Magnolienbaum“ von Frau Landeshauptfrau Klasnic steht: „Ich sehe meine Aufgaben darin, dass die Kinder, die im Jahre 1990 geboren wurden, eine Zukunft haben und für diese Zukunft arbeiten wir jetzt. Bis 2010, 2020 brauchen sie einen Arbeitsplatz, bis dorthin brauchen sie ihre Ausbildung, sie brauchen Wohnungen, sie brauchen ein Land, in dem sie leben können, im Sinne des großen Europas!“ Diese Jugendlichen, meine Damen und Herren, die 1990 geboren wurden, sind jetzt 13 Jahre alt, im nächsten Jahr sind sie vierzehn Jahre alt und stehen vor der Entscheidung der Aus- oder Weiterbildung oder ob sie einmal eine Lehre beginnen sollen. Das Budget der Bundesregierung sieht weniger Mittel für berufsbildende Schulen vor, trotz steigender Schülerzahlen und wir wissen, dass sich sehr viele Jugendliche, weil sie keinen Lehrplatz bekommen, entschließen, eine weiterbildende Schule zu besuchen. Ich bitte die Frau Landeshauptfrau, alles in ihrer Möglichkeit Stehende zu unternehmen, bei ihren Regierungskollegen im Bund dafür zu sorgen, dass das, was sie im „Magnolienbaum“ geschrieben hat, auch wirklich Wirklichkeit werden kann. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der SPÖ. – 15.26 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich jetzt Herr Abgeordneter Wiedner. Er hat sich eigentlich schon früher gemeldet, ich bitte den Lapsus zu entschuldigen.

Abg. Wiedner (15.26 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat!

Das ist heute eigentlich eine recht ruhige Diskussion über Arbeit, Arbeitsmarkt und Bauwirtschaft. Wahrscheinlich sparen alle schon die Kräfte für die Dringliche Anfrage. Es war eigentlich erst bei den letzten beiden Rednern eine Substanz da, auch vom Kollegen Straßberger, wo wir eigentlich in vielen Bereichen unabgesprochen abgesprochen sind, wenn ich mir die Inhalte anschau und die Anträge der SPÖ, die ich mir jetzt durchgelesen habe.

Zum Punkt zwölf der Winterbauoffensive: Das war sicherlich eine wichtige Maßnahme in den letzten Jahren und wir haben auch dazu unsere Anträge eingebracht. Die Initiative ist in der letzten Periode gestartet worden, dass man im Winter die Beschäftigung steigert. Nur – und das ist auch schon gesagt worden – Gott sei Dank hat sich im letzten Jahr die Arbeitslosigkeit am Bau doch verringert. Es ist nicht so, dass es keine Probleme mehr gibt, das ist schon richtig, aber es ist in diesem Bereich zumindest eine Verringerung passiert. Wir haben eigentlich weit mehr Probleme in den Metall verarbeitenden Berufen, Elektriker und so weiter. In diesem Bereich haben wir viel mehr an Arbeitslosigkeit als es Gott sei Dank im Bereich des Baues ist.

Und wenn ich den Antrag durchlese, in dem eindeutig festgestellt wird, es sind strukturelle Probleme am Arbeitsmarkt und es sind minder qualifizierte Arbeitskräfte, die scheinbar dieses Problem auslösen, da muss auch ich sagen, wir können nicht ständig mit öffentlichen Mitteln Strukturprobleme lösen. Das wird nicht möglich sein. Das hat man in den späten siebziger Jahren versucht. Wohin diese Diskussion geführt hat, diese Diskussion brauchen und wollen wir heute nicht mehr führen. Also es muss sicherlich auch die Bauwirtschaft die Strukturprobleme selbst einmal anpacken und selbst versuchen auf jenes Maß zu reduzieren, das der Markt erfordert, das der Markt braucht.

Ein paar Dinge noch zur Arbeitslosigkeit, nicht nur im Bereich des Baues, sondern in allen Bereichen der momentanen Arbeitslosigkeit. Manches Mal, wenn man draußen mit den Menschen spricht und unterwegs ist, mit den Unternehmern redet, mit den Arbeitern redet, kommt einem der Verdacht, dass sehr viel der momentanen Arbeitslosigkeit selbst gewollt und selbst verschuldet ist. (Abg. Gennaro: „Geh, geh!“) Ich sage es hier ganz offen und ehrlich. Ich weiß, dass es natürlich jetzt sofort zu Diskussionen kommt. Aber bitte, gehen wir einmal alle mit offenen Augen draußen herum, schauen wir, was sich am Arbeitsmarkt abspielt. Und jeder, der ehrlich ist, muss sagen, diese Aussage ist richtig. Ich will mich jetzt auf keine Prozente festlegen, aber es ist kein unbedeutender Prozentsatz. Ich sage auch, solange der Unterschied zwischen arbeiten und nicht arbeiten relativ bis gar nicht vorhanden ist, werden wir mit diesen Problemen nicht fertig werden. Schauen wir die Probleme draußen an. Eine Teilzeitarbeit, nicht einmal eine Teilzeitarbeit, sondern eine geringfügige Arbeit, dazu Arbeitslosengeld und zusätzlich sind er oder sie noch bei einer schwarzen Arbeitspartie. Der wird doch nicht dumm sein, jemals eine Arbeit anzunehmen. Das ist keine Generalisierung, aber diese Probleme haben wir in zunehmender Form draußen, mit denen müssen wir kämpfen und das ist ein Problem, das wir in nächster Zeit auch angehen müssen.

Es muss natürlich im Arbeitsmarkt eine gewisse Flexibilität herrschen. Flexibilität hinsichtlich der Schulung und Ausbildung, das haben wir schon gesagt. Man muss in der Flexibilität vielleicht auch den einen oder anderen Nachteil in Kauf nehmen. Ich habe das in meinem eigenen Ort miterlebt, als wir die Diskussionen mit Philips geführt haben. Ich sehe jetzt, dass all jene, nahezu all jene, die bereit sind, eine Flexibilität an den Tag zu legen, wieder einen Arbeitsplatz haben. Also es ist in vielen Bereichen möglich. Es ist aber dann nicht möglich, wenn man glaubt, man bekommt wieder einen Arbeitsplatz vor der Tür, man bekommt dafür eine Bezahlung, die über dem liegt, wie man sie bis jetzt hatte und es geht alles so weiter wie es immer war. Das wird sicherlich nicht möglich sein. Da wird man natürlich die Probleme haben, einen Job zu bekommen.

Schwarzarbeit wurde heute angesprochen, darüber brauchen wir nicht weiter zu reden, speziell im Bau. Fahren wir Samstag, Sonntag quer durch die Steiermark und wir sehen, was hier alles entsteht. Ich sehe zwar Firmentafeln dort, aber keine Leute von den Firmen, die dort arbeiten.

Der dritte Antrag, es geht hier um den Tagesordnungspunkt 14, die Lehrlingsverbundgeschichte und Lastenausgleich der Lehrlingsausbildung. Auch hier in diesem Bereich bitte, diese Diskussion wurde des Öfteren geführt. Es ist das Problem nicht damit zu lösen, wenn wir Firmen bestrafen, die nicht ausbilden. Damit lösen wir das Problem nicht! Wir lösen das Problem auch nicht damit, dass wir nur Firmen fördern, die ausbilden. Nur Förderungen alleine, das haben wir auch schon gesehen, lösen dieses Problem auch nicht. Es ist ein Mix an vielen Lösungsansätzen, die hier angegangen werden müssen. Wir haben das in den letzten Jahren des Öfteren diskutiert. Es liegen auf beiden Seiten die Probleme, es sind nicht nur die bösen Lehrherren oder die bösen Firmen, die nicht ausbilden oder die die Leute knechten, wie wir es ja auch schon gehört haben, es gibt auch viele falsche Voraussetzungen oder viele falsche Vorstellungen von jungen Menschen, die in den Arbeitsprozess eintreten wollen. Es gibt viele falsche Qualifikationen dazu, es ist hier ein Mix an Problemen, der anzugreifen ist und nicht nur zu sagen, jetzt gehen wir her und belegen jene, die nicht ausbilden, mit einer Abgabe, dann wird sich das Problem schon lösen. Das löst sich damit nicht und ich werde daher bitten, Herr Präsident, dass wir den Antrag zum Tagesordnungspunkt 14 „Lehrlingsausbildungsverbund“ punktuell abstimmen, damit wir hier auch differenzieren können.

Investitionen sind nur dann wichtig, wenn es in arbeitsintensive Bereiche geht. Mit dem Tiefbau allein schaffen wir nichts, sondern mit dem Hochbau. Ich darf versuchen, auch in dem Bereich nicht zu dramatisieren, sondern das so zu sehen, wie es ist und auch die Maßnahmen so zu setzen, wie sie notwendig sind. (Beifall bei der FPÖ. – 15.33 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Halper. Ich erteile es ihr.

Abg. Halper (15.33 Uhr): Ich habe dem Herrn Landesrat schon ein Lob ausgesprochen, weil mich seine Anwesenheit sehr erfreut.

Herr Präsident! Geschätzter Herr Landesrat! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Hohes Haus!

Trotz Sonderprogramm Jugendbeschäftigung der Bundesregierung, aber auch dem Jugendausbildungssicherungsgesetz hat sich die Arbeitsmarktsituation für Jugendliche in der Steiermark nicht wirklich entschärft. Die Jugendarbeitslosigkeit in der Steiermark lag im Feber dieses Jahres noch immer bei 7563 jungen Menschen. Trotz Maßnahmen ist es leider nicht gelungen, für diese jungen Menschen Arbeitsplätze zu finden und ihnen damit eine Existenz zu geben. Und gerade wenn ich mir das Beispiel des Jugendausbildungssicherungsgesetzes und der damit verbundenen Maßnahmen anschau, dann zeigt mir die Statistik schon eines sehr deutlich. Die Lehrgänge des JASG 5 und die verlängerten Lehrgänge des JASG 4 haben lediglich 740 Teilnehmer und Teilnehmerinnen hervorgebracht. Und ich habe zuvor schon gesagt, über 7000 Jugendliche in der Steiermark haben auf diese Chance gewartet, doch allein über den JASG konnten nur 740 in eine Maßnahme gehen. Noch trauriger ist es für mich, dass nur 88 Personen hierbei eine Lehrstelle finden konnten. Und ich stelle mir schon die Frage, was passiert eigentlich mit den restlichen 652 Personen? Kein Arbeitsplatz, keine Existenz und große Verzweiflung macht sich breit, weil de facto keine Änderung der Situation in Sicht ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Woran es lag, dass 7653 junge Menschen in der Steiermark keinen Arbeitsplatz bekamen, hat uns der Herr Landesrat Paiernl in der Vorlage 749/7 sehr plausibel erklärt. Das Problem liegt nämlich beim Privat-Equity- und beim Venture-Capital. Ich gehe einmal davon aus, dass es jeder in diesem Haus versteht, was diese Begriffe be-

deuten und ich gehe einmal davon aus, dass auch viele junge Menschen verstehen werden, dass an diesen Begriffen ihre Existenz liegen wird. Herr Landesrat Paierl, die Stellungnahme spricht von sehr hoher fachlicher Qualität in Ihrem Büro, aber mir ist es bis dato unklar, wie Sie 7653 jungen Menschen in der Steiermark mit Privat-Equity- und Venture-Capital erklären wollen, in welcher Misere sie sich eigentlich befinden. Arbeitslos, dann große Hoffnung durch eine Ausbildungsmaßnahme und dann wieder arbeitslos. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Noch so jung und schon so polemisch!“) Noch so jung und schon polemisch, weil es ein Faktum ist, dass hier davon 7653 Menschen in der Steiermark betroffen sind. Ob wieder eine Maßnahme kommen wird ist fraglich. Der Stichtag zur Aufnahme in das Sonderprogramm Jugend und im derzeit laufenden JASG 5 liegt beim 31. Juli. Wer nach dem 31. Juli noch die Chance auf eine Qualifizierung und auf eine Maßnahme, um am Arbeitsmarkt Fuß fassen zu können, haben möchte, hat nach dem 31. Juli Pech gehabt, denn mit Ende des Jahres laufen die Maßnahmen aus. Es wird also Zeit, dass man sich Gedanken darüber macht, was wir mit den Jugendlichen in den kommenden Jahren zu tun gedenken, die auf Grund von Wirtschaftsrezession keine Chance auf einen Arbeitsplatz haben. Denn eines, Herr Landesrat, ist schon klar, die Belastbarkeit in Sachen Beratung, Qualifizierung und vor allem im Bereich des AMS-Budgets ist bald erreicht. Wer keinen Arbeitsplatz hat, hat keine eigene Existenz, kein Geld, um die Wirtschaft ankurbeln zu können und vielen jungen Leuten bleibt heute nur mehr die Möglichkeit Sozialhilfe zu beantragen, damit man überhaupt überleben kann in diesem Bundesland. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 15.37 Uhr.)

Präsident Ing. Kinsky: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordneter Böhmer. Ich erteile es ihm.

Abg. Böhmer (15.37 Uhr): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Herr Landeshauptmannstellvertreter! Herr Landesrat! Werte Kolleginnen und Kollegen des Landtages!

Es gibt ein schönes Sprichwort mit einem schlechten Beginn und einem schönen Ende und das heißt: „Arbeit hat eine bittere Wurzel, aber eine süße Frucht!“ Nur leider ist manchen nicht einmal die bittere Wurzel gegönnt. Was meine ich damit?

Ich möchte dazu dem Kollegen Riebenbauer und auch Ihnen, Herr Landesrat, aus dem Dezember noch eine kleine Klärung geben. Ich würde alle Kolleginnen und Kollegen warnen, nur von monatlichen Berichten des AMS auf die Situation unseres Arbeitsmarktes zu schließen – nur! Denn wenn ich mir den Bezirk Hartberg anschau, so steht hier ganz toll – momentan haben wir nahezu so viele lehrstellensuchende Jugendliche wie Arbeitsplätze – und wenn ich das vergleiche, ist das im Jahr 2001, im Jahr 2002 und im Jahr 2000 gewesen. Kollegin Halper hat es gesagt. Jugendliche, die keine Arbeitsstelle beziehungsweise keinen Lehrplatz bekommen, beginnen alljährlich so ab dem August, September, wenn sie das Glück haben, noch in irgendeinen Lehrplatz hineinzuschlüpfen, wenn sie das Glück haben, kommen sie in irgendeine Förderung, sei das JASG 5 oder JASG 4 – Pluspunkt, und dann ist schon ab dem November, wenn man sich erkundigt beim AMS, das erste Ansuchen und Bitten: „Nehmt mich herunter von der Liste der Lehrstellensuchenden, aber merkt mich bitte für das nächste Jahr vor!“ Und auch diese Zahl ist alljährlich die gleiche. In Hartberg zum Beispiel pendeln immer wieder die Lehrstellensuchenden von 205 bis rund 154 und von diesen 205 bis 154 ist es mindestens die Hälfte, die irgendwo bei uns im Hartberger Raum oder im niederösterreichischen Raum oder im Wiener Raum als angelernte Arbeiter oder Arbeiterinnen verschwinden. Diese jungen Menschen fahren vielleicht mit ihren Eltern, mit Verwandten und mit anderen mit und arbeiten und sind dann, wenn ich an einige denke, mit 35 und 40 gesundheitlich, physisch wie psychisch fertig gefahren. Sie hatten nicht das Glück, im Bezirk Hartberg oder in einem der angrenzenden Bezirke eine Lehrstelle zu bekommen.

Ich ersuche Sie daher, Herr Landesrat Paierl, und auch Sie, Frau Landeshauptmann, die wahren hellen Köpfe des Landes Steiermark aufzufordern, auch für die benachteiligten Regionen, und das ist auch mal der Bezirk Hartberg, des Weitern die Bezirke Liezen und wenn ich an die arbeitslosen Jugendlichen denke, natürlich auch Graz und seine Umgebung, ich ersuche Sie wirklich, für diese Regionen im Speziellen Programme ins Leben zu rufen, damit wir diesen Jugendlichen eine Chance geben! Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 15.43 Uhr.)

Präsident Purr: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Kasic bitte.

Abg. Kasic (15.43 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Herr Landeshauptmannstellvertreter, Herr Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte zunächst einmal ein herzliches Dankeschön sagen für eine bisher über weite Strecken sehr sachliche Diskussion zu einem Thema, das, wenn ich mich an die kurze Zeit, die ich in diesem Landtag bin, zurückerinnern kann, immer sehr emotional besetzt war und wo oft von anderen Seiten Angriffe gekommen sind, die unter der Gürtellinie waren und wir damals oft vergessen haben, dass wir hier, wenn wir über Arbeitslosenzahlen oder Ähnliches gesprochen haben, von Schicksalen gesprochen haben, von Menschen gesprochen haben, wo jeder Einzelne ein Schicksal hat und der darauf gehofft hat, dass wir ihm vielleicht helfen können oder dass wir Maßnahmen setzen, wo ihm geholfen werden kann. Zuerst einmal ein herzliches Dankeschön für diese sachliche Diskussion. Lassen wir bei dieser Diskussion auch in Zukunft nie außer Acht, dass es sich um Menschen handelt, die hinter diesem Schicksal stehen.

Ich möchte aber doch auf dich, Mischa Halper, antworten, weil du schon wieder Zahlen – und dein Folgedner hat sie ja dann ein bisschen korrigiert und ins rechte Licht gerückt, dass es nur Zahlen aus einer Statistik heraus sind – genannt hast, wo du gesprochen hast von 7000 Jugendlichen, die selbstverständlich noch arbeitslos sind, in Wirklichkeit sind es mit Ende April 6094 Jugendliche insgesamt, wo wir also Verbesserungen verzeichnen konnten, um 600 gesunken. Wir haben hier also einen Rückgang in der Steiermark von rund 10 Prozent. 10 Prozent weniger gegenüber dem Vormonat, während wir österreichweit nur einen Rückgang von insgesamt 6,1 Prozent verzeichnen konnten und in der Steiermark haben wir einen Rückgang von 10 Prozent. Das heißt, wir liegen auch in diesem Segment wieder deutlich besser als der Österreichdurchschnitt, indem wir auch die Jugendarbeitslosigkeit senken konnten.

Und Ähnliches zeichnet sich ja auch am Bau ab, lieber Kurt Gennaro. Wenn du anschaust, dass wir gegenüber dem Vormonat eine Reduktion von 48,2 Prozent der vorgemerkten Arbeitslosen in den Bauberufen hatten, so ist das ein deutliches Signal dafür, dass in die Baubranche wieder ein Schwung gekommen ist. Wir erwarten uns natürlich noch deutlich mehr, aber es ist ein Zeichen dafür, dass wir auch hier in der Steiermark auf dem richtigen Weg sind. Ich glaube, dass wir bei all diesen so düster geschilderten Dingen das richtige Licht nicht vernachlässigen dürfen und dass wir in der Steiermark die richtigen hellen Köpfe haben, dass wir mit den Impulsen, die durch die verschiedensten Initiativen sowohl des zuständigen Landesrates und der Frau Landeshauptmann, dass wir durch diese Initiativen und die Programme, die in der steirischen Wirtschaftsförderungsgesellschaft gesetzt worden sind, auf dem richtigen Weg sind. Und die Zahlen des vergangenen Monats sprechen eine deutliche Sprache. Es geht wieder bergauf! Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 15.46 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Paierl. Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (15.46 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Kollege Voves, meine Damen und Herren!

Ich möchte auf ein paar Dinge hier eingehen, die angesprochen wurden. Die Steiermark ist – und das sage ich von dieser Stelle aus hier nicht das erste Mal – selbstverständlich nicht abgekoppelt von der internationalen, insbesondere europäischen Wirtschaftskonjunkturentwicklung. Die Steiermark ist nicht Konjunkturgeber, sondern Konjunkturnehmer. Wir spüren das selbstverständlich. Auf der anderen Seite ist es gerade bei uns sehr schön nachweisbar und wir haben internationale Analysen, die sich die steirische Situation, den Wandel der Steiermark, die Veränderung der Steiermark, die den „turn around“ oder die Widerstandsfähigkeit, die sich entwickelt hat, studieren, gerade jetzt. Wir haben gestern gemeinsam auch mit einem slowenischen und ungarischen Kollegen hier in Graz an der Uni einen diesbezüglichen Band auch vorgestellt, der diese Geschichte, das Geschichtsbuch des steirischen Wandels von den siebziger/achtziger Jahren herauf bis jetzt, nachzeichnet und dann auch modellhaft darstellt, wie man sich in so einer Situation bei so einer Struktur, bei so einer Ausstattung, bei solchen Möglichkeiten sich auch zu entwickeln, wie man sich dabei politisch und gesellschaftlich verhält, wer da aller mitspielen muss. Glauben Sie mir eines, dass die Bauwirtschaft, die hier auch in einem Antrag angesprochen wurde und wo wir immer wieder und wie wir im Sommer die Dürre, die Wasserknappheit diskutieren, so diskutieren wir im Winter die Frage der höher werdenden ausschlagenden Bauarbeitslosigkeit. Dass das natürlich mit dem Konjunkturzyklus zu tun hat, ist auch klar. Die Bauwirtschaft ist konjunkturzyklisch, prozyklisch mitgehend. Da kommt es natürlich immer wieder vor, dass, wenn dann die Konjunktur insgesamt abschwächt, dass die Baukapazitäten noch bleiben und dass es dann im Nachhang, ein Jahr, eineinhalb Jahre, zwei Jahre Probleme bei der Strukturanpassung gibt. Hier ist es gesagt worden, ich muss das nicht wiederholen, es macht natürlich wenig Sinn, man kann schon da oder dort Hilfe zur Selbsthilfe, Abfederungen geben, aber insgesamt, hier öffentliche steuerfinanzierte Mittel langfristiger Programme zu fahren macht keinen Sinn. Deswegen haben wir auch und da bin ich sehr dankbar, dass hier die Sozialpartner mitgegangen sind, dass wir bei dem letzten Gipfel uns entschlossen haben, neben sinnvollen Maßnahmen im Bereich von Winterbau Privatförderaktionen, eine Million Euro auch zur Verfügung zu stellen, das heißt 50 Prozent des Gesamtvolumens für strukturanpassende menschennahe Programme. Das heißt, wir haben dort qualifiziert, weil gerade in der Bauwirtschaft das Qualifizierungsthema auf neue Berufe besonders herausfordernd ist für den Arbeitsmarkt. Der Arbeitsmarkt ist natürlich – und das ist die Dramatik, die wir haben, da brauchen wir gar nicht um den heißen Brei herumreden, das gilt, Frau Kollegin Halper, natürlich auch für die Jungen – abhängig von der Flexibilität. Sie können heute genau so viele Arbeitsplätze anbieten, wie Sie auf dem Arbeitsmarkt nicht befriedigte Nachfrager haben. Das ist das Phänomen. Das geht gar nicht so sehr über das offizielle AMS-Statistikwerk, sondern das ist eine gesellschaftliche Thematik, der wir uns stellen müssen. Die Flexibilität, Karl Wiedner hat es angesprochen, wir sehen das reihum, wir sehen das in dem konkreten Beispiel von Lebring, Philips, wo ich dann auf einem Standort plötzlich so ein heraufgesprungenes Angebot habe. Die Arbeitslosigkeit ist selbstverständlich nur bekämpfbar mit Wachstum. Wir brauchen Wachstum. All jenes, was man tun kann, um Wachstum zu erzeugen, müssen wir tun. Das sind zum Teil Entlastungen, das sind zum Teil auch bürokratischer Hürdenabbau.

Weil Frau Kollegin Halper das angesprochen hat mit private equity und adventure capital, ich übersetze es gerne, private equity ist das Privatkapital in Unternehmungen und adventure capital ist Wagniskapital. Frau Kollegin Halper, wenn Sie mir jetzt ein bisschen zuhören würden, hätte ich Ihnen gerne – aber ich verstehe schon, der Flirt ist auch ein Thema – erklärt, worum es hier geht, warum private equity, warum Wagniskapital für die Jungen wichtig ist. Ich hätte Sie gestern gerne in diesen Brutkasten eingeladen, in den business incubator zu mir zu kommen auf den Entenplatz, wo sich Jungunternehmer (Abg. Halper: „Warum haben Sie es nicht gemacht, Herr Landesrat?“) Es geschieht ja. 5000 junge Unternehmungen schaffen Arbeit, Frau Kollegin. 5000

junge Unternehmer schaffen jährlich zusätzlich Arbeit. Es wachsen interessanterweise die steirischen Arbeitsplätze jährlich, auch jetzt in der schwierigen Wirtschaftslage, um 5000. Wir haben bereits wieder 5000 Arbeitsplätze mehr als im Vergleichsmonat im Vorjahr. Also nicht viel Polemik, sondern versuchen wir die Dinge sehr sachlich und fachlich anzusprechen, wir brauchen natürlich Wachstum, wir brauchen junge Unternehmungen, wir brauchen das Kapital dafür und es gibt ja genug Beispiele, wo wir hier helfend von der Wirtschaftsförderung – in 1000 Fällen im Jahr – mithelfen können. Also so gesehen danke ich auch für die sehr konstruktive Diskussion und, wie gesagt, auch für diese sehr sachliche Aufarbeitung dieses schwierigen Themas, wie man bei jungen Unternehmungen zu entsprechendem Kapital kommt, wo auch Wachstum damit verbunden ist. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 15.52 Uhr.)

Präsident: So, da es dazu keine Wortmeldungen mehr gibt, komme ich nunmehr zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 51/1, zu den Zahlen 96/1, 754/1, 1239/1, 816/1, das ist der Tagesordnungspunkt 12, Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Danke.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag des SPÖ, betreffend Winterbauinitiative, zu Tagesordnungspunkt 12 ihre Zustimmung geben, ersuche ich nun um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu Einl.-Zahl 749/7 ihre Zustimmung geben, ersuche ich nun um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend die Arbeitsmarktsituation in der Steiermark, zu Tagesordnungspunkt 13 ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu Einl.-Zahlen 764/1, 1105/1, Tagesordnungspunkt 14, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, und hier erfolgt eine punktuelle Abstimmung, betreffend Lehrlingsausbildungsverbund und Lastenausgleich zum Punkt eins, der lautet wie folgt: „Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem dringenden Ersuchen heranzutreten, nunmehr endlich Regelungen zu treffen, dass Betriebe, die keine oder zu wenige Lehrlinge ausbilden, Mittel zugunsten ausbildender Betriebe bereitzustellen haben“, wenn Sie dem Punkt Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Dieser Punkt eins hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich komme damit zu Punkt zwei, Lehrlingsausbildungsverbund und Lastenausgleichsfonds, Punkt zwei: „Die Landesregierung wird aufgefordert, für den Fall, dass sich die ÖVP-FPÖ-geführte Bundesregierung auch in dieser Frage uneinsichtig zeigt, einen landespolitisch eigenständigen Weg der Schaffung eines Lastenausgleichsfonds zum Beispiel nach dem Vorarlberger Modell zu schaffen“, wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Punkt zwei hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Damit komme ich zu Punkt drei, der lautet: „Der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, Ausbildungsverbände bei ihren Investitionen und administrativen Aufwendungen zu fördern“, wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle zu Punkt drei die einstimmige Annahme fest.

Damit komme ich zu Punkt vier dieses Antrages: „Der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert Firmen zu fördern, die einem Ausbildungsverbund beitreten und dafür entsprechende Richtlinien zu beschließen“, wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen und stelle zu Punkt vier die einstimmige Annahme fest.

Damit ist der Tagesordnungspunkt 14 ebenfalls als erledigt zu bezeichnen.

Meine Damen und Herren, auf meiner Uhr ist es zwei Minuten vor 16.00 Uhr und wir kommen damit zur Dringlichen Anfrage der SPÖ und der Grünen, betreffend unsoziale Pensionsreform und andere unsoziale Maßnahmen, an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Kurt Gennaro das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage, verweise darauf, dass für die Begründung eine Redezeit von 20 Minuten gilt. Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Gennaro (15.58 Uhr): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Sehr geehrte Herren Landesräte! Herr Landeshauptmannstellvertreter!

Das Thema „Pensionen“ berührt buchstäblich jeden Österreicher und jede Österreicherin in ihrer Lebensplanung. Im Umgang mit dieser Thematik wird unmittelbar offenkundig, ob mit den Hoffnungen und berechtigten Erwartungen der Bevölkerung verantwortungsbewusst umgegangen wird oder nicht.

Die derzeitige Bundesregierung hat dieses Vertrauen, eine verantwortungsvolle Position dazu einnehmen zu können, unter nahtloser Fortführung ihrer Politik des „Drüberfahrens“ restlos verspielt. Es soll unser bewährtes Pensionssystem zerstört, die Jungen gegen die Älteren ausgespielt und das Vertrauen zwischen den Generationen nachhaltig destabilisiert werden.

Es gibt weit verbreiteten Konsens darüber, dass Umgestaltungsmaßnahmen im Pensionsbereich erforderlich sind, um die Pensionen für künftige Generationen zu sichern. Die nun an den Tag gelegte Eile ist jedoch weder aus pensionsrechtlicher Sicht noch aus der abzusehenden Entwicklung der Höhe der Bundesbeiträge gerechtfertigt. Davon ableitbar ist einzig, dass über die geplante Festschreibung langfristiger Unsicherheit und Ungerechtigkeit hinweggetäuscht werden soll.

Eine Reform des Pensionssystems mit dieser Tragweite und in dieser Größenordnung muss die Einhaltung eines umfassenden Vertrauensschutzes beinhalten, um die Akzeptanz des Systems und damit den Generationenvertrag zu erhalten. Weiters muss Altersarmut verhindert werden, Perspektiven für jüngere Generationen müssen erkennbar sein und Frauen dürfen nicht benachteiligt werden.

In diesem Sinne besteht ebenfalls zunehmende Einigkeit darüber, dass ein größtmöglicher und sozial verträglicher Konsens unter Einbindung aller politischen Parteien, der Sozialpartner und sonstiger wichtiger Interessenvertretungen gefunden werden könnte.

Die Bundesregierung will aber laut ihren eigenen Begutachtungsunterlagen mit der Pensionsreform bis 2007 über eine Milliarde Euro einsparen, obwohl bis zu diesem Zeitpunkt der Anteil der Pensionskosten für das Budget, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, auch ohne eine Reform abnehmen würde. Die Pensionskürzungen sind damit keine langfristigen Absicherungen der Pensionen, sondern reine Geldbeschaffungsaktionen auf dem Rücken zukünftiger Pensionisten.

Von den dramatischen Pensionskürzungen wären mit einem durchschnittlichen Minus von 15 Prozent ab 2004 – in etlichen Fällen jedoch Kürzungen von bis zu über 40 Prozent – alle betroffen. Ganz besonders dramatisch würde es jedoch junge Menschen und Frauen treffen, die eine sehr geringe Eigenpension erhalten werden, die deutlich unter der Armutsgrenze liegt. Damit sind durch das Ansteigen des Bezieher- und Bezieherinnenkreises für Sozialhilfe auch finanzielle Auswirkungen auf das Land zu erwarten.

Außerdem wird durch die Pensionsreform der Vertrauensgrundsatz verletzt, da sie extrem kurzfristige Verschlechterungen bringt. Darüber hinaus wäre die Abschaffung der Frühpension für Frauen bis 2009 verfassungswidrig. Reine Geldbeschaffung auf dem Rücken der zukünftigen Pensionisten/Pensionistinnen kann nicht der Ausgangspunkt und die Kernidee einer Pensionsreform sein. Die Pensionsreform darf nicht als kurz- bis mittelfristige Budgetsanierungsmaßnahme angelegt sein und wesentliche soziale Komponenten außer Acht lassen.

Die Unterfertigten stellen daher an Sie, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, folgende Dringliche Anfrage:

Erstens: Wie wirkt sich die Erhöhung des Durchrechnungszeitraumes von 15 auf 40 Jahre auf Pensionen der Steierinnen und Steirer aus?

Zweitens: Wie wirkt sich die Erhöhung des Durchrechnungszeitraumes speziell auf die Frauen, die jetzt schon überwiegend teilzeit- oder atypisch oder mit Werkvertrag beschäftigt sind und daher jetzt schon wesentlich weniger verdienen als Männer, aus?

Drittens: Um wie viel Prozentpunkte würden die Steierinnen und Steirer in 15 beziehungsweise 25 Jahren weniger an Pension bekommen, wenn der Pensionsraum der ÖVP-FPÖ-Bundesregierung so bleibt wie er jetzt geplant ist?

Viertens: Sehen Sie Frauen als die besonderen Verliererinnen der Pensionsreform?

Fünftens: Schon jetzt sind laut steirischem Armutsbereich rund 14 Prozent der Steierinnen und Steirer, also zirka 170.000, armutsgefährdet. Wie viele Personen mehr wird ein in 15 Jahren erstellter steirischer Bericht als armutsgefährdet ausweisen? Was konkret gedenken Sie dagegen zu tun?

Sechstens: Durch die Abschaffung der vorzeitigen Alterspension wegen Arbeitslosigkeit und langer Versicherungsdauer werden ungleich mehr Steierinnen und Steirer als bisher in die Arbeitslosigkeit gedrängt und nach Auslaufen der Notstandshilfe sogar zu SozialhilfeempfängerInnen. Um wie viel mehr wird es Ihrer Einschätzung nach auf Grund dieser Maßnahmen in zehn Jahren Arbeitslose in der Steiermark geben?

Siebtens: Um wie viel werden die Aufwendungen für die Arbeitslosenunterstützung steigen? Sind Ihnen – als Ausgleich für die erhöhten Ausgaben – Pläne zur Kürzung der Arbeitslosenunterstützung oder Einschränkungen beim Arbeitslosenbezug bekannt?

Achtens: Um wie viel schätzen Sie werden die Aufwendungen des Landes Steiermark und der steirischen Gemeinden für die aus der Arbeitslosigkeit in die Sozialhilfe gedrängten Steierinnen und Steirer steigen? Können Sie das verantworten, wenn ja, warum, wenn nein, was gedenken Sie dagegen zu tun?

Neuntens: Treten Sie als Ausgleich für die erhöhten Ausgaben im Sozialhilfebereich für Kürzungen oder Einschränkungen beim Sozialhilfebezug ein?

Zehntens: Das Einkommen der Steierinnen und Steirer lag in den letzten Jahrzehnten immer unter dem österreichischen Durchschnitt, wobei sich der Abstand zu den anderen Bundesländern vergrößert hat. Nun wird den Menschen gesagt, sie müssen sich vermehrt privat versichern. Halten Sie das gerade für die Steierinnen und Steirer mit den niedrigsten Einkommen, die die größte Solidarität der Gesellschaft brauchen, bei der jetzigen Wirtschafts- und Einkommensentwicklung für leistbar, zusätzlich zur größten Steuer- und Abgabenbelastung der Nachkriegszeit jährlich hunderte Euro für eine private Vorsorge auf die Seite zu legen?

Elftens: Treiben Sie mit den in der Frage zehn genannten Maßnahmen nicht nur die steirischen PensionistInnen, sondern auch schon die aktiv Beschäftigten mit ihren Familien in die Armutsfalle?

Zwölftens: Können Sie es verantworten, dass die von Ihnen unterstützte Bundesregierung gleichzeitig mit ihrem Belastungspaket, in dem der Pensionsraub enthalten ist, um 2 Milliarden Euro Abfangjäger beschafft und zusätzlich durch das so genannte Budgetbegleitgesetz Unternehmern, FreiberuflerInnen und Frächtern in den Jahren 2004 bis 2007 um 1,6 Milliarden Euro Steuergeschenke macht?

13.: Können Sie es angesichts dieser unvorstellbaren Umverteilung von Geldern in Wirtschaft und Kriegsmaschinerie verantworten, dass ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen durch Pensionsraub und Budgetbegleitgesetze in den Jahren 2004 bis 2007 mit 3,6 Milliarden Euro belastet werden?

14.: Sie waren in allen beratenden Gremien der Bundesregierung beziehungsweise Ihrer Bundespartei anwesend, die die angeführten unsozialen, einen Großteil aller ÖsterreicherInnen und damit SteirerInnen äußerst negativ betreffenden Regelungen entworfen und gut geheißten haben. Wie können Sie das als christlich-soziale Politikerin vertreten?

15.: Haben Sie bei der Landeshauptleutekonferenz am 30. April 2003 in Graz die Pensionsreform zur Sprache gebracht? Wenn ja, welche Position haben Sie vertreten?

16.: Sind Sie bereit, im Interesse der SteirerInnen die Bundesregierung zu drängen, das Angebot der Sozialpartner anzunehmen, in guter und bewährter Art rasch zu Gesprächen zusammenzukommen und bis zum Herbst ein sozial gerechtes, alle Bevölkerungsgruppen gleich behandelndes Pensionssicherungskonzept zu erarbeiten? Wenn ja, was konkret werden Sie tun, wenn nein, warum nicht?

17.: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass Pensionsprivilegien von PolitikerInnen, wie insbesondere mehrfache Pensionsbezüge, abgeschafft werden? Wenn ja, was werden Sie hierfür konkret tun?

18.: Sind Sie bereit, Ihre steirischen Abgeordneten im National- und Bundesrat aufzufordern, dem Pensionsraub in der vorliegenden Form die Zustimmung zu verweigern? Wenn ja, was konkret werden Sie tun, wenn nein, warum nicht?

19.: Werden Sie die durch die Pensionsreform verursachten finanziellen Ausgaben für das Land Steiermark und die steirischen Gemeinden ablehnen?

20.: Auf welche Summe wird sich die durch die Pensionsreform verursachte Kostenabwälzung auf das Land Steiermark und die steirischen Gemeinden belaufen?

21.: Werden Sie die Landeshauptleutekonferenz als Koordinationsgremium für gemeinsame Maßnahmen gegen die geplante Pensionsreform nutzen?

22.: Werden Sie beim Gesetzesentwurf beziehungsweise Gesetzesvorschlag der Pensionsreform den Konsultationsmechanismus in Ganz setzen, um die Pensionsreform zu stoppen?

23.: Werden Sie das Pensionsrecht der Landesbediensteten im Sinne des Pensionspaktes der Bundesregierung ändern? Wenn ja, bis wann ist mit einer entsprechenden Regierungsvorlage zu rechnen? Wenn nein, wie können Sie die Ungleichbehandlung von ASVG-PensionistInnen und pensionierten Landesbediensteten verantworten?

Und letzter Punkt: Warum haben Sie sich öffentlich gegen die offenbar einzig mögliche Maßnahme der betroffenen Bevölkerung gestellt, gegen diese Einschnitte durch die Bundesregierung vorzugehen, dem Streik? Wie stehen Sie zum Streikrecht?

Ich ersuche auch um die Abhaltung einer Wechselrede. (16.08 Uhr.)

Präsident: Zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage erteile ich Frau Landeshauptmann das Wort.

Landeshauptmann Klasnic (16.08 Uhr): Herr Präsident, Hoher Landtag!

Die Bundesregierung hat mit Ministerratsbeschluss vom 29. April 2003 dem Nationalrat eine Regierungsvorlage „Pensionssicherungsreform 2003“ vorgelegt. Im Begutachtungsverfahren wurde auf Kritikpunkte des vom Sozialministerium und anderen Ministerien erarbeiteten Erstentwurfes reagiert und Veränderungen insbesondere im Hinblick auf den Pensionserwerb von Frauen vorgenommen.

Diese umfangreiche Novelle liegt nunmehr im Parlament, wo alle Fraktionen aufgefordert und eingeladen sind, in sachliche Verhandlungen zu treten und Verbesserungsvorschläge zu machen. Ich gehe davon aus, dass die gewählten Mandatare die Regierungsvorlage intensiv diskutieren und bis zur Beschlussfassung noch Änderungen vornehmen werden.

Da dieser Gesetzesvorschlag noch nicht vom zuständigen Gesetzgebungsorgan beschlossen wurde, ist es auch mir nicht möglich, Fragen zu den tatsächlichen Auswirkungen – laut Ihrer Anfrage oft auf Jahrzehnte hinaus – seriös zu beantworten. In weiten Teilen der Anfrage ist die richtige Ansprechstelle, da das Pensionsrecht mit Ausnahme der Landes- und Gemeindebediensteten in Gesetzgebung und Vollziehung Bundessache ist, der Bund. Ich ersuche Sie daher, in Beachtung der in der Bundesverfassung festgelegten Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern um Verständnis, dass ich nicht alle Fragen beantworten kann.

In der Begründung Ihrer Anfrage wird die rhetorische Frage gestellt, ob „mit den Hoffnungen und berechtigten Erwartungen der Bevölkerung verantwortungsbewusst umgegangen wird“. Ich sage: Ja! Denn die Bevölkerung hat ein Recht darauf, dass die Bundesregierung die Verantwortung für alle Generationen wahrnimmt und nicht Einzelinteressen in den Vordergrund rückt. Schon in der Regierungserklärung vom 6. März 2003 heißt es:

„Die Generationengerechtigkeit ist das große Schlüsselthema einer nachhaltigen Gesellschaftspolitik.“ Auch Vertrauen ist in Ihrer Anfrage angesprochen. Haben die Jungen von heute nicht das Recht, auf eine gesicherte Zukunft von morgen zu vertrauen? (Beifall bei der ÖVP.)

Haben wir nicht die Verantwortung, ja sogar die Verpflichtung, früh genug zu reagieren, damit jene, die heute auf Grund ihres Alters oft nicht einmal im Erwerbsleben stehen, ein sicheres Fundament für die Finanzierung ihrer Pension erhalten? An unsere Kinder und Enkelkinder haben wir auch zu denken, wenn wir heute debattieren.

Die Bundesregierung nimmt diese Verantwortung ernst und hat eine Vorlage für eine Pensionsreform erarbeitet, die zukunftsfest, nachhaltig und gerecht sein soll. Man darf die Augen und Ohren nicht vor folgender Entwicklung verschließen:

Die Geburten gehen zurück, so dass die Anzahl der Erwerbstätigen im Vergleich zu der Anzahl der Pensionisten immer weniger wird.

Hingegen steigt erfreulicherweise die Lebenserwartung kontinuierlich, um 8,3 Jahre in den letzten 30 Jahren.

Dazu sinkt auch das Pensionsantrittsalter stetig, die Frühpensionierung vor dem 65. Lebensjahr ist von der Ausnahme zum Regelfall geworden. Somit stehen immer mehr Pensionisten immer weniger Erwerbstätigen gegenüber. Kommen jetzt auf einen Pensionisten drei Erwerbstätige, so wird das Verhältnis im Jahr 2015 zwei zu eins, zwei Erwerbstätige, ein Pensionist betragen. 2035 wird es sich so finanzieren, dass es heißt eins zu eins, ein berufstätiger Mensch und ein Pensionist. In der Steiermark ist innerhalb von knapp drei Jahrzehnten die Zahl der Volksschüler von 109.000 auf 53.000 gesunken. Der Generationenvertrag ist, wenn er ernst gemeint ist, keine Einbahnstraße zugunsten einer Generation. Im Wissen, dass die Finanzierung der Alterszukunft der jungen Generation ohne entsprechende Schritte in einer Sackgasse endet. Die Kinder, die jetzt geboren oder zurzeit die Schule besuchen, tragen die Last im Jahre 2030. Deshalb sind Maßnahmen erforderlich, die das Funktionieren des Pensionssystems auf Dauer und in der Zukunft sicherstellen.

Zu den einzelnen Fragen:

Wie bereits ausgeführt, liegt die Zuständigkeit der Beantwortung der Fragen eins, zwei, drei, vier, sechs, sieben, acht, neun, zwölf, 13 und 20 bei der Bundesregierung. Die nachgefragten Auswirkungen in einer Pensionsreform können weiters erst bei Vorlage des Ausschussberichtes des Nationalrates beurteilt werden.

Zur Frage vier:

Gerade im Hinblick auf die Situation der Frauen und Mütter wurde der erste Begutachtungsentwurf zur Pensionsreform vor Beschlussfassung im Ministerrat abgeändert. Drei Maßnahmen sollen die Chancen der Frauen auf eine eigene Pension erhöhen:

Erstens: Es werden 24 Monate Kindererziehung als pensionsbegründend anerkannt, das heißt, es wird die Anrechnung von Kinderbetreuungsgeldbezugszeiten als Beitragsmonate von 18 auf 24 Monate ausgedehnt.

Zweitens: Es werden für jedes Kind bis zu drei Jahre für die Kindererziehung aus der Durchrechnungszeit herausgenommen. So wird eine Frau mit zwei Kindern bis 2010 von der Anhebung des Durchrechnungszeitraumes nicht betroffen sein. Besonders freut mich – und es ist besonders wichtig –, dass diese Regelung auch für die Familienhospizkarenzenzeiten gilt.

Drittens: Die Bemessungsgrundlage für die Zeiten der Kindererziehung von heute 650 Euro wird in Schritten um 2 Prozent pro Jahr insgesamt auf 150 Prozent erhöht.

Zu den Fragen zehn und elf:

Auch wenn Sie es immer wieder versuchen, ich lasse die Steiermark nicht schlechtreden (Beifall bei der ÖVP.), wenn Sie in Ihrer Anfrage den Einkommensdurchschnitt zitieren. Nach mir vorliegenden Unterlagen lag die Steiermark im Jahr 2001 im Bundesländervergleich nach den für den Beschäftigungsort ausgewerteten Sozialversicherungsdaten beim mittleren Bruttoeinkommen an vierter Stelle und konnte das Bundesland Salzburg überholen. Die Steiermark hat einen erfolgreichen Strukturwandel zu einer technologieorientierten Wirtschaft geschafft und hat im Forschungs- und Technologiebereich Spitzenplätze im Bundesländervergleich inne. Ich verweise auf die Kompetenz- und Impulszentren, auf die Fachhochschulen, auf den Autocluster, auf den Tourismus und vieles mehr. Die Beschäftigungs- und die Arbeitslosenquote hat sich über viele Jahre im Vergleich zum Österreichschnitt positiv entwickelt.

Dass sich der hohe Anteil an Teilzeitarbeitskräften sowie der höchste Wertschöpfungsanteil am tertiären Sektor der Landwirtschaft in der Steiermark auf die Einkommenshöhe niederschlägt, ist bekannt.

Nun zu Ihrer eigentlichen Frage zur Pensionsvorsorge. Die Pension sichern heißt auch die Eigenverantwortung in der Pensionsvorsorge zu stärken. Das Drei-Säulen-Modell mit der privaten, betrieblichen und staatlichen Pensionsvorsorge wird helfen, die Altersversorgung zu garantieren. Es gibt aber Jahrgänge, die hier die Übergangsregelung einfach brauchen. Das ist uns bewusst.

Zur Frage 14:

Gerne bekenne ich mich – so wie Sie es zitieren – als christlich-soziale Politikerin, der die Zukunft unserer Kinder und Kindeskinde ein besonderes Anliegen ist. Die Pensionssicherungsreform blickt über den Tellerrand der Tagespolitik hinaus in das nächste und übernächste Jahrzehnt. Ich lade alle ein, in 20 Jahren die heute noch junge Generation zu fragen, ob es richtig war, schon heute die Weichen für morgen und übermorgen zu stellen. Und ich stelle mir die Frage, wenn wir die Weichen nicht stellen, was muss dann von jenen in zehn oder 15 Jahren, ohne mit uns zu reden, gestaltet werden?

Zu den Fragen 15, 19, 21 und 22:

Die Landeshauptleutekonferenz hat sich unter meinem Vorsitz in ihrer Sitzung am 30. April 2003 in Graz mit dem Thema „Pensionsversicherungsreform“ befasst. Dabei wurde berichtet, dass der Ministerrat am Vortag eine vom Begutachtungsentwurf deutlich unterschiedliche Regierungsvorlage beschlossen hat. Die Änderungen waren zu diesem Zeitpunkt im Detail nicht bekannt. Die Landeshauptleute waren sich einig, dass die Diskussion über eine Pensionsreform auf Grund der Kompetenzverteilung nicht Aufgabe der Landeshauptleute ist. Sehr wohl wurde zum Ausdruck gebracht, dass eine Kostenüberwälzung auf die Länder strikt abzulehnen ist. Deshalb wurde auch bereits der Konsultationsmechanismus eingeschaltet. Die Absicht nach einer Harmonisierung der Pensionsysteme wurde begrüßt. Abschließend wurde in der Landeshauptleutekonferenz festgehalten, dass die weiteren Beratungen zur Pensionsversicherungsreform im Nationalrat zu führen sind.

Zur Frage 16:

Jeder Weg, zu vernünftigen Gesprächen im Interesse der Sache zu kommen, wird begrüßt. Die Dringlichkeit der Problematik erlaubt es jedoch nicht, die Reform auf die lange Bank zu schieben. Es ist schon lange bekannt, dass es eine Pensionsreform geben muss, um Bestehendes zu wahren und Künftiges zu sichern. Vielleicht können Sie hier die Antwort mir heute geben oder können wir sie hier erhalten, warum die Gewerkschaften der Sozialpartner bis jetzt nicht in der Lage waren, ein Zukunftskonzept für die Pensionen zu erstellen, welches gemeinsam mit der Regierungsvorlage diskutiert werden könnte oder warum – und ich sage es manchmal – der Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes monatelang ab dem 24. November zu keinem Gespräch mit dem Herrn Bundeskanzler bereit war.

Nunmehr ist ein Gespräch am „runden Tisch“ angedacht. Diese Einladung wird angenommen werden. Gespräche am Tisch sind sicherlich Streiks auf der Straße vorzuziehen. Die Fraktionen im Nationalrat werden letztlich entscheiden und ich frage mich mit dem Präsidenten des Nationalrates, was wäre im September, was wird im September 2003 anders sein?

Zur Frage 17 und 18:

Selbstverständlich werden Politiker in die Pensionsreform mit einbezogen. Dies wurde schon im Ministerratsbeschluss festgehalten. Es ist beabsichtigt, die Entgeltfortzahlung für Politiker neu zu regeln, das Pensionsalter hinaufzusetzen und für Politiker die gleichen Abschläge in der Höhe von 4,2 Prozent wie für alle anderen einzuführen. Zusätzlich wird es einen erhöhten Solidarbeitrag geben. Außerdem soll kein Politiker neben einer nach dem Bezügegesetz beantragten Pension auch noch einen Aktivbezug nach dem Bezügegesetz haben. Die Details werden im Nationalrat verhandelt. Die Mandatare sind gewählt und werden entsprechend ihrem Wählerauftrag Verantwortung in der Entscheidung im Nationalrat übernehmen.

Sie sprechen mehrmals auch in dieser Frage von einem „Pensionsraub“. Diese Wortwahl wird von mir strikt abgelehnt, weil sie nicht nur falsch ist, sondern weil sie in der Bevölkerung für Verunsicherung sorgt. Ich betone: Keinem Pensionisten von heute wird durch diese Reform etwas von seiner Pension weggenommen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn Sie diese Wortwahl treffen, dann ist das entweder Unkenntnis oder populistische Strategie, die mit der Angst der Menschen spekuliert. Dem trete ich entschieden entgegen.

Zur Frage 23:

Gerade im Landesdienst ist Dank der hervorragenden Verhandlungsführung des zuständigen Personalrates Hermann Schützenhöfer durch Beschluss dieses Landtages am 23. Oktober 2002 eine umfassende Pensions- und Besoldungsreform gelungen. Ich möchte nur daran erinnern, dass einvernehmlich mit der Personalvertretung der Durchrechnungszeitraum auf 21 Jahre für im Dienst stehende und auf 25 Jahre für neu eintretende Bedienstete verlängert wurde und das Pensionsantrittsalter auf 61,5 Jahre angehoben wurde. Auch ein Solidarbeitrag wurde beschlossen. Zusätzlich zum Pensionsbeitrag ist für den über der Höchstbemessungsgrundlage nach dem ASVG liegenden Bezugsteil eine Solidarabgabe von 0,8 Prozent zu leisten. Das Land richtet eine Pensionskasse ein, die zusätzlich zu der umlagenfinanzierten Pension auch verpflichtende Beiträge des Dienstgebers und freiwillige Beiträge des Dienstnehmers eine Pensionsvorsorge darstellt. Durch die Einführung der Höchstbemessungsgrundlage für alle künftigen Beamten haben wir als bisher einziges Bundesland Österreichs die vielfach geforderte Harmonisierung des Pensionssystems im Dienstrecht des Landes bereits umgesetzt. (Beifall bei der ÖVP.) Das nenne ich Generationenverantwortung und ich rede von Beschlüssen, die in diesem Hause gefasst wurden. Das nenne ich Generationenverantwortung und verantwortliche Lastenverteilung.

Hinsichtlich der weiteren Vorgangsweise im Pensionsrecht der Landesbediensteten ist zunächst der Gesetzesbeschluss im Nationalrat abzuwarten, um dann – falls erforderlich – die Verhandlungen mit der Personalvertretung wieder aufzunehmen.

Zur Frage 24:

Ich kann einem Streik nichts abgewinnen, wenn vorher nicht alles versucht wird, um in Gesprächen und Verhandlungen komplexe gesellschaftspolitische Probleme zu lösen. Vorbeugend zu streiken, um ein bestimmtes Ergebnis unter Druck zu erreichen, kann nicht der richtige Weg sein. Im Arbeitskonflikt zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer mag er als letztes und ultimatives Mittel tauglich sein. In der Frage der Pensionsversicherung ist es ein Streik gegen die Zukunft unserer nächsten Generation.

Lassen Sie mich abschließend eine Bitte formulieren. Solidarität hört nicht bei der eigenen Betroffenheit auf, sondern fordert eine besondere soziale Verantwortung für alle Generationen ein. Aber nur im Zusammenwirken aller Kräfte in der Politik, bei den Sozialpartnern, in unserer Gesellschaft, aber auch bei den Medien wird es uns

gelingen, Generationensolidarität zu leben und bereits heute jene Maßnahmen zu treffen, die die Zukunft von morgen und übermorgen sichert. Die kommenden Generationen sind uns anvertraut und vertrauen uns, rechtfertigen wir dieses Vertrauen durch entsprechendes Handeln. (Beifall bei der ÖVP. – 16.24 Uhr.)

Präsident: Damit komme ich nunmehr zur Wechselrede der Dringlichen Anfrage. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek.

Ich verweise darauf, dass nach der Geschäftsordnung eine Redezeit nicht mehr als 20 Minuten betragen soll.

Abg. Lechner-Sonnek (16.25 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren der Landesregierung, sehr geehrte Frau Landeshauptfrau, werte Damen und Herren!

Ich habe in der letzten Zeit eine Überdosis an Sonntagsreden zur Pensionssicherungsreform von der ÖVP bekommen und es ist mir auch heute wieder so gegangen. (Abg. Mag. Drexler: „Es wird noch einiges kommen!“) Frau Landeshauptfrau, Sie sagen, Sie sind nicht zuständig. Im Endeffekt haben Sie hauptsächlich gesagt, Sie sind nicht zuständig und deswegen spreche ich Sie als Landeshauptfrau an, die für dieses Land und für die Folgen dieser Pensionsreform in diesem Land aber mit Sicherheit zuständig ist, als Leiterin der Landeshauptleutekonferenz und als stellvertretende ÖVP-Obfrau. Ich denke, Sie werden sich entscheiden müssen. Sie werden sich entscheiden müssen, ob Sie getreue Gefolgsfrau von Bundeskanzler Schüssel sind, der eine Reform durchziehen will und damit zeigen will, dass er der große Reformator Österreichs ist oder ob Sie und damit offenen Auges akzeptieren, dass die Bevölkerung in der Steiermark mit gewaltigen Nachteilen zu rechnen hat, die bis zur Existenzsicherung gehen oder ob Sie das Bild aufrechterhalten können, dass Sie die Landeshauptfrau sind, die in diesem Land für Sicherheit sorgt, auch gegenüber dem Bund zum Beispiel.

Sie alle wissen, meine Damen und Herren, und auch Sie, Frau Landeshauptfrau, dass die Steiermark kein reiches Land ist. Die Steiermark ist in Bezug auf die Einkommen nicht an der Spitze in Österreich, sie ist in Bezug auf die Wertschöpfung nicht an der Spitze in Österreich, sie ist in Bezug auf die Kaufkraft bei den Schlusslichtern in Österreich, wir haben überdurchschnittlich viele alte Menschen in diesem Land, die Schere zwischen Frauen- und Männereinkommen ist hier besonders groß und wir haben eine hohe Arbeitslosigkeit.

Frau Landeshauptfrau, was wird mit der Kaufkraft in unserem Land passieren in den nächsten Jahren, wenn die Pensionen derart gekürzt werden? Was wird mit den Arbeitsplätzen passieren für die jungen Menschen in der Steiermark, die in den Beruf einsteigen wollen und gar nicht reinkommen, weil mit einem Schlag mehrere Jahrgänge von Menschen am Arbeitsmarkt gehalten werden müssen und Ihnen diese Plätze versitzen? Und was wird mit diesen jungen und auch älteren Menschen sein, die einen Arbeitsplatz suchen und keinen finden und damit leben müssen, dass dem AMS immer weniger Mittel zur Verfügung gestellt werden von Seiten des Bundes, weil sich vergangene Regierungen – und da möchte ich auch die Fraktion der Sozialdemokraten einbeziehen – sehr großzügig an diesem Topf bedient haben, den die werktätige Bevölkerung für Krisenzeiten gefüllt hat? Was werden die alle tun, wenn das AMS keine Schulungsmaßnahmen, keine Eingliederungsmaßnahmen mehr leisten kann und seine Beratung zurückfahren muss? Was werden die Pensionistinnen in der Steiermark in den nächsten Jahren erleben, wenn wir jetzt schon wissen, dass im Durchschnitt, und zwar im Österreich-Durchschnitt, Frauen nur 63 Prozent von dem verdienten oder Pension bekommen, wie Männer das bekommen und wenn wir heute schon wissen, dass 30 Prozent der Pensionistinnen in Österreich unter der Armutsgrenze leben? Was ist mit jenen 400.000 Menschen in Österreich, die heute noch vor dieser Pensionsreform ohne eigenständige Pensionsabsicherung sind? Für die hält dieses Modell überhaupt nichts bereit, die gibt es im Modell Schüssel überhaupt nicht.

Ja natürlich, das Pensionssystem hat Probleme, das wissen wir, das sehen wir auch. Und im Gegensatz zu dem, was immer von der ÖVP behauptet wird, meine Damen und Herren und Frau Landeshauptfrau, es gibt ein Grundsicherungsmodell der Grünen, es gibt ein eigenständiges Pensionsmodell, das zum Beispiel Personen wie diese 400.000 Menschen, die in Österreich ohne Absicherung sind, eine Möglichkeit bietet existieren zu können. Es gibt ein Modell seit Jahren, es ist durchgerechnet, es ist von Experten als sehr gut befunden. Über dieses Modell wollte Ihr Bundeskanzler Schüssel bei den Verhandlungen über eine mögliche Koalition mit den Grünen nicht sprechen. Wir kennen dieses ÖVP-Pensionsmodell, das heute vorliegt, schon aus dieser Zeit. Das war ein großer Grund für uns zu sagen, so nicht. Wir können nicht mit der ÖVP regieren, wenn sie solches vorhat. Und dass über unser Modell, das nicht diese Härte enthalten hätte, aber auf lange Sicht genauso die Vorteile lukriert hätte, nicht einmal gesprochen wurde, das wirft ein deutliches Bild darauf, was die ÖVP in diesem Land vorhat. Offensichtlich müssen wir alle einen hohen Preis bezahlen dafür, dass Kanzler Schüssel seinen Ruf verbessern kann, dass er sein Renommee steigern kann als der große Reformator oder dass das Budget abgesichert werden kann, denn wir alle wissen, dass es nicht notwendig wäre in dieser Intensität und in dieser Kürze und Schärfe und Härte zu kürzen, die Pensionen niederzufahren. Das ist nur begründbar aus den budgetären Notwendigkeiten dieses und des nächsten Jahres.

Und, meine Damen und Herren, offensichtlich soll auch Geld dafür da sein, dass man Abfangjäger kaufen kann. Ich will mich zu diesem Thema nicht verbreitern, es ist genug gesagt worden und es wird noch viel mehr bekannt werden in den nächsten Tagen. Aber dass es möglich ist, zur selben Zeit Menschen an die Existenzgrundlage zu bringen, unter die Armutsgrenze zu bringen und diese Dinge anzukaufen, wo man weiß, dass die Mehrheit der Bevölkerung in Österreich dagegen ist, das kann ich einfach nicht verstehen. (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – Abg. Wiedner zur SPÖ: „Ihr seid schon am Gängelband der Grünen!“) Es gibt Schlimmeres als am Gängelband der Grünen zu sein, aber das ist ja noch gar nicht der Fall. Frau Landeshauptfrau, Sie sprechen gerne von der Sicherheit in der Steiermark.

Wir haben im Wahlkampf viele Plakate und Meldungen in Bezug auf Sicherheit bekommen. „Die Steiermark ist ein sicheres Land und das soll so bleiben.“ Auch bei einer Veranstaltung letzten Freitag, wo es um die Geburtenrate gegangen ist, haben Sie, Frau Landeshauptfrau, ein Interview gegeben und gesagt: „Kinder brauchen Sicherheit.“ Wie schaut das aus, wenn die Kinder Sicherheit brauchen? Wie schaut das mit den Familien aus? Wie schaut das mit den Eltern aus? Wie schaut es mit den Müttern aus? Was finden Frauen vor in der Steiermark, wenn sie erwachsen werden und beginnen an Beruf und Familie zu denken? Einen erschwerten Eintritt ins Berufsleben, weil es sind ja mit einem Schlag viele Leute am Arbeitsmarkt festzuhalten, die an sich weg wären, wenn es nach dem bisherigen Modell ginge. Das heißt, sie finden die Möglichkeit des Einstieges nicht. Sie finden jetzt schon geringere Löhne und Gehälter als die Männer vor, weniger Karrierechancen, sie haben im Durchschnitt die alleinige Betreuungspflichten der Familie zu erfüllen, das kann Kinderbetreuung heißen, das kann Betreuung älterer Angehöriger heißen. Sie finden zu wenig bedarfsgerechte Kindereinrichtungen vor, sie haben Wiedereinstiegsschwierigkeiten im Beruf und das alles mit der Perspektive, im Alter nicht sicher sein zu können, dass sie existieren können mit dem, was sie als Pension bekommen, meine Damen und Herren. Wenn das für Sie in Ordnung ist, für uns sicher nicht. (Beifall bei den Grünen.)

Ich frage mich langsam, ob das Modell meiner Großmutter aus Birkfeld wieder attraktiv gemacht werden soll, die, nachdem sie viele Kinder geboren hatte, neun an der Zahl, und als Schulwartin gearbeitet hat, nicht mit ihrer Pension leben konnte und darauf angewiesen war, dass ihr lebenslänglich ihre Kinder etwas zugeschossen haben. Ist das die Perspektive? Für uns sicher nicht, nicht im drittreichsten Land dieser EU. Das kann auf keinen Fall die Perspektive sein.

Und nun zum Umgang mit politischen Entwicklungen. Es hat mich sehr eigenartig berührt, dass Ihr Landesgeschäftsführer, Frau Landeshauptfrau, unlängst verkündet hat über die Medien, man muss mit den Menschen sprechen. Gerade anlässlich der Pensionsreform habe sich für ihn gezeigt, dass man mehr mit den Menschen sprechen muss und er propagiert da verschiedene Formen, Stammtische und so weiter und so fort. Ich muss Ihnen sagen, das halte ich zu diesem Zeitpunkt für unverfroren (Abg. Riebenbauer: „Das halte ich für wichtig mit den Menschen zu reden!“), ja, es ist wichtig, mit den Menschen zu reden. Ich tue das auch. Ich stehe derzeit fast jeden Tag in den verschiedenen Städten der Steiermark auf der Straße und rede mit den Menschen, die einen großen Informationsbedarf haben und die auch den Bedarf haben zu erzählen, wie es ihnen geht und was ihre Sorgen sind. (Abg. Wiedner: „Zwischen aufheizen und reden ist aber ein Unterschied!“) Machen Sie sich keine Sorgen, ich weiß, dass es wichtig ist, mit den Menschen zu reden. Ich werfe aber Ihnen von der ÖVP und Ihrem Kanzler Schüssel vor, dass er das in Bezug auf die Pensionsreform mit Sicherheit nicht getan hat. Sonst müsste es heute keine Streiks geben, sonst müsste es heute keine Initiativen des Bundespräsidenten geben, dass es überhaupt einmal zu einem „runden Tisch“ kommt, meine Damen und Herren! Ein Armutszeichen!

Man kann nicht immer die Basis fragen gehen, hat Ihr Kanzler Schüssel heute in einem ORF-Interview gesagt. Er hat sich auf die Grünen bezogen, die ja dafür bekannt sind, immer wieder die Basis zu fragen. Ich bin stolz darauf, dass wir das tun, meine Damen und Herren. Und wenn einmal der Tag kommt, wo wir Regierungsverantwortung übernehmen werden, werden Sie sehen, dass wir das auch beibehalten werden mit der gebotenen Seriosität. (Abg. Mag. Drexler: „Reden Sie einmal mit dem Joschka Fischer!“) Was passiert, mit dieser Form Politik zu machen, mit dieser Form, die in den Menschen das Bild erweckt, über uns wird drübergefahren und die da oben haben es sich gerichtet, das ist, dass Politik madig gemacht wird, dass Politik schlecht gemacht wird (Abg. Zierler: „Von wem denn?“), dass Demokratie beschädigt wird, Frau Zierler. Demokratie wird beschädigt, und zwar durch jene, die drüberfahren, und nicht durch jene, die Probleme aufdecken. Und ich denke, es ist gerade in diesem Zusammenhang höchst an der Zeit, bei sich selbst anzufangen, und zwar bei jenen hier im Land, die noch immer auf Grund ihrer politischen Tätigkeit hohe Pensionen in Anspruch nehmen, noch immer Politikerprivilegien in Anspruch nehmen. Wir kennen die Namen, wir kennen die Zahlen Dank einer Berichterstattung der „Kleinen Zeitung“, sonst unterliegen diese Zahlen ja dem Datenschutz, also ich komme nicht dazu. Eines ist mir aber auch noch sehr wichtig Ihnen zu berichten oder Ihnen in Erinnerung zu rufen. Eigentlich müssten Sie es ja noch wissen. Im Laufe dieser Landtagsperiode haben die Grünen bereits zweimal einen Antrag eingebracht, das Pensionsantrittsalter für PolitikerInnen auf 65 Jahre zu erhöhen. Beide Male hat sich dieser Antrag nicht durchgesetzt. Das letzte Mal im April 2002 ist auf Initiative der ÖVP ein Beschluss herausgekommen, der sich auf 61,5 Jahre eingependelt hat und der damals amtierende Klubobmann hat gesagt, das ist kein Privileg. Mit dem heutigen Beschluss – ich zitiere aus dem Protokoll – mit dem heutigen Beschluss kommt es genau wie im ASVG-Bereich zu einer Anpassung auf 61,5 Jahre. (Abg. Mag. Drexler: „Aber das war damals ja richtig!“) Aber die ASVG, ja, das ASVG-Antrittsalter für normale Menschen, nicht PolitikerInnen, liegt nicht bei 61,5 Jahren. Ich finde, es ist an der Zeit zu überprüfen, ob eine Andersbehandlung von Politikerinnen und Politikern noch geboten ist und ob es nicht höchst an der Zeit ist, dass jene, die auch auf Grund geltender Rechtslage noch Privilegien aus der Vorzeit haben, sich überlegen, wie sie korrekt, politisch korrekt auf diese Privilegien verzichten können. Und das erwarte ich mir von Ihnen.

Frau Landeshauptfrau, wir brauchen Ihre Aktivität. Ich kann nichts damit anfangen, dass Sie sagen, das wird im Bund entschieden. Natürlich wird es im Bund entschieden, natürlich wird es im Nationalrat abgestimmt. Aber es ist eine ÖVP, die diesen Entwurf, der jetzt vorliegt, vorantreibt. Und Sie sind Stellvertreterin des Bundeskanzlers als Parteichefin. Und Sie haben Möglichkeiten und ich ersuche Sie dringend, diese Möglichkeiten wahrzunehmen. Entschiedenes Handeln ist gefragt! (Abg. Mag. Drexler: „Frau Klubobfrau, das stimmt nicht!“) Die Steiermark wird dadurch, dass wir hier darauf hinweisen, dass Sie Verpflichtungen haben für die Steiermark, auch anderenorts nicht schlechtgeredet, sondern wir versuchen für die Steiermark hier einzutreten, jene, die diese aktuelle Anfrage an Sie eingebracht haben, für die Steiermark einzutreten und sicherzustellen, dass alles

ausgeschöpft wird, was die Steiermark hat und kann, um dieses unmenschliche Pensionssystem abzuwiegeln und um diesem Pensionsmodell, das Kanzler Schüssel vorgelegt hat, deutlich zu einem Ende zu verhelfen, zu einem raschen Ende, und ein Pensionsmodell zu erarbeiten unter Einbeziehung aller, die davon betroffen sind, ihrer Interessenvertretungen, das wirklich zukunftsfruchtig ist und das nicht solche Härten birgt wie das Modell, das vorgeschlagen ist. Denn, Frau Landeshauptfrau, Barmherzigkeit, dann die Menschen auf die Sozialhilfe zu verweisen, dann Härtefonds einzurichten, wie es bei der Wohnbauhilfe geschehen ist, weil man keine gescheite Regelung zusammengebracht hat, Barmherzigkeit ist keine politische Kategorie. Was jetzt gefragt ist und immer gefragt ist, aber heute offensichtlich mehr denn je, ist soziale Gerechtigkeit. Und der haben wir zum Recht zu verhelfen und da muss uns auch recht sein, dass wir auf unsere Pflichten hingewiesen werden, meine Damen und Herren.

Kanzler Schüssel hat im Übrigen heute vor Neuwahlen gewarnt. Ich kann mir gut vorstellen, dass er es nicht gerne hätte, dass jetzt gewählt wird.

Frau Landeshauptfrau, wie Sie sich entscheiden, wie Sie sich verhalten, das wird übrigbleiben, das wird Wirkung erzeugen, das werden wir spüren, das werden die Menschen außerhalb dieses Raumes in der Steiermark spüren, auch dann, wenn die Sonntagsreden zur Pensionsreform verklungen sind. Daran werden Sie auch gemessen werden, Frau Landeshauptfrau.

Ich bringe nun den Entschließungsantrag der Grünen ein betreffend Verhinderung der geplanten Pensionsreform durch das Land Steiermark:

Der Landtag wolle beschließen:

I. Der Landtag spricht sich gegen die am 29. April dieses Jahres von der Bundesregierung beschlossene Regierungsvorlage zur Pensionsreform aus.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert, erstens der Bundesregierung mitzuteilen, dass das Land Steiermark die geplante Pensionsreform ablehnt.

Zweitens dabei der Bundesregierung insbesondere mitzuteilen, dass die geplante Pensionsreform die Altersarmut von Frauen auf erschreckende Weise erhöhen würde.

Drittens den Konsultationsmechanismus in Gang zu setzen, um die geplante Pensionsreform zu verhindern. (Abg. Bittmann: „Bereits erfolgt!“) Stimmt, nehme ich zurück! Das habe ich aber erst heute erfahren, so viel zum Thema Informationspolitik.

Ich freue mich darüber, dass er in Gang gesetzt worden ist, habe ich jetzt erst erfahren.

Viertens bei den Verhandlungen im Konsultationsgremium die durch die Pensionsreform verursachten finanziellen Ausgaben für das Land Steiermark und die steirischen Gemeinden abzulehnen.

Fünftens die Landeshauptleutekonferenz als Koordinationsgremium für gemeinsame Maßnahmen gegen die geplante Pensionsreform zu nutzen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Ihre Zustimmung. Danke! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 16.41 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Gennaro, bitte!

Abg. Gennaro (16.41 Uhr): Frau Landeshauptmann! Herr Präsident!

Ich möchte gleich mit dem letzten Punkt beginnen, Frau Landeshauptmann, wo Sie gesagt haben, für Streik haben Sie kein Verständnis und für Demonstrationen, es ist Ihnen wichtiger, der „runde Tisch“ wird vorgezogen und die Gewerkschaft wäre nicht bereit gewesen zu einem Gespräch. Das ist eine Unterstellung. Wir waren immer bereit. Aber wenn der Herr Bundeskanzler sagt, ihr könnt schon kommen, aber wenn er es so macht, dann wird die Bereitschaft natürlich geringer sein. Aber, Frau Landeshauptmann, jetzt muss ich Sie einmal etwas fragen. Ich weiß nicht, vielleicht können Sie sich 14 Jahre zurückerinnern. Ich habe mir das herausgeholt. Ich darf Sie zitieren, da haben die Lkw wegen des Nachtfahrverbotes gestreikt. Da haben die Klasnic-Lkws in der Straßganger Straße, Kärntner Straße beim McDonald voll blockiert. Die Frau Landeshauptmann hat dort gemeint – damals waren Sie ja noch Wirtschaftslandesrätin – „die Wirtschaftslandesrätin ist als Frächterin allerdings mit den Blockierern solidarisch“. Jetzt frage ich Sie, sind Sie mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die Sie immer vortäuschen zu vertreten, nicht solidarisch? Die haben keine andere Möglichkeit als zu demonstrieren. (Beifall bei der SPÖ.)

Frau Landeshauptfrau, ich habe Sie noch nie gehört, wenn die Bauern mit den Traktoren auf der Ringstraße auffahren, wenn die Ärzte mit dem weißen Kittel demonstrieren – ist alles ihr Recht –, wenn die Rechtsanwälte streiken und, und, und. Da gibt es niemanden, der Verantwortung einfordert, Schadenersatz fordert. Herr Landesrat Paierl hat gesagt, das soll die Gewerkschaft zahlen, weil wir schädigen die Betriebe. Ich darf euch auch eines sagen: Die Unternehmer sind mit eingebunden, meine Damen und Herren. Drei Jahre hat sich die Wirtschaft jetzt zurückgelehnt und Sie alle wissen genau, dass die Unternehmer und die Arbeitnehmer das soziale Netz, sprich die Finanzierung der Pensions- und Krankenversorgung finanzieren, dass dieses soziale Netz leider durch diese Bundesregierung immer mehr Löcher kriegt. Das heißt für uns, aufpassen, da müssen wir eingreifen. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben keine andere Wahl, wenn es Angriffe auf das Sozialsystem gibt, sich mit einem Abwehrstreik zu betätigen, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Man wird sich anschauen. Zurzeit findet in Wien eine Demonstration statt. (Abg. Wiedner: „Die Lehrer!“) Nein, die Lehrer waren schon Vormittag dran. Ihr könnt es ja dann im Fernsehen nachvollziehen. Ich bin überzeugt, es wird sich zwar der Herr Bundeskanzler nicht beeindrucken lassen, aber eines wird erreicht werden.

Diese Zugänge in den letzten Wochen und Tagen, da spürt man, wie die Menschen der Betroffenheit jetzt erst einmal nachkommen. Warum gehen so viele Leute auf die Straße? Weil sie langsam nachdenken und jeder weiß, das kann es ja nicht sein, wenn so viele Leute demonstrieren gehen, vielleicht bin ich auch Betroffener und fängt an, sich mit der Materie weiter auseinander zu setzen, ohne dass man in die Tiefe gehen muss, in die Zahlen. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir mussten diese Demonstration, meine Damen und Herren – ich werde euch dann um fünf Uhr weiter berichten, weil ich werde dann in einer zweiten Wortmeldung unseren Entschließungsantrag einbringen –, wir mussten diese Demonstration, die außerhalb stattfindet vom Ballhausplatz auf den Heldenplatz verlegen, weil so eine große Teilnahme ist. Ihr werdet euch überzeugen können. Wenn Sie die Rolle der Sozialpartner herausstreichen, Frau Landeshauptfrau, dann weiß ich schon, dass im Regierungspapier auch drinnen steht, man muss über das Versammlungsrecht nachdenken. Was heißt denn das im Klartext, meine Damen und Herren? Im Klartext heißt das, da müssen wir etwas ändern, weil es gibt zurzeit Gott sei Dank in Österreich das Streikrecht, die Möglichkeit und es darf sogar laut Verfassung keiner entlassen werden, wenn er streikt. Da will man auch einschneiden. Der Gewerkschaft haben Sie die Frage gestellt, Sie haben gar nicht gewusst, dass so viel Geld in der Streikkasse ist, da muss man etwas überlegen. Was wollen Sie denn überlegen? Wollen Sie den Gewerkschaftern, wollen Sie den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Ihre Beiträge für andere Dinge wegnehmen, damit sie sich nicht rühren können, wenn es eng wird, Frau Landeshauptmann? Ist das Ihre soziale Einstellung? Ist das Ihre Magnolienbaumtheorie? (Beifall bei der SPÖ.)

Es trifft jeden, meine Damen und Herren, es tritt natürlich nicht die, die derzeit in Pension sind. Aber, wenn er ein, zwei Jahre vor der Pension ist oder alle, die knapp vor der Pension sind, die sind alle verunsichert. Frau Landeshauptmann, wenn Sie sich da herstellen und sagen, es passiert niemandem etwas, dann darf ich Ihnen das sagen, hier gibt es Berechnungen – (Abg. Bittmann: „Das glaubst du ja selber nicht. Das stimmt ja nicht!“) Du kannst nachher reden, Bittmann, du bist ohnedies nicht betroffen, weil du hast so viel Geld, dass du eine Privatvorsorge machen kannst, aber wir nicht.

Jeder, der bitte im Jahr 2004 seine Pension antritt, hat, wenn diese Reform durchgeht, von Beginn an 11 Prozent weniger Pension, das müssen Sie einmal wissen, Frau Landeshauptmann. Ich glaube, Sie kennen die Details nicht. Dann stellen Sie sich her und sagen, es ist ohnedies keiner betroffen. Ich trete genauso ein für einen Generationenvertrag. Mir tut das weh, wenn meine Neffen zu mir sagen: „Du weißt ohnedies, Onkel, wir werden wahrscheinlich überhaupt keine Pension kriegen!“ Wir sind gemeinsam verpflichtet, Alt und Jung, dass wir diesen Generationenvertrag aufrechterhalten und uns dafür einsetzen. (Beifall bei der SPÖ.)

Frau Landeshauptfrau, wo ist Ihre christlich-soziale Einstellung? Wenn Sie den Menschen versprochen haben, Sie wollen sie an dem Erfolg teilhaben lassen. (Abg. Zierler: „30 Jahre SPÖ!“) Sie sind eine Frau, jetzt frage ich Sie konkret. Da gibt es einen Punkt drinnen: Durchrechnungszeitraum 40 Jahre. Meine Damen und Herren, jeder, der 40 Jahre Vollbeschäftigung hat, hat überhaupt kein Problem mit einem Durchrechnungszeitraum von 40 Jahren. Jetzt hören Sie mir genau zu, Frau Landeshauptmann, Sie wissen es. Wenn eine junge Frau Kinder bekommt, geht sie einmal in Karenz, diese Zeiten sind schon einmal nicht Beitragszeiten, außer es wird etwas geändert, dann in der weiteren Folge muss sie eventuell ein paar Jahre Auszeit nehmen, weil sie zu Arbeiten aufhört. Dann gehen die Kinder in die Schule, dann fängt sie einsteigen an, aber auch nur mit Teilzeitbeschäftigung und jetzt rechnen wir 40 Jahre diese Versicherungszeiten durch, weil es keine Beitragszeiten sind, dann können Sie sich anschauen, wenn jetzt die Durchschnittspension der Frauen bei rund 700 Euro ist, wie viel die dann nach 40 Jahren Durchrechnungszeitraum ausmacht. Und da sagen Sie, es ist keine Verschlechterung? Ich bitte Sie sogar darum, erheben Sie Ihre Stimme in diesem Sinne für diese Frauen, die Sie auch vertreten sollen und wo Sie das Leid der Mütter kennen. Weil wenn ich mir den „Magnolienbaum“ durchlese, kommen mir manchmal die Tränen, weil irgendwo haben wir den gleichen Zugang, was die Jugend betrifft, aber Ihr Handeln ist ganz anders, als Sie öffentlich darlegen.

Wenn wir vom Drei-Säulen-Modell reden, meine Damen und Herren. Ich frage euch jetzt konkret, Kollege Bittmann und du, Kurt Tasch, hört zu jetzt. Drei-Säulen-Modell, Eigenvorsorge, staatliche, betriebliche und Eigenvorsorge. Kennt ihr oder wisst ihr, wovon ihr redet? Kennt ihr das Durchschnittseinkommen der Steierinnen und Steirer? (Abg. Wiedner: „Nur du weißt es!“) Ich weiß es besser als du vielleicht. Das Durchschnittseinkommen der Männer durchschnittlich 1300 Euro und bei den Frauen sind wir knapp über 800 Euro, darf ich Ihnen sagen, Abfertigung. Der Gehalt von einem Jugendfacharbeiter – das wisst ihr alle genau und Herr Landesrat Paierl, Sie müssten die Zahlen kennen als Wirtschaftslandesrat, was draußen bezahlt wird, ich glaube, Sie haben keine Ahnung, was sich in den Betrieben abspielt, denn sonst würden Sie nicht so glorreiche Äußerungen machen. Wenn jetzt einer eine private Vorsorge machen soll, dann frage ich euch, wir haben von Versicherungen Berechnungen bekommen, ein heute zum Beispiel 52-Jähriger braucht überhaupt nicht mehr anzufangen eine Pensionsvorsorge zu machen. Selbst ein 40-Jähriger müsste über 230 Euro, rund über 3000 Schilling, zahlen, dass er den Verlust, den er durch diese Reform erleidet, aufholen kann. Meine Damen und Herren, das ist unmöglich. Wir können bei Kollektivvertragsverhandlungen nie so viel herausholen, dass wir diesen Verlust wettmachen. Das sind die Realitäten, meine Damen und Herren, so schaut es aus. Daher können wir nicht hergehen und sagen, wir forcieren das. Privatvorsorge ist schon klass, die macht ohnedies jeder, der es sich leisten kann. Nur, ich will von Ihnen die Antwort haben, ob eine Frau mit 700 oder 800 Euro Verdienst eine Privatvorsorge machen kann und ein Familienvater, eine Jungfamilie mit vielleicht 1300, 1400 Euro, dass sich der 300 Euro im Monat weglegen kann, damit er eine Eigenvorsorge macht. Wir lügen uns ja alle selbst in den Sack, meine Damen und Herren, und daher sind wir aufgerufen zu sorgen, dass hier Übergangsregelungen, dass, wenn einer 45 Jahre schwer am Bau gearbeitet hat, dass es genug ist und dass er in Pension gehen kann mit 80 Prozent des Einkommens. (Beifall bei der SPÖ.)

Und, meine Damen und Herren, weil ich gerade bei den Bauarbeitern bin. Ich glaube, wir haben heute die Bauintiative diskutiert. Wisst ihr, dass ein Bauarbeiter oder ein Saisonbeschäftigter aber nicht im Geringsten in diese Möglichkeit kommt, dass er in die Hacklerregelung fällt, was ohnedies schon eine Frechheit ist, weil die Menschen haben sich dieses Wort gar nicht verdient, weil die arbeiten fleißig und selbst diese sind betroffen, wenn sie jetzt in Pension gehen und wenn einer noch sogar im Betrieb eine Altersteilzeit hat, hat er schon Probleme mit dem Übergangsgeld. Ein Bauarbeiter, der ausgeschunden ist, kann nach 45 Jahren nicht in Pension gehen, weil er die Beitragszeiten nicht zusammenbringt, meine Damen und Herren. Das ist auch ein Faktum, daher redet nicht, es sei alles in Ordnung.

Von den Zuschüssen noch ganz kurz. Wir wissen, dass die Pensionszuschüsse – Zuschuss ist auch schon schlecht, der Pensionsbeitrag, weil diese Theorie, die es einmal gegeben hat, ein Drittel der Staat, ein Drittel der Arbeitgeber und ein Drittel der Arbeitnehmer, das hat ja im ASVG-Bereich der Staat nie einlösen müssen, das müssen wir einmal sagen und durch diese jetzige Reform werden nur bei den ASVG-Versicherten die Haare geschnitten, alle anderen bleiben verschont. Das wissen wir, das steht auch drinnen. Und, Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl – ich war ja ganz entzückt, als der das gestern im Fernsehen gesagt hat, naja, da muss man schon harmonisieren, das kann nicht heißen, dass ein paar bessergestellt sind. Ich stehe zu einer Harmonisierung der Pensionsreform, weil wir das schon 1990 als Metallgewerkschaft und GPA-Gewerkschaft gefordert haben. Nur hat man sich vor einer Harmonisierung des Systems immer vorbeigeschwindelt.

Meine Damen und Herren!

Wir haben das schon umgesetzt, wir werden das umsetzen. Wenn die Frau Landeshauptmann, das muss ich Ihnen auch noch sagen, dass ich ja nicht vergesse, wenn Sie öffentlich im Fernsehen auftreten so wie gestern am Abend, ich hätte mich bald verschluckt, wie ich Sie gehört habe, als Sie von einer Emotion geredet haben und gesagt haben, Sie merken, wie bei mir die Emotion durchgeht. Wissen Sie, was bei mir durchgegangen ist? Am liebsten wäre ich in den Fernseher reingehüpft, so zornig war ich, weil Sie die Frechheit – ich sage das Wort – besitzen haben, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter hinzustellen, dass sie nicht menschnahe sind und nicht wissen, was sich draußen abspielt. Sie haben gesagt, Personalvertreter, da gibt es überall ein paar gute, da haben Sie gleich die Kurve bekommen. Ich frage Sie jetzt, warum haben wir – Gott sei Dank, meine Damen und Herren – im ÖGB über alle Fraktionen einen einstimmigen Streikbeschluss, FCG, Freiheitliche Arbeitnehmer, Sozialdemokraten, und warum beteiligen sich bei der heutigen Demonstration nicht nur Gewerkschafter, Frau Landeshauptfrau? (Beifall bei der SPÖ.) Da redet der Neugebauer, der dagegen auftritt, da reden andere Organisationen. Wollen Sie behaupten, dass Caritas und alle auch der ÖVP nahe stehenden Organisationen, die diesen Pensionsraub nicht mittragen wollen, nicht in Ordnung sind? Sind die im oberen Stock nicht ganz rein oder was, weil sie die beteiligen? Ich halte das für eine vernünftige Aktion und ich bedanke mich offiziell auch bei allen anderen Fraktionen, die diesen Beschluss mittragen. Ich hoffe nur, es fällt keiner um. (Beifall bei der SPÖ.)

Und zum Schluss kommend, Frau Landeshauptfrau, die Wirtschaft, wie der Herr Landesrat Paierl gesagt hat, die Wirtschaft ist ja gar nicht betroffen, die Gewerkschaft streikt gegen die Betriebe, sie treffen die Falschen. Ich habe am Beginn gesagt, die Wirtschaft ist betroffen, die finanzieren das soziale Netz. Und fragen Sie einmal, Herr Landesrat, wenn Sie in einen Betrieb reinkommen, ich mache das bei jeder Versammlung, jetzt habe ich wieder viele Gelegenheiten, da frage ich im Betrieb, bitte, meine Kolleginnen und Kollegen, Hand auf, wer ist älter als 58 Jahre bei den Männern und älter als 53, 54 bei den Frauen? Da täten Sie sich einmal anschauen, wie viele die Hand aufheben. Daher weiß die Wirtschaft ganz genau, dass sie die älteren Menschen nicht beschäftigen kann, dass sie mitfinanzieren muss und dass wir sonst nur Arbeitslose produzieren, weil im Betrieb finden wir keine Beschäftigung, Herr Landesrat. Und daher muss uns etwas einfallen. Ich kann nicht auf der einen Seite sagen, ihr seid zum In-die-Pension-Gehen zu jung, aber zum Arbeiten seid ihr zu alt und da bringen wir Probleme zusammen. Wir würden um 80.000, über 85.000 die Arbeitslosigkeit ansteigen lassen, wenn das ohne irgendwelche Einschnitte über die Bühne geht. Dann haben wir mehr Arbeitslose.

Und zum Schluss noch eines, das ist das Wichtigste, da redet keiner drüber. Die Pensionisten können dann raufschauen, wenn wir weniger haben, da oben ist unser Geld, da fliegen die Abfangjäger.

Letzter Punkt in dem 703 Seiten langen Budgetbegleitgesetz. Meine Damen und Herren, sind öffentlich noch nicht diskutiert, ist aber drinnen, die Änderung der Arbeitslosenversicherungssituation, Notstand wird Sozialhilfe. Wisst ihr, was das bedeutet? Notstand habe ich, Versicherung brauche ich nicht zurückzahlen, Sozialhilfe – bin ich nicht versichert, muss ich zurückzahlen, kann ich es nicht zurückzahlen, müssen es die Kinder und Angehörigen bezahlen. Sozialhilfe kann ich nur beziehen, wenn ich kein Vermögen habe. Wenn ich eine Eigentumswohnung habe, bin ich schon ausgespart und, und. Wenn die Frau beschäftigt ist, kriege ich keine Sozialhilfe und wenn ich zwei, drei Jahre vor der Pension Sozialhilfeempfänger werde für das, dass ich 45 Jahre gearbeitet habe, weil ich länger arbeiten muss, dann bin ich ein Sozialschmarotzer und muss das zurückzahlen bei einer geringen Pension. Ist das christlich-sozial, Frau Landeshauptmann? Ich glaube, da gibt es genügend Argumente, die Zeit der Diskussion oder der Rede ist leider schon zu Ende. Ich könnte Ihnen noch zwei Stunden etwas sagen, dass Sie munter werden. Unter dem Strich, meine sehr verehrten Damen und Herren, heißt das, wenn ich keine Sozialhilfe beziehen kann, dann sind die Menschen wie vor zig Jahren ausgesteuert. Und die Plakate, damit bin ich fertig, meine Damen und Herren, ihr habt gelacht darüber. Wisst ihr, wie alt die sind? (Abg. Dietrich: „Aus den fünfziger Jahren!“) 1953, gewonnen, ein Sackerl Gelee und einen Weinbrand. Danke! (Beifall bei der SPÖ und den Grünen. – 16.56 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Abgeordneter Drexler.

Abg. Mag. Drexler (16.56 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Vielleicht gleich zu Beginn! Danke für das Quiz, wie alt die Plakate sind. Sie gehören in den Berg der Erinnerungen und nicht an die Spitze einer Diskussion über die Zukunft Österreichs. (Landesrat Schützenhöfer: „Ihr habt leider nichts gelernt in der Zeit!“) Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war, seitdem der Text der Anfrage so weit bekannt war, davon auszugehen, dass es nicht in erster Linie um eine seriöse Debatte, um eine verantwortungsvolle Debatte geht (Abg. Kaufmann: „Was war da jetzt unseriös?“), sondern dass es um populistischen oppositionellen Reflex geht in weiten Teilen. Das war anzunehmen, denn wenn man sagt, es ist unsozial, über eine Pensionsreform zu reden, es ist unsozial, eine Pensionsreform durchzuführen, die eine ordentliche Pensionsreform sein muss, die auch wirklich ein Ergebnis bringt. (Abg. Gross: „Genau so eine wollen wir!“) Wenn man sagt, das ist unsozial, dann hat man die Botschaft wirklich nicht verstanden, denn es geht genau darum. Es wäre unsozial, keine Reform zu machen. (Beifall bei der ÖVP.) Es wäre unsozial, keine Reform zu machen und wenn jetzt davon gesprochen wird, dass die Jugendlichen und die Jungen im Land besonders von dieser Reform betroffen wären und versucht wird, ihnen Angst zu machen, was Gott sei Dank zu einem Großteil nicht gelingt, dann ist das eine interessante Botschaft. Denn der Neuigkeitswert, dass die Jüngeren stärker von der Reform betroffen sein werden, ist ja wohl kein besonderer. Es kann gar nicht anders sein. Nur, was ist die Alternative dazu? Was ist die Alternative dazu, wenn es keine Reform gibt, wenn wir eine Nichtreform haben? (Landesrat Mag. Erlitz: „Keine ist es ja nicht!“) Dann werden die Pensionen der heute unter 40-Jährigen zu einer Zitterpartie. Und auf die wollen wir uns nicht einlassen. (Beifall bei der ÖVP.)

Und wenn Kurt Gennaro sagt, dass ihn seine Neffen darauf ansprechen, Onkel, es ist leider so, wir fürchten uns, wir kriegen gar keine Pension mehr. Dann kommt mir das vor wie beim Walt Disney, da sind die drei Neffen auch immer gescheiter als der Donald Duck.

Die Diktion dieser ganzen Anfrage – die Alternative Nichtreform wird uns zum Beispiel sehr seriös vorgerechnet in einer Broschüre der Arbeiterkammer Vorarlberg. Und auch der Kurt wird zustimmen, dass man dem Josef Fink und seinen Leuten in der Arbeiterkammer Vorarlberg sicher nicht Rechtsüberholertum oder soziale Kälte oder sonst etwas vorwerfen kann. Aber die haben mit Experten Folgendes berechnet: Wenn es keine Reform gibt, gibt es im Jahre 2045 drei Möglichkeiten: Beiträge um 53 Prozent erhöhen, Pensionen um 45 Prozent kürzen oder Pensionsantrittsalter um mehr als zehn Jahre erhöhen. Das wollen wir nicht und daher brauchen wir heute eine Reform. (Beifall bei der ÖVP.)

Um auf die Diktion zurückzukommen, mit der hier gearbeitet wird. Von Pensionsraub ist die Rede. Wer mit Gewalt gegen eine Person oder durch Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib oder Leben einem anderen eine fremde bewegliche Sache mit dem Vorsatz wegnimmt oder abnötigt, durch deren Zueignung sich oder einen Dritten unrechtmäßig zu bereichern, ist mit Freiheitsstrafe von einem bis zu zehn Jahren zu bestrafen, das ist der Raub. Meine Damen und Herren, wir sind hier nicht in einer Diktatur oder in einem autoritären Regime, wir sind in der demokratischen Republik Österreich und hier raubt keine Regierung irgendjemandem etwas. Wer eine tief greifende Pensionsreform zu Fall bringen will, übt Verrat an der Jugend und das ist die Motivation, die uns dabei treibt, eine wirkliche und tief greifende Pensionsreform durchzuführen. Nicht, wie es in der Anfragebegründung heißt, durch die geplante Reform wird unser bewährtes Pensionssystem zerstört. Durch Nichtstun, durch Zaudern kommt unser bewährtes Pensionssystem in Gefahr. (Beifall bei der ÖVP.)

Jene, die das blockieren, die eine tief greifende Reform blockieren, zerstören die Verlässlichkeit unseres Pensionssystems. (Beifall bei der ÖVP.)

Eines darf ich schon auch sagen, wir hören in den letzten Tagen und Wochen permanent davon, dass alles überfallsartig und eilig ist, als hätte niemand irgend etwas gewusst, dass der demografische Hintergrund sich ändert, dass wir hier einen Wandel haben, dass die Leute Gott sei Dank älter werden, dass wir leider weniger Geburten haben. Ja, wir müssen vor diesem Hintergrund die Pensionen für die Zukunft sichern und dann ist Eile angebracht, weil es ist fünf vor zwölf. Wenn wir jetzt nicht mit Eile handeln, dann sind wir mir mitten in der sozialpolitischen Geisterstunde und dort wollen wir nicht hin! (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa: „Das sagen ja sogar die Pensionsexperten, dass das in so einem Affentempo nicht geht!“) Es ist ja nicht so, dass seit gestern über dieses Thema diskutiert wird. Ich frage mich nur, warum manche jetzt plötzlich draufkommen, dass sie jetzt noch über den Sommer diskutieren müssen. Wir haben uns eben schon in der Vergangenheit ausreichend Gedanken gemacht über diese Thematik. (Abg. Gross: „Das sieht man!“ – Abg. Gennaro: „Ja, ihr tut nichts, das ist der Unterschied!“) Es ist schon auf eines auch hinzuweisen. Wenn wir jetzt über manches in dieser Reform sprechen und Sie werden ja auch bemerkt haben, dass vom ursprünglichen Entwurf zum derzeit vorliegenden Entwurf es maßgebliche Veränderungen gegeben hat. (Abg. Gennaro: „Maßgebliche Verschlechterungen!“) Maßgebliche Veränderungen, die vielfach berechtigter Kritik entgegengekommen sind. Frau Landeshauptmann hat es in ihrer Beantwortung entsprechend auch zum Ausdruck gebracht. Aber ich sage Ihnen eines, manches an dem, was hier argumentiert wird, erinnert mich eben wieder an die Propaganda, die wir auch 2000 erlebt haben. Ich weiß nicht, ob man allen Berechnungen, die es hier gibt, trauen kann. Denn ich erinnere mich, dass wir vom ÖGB im Jahre 2000 vorgerechnet bekommen haben, dass, wenn man Kreuzschmerzen hat, das in Hinkunft 3155 Schilling kostet. Niemals eingetreten, niemals geplant. Warum soll ich dann den ÖGB-Plakaten mit den 47 Prozent Pensionsverlust für die Frau Geburtsjahr 66, derzeit 37 Jahre, Pensionsstichtag 2028, wieso soll ich diesen Berechnungen mehr trauen, wenn die eigenen Berechnungen uns für das gleiche Beispiel eine Summe von 10 Prozent an Verlust hier zeigen? Das ist keine seriöse Debatte, die wir im Grunde genommen führen wollen. Ich darf vielleicht zu der Anfrage auch noch eines sagen. Manche der konkreten Fragen demaskieren ja hier den Charakter dieser Dringlichen Anfrage als populistisches Unterfangen.

Denn bitte schön erklären Sie mir, wie irgendein Mensch eine seriöse Antwort darauf geben soll, wie viele Arbeitslose es im Jahre 2013 gibt. Also diese Frage zeigt eindeutig, worum es Ihnen geht. Oder schauen wir zur Frage 18. Was wollen Sie denn da bitte von der Frau Landeshauptmann? Dass Sie die Mandatare der Volkspartei im Nationalrat und Bundesrat knebelt und ihnen vorgibt, wie sie in den Verhandlungen zu agieren haben, wie sie abzustimmen haben? (Abg. Gennaro: „Einfluss nehmen kann sie!“) Meine Damen und Herren, es wird Ihnen wahrscheinlich die Bundesverfassung einigermaßen bekannt sein. Sie fordern ja geradezu zum Verfassungsbruch auf, wenn Sie das freie Mandat im Artikel 56 des BVG hier auf diese Art und Weise hintanstellen.

Jetzt vielleicht noch einmal zu ein paar grundsätzlichen Punkten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind gerne bereit, eine seriöse und ernsthafte Debatte darüber zu führen, wie wir nachhaltig die sozialen Sicherungssysteme in dieser Republik absichern wollen, wie wir nachhaltig Verlässlichkeit unseres Sozialstaates garantieren können. Das ist jene Politik, von der wir reden und die wir praktizieren. Soziale Gerechtigkeit muss in der heutigen Zeit vor allem vor dem Hintergrund der Generationengerechtigkeit gesehen werden und alles andere als heute – ich habe schon gesagt, es ist fünf vor zwölf, wir wollen nicht in die sozialpolitische Geisterstunde, wo dann plötzlich der große Crash kommt. Wir müssen nachhaltige Reformen machen und dürfen sie nicht zerreden. Wir dürfen sie nicht auf die lange Bank schieben, wir müssen sie umsetzen. Denn ich sage es noch einmal, sonst werden die Pensionen der unter 40-Jährigen eine Zitterpartie und das ist keinesfalls das, was wir unter verantwortungsvoller Politik verstehen. Es sind die parlamentarischen Verhandlungen ernst zu nehmen. Es hat bisher schon Veränderungen vom ersten Entwurf des Sozialministeriums gegeben und es wird in den parlamentarischen Verhandlungen sicher auch noch Gespräche geben, es wird noch an Schrauben gedreht werden. Es ist über die Frage der Wertsicherung all der Beiträge zu diskutieren. Ja, es ist über verschiedene Punkte noch zu diskutieren und daher werden wir auch den Entschließungsantrag der Freiheitlichen unterstützen in dem Bemühen, noch die eine oder andere Diskussion jedenfalls im Parlament zu führen. Aber es geht nicht darum, eine Politik der billigen Effekthascherei, wie sie zum Teil auch bei den Streiks und Maßnahmen im Hintergrund gestanden ist, zu üben, sondern es geht um Verhandlungen.

Kurt, ich muss – ich weiß nicht, ob er momentan da ist – schon eines sagen, aus einem Nebensatz im Regierungsprogramm, wo drinnen steht, dass in dieser Legislaturperiode die Reform des Versammlungsgesetzes auch zu diskutieren ist, abzuleiten, dass diese Bundesregierung das demokratische Demonstrationsrecht, die Versammlungsfreiheit und das Streikrecht in Abrede stellt, das ist schon ein starkes Stück und das möchte ich an dieser Stelle entsprechend auch zurückweisen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt noch einen wesentlichen Punkt, auf den ich noch hinweisen möchte. Wir haben jetzt gehört, dass die Sozialpartner eigentlich, wenn sie jetzt eben draufgekommen sind, dass hier jetzt eben eine Reform zu machen ist, im Sommer die Zeit dazu hätten, diese Reform irgendwie vor auszuplanen. Wenn die Kapazität der Sozialpartner groß ist, dann möchte ich an dieser Stelle diese Sozialpartner auffordern, sich über ein wirkliches Problem, das im Zusammenhang mit dem Thema Pensionsreform steht, Gedanken zu machen, da sind die Sozialpartner aufgerufen. Nicht nur billige Effekthascherei auf der Straße, sondern da wäre die Kreativität gefordert, da wäre es gefordert Ideen zu gebären, wenn es darum geht, was können wir tun, damit wir die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch tatsächlich in Beschäftigung halten. Das wäre ein Thema für eine Sozialpartnerinitiative. (Beifall bei der ÖVP.)

Denn es wäre jedenfalls zynisch von der Politik zu sagen, bitte, wir machen eine Reform, ihr müsst alle bis 65 arbeiten, aber gleichzeitig gibt es keine Jobs für die bis 65-Jährigen. Da wäre eine Sozialpartnerinitiative wirklich gefragt. Und ich sage das deswegen heute, damit es dann, wenn es von der Bundesregierung vielleicht eine Maßnahme zu diesem Thema gibt, nicht wieder heißt, die Sozialpartner müssen von dann weg wieder drei bis vier Monate brauchen, um darüber zu beraten. Ich fordere die Sozialpartner auf, sehr intensiv und rasch über dieses Thema nachzudenken und ein Paket zur Beschäftigung der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich vorzunehmen und dazu Ideen zu haben. Ich glaube, dass das im Sommer eine sehr sinnvolle Beschäftigung für die Gewerkschaft und alle anderen in dem Zusammenhang wäre. (Abg. Gennaro: „Da brauchst du dir keine Sorgen machen!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, worum es mir geht, ist klar zu machen, es braucht jetzt eine tief greifende Pensionsreform. Die Alternative dazu, das Verschleppen, das Weiter-auf-die-lange-Bank-Schieben, wäre ein Verbrechen an der jungen Generation in diesem Land. Wir brauchen diese Reform jetzt und ich bitte Sie, jeden auf seine Weise, einen Beitrag zu dieser sozial gerechten, aber auch generationengerechten Politik zu leisten. (Abg. Gennaro: „Dann setzen wir das um, was die Sozialpartner wollen und alle politischen Vertreter!“) Wir haben auch schon in der Beantwortung unserer Frau Landeshauptmann gehört, dass das der Weg hier im Lande in jedem Fall ist. Ich darf Ihnen versichern, dieses Maß an Gerechtigkeit ist auch der Weg der Bundesregierung. Recht herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 17.12 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Klubobmann Abgeordneter Schrittwieser.

Abg. Schrittwieser (17.13 Uhr): Frau Landeshauptmann! Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Irgendwann, meine Damen und Herren – vor allem von dieser Seite – ist lustig vorbei und irgendwann sage ich euch aus ganz persönlicher Betroffenheit, könnt ihr euch das Schmähführen, wenn es um eine so wichtige Debatte der Pensionssicherung wirklich geht, in die Haare schmieren. So geht man, meine Damen und Herren, mit Leuten, die in 30, 40 Jahren keine Pension mehr haben werden, weil sie Ausgleichszulagenbezieher sind, nicht um. (Beifall bei der SPÖ.) Und man lacht auch nicht drüber in diesem Hohen Haus, wenn es Leute gibt,

meine Damen und Herren, die sich um diese Sache annehmen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Du weißt ja gar nicht, wovon du redest!“) Ich würde mir endlich einmal wünschen, Frau Landeshauptmann, bitte hören Sie mir jetzt zu, ich habe das schon ein paar Mal gesagt, ich würde mir endlich wünschen, dass Sie das, was Sie im Wahlkampf, was Sie täglich bei Besuchen von Veranstaltungen vorgeben, nämlich für das Land und für die Menschen dieses Landes da zu sein, auch tun. Weil eines steht fest, Sie halten bei allem, was vom Bund kommt und uns schadet, dieser Bundesregierung die Stange. Und bei dieser Pensionsreform sind sie noch dazu dabeigesessen und haben gesagt, jawohl, so machen wir es, weil der Herr Schüssel der große Macher sein will. Endlich sollten wir dafür eintreten, was notwendig ist, nämlich für die Menschen, die künftig wirklich ein Problem haben. Und Sie schreiben, Frau Landeshauptmann, im „Magnolienbaum“, dass Sie eine gute Fügung gehabt haben. Meine Herrschaften, ich werde euch das vorlesen, ich werde euch das zitieren, im „Magnolienbaum“, Seite 47. Ich weiß nicht, wer den gelesen hat von euch, aber da steht: „Ich habe immer Glück gehabt. Es ist immer die richtige Fügung gewesen.“ Und weil sie selber in ihrem Leben immer Glück hatte, wie sie sagt, will Waltraud Klasnic auch zum Glück anderer Menschen beitragen, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Mit dieser Pensionsreform tragen Sie nicht zum Glück anderer Menschen bei, sondern Sie tragen dazu bei, meine Damen und Herren, dass Leute in 20 und in 30 Jahren 30, 40 Prozent weniger Pension haben als heute. Und ich möchte noch zitieren den Kollegen Schützenhöfer, der von einer ÖAAB-Veranstaltung zur anderen, wir machen das schon seit langer Zeit, überall predigt aus parteipolitischen Gründen, wir wollen eine Mindestpension von 1000 Euro, wir wollen ein Mindesteinkommen von 1000 Euro. Jawohl, wir wollen das. Aber was hier passiert, meine Damen und Herren, da können wir von 1000 Euro nur träumen. Da wird nichts davon übrigbleiben als ein Almosen. Und ich kann euch eines versichern, Freunde, ich weiß, von was ich rede. Wir waren sechs Kinder zu Hause Anfang der fünfziger Jahre und uns ist es oft so gegangen, dass wir beim Bauern die Milch geholt haben, haben sie nicht bezahlen können und der Bauer hat gesagt, zahle sie im nächsten Monat. Und es hat Tage gegeben, weil der Bub ministriert hat, wo er meiner Mutter ein paar Schilling zugesteckt hat, dass wir für das Nötige aufkommen konnten. Und jetzt sage ich dir, wer soll denn künftig noch für das Nötige aufkommen können? Ich weiß, wovon ich rede. Und wenn ihr euch da lustig macht, meine Damen und Herren der ÖVP und der FPÖ, dann schämt euch dafür. Wir stehen für diese Art der Politik nicht zur Verfügung. Wir stehen wirklich für die Menschen zur Verfügung und wir werden alles tun, das können wir euch garantieren, dass wir die Abgeordneten davon überzeugen, dass sie gegen diese unsoziale und ungerechte Pensionsreform im Parlament stimmen. Ich hoffe, ich habe von Herrn Landeshauptmann Haider nie sehr viel gehalten, aber ich hoffe, dass er einige der freiheitlichen Abgeordneten überzeugen kann, weil uns jeder, der gegen diese Pensionsreform auftritt, recht ist. Denn diese Pensionsreform wäre für die Betroffenen eine Katastrophe. Ich habe eine 24-jährige Tochter. Wisst ihr was, eine 24-jährige Tochter, die 50 Prozent Beschäftigung hat! Andere arbeiten beim Billa drei Stunden, fünf Stunden, zwei Stunden. Und jetzt nehmen wir denen noch, wenn sie ohnedies nur Teilzeitbeschäftigung haben, weil es keinen anderen Job gibt oder sie keinen bekommen, denen nehmen wir dann auf Grund der Durchrechnung, auf Grund des Steigerungsbetrages und auf Grund des höheren Eintrittsalters noch einmal 20, 30 und 40 Prozent weg. Was glaubt ihr, wer das Ganze zahlen und finanzieren wird? Es wird zurücklaufen auf die Gemeinden, in der Sozialhilfe und wir werden diese Menschen in 30, 40 Jahren zu Bittstellern machen, dass sie, obwohl sie ein Leben lang gearbeitet haben, Bittsteller sind, dass sie das Nötigste haben, dass sie leben können, meine Damen und Herren. Es ist eine Schande, wenn ihr nur ein Wort der Verteidigung für diese Reform findet. Wir werden diese Reform bekämpfen so lange es geht. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich sage noch etwas dazu. Ich sehe, es gibt bei euch, die nicht rein parteipolitische oder Parteisoldaten spielen, sogar betroffene Gesichter, und das ist gut so. Aber ich sage eines dazu, das ist ja nicht eine Hetz, die sich die SPÖ da macht, dass dieser Pensionsentwurf, dem Sie, Frau Landeshauptmann, zugestimmt haben als stellvertretende Bundesparteivorsitzende, es sind ja nicht nur wir, die sagen, das ist nichts wert. Es sagt zum Beispiel ein Pensionsexperte der WIFO, warum im ASVG-System so abrupt, so hart gekürzt wird, verstehe ich nicht. Es sagt der Alois Guger: „Das Hauptproblem ist, dass einige Bevölkerungsgruppen kumulativ betroffen werden. Bei Frauen etwa ist durch die geringe Bewertung der Kindererziehungszeiten die Hälfte der Pension weg!“ Und es sagt der Bernd Marin, der wirklich nicht in Verdacht ist, zutiefst sozialdemokratisch zu sein, er sagt, das ist ein klarer Fall von Pensionsraub, meine Damen und Herren. Ein Experte, der weiß, wovon er spricht. Und wir haben den Bernd Marin im Landtag gemeinsam schon gehabt da drüben im Saal, wo alle beeindruckt waren, was er uns dort erzählt hat und gesagt hat. Aber kein Wort hat der Bernd Marin da drüben gesagt, dass es zu einem Überfall der Pensionisten und der Jugendlichen kommen muss. Und das lehnen wir ab.

Ein weiterer Punkt, auch Bernd Marin, meine Damen und Herren, er sagt: Ein Aprilscherz an technischer Stümperei und Fehlerleistung. Jetzt droht ein Eingriff in die Eigentumsrechte, der mit Beitragswahrheit nichts zu tun hat, meine Damen und Herren.

Es hat Heinz Maier, der Verfassungsjurist, gesagt: Das, was derzeit methodisch passiert, ist schrecklich. Damit wird das Vertrauen der Menschen in die Rechtssicherung völlig untergraben.

Und in der „Kleinen Zeitung“ sagt Bernd Marin auf die Frage: Was macht eigentlich ein Pensionsguru Bernd Marin zur Absicherung seines Lebensstandards, und was sagt er, wenn man die dritte Säule anspricht? Er sagt wörtlich: Ohje, ich habe viele Fehler gemacht. Ich habe einmal eine Million erspart und habe das in einen angeblich deppen- und mündelsicheren Pensionsfonds gegeben. Nach zwei Jahren sind von den 75.000 Euro exakt 49.000 Euro übrig geblieben. Ich werde also wie mein Vater wohl bis über 80 Jahre arbeiten und ich sehe an ihm das, was das für eine Problematik war, meine Damen und Herren. Das sind die Experten, die heute den Herrn

Bundeskanzler auf das hinweisen. Nicht nur die politischen Parteien, die Gewerkschafter, die Sozialpartner, meine Damen und Herren. Alle diejenigen, die etwas davon verstehen, weisen darauf hin. Und du hast gesagt, wir sind in einer Demokratie und in keiner Diktatur, lieber Kollege Drexler. Jawohl! (Beifall bei der SPÖ.)

Aber es ist unerhört, wenn in einer Demokratie der Herr Bundeskanzler den Dialog verweigert. Es ist unerhört, wenn die Wirtschaft und die Sozialpartner zu ihm gehen und sagen, bitte, beschließen wir diese Pensionsreform im Herbst dieses Jahres, im September. Wir brauchen ausreichend Zeit, um über die Betroffenheit und über die einzelnen Betroffenen nachzudenken. (Allgemeine Unruhe.) Liebe Frau Kollegin Zierler, ich würde hier in dieser Frage mit Zwischenrufen ein bisschen aufpassen, weil Sie haben es wesentlich leichter. Wenn Sie einen Engpass haben finanziell, lassen Sie sich Ihr Gewand von irgendwoher bezahlen. Das haben andere nicht, diese Möglichkeit, meine Damen und Herren. Aber nur, wenn das sehr tief ist, meine Damen und Herren, wenn wir darüber lachen, wenn wir darüber spotten, wenn sich ein sozialdemokratischer Abgeordneter darüber aufregt, was hier passiert, dann ist es wohl gerechtfertigt, dass man sagt, wenn eine freiheitliche Abgeordnete, nur dass sie adrett ausschaut, sich von der Partei ihre Kleidung bezahlen lässt, dann ist das nicht in Ordnung, sage ich, meine Damen und Herren. (Abg. Wiedner: „Setz dich nieder, Siegi!“)

Meine Damen und Herren, es ist ja wunderbar – Herr Landeshauptmann, du musst dich ja melden, du bist ja Parteiobmann –, wenn das Brunnenvergiftung ist, wo ihr die Pensionsbezieher von morgen verhöhnt und euch hier abhaut, weil wir vielleicht von gestern sind, weil wir für etwas eintreten, was notwendig und überlebenswichtig ist. Meine Damen und Herren, ihr habt in 50 Jahren nichts gelernt (Abg. Bittmann: „Ihr habt 30 Jahre nichts getan und das ist noch viel schlimmer!“), weil vor 50 Jahren haben wir euch schon gesagt, dass die Rentensicherung wichtig ist. Gott sei Dank ist die heutige Generation, die Pensionen bezieht, in einer Generation, die gute Renten hat, weil Sozialdemokraten immer dafür eingetreten sind. Wenn wir damals schon auf euch gehört hätten, wären das heute auch bereits Mindestrentner und Ausgleichszulagenbezieher. Gott sei Dank hat es uns immer wieder gegeben, damit wir die nötige Absicherung gehabt haben.

Ich sage euch noch etwas. Dass ihr die Abfangjäger trotzdem – und der Kollege Gennaro hat das schon angeschnitten – kauft, obwohl das Nötigste für unsere künftigen Pensionen nicht bereit sein wird, dafür, meine Damen und Herren, würde ich mich schämen. Ich möchte abschließend noch zitieren, Frau Landeshauptmann, auch Sie müssen das wissen.

Hört schnell zu, Kollege Majcen, das betrifft wieder euch. (Abg. Wiedner: „Siegi, das war schwach! Heute bist du schön schwach!“) Ja, dass euch das nicht passt, Kollege Wiedner, ist klar. Ihr seid ja nur mehr Anhängsel des Bundeskanzlers Schüssel, ihr habt keinen eigenen Willen mehr, ihr seid mehr denn je willenlose Geschöpfe. Dass ihr zu dem verkommt, tut mir eigentlich leid, weil man kann ja mit euch in der Steiermark durchaus konstruktive Gespräche führen. Aber dass ihr nach wie vor nur Parteidisziplin haltet und bei dieser Sache mittut, verstehe ich nicht. Ich möchte einmal dabei sein, was ihr der Bevölkerung in euren Heimatbezirken erzählt. Jetzt sage ich euch noch etwas. Bundeskanzler Schüssel, nur um bei der Wahrheit zu bleiben, hat 1990 behauptet, man darf den älteren Menschen keine Angst machen, die Pensionen sind sicher. Fragen Sie den, der am 1. Jänner nächsten Jahres in Pension geht und 11 Prozent bereits verloren hat, nur weil diese Pensionsreform in Kraft tritt. Bei der Erhöhung müssen wir bei 0,7, 0,8 oder 1,1 Prozent jedes Jahr gewaltige Initiativen setzen, dass das überhaupt geht. Aber dass jene Pensionisten 11 Prozent weniger haben ist euch egal, weil ihr sagt, ihr müsst hier eine Sicherung für die Zukunft vornehmen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Das ist deine Berechnung?“) Wisst ihr was? Lieber Herr Kollege Paierl, ich bin gleich so weit. Bis 2006/2007 wissen wir, dass beim Bruttoinlandsprodukt, bei den ASVG-Versicherten zum Beispiel der Anteil des Staatszuschusses sogar knapp um einen Prozent runtergeht. Das heißt, dieses Geld, das jetzt beschafft wird, ist nichts anderes, als dass ihr auf Kosten der Pensionisten eure Budgetlöcher stopft (Abg. Mag. Drexler: „Die ihr gemacht habt!“), meine Damen und Herren, weil ihr das Nulldefizit, das ihr versprochen habt, nie zusammengebracht habt. Das ist euer großes Problem. (Abg. Wiedner: „Das versteht ja keiner!“)

Herr Bundeskanzler Schüssel hat noch etwas gesagt, und zwar bei der Wahl 2002 hat er Folgendes auf die Frage, was mit den Pensionen sei, erklärt: „In Sachen Pensionsreform gibt es keinen Zeitdruck.“ Meine Damen und Herren, die Regierung gibt es jetzt ein paar Monate und die hat das Pensionssystem in einer Form umgedreht, dass in der nächsten Zeit überhaupt niemand mehr eine hat. Das heißt, er hat bewusst die Unwahrheit gesagt und ihr gebt euch dafür her, dass ihr diese Unwahrheit noch verteidigt.

Ich appelliere an alle Abgeordneten im Parlament, welcher Fraktion sie immer angehören, dass sie diesem Pensionsraub und dieser Pensionsreform in dieser Form nie zustimmen werden, weil da werden nur die kleineren Einkommensbezieher die Zeche bezahlen und für das wollen wir und können wir uns auch nicht hergeben. (Beifall bei der SPÖ. – 17.26 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Klubobfrau Abgeordnete Dietrich. Frau Abgeordnete, bitte!

Abg. Dietrich (17.27 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, meine Damen und Herren!

Heute ist wohl eines klar geworden: Die SPÖ ist an Ideenlosigkeit von niemandem mehr zu überbieten. (Beifall bei der FPÖ.) Wenn man sich anschaut, womit argumentiert wird, da kommt man direkt zum Lachen. Ein Plakat aus den fünfziger Jahren, wo oben steht: „Kriegsopfer wehrt euch gegen den Rentenraub!“ Meine Damen und Herren, ich glaube, Sie sind in Ihrer Zeit Jahrzehnte zurück! (Beifall bei der FPÖ.)

Noch ein Punkt, wo ich mir denke, Sie sind nicht ganz up to date, ist jener, wie es darum gegangen ist, dass die SPÖ Vorschläge zur Pensionsreform bringen sollte, so konnte sie dies nicht, obwohl die Problematik jahrzehntelang bekannt ist. Ich persönlich vermute, wahrscheinlich hat die Ideenwerkstatt der SPÖ die Grünen nicht prompt geliefert und deswegen diese Ahnungslosigkeit. (Beifall bei der FPÖ.)

Geschätzte Kollegen von der SPÖ, ich kann Sie nur auffordern, beenden Sie den Arbeitsstreik, kehren Sie wieder an den Verhandlungstisch zurück, beginnen Sie mit Ihrer politischen Arbeit! (Abg. Gross: „Die Tür muss aufgemacht werden, dass man zum Tisch kommt!“ – Abg. Gennaro: „Es gibt noch keinen Streik, nur Demonstrationen!“) Meine Damen und Herren, es gibt Fakten, die man nicht wegdiskutieren kann. (Abg. Gennaro: „Die wirst auch du nicht verhindern können!“) Und ein Faktum ist, an einer Pensionsreform führt kein Weg vorbei, Kollege Gennaro. Ob du es möchtest oder nicht. (Abg. Gennaro: „Ich habe noch nie gehört, dass du die Bauern verurteilst, wenn sie mit dem Traktor auffahren! Da habe ich dich noch nie gehört!“) Im Bereich der Pensionen gibt es Fakten, Kollege Gennaro. (Abg. Riebenbauer zur SPÖ: „Das ist nur Klassenkampf!“ – Abg. Gennaro: „Das ist nicht Klassenkampf! Merk dir das einmal, Riebenbauer. Ich weiß genau, was du am Samstag gesagt hast, jetzt redest so!“) Herr Präsident! (Präsident: „Am Wort ist die Frau Abgeordnete bitte!“) Kollege Gennaro, lernen kann man nur durch Zuhören. Ich würde dir raten zuzuhören. Im Bereich der Pensionen gibt es Fakten, die seit Jahrzehnten bekannt sind und die Sie, geschätzte Kollegen, einfach ignoriert haben. Wir werden zum Glück alle älter, wir haben längere Ausbildungszeiten und es hat sich eines gravierend verändert und das ist unser Problem. In den fünfziger Jahren hat es noch auf einen Pensionisten drei Beitragszahler gegeben, 2020 nähern wir uns einem Verhältnis von eins zu eins. Ich frage da schon die SPÖ, die sich gegen alle Reformen wehrt, meine geschätzten Kollegen, wie wollen wir das finanzieren, wenn wir nicht tatsächlich anpacken und Reformen in die Bahnen leiten? Diese Problematik ist seit 20 Jahren bekannt. Was war Ihr großartiger Beitrag? Die Vranitzky-Briefe, wo die Menschen unter Angst gesetzt wurden, wo von Pensionsraub gesprochen wurde. Das allein war Ihr Beitrag!

Und 1997 bei der großartigen Reform, wo auch Vizekanzler Schüssel der Meinung war, dass diese Reform bis 2020 halten sollte, da wurden eindeutig die falschen Signale gesetzt. Da hat man falsche Schritte unternommen und das fällt uns heute auf den Kopf! Das jetzige Pensionssystem, das Sie alle beibehalten wollen, das möchte ich nicht beibehalten, denn es ist ein System voll von Ungerechtigkeiten! (Beifall bei der FPÖ.)

Vergleichen wir Beitragsleistung und Pensionsleistung. Da ist es heute so, wenn Herr Maier und Herr Huber die gleichen Beiträge leisten, kann es sein, dass Herr Huber elfmal so viel Pension bekommt wie der Herr Maier. Das ist das System, das Sie behalten wollen und dagegen wehren wir uns. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich habe den Eindruck, dass es bei den Privilegien vor allem um Ihr Klientel geht. Es geht um Ihr Klientel, das Sie schützen möchten. Sprechen wir den Bereich der Sozialversicherungen an! Bereits im Jahr 2000 hat Herbert Haupt den Hauptverband beauftragt hier eine Reform zu starten, weil es dort ungeheuerliche Privilegien gibt. Dort bekommt ein leitender Angestellter mehr als 8000 Euro Pension, meine Damen und Herren und eine fette Abfertigung dazu! (Abg. Wiedner: „Kurt, hör zu!“) Da ist mir schon klar, warum Sie in den letzten 20 Jahren keine Harmonisierung wollten, weil Sie Ihr Klientel dort schützen wollten! (Beifall bei der FPÖ.) Oder wie kann man es einem Krafftfahrer in einem Bauunternehmen erklären, dass er um etliche Jahre länger arbeiten sollte als sein Kollege bei der ÖBB? Ich kann mir da eine vernünftige Erklärung nicht vorstellen. Aber nun, Kollege Schrittwieser, du hast gemeint, so etwas auf tiefstem Niveau zu meiner Kollegin Zierler schnell einmal hingeworfen wegen dem Gewand, ich muss dir schon eines sagen, erstens einmal lehne ich Diskussionen auf diesem Niveau ab, aber du entscheidest dich selbst für dein Niveau.

Aber wenn wir von Politikern sprechen, dann schauen wir einmal, wie es bei uns aussieht. Ich kann sagen, ich habe freiwillig verzichtet, habe in das neue System gewechselt, so wie meine Kollegen Karl Wiedner und der Kollege Kurt List. Im freiheitlichen Landtagsklub ist kein einziger Privilegienritter, während du dich hier herausstellst mit zukünftig vollen Taschen in der Pension und arg gegen das System wetterst. Mir ist schon klar, dass du eine Reform verhindern wolltest, weil du bist der eigentliche Nutznießer des jetzigen Systems. (Beifall bei der FPÖ.)

Und, meine geschätzten Damen und Herren, ein Streik wäre gerechtfertigt, allerdings nur gegen die Politik der vergangenen 30 Jahre, gegen die Politik der Ignoranz, der Ideenlosigkeit, wie sie heute wieder unter Beweis gestellt wurde und gegen die Politik der Verantwortungslosigkeit. Kollege Stöhrmann, Verantwortungslosigkeit, Schulden von 2200 Milliarden Euro und jeder Österreicher hätte im Monat um 530 Euro mehr, hätten nicht ihr diese Schuldenpolitik betrieben. (Beifall bei der FPÖ.)

Trotz allem, die Menschen sind auf Grund der Diskussionen zutiefst verunsichert und sie haben, glaube ich, das Vertrauen in die Politik verloren. Auch deshalb, weil man sich nicht auf der Ebene von Fakten in den Diskussionen bewegt, sondern weil immer wieder negativste Beispiele herausgeholt werden und den Menschen erklärt wird, wie furchtbar und wie schlimm alles ist. Aber eine Alternative konnten Sie in Ihren 30 Jahren nicht geben. Und niemand in ganz Österreich wird es Ihnen zutrauen, dass Sie auch in Zukunft dazu in der Lage sind.

Politik heißt nach meinem Verständnis politische Entscheidungen auf Grund sachlicher Gegebenheiten zu treffen. Und es geht darum, zukunftsweisende, verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen, die einen längeren Zeitraum für ihre Gültigkeit haben und nicht nur von einem Wahltermin bis zum nächsten Wahltermin. Die Pensionsreform ist ein Thema, das jeden betrifft, auch alle Generationen. Und ich glaube, an der Diskussion müssten alle Generationen teilnehmen, weil es kann aus meiner Sicht und aus meinem Verständnis nicht sein, dass jene, die ihre Schäfchen im Trockenen haben, und zwar weit über der ASVG-Höchstgrenze, ungeschoren davonkommen. Ich wünsche uns, dass die Pensionsreform so beschlossen wird, dass sie sozial gerecht, transparent und nachhaltig ist.

Und in diesem Sinn bringe ich auch den Unselbstständigen Entschließungsantrag ein der Abgeordneten Dietrich, Ferstl, Graf, Lafer, List, Wiedner und Zierler, betreffend soziale Pensionsreform. (Die Begründung – glaube ich – kann ich weglassen.)

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, mit dem Ersuchen an die Bundesregierung heranzutreten, dass diese unter Einbeziehung aller im Parlament vertretenen Fraktionen, Sozialpartner und von Fachleuten auf dem Gebiet des Pensionsrechtes weiter über eine sozial gerechte, nachhaltige Pensionsreform berät, wobei vor einer Beschlussfassung folgende Kriterien erfüllt werden sollen: erstens Harmonisierung aller Pensionssysteme, so dass es zu einer Gleichbehandlung von ASVG-Versicherten, Beamten, Eisenbahnern, Gewerbetreibenden und Bauern kommt; zweitens Beseitigung von bestehenden Privilegien in den unterschiedlichen Pensionsversicherungssystemen; drittens faire Behandlung von Personen mit langen Versicherungszeiten in körperlich anstrengenden Berufen („Hacklerregelung“); viertens Berücksichtigung der besonderen Situation der Frauen (Doppelbelastungen Familie und Beruf), die durch ihre Leistungen wesentlich zum Funktionieren des Generationenvertrages beitragen; fünftens Eingriff in bestehende Politikerpensionen und bei Pensionen, die höher als die ASVG-Höchstgrenze sind, ist ein gestaffelter Beitrag zur Reform zu leisten. Ich ersuche um Annahme. (Beifall bei der FPÖ. – 17.37 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landeshauptmannstellvertreter Voves. Ich erteile ihm das Wort.

Erster Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves (17.38 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kollegen auf der Regierungsbank!

Frau Kollegin Dietrich, das kann ich nicht so im Raum stehen lassen, wenn Sie meinen, die SPÖ jetzt so ein bisschen in ein lächerliches Eck zu stellen. Wenn die Menschen in diesem Land Österreich und Steiermark einer politischen Bewegung Sozialstaat und Wohlstand zu verdanken haben, dann war es nicht unwesentlich auch die Sozialdemokratie, die zu diesem Sozialstaat geführt hat. (Beifall bei der SPÖ.) Aber ich gebe zu, seit dem Jahr 2000 ist alles ein bisschen anders und ins Wanken geraten. (Abg. Lafer: „Wer hat denn die Schulden bis 2000 gemacht?“) Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wissen alle und da braucht es keinen Populismus. (Präsident: „Am Wort ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter!“) Sehr geehrte Damen und Herren, ich glaube wirklich, den Populismus können wir uns ersparen, wenn es darum geht, dass wir – glaube ich – gemeinsam feststellen können, dass die Alterspyramide die Pensionsreform, eine Pensionsreform, unbedingt verlangt und es liegen auch von allen politischen Parteien und ganz sicherlich auch, wie wir wissen, von den Sozialpartnern dazu modellhafte Vorstellungen vor. Es geht ausschließlich um eine Frage im ideologischen und im ideellen Zugang zu diesem Problem. Und das sollten wir uns einfach vor Augen führen. Und da hat die SPÖ in einer Kernfrage einen anderen Zugang als scheinbar ÖVP und eine FPÖ, die inzwischen ohnedies kleine Fragezeichen zeichnet. Und das ist Folgender: Wir wollen weiterhin am Generationenvertrag, am Umlageverfahren, wirklich festhalten, indem wir uns aber intensiv mit allen politischen Kräften darüber auseinander setzen wollen, wie das am besten und am sozialsten funktionieren kann. Die Frau Landeshauptmann hat aber sehr klar heute wieder ÖVP-Diktion in diesem Bereich vertreten. Das heißt, abgehen vom Generationenvertrag, vom Umlageverfahren, von der Solidarität zwischen Jung und Alt in Richtung Drei-Säulen-Prinzip. Und jetzt sind wir beim Kernthema. (Abg. Mag. Drexler: „Das hat dir der Landesrat Flecker eingesagt!“) Ich habe Privat Equity schon gemacht, da hast du das sicherlich noch nicht vollzogen, Kollege Paierl. Und jetzt sage ich Folgendes zum Drei-Säulen-Prinzip und komme noch einmal auf die Zielgruppe zurück, die der „Magnolienbaum“ und alle, die wirklich bei den Menschen sind, sich vor Augen führen sollen. Jemand, der 1000 Euro im Monat hat und sein ganzes Leben lang monatlich nie mehr verdienen wird im Schnitt als diese 1000 Euro, ich frage Sie bei einem Vierfamilienhaushalt, bei den Verpflichtungen, die die vier Personen in der Familie mit sich bringen, was soll der noch in die private Säule einsparen? Ich frage Sie ganz konkret, und hunderttausende, das sind hunderttausende, in diese Richtung zu führen und ihnen 30 Prozent ab 2028, den heute 35-jährigen, weniger Pension in Aussicht zu stellen, der hat keine Chance, bis dorthin in die dritte Säule einzusparen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und noch etwas: Ich habe es unlängst erst in einer großen Grazer Tageszeitung gelesen. Es kommen auch die Wirtschaftsfachleute, die sehr nahe an der ÖVP stehen, jetzt langsam auch drauf, warum kommen wir aus dem wirtschaftlichen Wellental nicht heraus, Kollege Paierl? Weil wir den Übergang im Neoliberalismus vom Realkapitalismus zum Finanzkapitalismus erlebt haben. Jetzt wäre Vorlesung angesagt. Das heißt, dass die Unternehmen ihre Gewinne nicht mehr reinvestiert haben, sondern in Milliarden- und Billionendollarbeträgen an den Kapitalmärkten verspekuliert haben. Und ebenso hat man Menschen ohne Kenntnis, wie Finanzmärkte reagieren und funktionieren, in Amerika bereits in die dritte Säule getrieben, die vor einigen Monaten auf einmal mit 40 Prozent Lebenseinkommenserwartung weniger dagestanden sind. Sie sind vom Süden, aus Florida, wieder in die Großstädte zurückgefahren, und zwar hunderttausende. In diese Richtung will man mit dem Drei-Säulen-Modell gehen. Das ist ein völlig falscher volkswirtschaftlicher Ansatz, glauben Sie mir, der die sozial Schwächsten in die Armut treibt. (Beifall bei der SPÖ.)

Und weil dieser Ansatz die sozial Schwächsten in die Armut treibt, lehnt die SPÖ unter anderem diese Reform ab. Da kommt das Frauenthema, da kommt die Gerechtigkeit bei jenen, die ihre Lebensplanung abgeschlossen haben. Ich frage Sie, wieso soll der nach 38 Versicherungsjahren, der jetzt zwei Jahre später in Pension gehen kann, verstehen, dass er 10 Prozent weniger bekommt und vielleicht fünf Monate – es wird in Etappen angehoben – länger arbeiten soll? Das ist eine Ungerechtigkeit sondergleichen, das ist ein Vertrauensbruch. Ich bin

aber der Überzeugung und der runde Tisch möge das als ersten Ansatz bringen, dass wir zu einem sozial gerechteren System kommen können, das diese Problematik der Alterspyramide letztlich bewältigt. Das ist unsere verdammte Pflicht!

Frau Landeshauptmann, mein Angebot für die Steiermark steht weiter. Wir haben versucht, mit der Budgetvereinbarung 2003, indem wir Kompromisse zu vielen Themen wirklich ordentlich gefunden haben, für die Steiermark etwas weiterzubringen. Sagen Sie Ihren Kollegen auf Bundesebene auch, das hier wäre der richtige Weg auch für den Bund und für Österreich! (Beifall bei der SPÖ. – 17.44 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Paieryl. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Dipl.-Ing. Paieryl (17.44 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Abg. Gennaro: „Das gibt es ja nicht! Das darf nicht wahr sein!“) Was ist denn? (Abg. Gennaro: „In so einer ernstesten Situation grinst der Landesrat oben provokant herunter! – Präsident: „Herr Abgeordneter, ich ermahne zu einer ordentlichen Diskussion und weise derartige Formulierungen für jedermann zurück, egal von welcher Fraktion sie kommen. Man denke da nach! Herr Landesrat, bitte!“) Ich verstehe die Aufregung nicht (Abg. Schrittwieser: „Wenn du die Aufregung verstehen würdest, würdest du nicht so grinsen!“), weil wenn man, wie Franz Voves durchaus schon bewiesen hat und hier auch beteuert, aber in einem durchaus sehr aufgewühlten Zustand, dass man Lösungen, gemeinsame Lösungen, miteinander entwickelte Lösungen will, dann frage ich mich, wo war auf Bundesebene in einer sehr, sehr schwierigen Situation, wo man doch gewusst hat – nicht von heute auf morgen, nicht überfallsartig – in einem Expertenteam, in dem selbstverständlich auch die Sozialpartner und vor allem Arbeitnehmervertreter vertreten waren, man Konzepte vorlegen hätte können. Und wenn ich das richtig mitgekriegt habe, hat Alfred Gusenbauer zuerst einmal gesagt, er sagt es nicht, sein Konzept kommt nicht in die Öffentlichkeit und dann, als es vorgelegt wurde, sagen die Experten, die sich wirklich damit beschäftigt haben, es ist eigentlich inhaltlich dasselbe, was die Tomandl-Kommission der Regierung vorgelegt hat und was der Sozialminister in die Regierung eingebracht hat und in das Begutachtungsverfahren geschickt hat. Dasselbe Konzept, nur um zehn Jahre später. Insbesondere von Expertenseite und ich fühle mich da als jemand, der sich damit wirklich auseinander gesetzt hat aus wirtschaftspolitischer, aber auch aus sozialpolitischer Sicht. Es ist ja nie gesagt worden von niemanden hier – auch nicht von Kurt Gennaro als Generalredner und auch sicherlich nicht vom Siegi, der sowieso prophetische Züge in seiner Wortmeldung hat, der weiß nämlich, wie die Pensionen einer heute 24-Jährigen ausschauen. Gratuliere Siegi, das ist eine tolle Geschichte! Ich würde mich das nie trauen, weil Sie einen oder zwei ganz grundlegende Fehler machen in Ihrer Argumentation. Erstens – bitte zuhören –, Sie sagen nicht, dass selbstverständlich diese Maßnahmen dazu führen müssen und werden, dass es eine Verhaltensänderung gibt. Wenn Sie Marin, der wirklich kein Regierungsfreundlicher ist oder jemand, der sogar vom Neoliberalismus angekränkt ist, sagt, es wird, wenn es zu diesen Verhaltensänderungen kommt, selbstverständlich der heute noch junge zukünftige Pensionist zu denselben Pensionserwartungen kommen, wenn sich das System so entwickelt, wie man annimmt. Das sind ja lauter Annahmen, die man hier nehmen muss, insbesondere die Wirtschaftsentwicklung und die Zahlungsfähigkeit der ganzen Systeme. Also bitte, keine Aufregung, sondern gerade, wenn man es fachlich und sachlich angeht, würde ich doch bitten, dass man diesbezüglich doch in aller verständlichen politischen Auseinandersetzung ein bisschen beim Thema bleibt.

Die zweite Frage, die niemand anschnidet, ja woher denn nehmen, diesen Bundeszuschuss? Das sind Steuermittel! Bitte sage mir dazu, es kommt zu zwei Möglichkeiten, das erste ist Steuererhöhung, das zweite ist Schuldenmachen. Den Bundeszuschuss kann ich nur über Schulden machen oder über die Steuererhöhung machen. Das andere ist ja sowieso der selbst tragende Zuschuss der Einzahlenden, der Beitragsleistenden, Wirtschaft und Arbeitnehmer. Also bitte, keine künstliche Erregung, sondern ich glaube wirklich, dass, wie Frau Landeshauptmann in ihrer ausführlichen Anfragebeantwortung es gesagt hat, dass wir in unserer politischen Verantwortung vom Land das Bestmögliche tun, auch den Konsultationsmechanismus dafür verwenden werden, um zu schauen, wie verteilen sich die Lasten. Und bitte, was wollen wir mehr? Eine Verantwortung, die jeder, der vor allem in der Regierung sitzt und auch früher gesessen ist, hätte wahrnehmen können und heute auch wahrnehmen muss. Also in diesem Sinne glaube ich, dass der Steiermärkische Landtag das zwar diskutieren soll, aber keine falsche Erregungen auf die Tagesordnung und durchaus eine entsprechende Diskussion auch bei uns, aber nicht diese Art der Erregtheit, die eigentlich auch keinen Beitrag zur Problemlösung bringt. Danke sehr! (Beifall bei der ÖVP. – 17.49 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, es liegen mir derzeit zehn weitere Wortmeldungen vor. Die Rednerliste habe ich nicht abgeschlossen. Ich gehe nun mit Frau Abgeordnete Gross weiter. Frau Abgeordnete, ich erteile Ihnen das Wort.

Abg. Gross (17.50 Uhr): Herr Präsident!

Wenn so eine große, lange Rednerliste vorliegt, vielleicht ist es ein Zeichen dafür, dass wir mit dieser Dringlichen Anfrage doch Nachdenken verursacht haben. (Abg. Bittmann: „Das Interesse ist sehr groß bei euch und euren Abgeordneten!“ – Abg. Wiedner: „Wo sind sie denn alle?“) Unsere Abgeordneten wissen, was in diesem Papier steht. (Abg. Wiedner: „Die brauchen nicht zuhören, gel? Eure Präsenz ist schon ein Trauerspiel, Barbara!“ – Präsident: Herr Abgeordneter, am Wort ist die Frau Abgeordnete Gross, Sie derzeit nicht!“) Danke, Herr Präsident, ich werde mir das einrechnen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Frau Klubobfrau Dietrich, ich muss dir ganz einfach etwas sagen. Die Sozialpartner haben Bereitschaft erklärt, über eine echte Pensionsreform zu reden, aber um an einen Verhandlungstisch zu kommen, müssen die Türen offen sein und diese Türen waren nicht offen bis der Bundeskanzler gesagt hat, die Türen sind offen und ich setze mich wieder an den Tisch und verhandle.

Ich habe mir von dir heute eigentlich erwartet, dass du bei deiner Wortmeldung das eine oder andere Wort, weil ich es einfach von dir auch gewohnt bin in diesem Landtag, zur Situation der Frauen im Bereich dieser Pensionsreform sagst. Du hast im Prinzip nur Worthülsen abgegeben. Ich muss sagen, ich bin zutiefst enttäuscht. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, wir haben vor zwei Tagen Muttertag gefeiert. Ein Festtag für Mütter, habe ich überall gehört. Ein Dankeschön für die tagtäglich geleistete Arbeit wie das Jonglieren für die Familie, für die Kinder, für den Job. Meine Damen und Herren, haben Sie keine Sorge, ich habe nicht mein Rednerkonzept verwechselt. Wenn eine Landtagssitzung zwei Tage nach dem Muttertag stattfindet, dann hat das für mich auch einen symbolischen Wert. Einen symbolischen Wert auch deshalb, weil es bei diesem Thema vor allem um die Frauen geht. Frau Landeshauptmann, du sitzt derzeit in den Publikumsreihen, ich war heute wirklich erschüttert über die Argumente bei der Anfragebeantwortung. Antworten von einer Frau, vorgetragen zu den Sorgen großteils von Frauen. Ich halte diese Pensionsreform, Frau Landeshauptmann, für eine ganz schlechte Maßnahme, die vor allem Frauen massiv schadet und zu ihren Lasten geht. Meine Damen und Herren, wir vergessen ja alle so schnell. Die ehemalige Generalsekretärin der ÖVP, Entschuldigung, die nunmehrige Frauenministerin, die Gräfin Maria Rauch-Kallath, hat die Anhebung der Frühpensionen ausgeschlossen, nun soll die Frühpension ganz abgeschafft werden. In einer Aussendung hat diese Gräfin Rauch-Kallath gesagt, dort, wo es keinen Konsens in dieser Pensionsreform gibt, da werden wir diesen Konflikt austragen. Genau das passiert jetzt, meine Damen und Herren. Genau daran hält sich die Gewerkschaft. Die Gewerkschaften setzen sich mit ihren Streikmaßnahmen für die Einkommens- und Lebenssituationen der Menschen ein. Diese Bundesregierung wollte den Konflikt und jetzt hat sie ihn. (Beifall bei der SPÖ.)

Und darum lassen wir uns nicht unterstellen, dass wir es sind, die den sozialen Frieden stören!

Meine Damen und Herren, die angelauten Protestmaßnahmen gegen diese Pensionsreform haben mein vollstes Verständnis. Und wenn bei dieser Reform wieder vor allem die Frauen die Draufzahlerinnen sind, weil schließlich und endlich können Frauen im Schnitt weniger anrechenbare Erwerbsjahre erwerben als Männer. Viele berufstätige Frauen arbeiten Teilzeit, weil sie oft gar keine andere Wahl haben, denn die Rahmenbedingungen, etwa die Öffnungszeiten der Kindergärten, ermöglichen ganz einfach keine Vollzeitjobs. Und wenn ich an dieses im Ministerrat beschlossene, zur gleichen Zeit beschlossene Paket der Ladenöffnungszeiten denke, ja, meine Damen und Herren, was glauben Sie denn, an wen der Herr Minister für Arbeit gedacht hat? An die Frauen sicher nicht! Weil bei diesen Ladenöffnungszeiten, das stellt vor allem allein erziehende Frauen vor riesen Probleme: früherer Arbeitsbeginn, längere Öffnungs- und Arbeitszeiten am Abend, insbesondere die Erweiterungen am Samstag bis 18 Uhr. Meine Damen und Herren, während die Türen für längere Arbeitszeiten weit aufgemacht werden, bleiben die Tore für Kinderbetreuungseinrichtungen zu. Und so werden auch in Zukunft wieder vor allem die Mütter belastet, auf deren Rücken die Ausweitung der Ladenöffnung ausgetragen wird.

Meine Damen und Herren! Durch diese Pensionsreform sind Frauen ganz arg betroffen. Lassen Sie mich nur ein Beispiel bringen. Eine 52-jährige Frau, die mit einem Letztbezug von 1650 Euro kurz vor der Pensionierung steht, die also zum Stichtag 1. Februar 2004 in Pension gehen könnte, diese Frau würde nach dem Entwurf dieser Regierung statt bisher 852,91 Euro eine Nettopension von nur mehr 765,16 Euro erhalten. Das bedeutet einen Verlust von 18,4 Prozent. Und weil derzeit immer wieder von einer besseren Bewertung der Kindererziehungszeiten geredet wird. Was heißt denn das wirklich für die Frauen? Die geringen Abfederungen, das gebe ich unter lauter Anführungszeichen, von denen jetzt gesprochen wird, die Nachbesserungen, werden erst in einer sehr fernen Zukunft, nämlich erst 2028, wirksam. Und bis 2004, meine Damen und Herren, verbessert sich die Bewertung eines Kindererziehungsmonats um genau 12,87 Euro. Das ist nicht einmal ein Tropfen auf dem heißen Stein, meine Damen und Herren Abgeordneten. Das ist nichts anders als eine Verhöhnung aller Arbeitnehmerinnen in diesem Land. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, die Gewerkschaften wollen den sozialen Frieden. Sie haben es viele Jahre lang bewiesen. Wir wollen ein vernünftiges und faires Miteinander. Auch das haben wir jahrzehntlang bewiesen. Meine Damen und Herren, aber wie geht denn diese Regierung mit den Menschen um? Die Versicherungsleistung der Notstandshilfe will die Bundesregierung überhaupt abschaffen, meine Damen und Herren! Wissen Sie, was das bedeutet? Mein Vater hat es mir erklärt zu Hause. Im vorigen Jahrhundert hat das „ausgesteuert“ bedeutet. Und mein Vater hat mir auch erklärt, was das für die Menschen bedeutet. Ich lebe in einer Generation, wo viele miteinander es geschafft haben, dass dieser Terminus für uns Vergangenheit war. Auf dem Regierungsprogramm der Bundesregierung stand „Zukunft“, aber in diesem Programm ist nur der Weg zurück in die Vergangenheit. Das Gesundheitssystem wird nicht abgesichert, sondern Strukturen werden zerschlagen. Meine Damen und Herren! Es hört sich an wie Zynismus pur. Im Regierungsprogramm steht – ich habe es noch einmal nachgelesen über den Muttertag –, sozial ist was Arbeit schafft. Ich bin bei Ihnen, aber ich frage mich, welche Arbeit? Drei Jahre blau-schwarze Bundesregierung haben es geschafft, dass wir derzeit knapp 60.000 Menschen in Österreich haben, die trotz Vollerwerbsarbeit nicht von diesem Einkommen leben können. In Amerika sagt man dazu „working pur“. Es ist keine stolze Bilanz, auf die diese blau-schwarze Bundesregierung zurückblicken kann.

Meine Damen, auf dem Bundesregierungsprogramm steht groß „Zukunft braucht Verantwortung“. Aber wie nimmt denn diese Bundesregierung diese Verantwortung wahr? Bei den Selbstbehalten, da plant sie, da verschiebt sie diese Verantwortungen auf die Sozialversicherungen ab. Mit der Abschaffung der Notstandshilfe, da schiebt sie die Verantwortung auf die Länder ab. Und, liebe Frau Landeshauptfrau, deshalb ersuche ich, die achte Frage unserer Dringlichen Anfrage, liebe Frau Kollegin, ich bin schon wieder beim Thema, zu beantworten, die hast du nämlich nicht beantwortet. Ich wiederhole nochmals: Um wie viel schätzen Sie, werden die Aufwendungen des Landes Steiermark und der steirischen Gemeinden für die aus der Arbeitslosigkeit in die Sozialhilfe gedrängten Steiererinnen und Steierer steigen? Können Sie das verantworten, wenn Ja, warum? Wenn Nein, was gedenken Sie dagegen zu tun?

Meine Damen und Herren! Wir steuern auf eine Welt zu, in der die Starken noch stärker werden und die Schwachen auf der Strecke bleiben. Die Menschen spüren das. Sie erleben es tagtäglich. Die Welt wird schneller, sie wird härter und sie wird unmenschlicher. Meine Damen und Herren, mir tut es in die Seele hinein weh, wenn ich starke Frauen oder wenn gestandene Mannsbilder zu mir kommen und weinend bei mir stehen, weil sie einfach nicht mehr wissen, wie es weitergehen soll. Weil das Einkommen von der Kreditrückzahlung bis zum Haushaltsgeld verplant ist. Arbeitslosigkeit können sie sich nicht leisten. Und ich sage daher, meine Damen und Herren, die Menschen haben ein Recht auf Sicherheit. Die Menschen haben ein Recht auf soziale Sicherheit und die Menschen haben ein Recht auf Leistungen der Gesellschaft, auf die sie vertrauen können, Menschen um sich zu haben, die einen unterstützen und denen man etwas bedeutet.

Frau Landeshauptmann, du erzählst immer, dass du so ein Mensch bist. Jetzt hast du die Möglichkeit zu zeigen, dass du so ein Mensch bist, dass du eine Frau bist, die nicht zulässt, dass Frauen und ältere Menschen in die Armut getrieben werden. Meine Damen und Herren, vor uns liegt ein harter Weg, den wir nur dann gehen können, wenn wir alle solidarisch zusammenstehen. Ja, wir haben einen Reformbedarf in diesem Land, aber wir werden diese Reformen nur in einem breiten Konsens schaffen. Ich aber habe Sorge, dass diese Bundesregierung das Risiko der Pensionen, der Bildung und der Gesundheit auf jeden Einzelnen abschieben will.

Zur Verantwortung von Jung und Alt und vom Generationenvertrag. Alter, meine Damen und Herren, darf keine Armutsfalle werden. Was Österreich braucht, ist eine Pensionssicherung, die Jungen und Alten eine Zukunft gibt. Stattdessen gibt es kaum Arbeit für junge Menschen und junge Menschen müssen mit 20 bis 25 Prozent Pensionskürzungen fürchten. So schaut es aus. Nur mit gegenseitigem Verständnis, meine Damen und Herren, aber nicht mit dieser verantwortungslosen Drüberfahrentalität, wie sie die derzeitige Bundesregierung an den Tag legt, können wir die anstehenden Probleme lösen. Daher ersuche ich alle, die irgendwo Einfluss nehmen können, nehmen Sie Einfluss, dass diese Regierungsvorlage in dieser Form nicht beschlossen wird. (Beifall bei der SPÖ und den Grünen. – 18.04 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Gödl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gödl (18.04 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer im Auditorium!

Angenehme Unwahrheiten oder unangenehme Wahrheiten, das ist anscheinend die entscheidende Frage dieser Tage und Wochen. Es hat leider sehr, sehr lange – ich würde sagen, viel zu lange – gedauert, bis führende Persönlichkeiten unserer Politik, vom Bundeskanzler angefangen über unsere Frau Landeshauptmann vor die Bevölkerung Österreichs hingetreten sind und es offen aussprechen: „Ja, liebe Leute, ob Jung, ob Alt, ob Frauen, ob Männer, ob Arbeiter, ob Bauern, ob Gewerbetreibende, ob Beamte, wir haben ein Problem, das sich nicht ganz einfach lösen lässt, denn wenn wir so weitermachen, werden wir in gewisser Weise Schiffbruch erleiden!“ (Abg. Gross: „Warum fahren wir dann nur über die AVGLer drüber?“) Die unangenehme Wahrheit ist: Die Pensionen in dieser Form – Frau Abgeordnete Gross, ich habe Ihnen auch zugehört gerade vorher – kann in Zukunft niemand versprechen. Die Fakten liegen auf dem Tisch. Wir haben heute schon vieles gehört. Wenn wir so weitermachen, wird um 2030 auf Grund der demografischen Entwicklung ein Einzahlender auf einen Pensionisten kommen. Da bin ich schon etwas überrascht über einen ehemaligen Versicherungsangestellten in hoher Position, wie es Mag. Voves vorhin ausgeführt hat, zum umlagenfinanzierten Pensionssystem. Dazu stehen wir alle. Nur, was heißt das bei dieser demografischen Entwicklung? Da können wir nicht im gleichen Atemzug versprechen, dass wir Pensionen garantieren können, die in Höhen liegen wie bisher. Das wird sich nicht ausgehen. Also bitte, rechnet uns das einmal vor.

Die EU-Kommission übrigens hat uns das vorgerechnet, was es bedeutet, wenn wir nichts ändern. Dann heißt das eben, Beitragssätze entweder um 53 Prozent erhöhen oder Pensionen tatsächlich um 45 Prozent im Jahre 2030 zu kürzen.

Eines möchte ich an dieser Stelle, als 1971-Geborener schon festhalten: Der Zukunftsklau, der hat in den siebziger Jahren begonnen. Der hat damit begonnen, dass man Jahr für Jahr mehr versprochen hat als man einhalten konnte. (Beifall bei der ÖVP.)

Da könnt ihr euch heute nicht aus der Verantwortung stehlen! Es ist nicht lustig für die Frau Landeshauptmann und es ist nicht lustig für Herrn Bundeskanzler, es ist nicht lustig für uns Abgeordnete vor die Bevölkerung zu treten und diese unangenehmen Wahrheiten auszusprechen. Es wäre viel einfacher, weiter zu tun und die angenehmen Unwahrheiten immer in den Mund zu nehmen und zu verbreiten, ja, ja, es wird schon irgendwie gehen, wir werden schon weiterwurschteln. (Abg. Gross: „Sie tun so, als hätten wir ein Staatsloch. Wir sind das

drittreichste Land bitte in Europa!") Entschuldigung, trotzdem sehen wir alle – und Sie geben es ja selbst manchmal zu, nur wollen Sie nicht danach handeln –, dass wir dieses Pensionssystem mit dieser demografischen Entwicklung nicht aufrechterhalten können. Sie sagen es ja ohnedies selbst, nur zum Handeln seid ihr zu feig! Herr Gusenbauer hat selbst vor einigen Wochen im Rahmen der Budgetverhandlungen einbekannt: „Wir müssen auch diesen staatlichen Zuschuss auf einer vernünftigen Höhe, auf der jetzigen Höhe, einschränken!“ Was heißt dieser staatliche Zuschuss, weil so salopp formuliert wird, es geht so ungefähr weiter? Im vorigen Jahr haben wir 11,7 Milliarden Euro für die Pensionssysteme aus dem normalen ordentlichen Haushalt des Bundes zugeschossen. Heuer sind es bereits 13,4 Milliarden und bis 2006 würde dieser Beitrag auf 14,9 Milliarden steigen. (Abg. Schrittwieser: „Es steigt auch das Einkommen!“) Das ist schon richtig, aber wenn es voriges Jahr 11 Milliarden waren und heuer sind es 14 Milliarden, um 30 Prozent steigen unsere Einkommen innerhalb eines Jahres nicht! Das möchte ich dir schon ins Stammbuch schreiben. Wenn wir keine Systemkorrektur vornehmen und die Systemkorrektur heißt übrigens nur, dass wir eine Milliarde Euro von diesen 14,9 Milliarden einsparen, eine Milliarde und der Staat gibt weiterhin Jahr für Jahr fast 14 Milliarden Euro zur Sicherung der Pensionen auch in Zukunft nach dieser Reform dazu. Da sage ich schon und gerade als junger Mensch fordere ich in diesem Haus und von allen Abgeordneten in den verschiedenen Parlamenten ein: Sichern Sie bitte unsere Zukunft gerade von uns jungen Menschen!

Die Frau Landeshauptmann, sie steht auf und sie sagt es, ja, wir gehen die Allianz mit der Jugend ein. Das müssen wir bei euch leider gänzlich vermissen. Hören Sie auf, Frau Gross und alle, die vorher gesprochen haben, zu sagen, sozial bedeutet, wenn wir heute alles klass verteilen und so tun, als könnten wir uns auch in Zukunft alles leisten. Sozial bedeutet auch, auf die nächsten Generationen mit Bedacht zu schauen und das lassen Sie leider außer Acht. (Beifall bei der ÖVP.)

Das lassen Sie immer wieder außer Acht. Wissen Sie, ich persönlich bin stolz darauf, dass ich mich einer Gesinnungsgemeinschaft angeschlossen habe, in der es viele Staatsmänner im übertragenen Sinne – ich weiß nicht, ob man Staatsfrauen sagen kann – gibt, die sich von den vielen gewöhnlichen Politikern unterscheiden, die nur von Wahlperiode zu Wahlperiode denken, die nur den nächsten Wahltermin im Auge haben. Was Wolfgang Schüssel, was Frau Landeshauptmann Klasnic und mit allen Mitkämpfern vorhat, ist, für die Zukunft, für Generationen und für Generationen zu planen. Das ist Verantwortung!

Die Reden von Kurt Gennaro und Siegi Schrittwieser wiederholen sich ja alle drei, vier Monate. Seit dem Jahre 2000 bin ich im Landtag, da höre ich immer wieder, die Welt geht bald unter und die Unsozialen und dergleichen. Die Reden haben immer wieder den gleichen Stil. Jetzt habt ihr nach dem Wahldesaster im vorigen Herbst, im November, noch immer nicht kapiert, dass ihr damit nicht weiterkommt. Es gibt viele Menschen in Österreich, viel mehr Menschen als euch lieb ist, die wissen, woran wir sind und die wissen, was wir alles zu verändern und zu modernisieren haben. Und wo ist euer schlüssiges Zukunftskonzept? Wo? Wochenlang geheimgehalten, dann hat Herr Gusenbauer eines Montags eine Pressekonferenz gemacht und hat gesagt, naja, eigentlich war es ja nicht mehr so geheim, wir haben das Konzept ohnedies schon monatelang und wochenlang gehabt. Ihr habt es ohnedies schon alle gewusst. Warum bitte? (Abg. Gross: „Wer regiert denn?“) Warum bitte wendet ihr eure Energien dafür auf zu polemisieren, mit den Trillerpfeifen durch die Straßen zu laufen, anstatt Zukunftskonzepte zu erarbeiten? (Beifall bei der ÖVP.)

Nicht Destruktion, sondern Konstruktives ist gefragt. Mit Verlaub, ist das konstruktives Mittun, wenn Sie eine Totenanzeige hinausgeben und hineinschreiben: „In tiefer Trauer geben wir Nachricht, dass Ihre Altersversorgung, für die Sie Ihr gesamtes Arbeitsleben Beiträge bezahlten, nämlich Ihre Pension, nach kurzen und rücksichtslosen Reformplänen Ihrer Regierung plötzlich von uns gegangen ist.“? Wo Sie den Menschen suggerieren, sie bekommen gar keine Pension mehr? Ist das konstruktives Mittun? (Abg. Schrittwieser: „Der Schüssel will das nicht!“) Und der Überhit ist ja Folgender: Zuerst seid ihr hausieren gegangen mit diesen, wie ich schon gesagt habe, angenehmen Unwahrheiten und inzwischen habt ihr eure Methoden noch verfeinert und habt Zetteln verteilt. Letzten Dienstag seid ihr auf der Straße gestanden, Kurtl Gennaro, es wäre besser gewesen, du hättest einmal die Rechenmaschine zur Hand genommen und nachgerechnet. Da habt ihr nämlich verteilt: Ein Mann, geboren 1943, derzeit also 60 Jahre, will in Pension gehen. Er verliert jetzt durch die Pensionsreform Minus 18 Prozent. Jetzt rechnet man nach, ihr könnt nachrechnen. Was kommt heraus? Er verliert tatsächlich 3,3 Prozent.

Eines muss uns schon klar sein. Es wird, wenn man das Verhalten nicht ändert, natürlich Einschnitte geben. 3 Prozent, 10 Prozent, keine Frage, das wird es geben bei der Pensionsreform. Aber nicht bitte hinausgehen und die Leute für blöd verkaufen. Setzt euch hin, konzentriert euch.

Kurtl Gennaro, du tust viel reden, aber du musst rechnen auch einmal und du musst deiner Verantwortung in diesem Parlament gerecht werden. (Abg. Gennaro: „Du hast noch nie gearbeitet in deinem Leben!“) Ja, ich habe genug gearbeitet schon. Der Herr Mag. Voves, euer Vorsitzender, hat inseriert: „Ich bin bestürzt ...!“ Und ich möchte sagen, es ist ja ein Glück, ihr müsst ja danke sagen zu euerm Werbefraiseur, dass diese Inserate nicht viele lesen können. Aber, ja, ich muss sagen, ich bin eigentlich bestürzt, ich bin bestürzt über die große Partei in diesem Haus und über die große Partei in Wien, die zweitgrößte Österreichs, wie wir wissen, die einfach durch tolle Konzeptlosigkeit glänzt. Und jetzt, das ist überhaupt der Überhit, jetzt muss schon der Jörg Haider herhalten. Der Jörg Haider – bitte – muss herhalten, dass ihr in die Schlagzeilen kommt. Und da habt ihr so ein Geheimtreffen vorbereitet. Ja, aber wisst ihr was? Zur Konzeptlosigkeit kommt eure Prinzipienlosigkeit dazu, ja! Zuerst habt ihr den Haider verteufelt und jetzt holt ihr ihn her, damit ihr wieder in die Schlagzeilen kommt. Das sei euch ins Stammbuch geschrieben. (Abg. Gennaro: „Wer hat denn den Schlüssel zum Kanzler gemacht?“) Und die Grünen sind heute ganz unbedacht da herausgegangen bei der bisherigen Debatte. Gestern ist ein toller Brief

eingeflattert. Niedlich geschrieben, an alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Und ich muss sagen, liebe Frau Edith Zitz, da kommt mir wirklich die erste Träne aus dem linken Auge. Nämlich bei allen Sozialgesetzen, da ist euch nichts lieb und teuer genug, wo es auch die Gemeinden über die Sozialhilfverbände trifft, etwas einzufordern in den neuen Gesetzen. Da gilt das alles nicht. Jetzt schreibt ihr an die Bürgermeister, also bitte, passt auf, da könnten jetzt Regelungen kommen bei der Pensionsreform, die also die Belastungen der Gemeinden erhöhen. (Abg. Mag. Zitz: „Rede mit dem Gemeindebund!“) Ich meine, mit dem Brief, Edith, seid ihr echt bald förderfähig. Da habt ihr echt bald einen Anspruch auf eine Hilflosenentschädigung. Weil ein Zukunftskonzept für die heute Volljährigen, Zehnjährigen, 20- und 30-Jährigen, das habt ihr leider noch nicht vorgelegt. Aber da sitzt ihr in einem Boot mit Sozialdemokraten und den „gefürchteten“ Gewerkschaftern. Ich möchte euch nur eines sagen, heute haben ja die Lehrer gestreikt. Und vielleicht habt ihr gesehen, ich bin heute zehn Minuten zu spät gekommen in diese Veranstaltung, in die Sitzung des Landtages. Warum bin ich zu spät gekommen? Weil ich habe mir heute persönlich die Mühe gemacht, all jenen Kindern und Eltern zu helfen und die Kinder zu beaufsichtigen in der Volksschule, die nicht die Möglichkeit haben, ihre Kinder daheim zu beaufsichtigen. Denn das ist der Überhit überhaupt, nämlich die Kinder, die Jugendlichen und die Eltern zu bestreiken, nur weil die Gewerkschaft mit der Regierung im Clinch liegt. (Beifall bei der ÖVP.)

Und zum Schluss, meine Damen und Herren, schenken Sie den jungen und jüngsten Menschen unserer Gesellschaft reines Wasser ein, kehren Sie zurück an den Verhandlungstisch (Abg. Prattes: „Da waren wir noch nie, denn da hat man uns nicht hineingelassen!“), hören Sie auf mit dem Trillerpfeiferl und nehmt die parlamentarische Plattform in Anspruch, nämlich dort, wo Gesetze entschieden werden und wo es in der Demokratie hingehört. Und vor allem, lieber Herr Böhmer und lieber Herr Kurt Gennaro, schauen Sie den unangenehmen Wahrheiten tief ins Auge, denn, lieber Kurtl, denn nur wer die Wahrheit begreift, kann die Zukunft gestalten. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP. – 18.18 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Zierler. Frau Abgeordnete, Sie sind am Wort, bitte.

Abg. Zierler (18.18 Uhr): Herr Präsident! Verehrte Mitglieder hier im Hohen Haus, im Steiermärkischen Landtag!

Ich habe mir in den letzten Tagen und Wochen sehr oft die Frage gestellt, warum ist es nach drei Jahren, nach einer dreijährigen Tätigkeit einer Pensionsreformkommission, wo zum einen die Bundesregierung eingebunden war, zum anderen die Oppositionsparteien eingebunden waren und zum Dritten die Sozialpartner eingebunden waren, warum ist jetzt auf einmal, wenn es wirklich darum geht, eine Entscheidung zu treffen, kein Gesprächsklima mehr möglich? Die Antwort, meine sehr geehrten Damen und Herren, die haben wir heute hier bekommen bei jenen Kollegen übrigens, die sich so sehr für die Pensionen der Menschen in Österreich einsetzen und dann, wenn die Medien verschwunden sind, sie selbst alle verschwunden sind. Das heißt, wir sehen hier nur mehr leere Sessel. Aber die Antwort, warum keine Gesprächskultur möglich ist, die haben wir heute hier bekommen. Was haben wir gehört von der anderen Seite? Es war zum einen cholerisch, es war zum anderen hysterisch oder es war unter der Gürtellinie und es war einfach Unwahrheit, die hier verzapft worden ist, Unwahrheit, Panikmache. (Abg. Gennaro: „Historisch, nicht hysterisch!“) Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist leider Gottes noch immer die Politik der Sozialdemokraten. Und wenn wir heute auch gehört haben, der Herr Landeshauptmannstellvertreter Voves hat darauf aufmerksam gemacht, die SPÖ hat maßgeblich dazu beigetragen, dass Österreich ein Sozialstaat wurde. Das ist richtig! Sie haben sicher für dieses Land sehr viel geleistet. Aber vergessen Sie nicht, was Sie in den letzten Jahrzehnten geleistet haben und dass Österreich heute da ist, wo es ist – mit dem Schuldenstand und mit keiner Zukunft für gesicherte Pensionen. Das waren auch Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ unter Beteiligung 13 Jahre ÖVP. (Beifall bei der FPÖ.)

Was auch besonders interessant war, ich habe von Ihnen außer hysterischen, aggressiven, Panik machenden Aussagen keinen Lösungsansatz gehört. Ich habe nicht gehört: „So wie die Bundesregierung es vor hat, kann es nicht sein, machen wir es doch so, so oder so!“ Sie kritisieren, haben aber absolut keinen Ansatz einer Lösung. Warum haben wir denn nichts gehört, dass wir die Pensionen harmonisieren sollen? Geht es da vielleicht um Ihre ÖBBler, die mit 54 Jahren in Pension gehen, die Sie schützen? Geht es darum, dass es um privilegierte Menschen geht, die Sie schützen wollen? (Beifall bei der FPÖ.)

Warum, meine Damen und Herren, hören wir nichts von einer Harmonisierung der Pensionen? Es gibt einen Artikel in der „Kleinen Zeitung“. Ich denke, der trifft es auf den Punkt. „Jetzt wissen wir es. Demokratische Wahlen haben bei der SPÖ anscheinend keine Gültigkeit mehr. Es geht nicht um Kollektivverträge oder Lohnverhandlungen, sondern dass die letzte Wahlniederlage nun auf der Straße korrigiert werden soll. Es ist einfach grotesk, wenn Postler, Eisenbahner, Beamte et cetera, die schon durch ihre Pragmatisierung ohnehin ein großes Privileg gegenüber normalsterblichen Bürgern haben, streiken. Sie besitzen nämlich ein Leben lang einen Arbeitsplatz und brauchen um ihren Job nicht zu zittern!“

Wie ist es, Herr Gewerkschaftssekretär und Landtagsabgeordneter und ich weiß nicht, wie viele Jobs Sie nebenbei noch haben, Sie wollen sich hier wichtig machen. Warum sprechen wir nicht einmal über all jene, die Privilegien haben? Über all jene, die jetzt auf die Straße gehen? (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Das Motto der linken Reichshälfte ist nämlich, wenn auch Österreich noch so einen großen Schaden erleidet, Hauptsache, wir haben wieder die Macht.

Und das ist das einzige und alleinige Denken der SPÖ. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Schauen wir uns einmal zum Beispiel die Kosten der Protestaktionen an. Protestaktionen gegen die Pensionsreform pro Tag 200 bis 500 Millionen Euro, ein Generalstreik würde sogar eine Milliarde Euro kosten. Aber das spielt ja keine Rolle, weil umverteilen zu den Pensionisten kann man es ja nicht, also setzen wir uns ein, machen wir uns wichtig, tun wir so, als ginge es uns um die Menschen in Österreich. In Wahrheit geht es Ihnen nur darum, wieder Macht zu haben.

Oder was war heute mit den Pflichtschulen? Auch mein Sohn hat in der Schule den Zettel bekommen, dass gestreikt wird. Warum wird gestreikt? Da wird den Kindern dann gesagt, es verschlechtert die Alterssicherung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Zukunft ist gefährdet. Volksschulkinder werden instrumentalisiert. Aber das passt auch zu Ihrer Parteilinie! Leider ist auch Herr Landeshauptmannstellvertreter Voves nicht mehr da, der auch Kinder instrumentalisiert, wenn ich mir die Inserate anschau für die Muttertagsausgabe, wo der Herr Landeshauptmannstellvertreter mit einem Kind ist und dieses Kind als Fahnenträger bezeichnet wird, als Symbol, dass seine Zukunft durch diese Pensionsreform nicht verbaut wird. Sie instrumentalisieren Kinder, meine Damen und Herren. Das ist nicht der politische Umgang, den ich mir erwarte in einer Diskussion, wo es wirklich um Existenzsicherungen von Menschen geht. (Beifall bei der FPÖ.)

Sie werfen auch mit Zahlen um sich. Wir haben das vorhin schon gehört, wir haben vom Kollegen Schrittwieser, der alles glaubt, was in der Zeitung steht, Beispiele gehört, in denen er vorgerechnet hat, wie viel eine 24-Jährige Pension kriegt und Ähnliches haben wir dann auch noch gehört. Haben Sie alle eine Kristallkugel? Sie wissen alle ganz genau, was wann sein wird, aber auf der anderen Seite ist Ihnen offensichtlich nicht bekannt, dass es jetzt einmal Vorschläge gibt. Kennen Sie den parlamentarischen Ablauf überhaupt? Diese Vorschläge gehen jetzt in Ausschüsse. In diesen Ausschüssen sind alle Parteien vertreten. Dann wird daran gearbeitet und erst dann irgend wann einmal wird darüber abgestimmt. Und eines – meine Damen und Herren, da gehe ich mit Ihnen konform –, ich bin auch dagegen, dass man diese Pensionsreform jetzt mit Gewalt und Biegen und Brechen bis zu einem bestimmten Datum umsetzt. Da bin ich bei Ihnen, meine Damen und Herren. Es wäre schön, wenn ein runder Tisch und vielleicht weitere runde Tische zu einem Gesprächsklima und zu einer Einigkeit führen würden. Wenn das nicht der Fall ist, dann denke ich mir, wir haben 30 Jahre Stillstand bei der SPÖ gehabt, ein paar Monate oder ein paar Wochen länger die Pensionsreform verschieben, das kann nichts mehr ausmachen. Also da bin ich mit Ihnen einer Meinung und gehe mit Ihnen konform. Aber das Entscheidende ist, dass wir ein gerechtes Pensionssystem haben, dass wir die Zukunft wirklich sichern und dass wir die Pensionen harmonisieren. Vielleicht ist Ihnen auch bekannt – ich habe da nämlich heute davon nichts gehört, keiner kennt Farbe –, was bedeutet eine Harmonisierung der Pensionen? Was bedeutet es wirklich, wenn wir in Privilegien eingreifen? Das bedeutet, wir brauchen im Nationalrat eine Zweidrittelmehrheit. Das bedeutet, die SPÖ müsste mitgehen. Aber da hört man nichts, da ist man still. Aber man sagt den Menschen, ihr habt keine Zukunft, ihr habt keine Pensionen, die böse, böse Bundesregierung, die alles übers Knie bricht, was alles nicht notwendig wäre.

Meine Damen und Herren, es wäre schön, wenn wir in der politischen Auseinandersetzung wirklich auf Zahlen, Daten und Fakten zurückgreifen. Herr Kollege Schrittwieser, wenn Sie vielleicht ein bisschen aufhören würden unter der Gürtellinie zu agieren, das entspricht nicht ganz Ihrem Status, Ihrem Niveau vielleicht, aber das weiß ich nicht, aber ich denke, es wäre wirklich gesund, eine politische Auseinandersetzung zu führen und wirklich bei den Fakten zu bleiben und auch Farbe zu bekennen. Und ich freue mich auf den Nächsten der SPÖ, der hier sagt, dass er mit uns gemeinsam im Nationalrat für die Harmonisierung der Pensionen eintritt. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. – 18.26 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Bachmaier-Geltewa. Frau Abgeordnete, bitte.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (18.26 Uhr): Frau Kollegin Zierler, Sie mögen vielleicht vom Moderieren im Fernsehen etwas verstehen, aber von der Pensionsreform, die da vorliegt, überhaupt nichts. (Beifall bei der SPÖ.)

Sie sagen, wir instrumentalisieren Kinder. Was haben Sie mit dem Kindergeld gemacht? Sie haben Babys vorgezeigt, um Ihr stupides Kindergeld zu verkaufen. (Abg. Zierler: „Was Positives für die Kinder!“) Sie – und leider auch die Frau Landeshauptfrau – kritisieren, dass wir es Pensionsraub nennen. Sie haben uns immer wieder Panikmache vorgeworfen. Dazu kann ich nur sagen, ich getraue mich zu behaupten, dass ich etwas vom Pensionsrecht verstehe. Und ich habe mir die Unterlage sehr gut durchgesehen: das ist der größte Raubfeldzug gegen die Menschen in diesem Lande seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, meine Damen und Herren! (Beifall bei der SPÖ.)

Ich glaube, ich bin auf der falschen Veranstaltung, wenn Herr Klubobmann von einem Horrorszenario im Jahr 2045 spricht. Ja, meine Damen und Herren, haben Sie uns nicht zugehört? Wir sind selbstverständlich für eine Pensionsreform! (Beifall bei der ÖVP.) Aber für eine sozial gerechte, ausgewogene, und nicht für einen Raubfeldzug gegen die Schwächsten in diesem Lande. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn Sie immer die Jugend ansprechen und so viel Angst haben, dass die Jugend keine Pensionen mehr bekommt, dann sage ich Ihnen, dass die größten Verlierer bei dieser Pensionsreform die jungen Leute sind, denn die haben mit den größten finanziellen Einbußen zu rechnen. Ich sage Ihnen wieso: die Verlängerung des Durchrechnungszeitraumes von derzeit 15 auf 40 Jahre bringt ein Prozent Pensionsverlust pro Jahr, das sind minus 25 Prozent Pension in 25 Jahren. (Abg. Gödl: „Das verlangen Sie selbst im Antrag!“) Es wurde nicht angesprochen – (Abg. Riebenbauer: „Horchen und lernen!“) Moment, Herr Kollege Gödl, tun Sie nicht so, als ob Sie mehr wüssten als Sie wissen. Es geht hier einzig und allein darum, mit welchen Faktoren ich die Pensionsbeiträge auf-

werte. Wenn ich diese entsprechend aufwerte, kann ich über alles sprechen, aber wenn Sie so weitermachen, dann haben die Menschen in 40 Jahren kaum mehr eine Pension und dann züchten Sie die Ausgleichszulagenbezieher von morgen. (Abg. Gödl: „Das glauben Sie wohl selbst nicht!“) Ist das soziale Politik, die Sie da machen? (Beifall bei der SPÖ.)

Zu den 25 Prozent kommen weiters dadurch, dass der Steigerungsbetrag von 2 Prozent auf 1,78 Prozent herabgesetzt wird, zusätzliche 11 Prozent Pensionsverlust, das sind schon 36 Prozent. Außerdem – und das ist auch nicht zur Sprache gekommen – wollen Sie ja die Pension erst das übernächste Jahr nach Pensionsantritt valorisieren, das sind wieder minus 2 Prozent, was nie wieder wettgemacht werden kann. Da bin ich bereits auf minus 38 Prozent Pension, und das finden Sie in Ordnung? Bitte schauen Sie sich das Papier Ihrer Partei einmal an, und wenn Sie dann noch damit einverstanden sind, dann ist Ihnen wirklich nicht mehr zu helfen. (Abg. Gödl: „Wo ist Ihr Konzept?“)

Ich sage Ihnen auch, ich habe schon Vorstellungen, wie wir das Pensionssystem sichern können. Und wenn Sie mir zuhören, dann sage ich Ihnen etwas, Herr Kollege Gödl. Seinerzeit hat sich die Bundesregierung dazu verpflichtet, ein Drittel zu den Pensionen dazuzuzahlen, ein Drittel zahlen die Arbeitnehmer, ein Drittel zahlen die Arbeitgeber. Und wissen Sie, wie hoch der Bundeszuschuss zu den Pensionen heute ist? 22 Prozent. Und soll ich Ihnen sagen, wie hoch der Zuschuss zu den ASVG-Pensionen ist? Ungefähr 15 Prozent. Und der Zuschuss zu den Bauernpensionen ist 88 Prozent, zu den gewerblichen Pensionen 56 Prozent und zu den Beamtenpensionen 41 Prozent – macht im Durchschnitt 22 Prozent aus. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir alle bekennen uns dazu, die Pensionssysteme zu harmonisieren und jeder, der sagt, dass wir das nicht tun, der hat uns nicht zugehört. Es ist total unverständlich für die Menschen draußen, dass jetzt Herr Bundeskanzler eine Hektik entwickelt und das in einem Affentempo durchziehen möchte, ohne Rücksicht auf Verluste. Aber die Harmonisierung der Pensionssysteme, die schieben wir hinaus. Ja ist das in Ordnung? (Abg. Gödl: „Das geht nur deshalb so schnell, weil ihr immer hinterher lauft!“) Ja, gehen wir das doch gemeinsam an und da ist viel Geld hereinzubringen. (Abg. Kasic: „Wieso schreien Sie denn so?“) Das ist ein dermaßen gravierendes Problem. Wer da kein Temperament hat und wen das kalt lässt, der tut mir wirklich Leid. (Beifall bei der SPÖ.)

Zweitens, wissen Sie, wie hoch der Pensionsbeitrag im ASVG-System ist, den Arbeitgeber und der Arbeitnehmer bezahlen? 22,8 Prozent. Wissen Sie, dass das schon seit Jahrzehnten nicht angehoben worden ist? Wenn man diesen Beitrag geringfügig anheben würde, würde man viel Geld – (Abg. Kasic: „Ein bisschen leiser, dann klatsche ich am Ende Ihrer Rede!“) Also dann gehe ich etwas weiter weg vom Mikrofon. (Abg. Gödl: „Tun Sie einmal rechnen!“) Herr Gödl, Sie verstehen mich überhaupt nicht. Wenn Sie Zeit und Lust haben, gebe ich Ihnen einmal Pensionsunterricht, wenn Sie wollen. Da kann ich Ihnen einiges erzählen. Wenn darüber hinaus der Staat wieder ein Drittel zu den Pensionen dazuzahlt und nicht sinnlose Kampfflugzeuge kauft, dann ist unser Pensionssystem auch für die Zukunft gesichert. (Abg. Gödl: „So ein Blödsinn!“)

Und neben Harmonisierung und geringer Beitragszahlung noch etwas: Abschaffung der Höchstbeitragsgrundlage. Übrigens, fällt Ihnen nichts anderes ein als mir zu sagen, ich würde einen Blödsinn erzählen, wo Sie sich selber überhaupt nicht auskennen in dem Bereich? Das kommt mir schon sehr unverfroren vor. (Beifall bei der SPÖ.)

Und die Frau Landeshauptfrau hat gesagt, wir haben im Land viel gemacht im Pensionssystem. Ich war beim Verhandeln dabei. Herr Landesrat Schützenhöfer ist leider nicht hier, ist anscheinend nicht so interessiert an dieser Sache. Da wurde einiges gemacht, da ist einiges an das ASVG-System angepasst worden. Durchrechnungszeitraum, Altersanhebung um eineinhalb Jahre – ja, aber bitte schön, Frau Landeshauptfrau, was hat denn das mit dieser gravierenden Pensionsreform zu tun, die jetzt diese Regierung vorgelegt hat? Das ist ja ein Klacks dagegen. Und noch etwas, Frau Landeshauptfrau – und jetzt bin ich wieder bei der Höchstbeitragsgrundlage – Sie sagten „Höchstbemessungsgrundlage“, es handelt sich hier aber um die „Höchstbeitragsgrundlage“, die damals 44.400 Schilling war. Diejenigen, die über diese Höchstbeitragsgrundlage verdienen, zahlen diesen zusätzlichen Beitrag. Und diese Höchstbeitragsgrundlage ist jetzt 3360 Euro. Ich meine, wir sollten diese Höchstbeitragsgrundlage überhaupt abschaffen und es sollte jeder von seinem vollen Verdienst den Pensionsbeitrag bezahlen. Das wäre – glaube ich – auch ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit und zur Solidarität, die ja immer wieder eingefordert wird. (Abg. Hammerl: „Warum sagen Sie das nicht dem Gusenbauer?“) Also bitte, wer ist denn an der Regierung, wir oder ihr? (Präsident: „Am Wort ist die Frau Abgeordnete Bachmaier-Geltewa, bitte, meine Damen und Herren. Bitte, Frau Abgeordnete, setzen Sie fort!“)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, man könnte zu diesem Thema noch sehr viel sagen. Einiges wurde bereits gesagt, aber etwas möchte ich schon noch hinzufügen. Dieses Drei-Säulen-Modell, es wurde heute schon mehrfach angesprochen. Ich möchte wissen, wie jemand, der 1000 Euro im Monat verdient, noch zusätzlich ein paar 100 Euro für private Pensionsvorsorge auf die Seite legen kann. Das fragen Sie einmal Ihren Herrn Bundeskanzler. Oder schwebt dieser schon in solch hohen Sphären, dass er sich nicht mehr vorstellen kann, dass jemand so wenig verdient? Und das sind leider sehr viele Leute, vor allem Frauen. Und auch das wurde schon gesagt. Hingegen die, die reich und begütert sind und sehr viel Geld haben, die können vorsorgen. Sind wir schon so schlecht dran in Österreich, dass wir uns nicht einmal mehr Pensionen leisten können, mit denen die Menschen im Alter das Auslangen finden? Leben wir in einer Bananenrepublik, meine Damen und Herren? Wir sind das drittreichste Land in Europa, haben Sie das vergessen? (Beifall bei der SPÖ.)

Wir zählen zu den sieben reichsten Ländern der Erde und dennoch bricht bei Ihnen plötzlich die Pensionspanik aus. Erklären Sie das einmal den Menschen, die dann immer weniger haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir sind für eine gerechte Pensionsreform. Ich möchte das hier noch einmal sagen. Und wir reichen unsere Hand zur konstruktiven Mitarbeit. Und jeder ist gut beraten, wenn er diese annimmt. Und sprechen Sie nicht davon, meine Damen und Herren von den Freiheitlichen, dass wir vom Verhandlungstisch weggegangen wären. Die Leute draußen wissen überhaupt nicht mehr, was richtig und was nicht richtig ist, wenn Sie solche Unwahrheiten verbreiten, meine Damen und Herren. Sie sind anscheinend immer nur dann temperamentvoll, wenn Sie glauben, dass Sie Recht haben. Wenn wir einmal Recht haben und wenn Sie die Wahrheit nicht vertragen, dann ist es offensichtlich nicht zulässig, dass wir etwas lauter sind.

Ich höre schon auf, aber ich hätte noch eine Menge zu sagen. Eines möchte ich nur abschließend noch sagen, meine Damen und Herren. Verlieren Sie nicht zur Gänze Ihr Herz und Ihre soziale Ader, die Sie vorgeben zu haben, vor allem die Freiheitlichen, die immer gesagt haben, dass sie für die kleinen Leute da sind. Aber diese wollen ja in Bezug zur Abschaffung der Entgeltfortzahlung für Politiker, wenn sie aufhören, eine Abfertigung. Na wunderbar, tausche ein Privileg gegen das andere, herrlich! (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, nun bin ich wirklich am Ende meiner Ausführungen. Ich möchte an Sie appellieren. Verbreiten Sie draußen nicht so falsche Worte über diese Pensionsreform. Bleiben Sie bei der Wahrheit, Herr Kollege Bacher, und zitieren Sie nicht einen Brief bewusst falsch. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 18.38 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Walburga Beutl. Frau Abgeordnete, bitte.

Abg. Beutl (18.39 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Frau Landeshauptmann! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir haben in der Ausbildung gelernt, Lautstärke ist kein Argument! (Abg. Stöhrmann: „Frau Kollegin, haben Sie den Benno Bittmann damit gemeint?“)

Ich bin keine Expertin, keine Pensionsexpertin, aber ich möchte einen Pensionsexperten zitieren, und zwar den Herrn Universitätsprofessor Theodor Tomandl, der der Leiter der Pensionsreformkommission in den letzten drei Jahren war. (Präsident: „Ich ersuche um Aufmerksamkeit und bitte um Absenkung des Lärmpegels. Am Wort ist derzeit die Frau Abgeordnete Beutl und sonst niemand. Danke! Frau Abgeordnete, bitte!“) Der Herr Universitätsprofessor Theodor Tomandl, ein Pensionsexperte, meint Folgendes und ich zitiere: „Wenn man der öffentlichen Diskussion Glauben schenkt, dann werden Frauen in unserer Pensionsversicherung benachteiligt. Ist das richtig? Das kann nur ein Blick auf die Tatsachen klären. Die Gesetzestexte enthalten mit einer Ausnahme, das Pensionsalter, und auch das nicht bei den Beamten, keine Sonderregeln für Frauen. Sie gelten vielmehr in völlig gleicher Weise für Frauen und Männer und müssen dies auch, weil sonst der Verfassungsgrundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz verletzt wäre. Unterschiede können sich daher nur daraus ergeben, dass Frauen von bestimmten Regelungen stärker betroffen sind als Männer.“

Und da bin ich dann auch schon beim Thema, denn es ist tatsächlich so, dass in Bezug auf die Pensionsberechnung es ja so ist, dass als Grundlage das Einkommen, die erworbenen Versicherungszeiten hergenommen werden und auf Frauen bezogen, wir haben das heute mehrfach gehört, ist es eine bedauerliche Tatsache, dass es diese großen Unterschiede gibt im Einkommen von Frauen und Männern. Etwa ein Drittel erhalten Frauen weniger und infolge dessen – klarerweise – dann auch die geringeren Pensionen. Das ist Tatsache, das ist heute so. Die Gründe dafür sind vielfältig, komplex. Wir haben sie von dieser Stelle auch mehrfach schon in den letzten Jahren und Jahrzehnten diskutiert. Ein Grund ist ganz sicher die ebenfalls bereits heute mehrfach erwähnte Tatsache, dass Frauen wegen der Kinderbetreuung, wegen der Pflege von Angehörigen nicht die durchgängige Lebensarbeitszeit haben wie Männer und somit weniger Versicherungszeiten erwerben. Tatsache ist auch, dass gerade diese Frauen einen unschätzbaren Dienst für unsere Gesellschaft leisten und dass wir für diese Personengruppe in der Vergangenheit zu wenig getan haben. Und dafür ist die jetzige Regierung und die jetzige Pensionssicherungsreform nicht hauptverantwortlich, da muss man die Versäumnisse jenen ins Stammbuch schreiben, die in den letzten Jahrzehnten Hauptverantwortung getragen haben und die Gelegenheit gehabt hätten, in den letzten 30 Jahren auch hier etwas zu ändern. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein weiterer Grund für die Einkommensunterschiede und Nachteile und somit die geringeren Pensionen für Frauen und auch das wurde schon mehrfach hier von dieser Stelle aus gesagt, sind die schlechteren Kollektivverträge von Frauen. Es hat leider in den letzten 30 Jahren keine sozialistische Frauenministerin oder Staatssekretärin geschafft, das in den Griff zu bekommen oder überhaupt nur anzugehen. Und leider hat es der ÖGB – und man hat den Eindruck in Wahrheit ein verlängerter Arm der SPÖ – nicht geschafft, seine Muskeln zu zeigen und spielen zu lassen, so wie er es jetzt für die Streiks tut, um für eine Verbesserung der Frauenlöhne einzutreten. Ich erinnere daran und frage, warum nimmt sich zum Beispiel der ÖGB Schweden nicht als Vorbild? Dort ist es gelungen, durch den Einsatz der Gewerkschaft, dass eine kontinuierliche Lohnerhöhung für Frauen ausverhandelt wurde, bis sich die Lohnschere deutlich zugunsten der Frauen verringert hat. Und nach wie vor werden Frauen in den Betrieben niedriger eingestuft, wird ihre Arbeit geringer bewertet und das bitte ist die Verantwortung von Betriebsräten, von Personalvertretern, von Verantwortlichen der Gewerkschaft, die, glaube ich, nicht ausreichend genug in den letzten Jahrzehnten wahrgenommen wurde. Dort liegt das Übel, wenn wir von den geringen Einkommen der Frauen reden. Ich erinnere an die Einführung des Mindestlohnes. Bitte, das wurde auch von der Gewerkschaft nicht in dem Ausmaß und so ernsthaft vertreten, das hat erst Bundeskanzler Schüssel von der ÖVP in sein Regierungsprogramm hineingenommen, denn wir wissen sehr genau, dass wir hier einer sehr großen Zahl von Frauen zu einem höheren Einkommen und damit zu einer höherer Pension verhelfen können.

Und es war die Regierung Schüssel, die erstmals Maßnahmen beschlossen hat, die die Leistungen von Frauen, von Müttern für die Kinderbetreuung und Pflege der Angehörigen anerkennt. Ich nenne das Kinderbetreuungsgeld, ich nenne die Familienhospizkarenz und ich nenne die erstmalige Einführung der pensionsbegründenden Kindererziehungszeiten von 18 Monaten. Es wird nun erhöht auf künftig 24 Monate und das ist ein wichtiger Schritt zur Altersabsicherung von jungen Eltern, die in Zukunft damit einen Beitrag zur Pensionsversicherung erhalten. (Abg. Gennaro: „Und wann wirkt es, 2026?“) Zusätzlich werden in diesem Entwurf der Pensionssicherungsreform die Kindererziehungszeiten und die Familienhospizkarenz in der Durchrechnung für die Vergangenheit und für die Zukunft berücksichtigt. Durch diese Reduktion des Durchrechnungszeitraumes von drei Jahren pro Kind beziehungsweise auch für die Herausnahme der Zeit für die Pflege wird erreicht, dass der geringe Zuverdienst in dieser Zeit sich nicht negativ auf die Pensionshöhe auswirkt und es gibt ganz sicher die Möglichkeit, dass eine Frau mit zwei Kindern bis 2010 auf Grund dieser Regelung keinerlei Nachteile haben wird. (Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa: „Das glauben Sie aber selbst nicht, Frau Kollegin, oder?“) Ich bringe in unsere Fraktion, auch in Wien und im Parlament, einen Verbesserungswunsch diesbezüglich ein, denn es sind bei der derzeitigen Regelung Mehrlingsgeburten oder wenn eine Mutter zwei oder drei Kinder innerhalb von drei, vier Jahren bekommt, nicht genug berücksichtigt. Ich hoffe, dass die derzeitige Möglichkeit von Verhandlungen das noch berücksichtigen wird. (Abg. Gross: „Ich hoffe, dass für unsere Ideen auch ein bisschen ein Platz bleibt!“) Zusätzlich zu dieser Maßnahme werden die Erziehungszeiten künftig höher bewertet werden. Auch hier ein Wunsch und eine Anregung, die von unserer Fraktion aus hoffentlich auch berücksichtigt wird. Es geht darum, dass im Zuge der Harmonisierung und ich bin überzeugt, dass die Verhandlungen dazu im Herbst begonnen werden, diese Bewertung, die derzeit nicht sehr hoch ist, zumindest dem Präsenzdienst gleichgestellt wird und dass ein Durchschnittseinkommen als Bemessungsgrundlage herangezogen wird. Denn für mich ist die Bewertung der Betreuung eines Kindes mindestens gleich viel wert wie der Präsenzdienst. (Beifall bei der ÖVP.)

Es gibt einen zusätzlichen Punkt, den ich heute überhaupt noch nie gehört habe, aber ich möchte ihn trotzdem einbringen und vielleicht jenen, die das überlesen haben beim Studium dieses Entwurfes, in Erinnerung rufen. Sie haben verschwiegen, dass es bezüglich der Durchrechnungsverluste eine Begrenzung der Belastungen geben wird. Denn diese Verluste werden gedeckelt und ich lese vor, wie es im Entwurf steht: „Um mögliche Belastungen aus der Anhebung des Durchrechnungszeitraumes zu begrenzen, werden Durchrechnungsverluste bis 2007 mit 3,5 Prozent, bis 2015 mit 7 Prozent und ab 2015 mit 10 Prozent gedeckelt.“ Also ich kann mir nicht vorstellen, wenn es diese Regelung gibt, dass wir dann diese Zahlen, die von Ihnen genannt werden, mit minus was weiß ich 20, 40 Prozent überhaupt haben werden. Ich möchte auf ein Vorhaben hinweisen, das mir aus Sicht der Frauen besonders wichtig erscheint, nämlich dass geplant ist, für ältere Frauen eine Mindestpension einzuführen, und zwar nicht nur für ältere Frauen, aber sie werden es in erster Linie als Nutznießer spüren können, für alle eine Existenzsicherung, die allein stehen, die unversorgt sind, die nicht über eine eigene Pension verfügen und auch nicht über eine Vorsorge nach einem verstorbenen Ehepartner abgesichert sind. Diese Mindestpension wird im Herbst in Angriff genommen und ich glaube, das sind Punkte, so wie ich sie hier aufgezählt habe, die sehr wohl beweisen, dass es der jetzigen Regierung ein Anliegen ist sozial abzufedern, die Leistung von Frauen, von Müttern zu berücksichtigen. Verbesserungen dieser Art, kann ich mich nicht erinnern, sind in den letzten 30 Jahren überhaupt nicht angesprochen worden.

Generell – und das möchte ich abschließend sagen – wird es in Zukunft für Frauen nur dann höhere Pensionen geben, wenn ernsthaft daran gearbeitet wird, Frauen auch zu einem höheren Einkommen zu verhelfen. Da wird es ein Maßnahmenbündel geben müssen. Ich nenne nur zum Beispiel, dass wir beginnen müssen, bereits bei den Mädchen bei der Berufsorientierung mehr Aufklärung und Information zu geben auch in besser bezahlte Berufe zu gehen, in die Technik, in die neuen Technologien und dass Frauen schon in der Vorfamilienphase, schon während der Schwangerschaft sich ernsthaft damit auseinandersetzen, wie werde ich meinen Wiedereinstieg nach dem Kind in Angriff nehmen und auch ihre Lebensplanung ein bisschen darauf ausrichten, dass sie möglichst darauf achten müssen, selber gute Versicherungszeiten zu erwerben. Die Rahmenbedingungen dafür liegen in der Verantwortung von uns allen, von allen politisch Verantwortlichen, von den Sozialpartnern, von den Regierungen, denn nur wenn die Rahmenbedingungen, wie wir sie kennen, zum Beispiel bessere Vereinbarkeit, stimmen, wird das auch möglich sein. Ich glaube, dass die Verantwortung heute oft genug angesprochen wurde und wir sind uns alle dieser Verantwortung bewusst. Ich glaube aber, dass es verantwortungslos ist, in einer so komplexen und emotional besetzten Materie wie dieser Pensionssicherung, Alterssicherung mit der Angst der Bevölkerung zu spielen, wie es derzeit geschieht. (Beifall bei der ÖVP. – 18.51 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Halper, danach Prattes.

Abg. Halper (18.51 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Landesregierungsmitglieder, Hohes Haus!

Die Bundesregierung zielt ganz klar darauf ab, die Pensionsvorsorge zunehmend zur privaten Aufgabe zu machen. Der Staat investiert immer mehr in die so genannte dritte Säule, die Privatpension und das bis zu 10 Prozent mit Zuschüssen. Immer weniger investiert er in die erste Säule des Pensionssystems und man kann sich schon heute ausmalen, was nach Vollendung dieser geplanten Pensionsreform passieren wird. Nach dieser Vollendung werden die staatlichen Pensionen somit nur mehr jenen Personen existenzsichernd sein, die auf Grund ihres hohen Einkommens auch ohne private Vorsorge nicht auskommen könnten. Wer zuwenig verdient, um privat vorzusorgen, bekommt erstens eine minimale staatliche Pension und kann sich in keiner Phase seines oder ihres Lebens eine staatlich geförderte private Pension leisten. Was noch viel schlimmer ist, dass diese Pensionsreform die Jugend am stärksten und mit voller Härte trifft. Sie bedeutet die Abwehr des Generationsvertrages.

Und, geschätzte Damen und Herren, diese Reform führt zur Entsolidarisierung der Gesellschaft und zum Vertrauensverlust der Jugend in ein System. Denn durch die stufenweise Anhebung der Durchrechnungszeiträume der Steigerungsbeiträge von 2 auf 1,78 Prozent ab 2006 werden die heute unter 30-Jährigen in jedem Fall eine 30 bis 40 Prozent niedrigere Pension erhalten, als wenn sie heute in Pension gehen würden. Aber auch jugendliche Arbeitslose sind von dieser Pensionsreform betroffen. Verschärfend wirkt dabei auch noch die Jugendarbeitslosigkeit. Grundlage einer seriösen Sicherstellung der Pensionsfinanzierung ist und bleibt das Konzept der Vollbeschäftigung. In Österreich haben wir aber derzeit einen Erwerbstätigkeitsanteil von rund 68 Prozent. Wenn man Skandinavien als Beispiel nimmt, haben wir 80 Prozent. Das heißt, die steigende Jugendarbeitslosigkeit wirkt sich auf die geplante Pensionsreform noch kumulativ aus. Zusätzlich wird der Konflikt zwischen Jung und Alt noch dadurch größer, dass immer mehr ältere Arbeitnehmer auf den Arbeitsmarkt gedrängt werden. Und, geschätzte Damen und Herren, die Pensionsreform darf jedoch nicht eine Frage zwischen Jung und Alt sein, sondern sie muss im Sinne des Generationsvertrages von uns allen gemeinsam ausgetragen werden. Aber auch Studierende sind durch die Studiengebühren gezwungen, immer öfter und immer mehr zu arbeiten. Die Tätigkeiten neben dem Studium sind meist schlecht bezahlt und wirken sich auf Grund des längeren Durchrechnungszeitraums dadurch auch negativ auf die Pensionshöhe aus. Da sich auf Grund der Studiengebühren und der dadurch erhöhten Erwerbstätigkeit auch noch das Studium verlängert, aus diesem Grund finden wir in Zukunft mit dieser Pensionsreform bei den Akademikern und Akademikerinnen durchschnittlich sechs bis acht Niedrigbeitragsjahre vor beziehungsweise auch Jahre ohne jeglichen Erwerb von Pensionszeiten, nämlich dann, wenn Studierende einer Arbeit unter der Geringfügigkeitsgrenze nachgehen. Aber auch Frauen, die heute unter 30 Jahre alt sind, werden bei Pensionsantritt diese Pensionsreform zu spüren bekommen. Weder werden die Kinderbetreuungszeiten in ausreichendem Ausmaß gerechnet, noch wird auf die der Betreuung von Kindern oft folgende Arbeitslosigkeit und Teilzeitarbeit Rücksicht genommen. Und, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wenn man sich das einmal durchrechnet an einem Beispiel: Ein junger Mann, geboren am 1. Juli 1976, studiert bis zu seinem 27. Lebensjahr, neben dem Studium ist er sechs Jahre als freier Dienstnehmer teilzeitbeschäftigt und hat zirka 500 Euro pro Monat, danach kommt ein Jahr Bundesheer, von 29 bis 36, das sind insgesamt sechs Jahre, ist er an verschiedenen Projekten auf Werkvertragsbasis beteiligt. Das heißt, er hat ein Jahr Versicherungslücke, ein Durchschnittseinkommen in dieser Zeit von 2500 Euro. Ab 37 bekommt er ein Dienstverhältnis, das er bis zu seinem 48. Lebensjahr halten kann, das sind weiter elf Jahre und hat mit 37 ein Einstiegsgehalt von 2800 Euro. Dann ist er ein Jahr arbeitslos. Danach hat er die Chance, mit 49 Jahren nochmals in den Arbeitsmarkt eintreten zu können und arbeitet bis zu seinem 65. Lebensjahr, das sind weitere 16 Jahre. Dort hat er ein Wiedereinstiegsgehalt von 3119 Euro brutto. Wir haben bei diesem Beispiel eines jungen Mannes von 1976 mit diesem Geburtsjahr 40 Beitragsjahre, ein Jahr Bundesheer und ein Jahr Arbeitslosigkeit. Und, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, nach dem derzeitigen Pensionsrecht würde er eine Bruttopension von 6416 Euro bekommen. Nach der Pensionsreform bekommt er eine Bruttopension von 4097 Euro. Das sind 38,4 Prozent weniger und in Summe 2319 Euro. Und, geschätzte Damen und Herren, man nimmt den Jungen mit dieser Pensionsreform die Chance, in die Zukunft zu planen und man braucht sich daher nicht zu wundern, wenn die Jugend einen Glauben an ein System verliert. Nicht nur, dass das Recht auf einen Arbeitsplatz in weite Ferne gerückt wird, jetzt ist auch noch die Altersvorsorge durch genau diese Pensionsreform für die jungen Menschen in den früheren Jahrgängen unerreichbar geworden. (Beifall bei der SPÖ. – 18.58 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist Herr Abgeordneter Gennaro, bitte.

Abg. Gennaro (18.59 Uhr): Frau Präsidentin! Frau Landeshauptfrau!

Liebe Waltraud Dietrich, wenn du gesagt hast, wir sollen streiken, dann darf ich dir sagen, gegen die Regierung, die Gewerkschaft streikt nicht gegen die Regierung. Die ist ordnungsgemäß und mit demokratischer Mehrheit zusammengekommen. Die Gewerkschaft streikt nicht gegen das Parlament, die Gewerkschaft streikt als Abwehrkampf gegen den Sozialabbau. Nur dass das klar ist.

Zweiter Punkt: Wenn die Frau Kollegin Zierler, die ist leider jetzt nicht da, der wollte ich nur eines sagen. Wenn man selbst im Glashaus sitzt, soll man nicht mit Steinen werfen. Sie kommt hier her und macht Anschuldigungen und dann ist sie wieder weg so wie immer. Wenn sie den Entschließungsantrag von uns gelesen hätte, wäre sie daraufgekommen, dass das drinnen ist, was sie von uns verlangt hat.

Bei der ÖVP habe ich den Eindruck, und, lieber Kollege Gödl, ich erspare es mir auf deine Worte einzugehen, es kann sich jeder selber seinen Reim darauf machen, ich würde erst dann – wie die Kollegin Bachmaier gesagt hat – intensiv in die Diskussion einsteigen, wenn du dich wirklich informiert hast, was da in dem Ganzen passiert.

Und der Frau Kollegin Zierler und den freiheitlichen Kolleginnen und Kollegen möchte ich vielleicht noch eines mitgeben: Ihr wisst alle, dass das einfache Parteimitglied, der Herr Haider aus dem Bärenthal, euch die Linie sehr wohl vorgibt. Und der tut nicht so wie ihr, dass alles paletti und alles Waschtrog ist, sondern im Gegenteil, ihr werdet euch noch anhalten, was der euch zum Auflösen gibt. Und ich sage eines und stehe als Sozialdemokrat dazu, wenn es damit gelingt, diese unnötige und diese unsoziale Pensionsreform zu verhindern, dann sage ich, tue ich mit ihm persönlich auch mit. Und wenn man so erfolgreich ist, wie die Frau Zierler, dann soll man auch den Mund nicht so voll nehmen, ich würde mir nur wünschen, vielleicht tritt sie wieder in Graz oder Steiermark als Spitzenkandidatin an. Und jetzt, meine Damen und Herren, ohne Emotion, weil so viel geredet worden ist von der Volkspartei, dass alles in Ordnung ist. Ich zitiere nur zwei Dinge: Erwin Zankel, unverdächtig Sozialdemokrat zu sein, der keine Gelegenheit auslässt in seiner Kolumne, entweder der Gewerkschaft oder der SPÖ eine auf-

zulegen, hat gemeint am 30. April: „Warum hat Schüssel nicht von Anfang an abgefedert? Pensionen kürzen, Frau Landeshauptfrau, und Abfangjäger kaufen, ist eine neue Provokation. Statt die Wogen zu glätten, hat der Bundeskanzler das Feuer noch angefacht. Die Hast, mit der die Pensionsreform als Anhang zu den Budgetbegleitgesetzen durchgepeitscht werden soll, war nie verständlich.“ (Erstes Zitat.)

Zweites Zitat: Erwin Zankel sagt: „Besonders krass ist die Desinformation bei der berühmten Hacklerregelung“ – weil Sie gesprochen haben von Verbesserungen. „Die Regierung hat versprochen, bis 2006 zu verlängern, verschwieg aber, dass nach 45 Beitragsjahren die Bemessungsgrundlage nicht mehr 90, sondern 80 Prozent beträgt. Mit dieser Mogelei verspielt man jedes Vertrauen.“ Zitat Erwin Zankel.

Meine Damen und Herren, nur eine Zwischeninformation. Ihr werdet gemerkt haben, dass ich laufend mit meinen Kollegen in Wien in Kontakt stehe. Am Südbahnhof stehen über 110.000 Demonstranten und am Westbahnhof auch rund 90.000. Das sind geschätzte Zahlen von der Polizei, aber nicht von der Gewerkschaft. (Beifall bei der SPÖ.)

Auch wenn Herr Bundeskanzler Schüssel vielleicht heute wieder meint und zu seinem seinerzeitigen Klubobmann Khol, als sie am Ballhausplatz gestanden sind, gesagt hat, rege dich nicht auf, jetzt demonstrieren sie drei Stunden, dann steigen sie wieder in die Autobusse und der Spuk ist vorbei, so werden wir beweisen, dass wir länger und öfter draußen sind. Ich hoffe, dass dieser heutige Auftritt dem Bundeskanzler die Scheuklappen herunterreißt und ihm die Augen öffnet und dass er wirklich zum Verhandlungstisch bittet. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Straßberger: „Jetzt kannst schon aufhören!“)

Aus zeitökonomischen Gründen, damit du, Kollege Straßberger, kein Problem bekommst, verzichte ich auf die Begründung und stelle daher den Unselbstständigen Entschließungsantrag. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung massiv einzusetzen für erstens die Rücknahme des bestehenden Entwurfes zur Pensionsreform, zweitens einen breiten öffentlichen Diskussionsprozess mit Vertretern und Vertreterinnen aller Parteien, der Sozialpartner und sonstige wichtige Interessenvertretungen, in dem Vorschläge für ein harmonisiertes Pensionssystem eingebracht und der größtmögliche Konsens erzielt werden soll, drittens eine sozial verträgliche Pensionsreform, die sich nach folgenden Grundsätzen richtet: Pensionsgerechtigkeit durch ein einheitliches Pensionssystem für alle – ich bitte, das Frau Zierler zu sagen; Fairness, Vertrauen und Sicherheit bei der Überleitung in das neue Pensionsmodell; Einrichtung eines Pensionskontos mit der Garantie, nach 45 Beitragsjahren eine Pension von 80 Prozent des durchschnittlichen Monatsverdienstes zu erhalten; Schaffung einer ausreichenden Mindestpension für alle; langfristige Absicherung des derzeitigen Bundesanteiles als Grundpfeiler der gesetzlichen Pensionssicherung und damit einer solidarischen Pensionsabsicherung; jedenfalls keine Geldbeschaffung beziehungsweise Budgetsanierung des Bundes durch Pensionskürzungen und keine Herbeiführung unfairer und ungerechter Benachteiligungen von Frauen.

Meine Damen und Herren, jetzt haben Sie die Möglichkeit Farbe zu bekennen. Wenn Sie das alles so schönfärbeln, dann darf ich um die Zustimmung zu diesem Entschließungsantrag bitten. Ich danke! (Beifall bei der SPÖ. – 19.04 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als nächster Redner am Wort ist Herr Abgeordneter Wiedner. Er hat seine Rede zurückgezogen. Dann bitte ich um die Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Prattes.

Abg. Prattes (19.05 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Frau Landeshauptmann, Hohes Haus, Herr Landesrat – danke für den Hinweis!

Wir erleben heute eine sehr emotionelle Debatte. Einem Politiker ohne Emotionen fehlt etwas. Wenn man bei einer Sache 100-prozentig dahinter steht und überzeugt ist, dann darf man sich auch dafür engagieren. Die Sozialdemokratie steht heute gegen eine Pensionsreform, der man den Übertitel „Pensionsraub“ geben kann. Und dagegen kämpfen wir an. (Beifall bei der SPÖ.) Es ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, beschämend, wenn ich in die Reihen der Abgeordneten schaue. Wir sind alle gut bezahlt. Es ist aber für niemanden scheinbar interessant. Von der ÖVP sind neun Abgeordnete von 27 anwesend. Offensichtlich interessiert euch das nicht, denn immer wenn wir Fakten über die Pensionsreform ansprechen, wird nur gelacht. Jede und jeden, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird diese Pensionsreform treffen. Das ist einmal Faktum. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte das gleich an den Beginn meiner Ausführungen stellen: Ihr unterstellt der Sozialdemokratie immer, ihr habt keine Vorschläge, ihr bringt nichts auf den Tisch, ihr kritisiert nur. Ich möchte nur auf den Pensionsexperten – er wurde sehr oft zitiert – Herrn Marin hinweisen, der in der ORF-Fernsehdiskussion Folgendes gesagt hat: „Der einzig intelligente Vorschlag ist der, den die SPÖ vorgelegt hat.“ Das hat er dort gesagt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine frage ich mich schon: Dieser vorliegende Gesetzesentwurf verdient nichts anderes als den Namen „Husch-Pfusch-Gesetz“. (Beifall bei der SPÖ.)

Es kann niemand erklären, warum ein so wichtiges Gesetz versteckt, möchte ich sagen, verpackt in über 90 Budgetbegleitgesetze, verabschiedet werden soll, wo man hört, sechs Stunden hat man Zeit. Es wurde noch schnell ein Hearing eingeschoben, über diese große Pensionsreform zu diskutieren, wo andere Länder mit Erfolg diskutiert haben und die Reform von einer breiten Mehrheit getragen worden ist. Man hat monatelang darüber diskutiert. Ich stehe nicht an, den Sozialpartnern für ihre Bemühungen Dank zu sagen, da geht es gar nicht ums Verschleppen, denn sie haben lediglich gesagt, wir möchten bis zum September gemeinsam einen Vorschlag vorlegen, über den wir dann diskutieren und dann kann die Reform noch immer im nächsten Jahr in Kraft treten. Es geht gar nicht darum, etwas zu verschleppen. Es geht darum, eine gerechte, eine faire Pensionsreform zustande zu bringen, und nicht diesen Pensionsraub. (Beifall bei der SPÖ.)

Es ist doch, meine sehr verehrten Damen und Herren, Zynismus pur, bei dieser Reform von einer Pensions-sicherungsreform zu sprechen. Das ist Zynismus pur. Wenn man jetzt hergeht und sagt, das haben wir heute auch schon gehört, es ist ja abgeduldet worden – immer, wenn bei Gesetzen das Wort abdulden fällt, dann stellen sich bei mir die Haare auf. Ich meine, bei einem Auto sind die Federn wichtig, damit beim Fahren über Schlaglöcher das Auto abgeduldet wird. Es ist auch gut, wenn jemand ein Federkernbett verträgt. Was heißt also abdulden? Positiv ist herausgekommen und das ist errechnet worden bei einer Frau, die hat um 0,3 Prozent mehr Pension, aber dafür ist die Hacklerregelung verschlechtert worden. Die 30-Jährigen, und das haben wir heute schon gehört, werden bis zu 40 Prozent weniger Pension bekommen. Und dazu fällt mir eine Umfrage in der „Kleinen Zeitung“ ein, wo quer durch alle Bevölkerungsschichten gefragt wurde. Ich denke dabei an einen 22-Jährigen, der Folgendes gesagt hat: „Ich weiß, wir werden bis 85 Jahre arbeiten müssen“ – so der Originaltext – „damit wir dann wissen, dass wir keine Pension bekommen!“ Ich denke, so krass wird es wohl nicht werden. Eines geht natürlich nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren: Bis 65 arbeiten, aber ich frage mich nur wie, wenn schon 45-Jährige heute, wenn sie arbeitslos werden, die größten Schwierigkeiten haben einen Job zu bekommen, wie soll das gehen? Fragen Sie einmal jemanden, der mit 45 Jahren einen Job sucht. Du sollst heute 25 oder 22 Jahre sein und eine 30-jährige Berufserfahrung haben. Du sollst alles Mögliche haben, den Präsenzdienst abgeduldet haben, nur alt darfst du nicht sein. Mit 45 Jahren bekomme ich keinen Job mehr, mit 55 werde ich hinausgeduldet, weil ich schon zu teuer bin. Der Gesetzgeber sagt aber, du musst bis 65 arbeiten. Wissen Sie, was mir abgeht, meine sehr verehrten Damen und Herren? Ich habe kein Problem, bis 65 zu arbeiten, wenn man arbeiten kann. Ich vermisse von der Regierung Vorschläge, wie kann ich die Menschen länger in Arbeit halten. Wenn Herr Klubobmann Drexler sagt, jetzt sind die Sozialpartner gefordert, dann meine ich, dass das klassisch ist, dann schiebe ich ein Problem ab und sage, das machen die Sozialpartner. Wenn die Sozialpartner zum Bundeskanzler kommen und sagen, wir möchten mit ihm reden, dann sagt er, aus, Schluss, ich rede nicht mehr, das wird beschlossen. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, dafür bestellt man um zwei Milliarden Euro sündteure Abfangjäger, wo sich jeder fragt, brauchen wir sie? Auch aus der FPÖ hört man jetzt schon negative Stimmen. Herr Prinzhorn sagt, man könnte sich bis zu einer Milliarde Euro sparen, wenn man neu ausschreibt und neue Überlegungen anstellt. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, man verspricht den Österreicherinnen und Österreichern eine Steuerreform, die sie selbst bezahlen. So in etwa schaut das aus, meine sehr verehrten Damen und Herren. Damit wir Klartext reden: Diese Regierung treibt die Menschen auf die Straße. Dieser Bundeskanzler setzt mit seiner Gesprächsverweigerung und seinen Maßnahmen den sozialen Frieden aufs Spiel. Und alle, meine sehr verehrten Damen und Herren, die diese ungerechte Reform verteidigen, tragen Mitverantwortung. Die Österreicher und Österreicherinnen kämpfen gerade heute für ihren gerechten Anteil. Der Kollege Gennaro hat es gerade zitiert. Über 300.000 Menschen bei Blitz und Hagel und Donner und Regen stehen auf der Straße, aber nicht deswegen, aus Jux und Tollerei, sondern weil sie um ihr Recht kämpfen.

Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, es wird vielleicht auch den Herrn Klubobmann Drexler interessieren, er ist ja glaube ich dem ÖAAB zuzurechnen, ich weiß nicht, ob du FCGLer auch warst, ich zitiere aus der APA-Meldung um 18 Uhr, heute. Ich darf zitieren: „Die Vertreterin der Christgewerkschafter, Christine Gubitza von der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, hat sich auch am Rednerpult eingefunden. Sie forderte eine gerechte Pensionsreform, was mit dem derzeit vorliegenden Entwurf nicht erfüllt sei.“ Gubitza nahm in ihrer Rede Anleihen beim Wetter. Und, Frau Landeshauptmann – momentan sehe ich sie nicht –, Gubitza sagt: „Es könne regnen, donnern und stürmen und trotzdem lasse man sich nicht vom Protestieren abhalten!“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, da geht es nicht darum, dass man beim Menschen Ängste weckt, die brauchen wir nicht wecken, die haben die Angst schon. Die wissen, was auf sie zukommen kann. Und wenn ich gerade ein Zitat der „APA“ verlese, dann möchte ich Ihnen noch ein Zitat nicht vorenthalten und dann bin ich schon am Ende. Sie werden es wahrscheinlich gleich erkennen. „Zumindest lebe ich nach dem Willen, etwas für einen Menschen zu tun, solange er lebt, solange ich ihm in die Augen schauen kann, solange ich mit ihm reden kann, weil dann, nachher, ist es zu spät. Und wenn ich mir nicht vorwerfen muss, dass ich lieblos gewesen bin und dass ich mich schlecht verhalten habe gegenüber den Menschen, dann kann ich auch mit dem Tod besser umgehen!“ Das ist ein Zitat aus dem „Magnolienbaum“. Und jetzt frage ich die Frau Landeshauptmann, wenn ich so schöne Worte lese, dann frage ich, diese Pensionsreform war ein fester Bestandteil dieser Regierungsvereinbarung, die die Frau Landeshauptmann unterschrieben hat. Und ich frage mich, ist diese Reform sozial, ist die fair? Ich ersuche Sie, da müssen wir gemeinsam dagegen ankämpfen, das ist nicht fair für die Menschen in Österreich. (Beifall bei der SPÖ. – 19.15 Uhr.)

Präsident Purr: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Klubobmann Abgeordneter Schrittwieser. (Abg. Dietrich: „Sieg, das ist nicht vereinbart!“)

Abg. Schrittwieser (19.15 Uhr): Meine Damen und Herren!

Nur bezüglich Vereinbarung. Ich habe mitgestoppt, wo du gemeint hast, zwei, drei Minuten, da waren es 15, da waren es 20, wo wir gesagt haben zehn, aber ich bin schon gleich fertig.

Ich bin nur der Meinung, dass über diese wichtige Debatte über die Pensionsreform auch die Öffentlichkeit Bescheid wissen soll, wie jeder einzelne Abgeordnete sich verhält und was die Entschließungsanträge betrifft. Ich würde daher, meine sehr verehrten Damen und Herren, einen Antrag zur Geschäftsordnung gemäß Paragraph 61 Absatz 2 GeO-LT, betreffend namentliche Abstimmung, vorlegen, eingebracht von den Abgeordneten Schrittwieser, Gennaro, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dipl.-Ing. Grabner, Gross, Detlef Gruber, Margarethe Gruber, Petinger, Prattes, Dr. Reinprecht, Schleich und Stöhrmann:

Es wird der Antrag gestellt, die Abstimmungen über die Entschließungsanträge zur Dringlichen Anfrage von SPÖ und Grünen haben gemäß Paragraf 61 Absatz 2 der Geschäftsordnung des Landtags namentlich durchgeführt zu werden.

Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Abstimmung über die Entschließungsanträge, die heute eingebracht wurden, namentlich abzustimmen. Jeder Abgeordnete hat dann die Möglichkeit, sein Verhalten so darzulegen, wie er glaubt, dass er sich verhalten muss. Wir werden genau und aufmerksam beobachten, ob alle Abgeordneten der ÖVP und der FP dieser Pensionsreform oder diesem Entwurf zustimmen oder nicht. Ich hoffe noch immer, dass es sich der eine oder andere Abgeordnete überlegt und unseren Entschließungsanträgen beitrifft. Danke! (19.17 Uhr.)

Präsident: Damit, meine Damen und Herren, gibt es keine weitere Wortmeldung. Ich komme somit zum Abstimmungsvorgang.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend die unsoziale Pensionsreform, ihre Zustimmung geben, mit Ja oder Nein zu antworten. Ich rufe Sie jetzt bitte in alphabetischer Reihenfolge auf. Die Abgeordneten antworten mit Ja als Zustimmung und mit Nein als Ablehnung. Ich beginne mit

Bacher Johann: Nein.

Dr. Bachmaier-Geltewa Waltraud: Ja.

Beutl Walburga: Nein.

Bittmann Benedikt: Nein.

Böhmer Wolfgang: Ja.

Breithuber Werner: Ja.

Dietrich Waltraud: Nein.

Dirnberger Erwin: Nein.

Drexler Christopher: Nein.

Ferstl Georg: Nein.

Dr. Forenbacher Hans-Helmut: Nein.

Gangl Anton: Nein.

Gennaro Kurt: Ja.

Gödl Ernst: Nein.

Dipl.-Ing. Grabner Heinz: Ja.

Graf Verena: Nein.

Gross Barbara: Ja.

Gruber Detlef: Ja.

Gruber Erwin: Nein.

Gruber Margarethe: Ja.

Hagenauer Peter: Ja.

Halper Michaela: Ja.

Hamedl Eduard: Nein.

Hammerl Gregor: Nein.

Kasic Wolfgang: Nein.

Kaufmann Monika: Ja.

Ing. Kinsky Hans: Nein.

Köberl Günther: Nein.

Mag. Koller Christine: Nein.

Kreisl Friedrich: Nein.

Kröpfl Walter: Ja.

Mag. Lackner Ursula: Ja.

Lafer Franz: Nein.

Lechner-Sonnek Ingrid: Ja.

List Kurt: Nein.

Majcen Franz: Nein.

Ing. Ober Josef: Nein.

Petinger Karl: Ja.

Prattes Erich: Ja.

Purr Reinhold: Nein.

Dr. Rauch Wolf: Nein.

Dr. Reinprecht Ilse: Ja.

Riebenbauer Franz: Nein.

Dr. Rieder Anna: Ja.

Rieser Peter: Nein.

Schleich Franz: Ja.

Schrittwieser Siegfried: Ja.

Stöhrmann Bernd: Ja.

Straßberger Josef: Nein.

Tasch Kurt: Nein.

Tschernko Peter: Nein.

Wicher Anne Marie: Nein.

Wiedner Karl: Nein.

Dipl.-Ing. Wöhry Odo: Nein.

Zierler Theresia: Nein.

Mag. Zitz Edith: Ja.

Folgendes Abstimmungsergebnis: Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Damit komme ich zum Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend sozial gerechte Pensionsreform. Wenn Sie dem Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen, FPÖ-Antrag. Bitte, er wurde einstimmig angenommen, danke – mehrheitlich angenommen, Pardon.

Folgendes, meine Damen und Herren: Der Antrag hier lautet wie folgt: Die Abstimmungen über die Entschließungsanträge zur Dringlichen Anfrage von SPÖ und Grünen, deshalb habe ich zuerst den SPÖ-Antrag namentlich abgestimmt und habe ich den freiheitlichen Antrag jetzt mit normaler Abstimmung vorgenommen. Jetzt müsste genau in der Reihenfolge der Antrag von den Grünen auch namentlich abgestimmt werden. Der grüne Antrag wird jetzt namentlich abgestimmt. Jetzt sagt man, es sei eine Rechtsfrage, ob mit diesem Antrag alle Anträge namentlich abzustimmen sind.

Nun höre ich nach der Beratung der Juristen hier, dass demzufolge auch der freiheitliche Antrag namentlich abzustimmen wäre, dem steht nichts entgegen. Bitte, auf Grund dieser Tatsache wird jetzt der Antrag namentlich auch abgestimmt.

Bitte, Frau Abgeordnete Dietrich. Sie haben sich zu Wort gemeldet.

Abg. Dietrich (19.23 Uhr): Geschätzter Herr Präsident!

Kurz zur Geschäftsordnung: Über unseren Antrag wurde bereits einstimmig abgestimmt und damit ist das für uns erledigt. Es war schon öfters, dass Anträge aus Versehen mitgestimmt wurden. Was abgestimmt ist, ist abgestimmt. (19.23 Uhr.)

Präsident: Hoffentlich gibt es jetzt eine Klärung. Ansonsten müssen wir ganz kurz die Sitzung unterbrechen. Herr Abgeordneter Schrittwieser ist am Wort.

Abg. Schrittwieser (19.24 Uhr): Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Antrag von uns lautet, dass über die von der SPÖ und von den Grünen eingebrachte Dringliche Anfrage im Zuge dieser Anfrage eingebrachten Entschließungen namentlich abzustimmen ist. So steht das im Antrag. (Allgemeine Unruhe.) Dann würde ich um eine Sitzungsunterbrechung bitten, um das in der Präsidiale abklären zu können. Die namentliche Abstimmung, meine Damen und Herren, ist ein Minderheitenrecht. Dieses Minderheitenrecht nehmen wir in Anspruch. Wenn die ÖVP glaubt, sie kann das ablehnen, dann ist das ihre Sache. Wir wollen, dass über die Entschließungsanträge im Zuge dieser Dringlichen Anfrage namentlich abgestimmt wird. Ich bitte, Herr Präsident, diese Abstimmung so vorzunehmen. (19.24 Uhr.)

Präsident: Ich unterbreche die Sitzung und berufe die Präsidiale auf die Dauer von 15 Minuten ein. Die Sitzung ist unterbrochen. (Unterbrechung der Sitzung von 19.25 Uhr bis 20.09 Uhr.)

Präsident: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Es hat sich Herr Klubobmann Schrittwieser jetzt zu Wort gemeldet, bevor wir zur nächsten namentlichen Abstimmung kommen. Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abg. Schrittwieser (20.10 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann!

Es ist bedauerlich, dass es bei einem Antrag auf namentliche Abstimmung unterschiedliche Interpretationen gibt. Manche Auffassungen haben sich vom Hohen Haus in die Präsidiale sogar verändert. (Allgemeine Unruhe. – Präsident: „Am Wort ist Herr Klubobmann Schrittwieser und ich bitte Sie, die Aussagen anzuhören!“) Meine Damen und Herren! Es ist ganz einfach erklärt (Präsident: „Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da es darum geht, eine nächste Abstimmung durchzuführen, ist es erforderlich, die Meinung des Herrn Abgeordneten Schrittwieser anzuhören!“): Es gibt einen Antrag unsererseits, auch juristisch so formuliert, dass zur Dringlichen

Anfrage alle Entschließungsanträge namentlich abzustimmen sind. Herr Präsident hat jetzt gegen unseren Willen entschieden. Er hat das anders interpretiert und die offene Abstimmung über den Antrag der freiheitlichen Partei als abgestimmt genommen. Ich lege Wert darauf, dass diese einstimmig war. Diese Abstimmung ist aber gegen unseren Willen passiert, weil wir etwas anderes beantragt haben. Wir werden daher unter Protest, meine Damen und Herren, als SPÖ-Klub diese Abstimmung zur Kenntnis nehmen. Wir werden aber rechtlich prüfen lassen, weil wir eindeutig der Meinung sind, dass nach unserem schriftlichen Antrag diese Abstimmung so hätte nicht stattfinden dürfen. (Abg. Zierler: „Sie haben aber zugestimmt!“) Ich danke! (20.13 Uhr.)

Präsident: Damit, meine Damen und Herren, kommen wir zur namentlichen Abstimmung. Wenn Sie jetzt nicht aufpassen, wird das wahrscheinlich wieder irgendwelche Meinungsdivergenzen bringen. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung des Entschließungsantrages der Grünen betreffend Verhinderung der geplanten Pensionsreform durch das Land Steiermark. Wenn Sie diesem Antrag Ihre Zustimmung geben, bei namentlicher Verlesung, dann sagen Sie ja, wenn nicht, dann sagen Sie nein.

Bacher Johann: Nein.

Dr. Bachmaier-Geltewa Waltraud: Ja.

Beutl Walburga: Nein.

Bittmann Benedikt: Nein.

Böhmer Wolfgang: Ja.

Breithuber Werner: Ja.

Dietrich Waltraud: Nein.

Dirnberger Erwin: Nein.

Drexler Christopher: Nein.

Ferstl Georg: Nein.

Dr. Forenbacher Hans-Helmut: Nein.

Gangl Anton: Nein.

Gennaro Kurt: Ja.

Gödl Ernst: Nein.

Dipl.-Ing. Grabner Heinz: Ja.

Graf Verena: Nein.

Gross Barbara: Ja.

Gruber Detlef: Ja.

Gruber Erwin: Nein.

Gruber Margarethe: Ja.

Hagenauer Peter: Ja.

Halper Michaela: Ja.

Hamedl Eduard: Nein.

Hammerl Gregor: Nein.

Kasic Wolfgang: Nein.

Kaufmann Monika: Ja.

Ing. Kinsky Hans: Nein.

Köberl Günther: Nein.

Mag. Koller Christine: Nein.

Kreisl Friedrich: Nein.

Kröpfl Walter: Ja.

Mag. Lackner Ursula: Ja.

Lafer Franz: Ja. Nein, ich bitte um Entschuldigung. (Beifall bei der SPÖ.) Abgestimmt ist abgestimmt. Ich habe das mit Ja vermerkt.

Lechner-Sonnek Ingrid: Ja.

List Kurt: Nein.

Majcen Franz: Nein.

Ich bitte um Ruhe, denn ich höre nicht, was die Abgeordneten antworten.

Ing. Ober Josef: Nein.

Petinger Karl: Ja.

Prattes Erich: Ja.

Purr Reinhold: Nein.

Dr. Rauch Wolf: Nein.

Dr. Reinprecht Ilse: Ja.

Riebenbauer Franz: Nein.

Dr. Rieder Anna: Ja.

Rieser Peter: Nein.

Schleich Franz: Ja.

Schrittwieser Siegfried: Ja.

Stöhrmann Bernd: Ja.

Straßberger Josef: Nein.

Tasch Kurt: Nein.

Tschernko Peter: Nein.

Wicher Anne Marie: Nein.

Wiedner Karl: Nein.

Dipl.-Ing. Wöhry Odo: Nein.

Zierler Theresia: Nein.

Mag. Zitz Edith: Ja.

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt

15. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1312/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2003 (dritter Bericht für das Rechnungsjahr 2003).

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Christine Koller. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Koller (20.17 Uhr): Ich berichte zur Einl.-Zahl 1312/1, Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2003, der dritte Bericht für das Rechnungsjahr 2003.

Es wird nunmehr berichtet, dass in der Zeit vom 17. März bis 24. März 2003 dringende und im offensichtlichen Interesse gelegene über- und außerplanmäßige Ausgaben von insgesamt 1,806.549,71 Euro durch die Steiermärkische Landesregierung genehmigt wurden. Die genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben sind in der beiliegenden Aufstellung übersichtlich angeführt.

Dieser Mehraufwand wurde wie folgt bedeckt:

Aus dem ordentlichen Haushalt mit Bindung von Ausgabenersparungen ebenfalls in der Höhe von 1,806.549,71 Euro.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 31. März 2003 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der dritte Bericht für das Rechnungsjahr 2003 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in der Gesamthöhe von 1,806.549,71 Euro wird gemäß Paragraph 32 Absatz 2 des L-VG 1960 zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. Ich bitte um Annahme. (20.18 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nicht vor.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag der Berichterstatterin Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen und stelle dazu die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Wir kommen damit zu Tagesordnungspunkt

16. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 1349/1, betreffend Überprüfung der AQUA.NET Wasser- und Freizeitanlagen Steiermark GmbH.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hagenauer (20.18 Uhr): Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung vom 6. Mai über den Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend AQUA.NET, beraten und stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (20.19 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung, Herr Abgeordneter. Eine Wortmeldung zu Tagesordnungspunkt 16 liegt mir bisher nicht vor, deshalb schreite ich zur Abstimmung.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen.

Danke, ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Wir kommen zu Punkt

17. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1313/1, betreffend die Übernahme einer Ausfallhaftung für eine stille Beteiligung der Steirischen BeteiligungsfinanzierungsgesmbH., 8020 Graz, Nikolaiplatz 2 an der Firma BOOM Software AG., 8430 Leibnitz, Hasendorfer Straße 96 in Höhe von einer Million Euro.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Tschernko. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tschernko (20.19 Uhr): Ich berichte über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1313/1, der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend die Übernahme einer Ausfallhaftung für eine stille Beteiligung der Steirischen BeteiligungsfinanzierungsgesmbH. in Graz an der Firma BOOM Software AG. in Leibnitz in der Höhe von einer Million Euro.

Die Steirische BeteiligungsfinanzierungsgesmbH. hat mit Schreiben vom 5. März 2003 mitgeteilt, dass der Aufsichtsrat der Steirischen BeteiligungsfinanzierungsgesmbH. am 28. Februar 2003 beschlossen hat, der Firma BOOM Software AG., 8430 Leibnitz, Hasendorfer Straße 96 eine stille Beteiligung im Ausmaß von einer Million Euro zu gewähren. Auf Grund der einschlägigen Rechtsvorschriften ist es erforderlich, dass für die stille Beteiligung der Steirischen BeteiligungsfinanzierungsgesmbH eine Ausfallhaftung des Landes Steiermark übernommen wird. Die näheren Bedingungen, unter denen die stille Beteiligung gewährt werden soll, sind im beiliegenden, einen integrierenden Bestandteil dieses Regierungsbeschlusses bildenden Vorlagebericht der Steirischen BeteiligungsfinanzierungsgesmbH. und Ausfallhaftungsanbot enthalten.

Auf Grund der Geschäftseinteilung des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung ist für die Abwicklung der Ausfallhaftung die Fachabteilung 14C – Wirtschaftspolitik zuständig, wobei allerdings eine betriebswirtschaftliche Prüfung hinsichtlich der Übernahme der Ausfallhaftung durch das Land Steiermark nicht vorgenommen wird, zumal die Prüfung dieser Beteiligung eingehend von der Steirischen BeteiligungsfinanzierungsgesmbH. vorgenommen wurde und auch der für die Gewährung erforderliche Beschluss des Aufsichtsrates einstimmig gefasst worden ist.

Es wird empfohlen, die Ausfallhaftung des Landes Steiermark für die stille Beteiligung der Steirischen BeteiligungsfinanzierungsgesmbH. in Höhe von einer Million Euro nach Maßgabe der im Ausfallhaftungsanbot dargestellten Bedingungen zu übernehmen.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 31. März 2003 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Übernahme einer Ausfallhaftung für eine stille Beteiligung der steirischen BeteiligungsfinanzierungsgesmbH., 8020 Graz, Nikolaiplatz an der Firma BOOM Software AG., 8430 Leibnitz, Hasendorfer Straße 96 in der Höhe von einer Million Euro wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Ich ersuche um Annahme. (20.21 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Auch zu diesem Tagesordnungspunkt 17 liegt mir keine Wortmeldung vor. Deshalb schreite ich nun zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Bitte, deutlich hier herüber!

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Wir kommen damit zu Punkt

18. Wahl in einen Landtagsausschuss.

Nach Paragraph 62 Absatz 1 GeoLT wird jede Wahl im Landtag wie in den Ausschüssen mittels Stimmzettel vorgenommen, sofern nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich vor, die nunmehr durchzuführenden Wahlen in die Landtags-Ausschüsse durch Erheben der Hand vorzunehmen.

Die Damen und Herren, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Von der Landtagsfraktion der Grünen liegt folgender Wahlvorschlag vor.

Ausschuss für Europäische Integration:

als Ersatzmitglied Landtagsabgeordnete Mag. Edith Zitz – anstelle von Landtagsabgeordneter Ingrid Lechner-Sonnek.

Ich ersuche nun die Damen und Herren, die diesem Wahlvorschlag ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Wahlvorschlag wird einstimmig angenommen.

Damit ist die heutige Tagesordnung erschöpft.

Die nächste Sitzung des Landtages wird auf schriftlichem Weg einberufen.

Die Sitzung ist beendet. (Ende der Sitzung: 20.23 Uhr.)